

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2019

Provided in Cooperation with:

Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... / Statistik Austria ; 2019 (2019).

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/4730>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

2019



Wie geht's Österreich?

Indikatoren und Analysen

Sonderkapitel

Wie geht's Österreich beim Thema Sicherheit?





Wie geht's Österreich? 2019

Indikatoren und Analysen

Sonderkapitel

Wie geht's Österreich beim Thema Sicherheit?

Impressum

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 (1) 711 28-7070
Fax: +43 (1) 715 68 28

Erstellt von

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Autorinnen und Autoren

Alexandra Wegscheider-Pichler, Catherine Prettnner, Nadja Lamei, Sonderkapitel: Matthias Till, Sonja Hirsch

Layout

Waltraud Unger

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-903264-29-8

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die [Publikation](#) online zur Verfügung.

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA“ gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-19
Verkaufspreis: € 29,00

Wien 2019

Vorwort

Der Bericht zu „Wie geht’s Österreich?“ liefert ausführliche Ergebnisse und vertiefende Analysen im Rahmen der 2012 gestarteten Initiative zur Messung von Wohlstand und Fortschritt. Vorausgegangen sind diesem Projekt auf nationaler und internationaler Ebene intensive Diskussionen darüber, wie existierende ökonomische Indikatoren – allen voran das Bruttoinlandsprodukt – sinnvoll ergänzt werden können, um ein angemessenes und vollständiges Bild von Wohlstand und Fortschritt unserer Gesellschaften zu zeichnen.

Gemeinsam mit einigen anderen Ländern nimmt Österreich bei der Wohlstands- und Fortschrittsmessung eine Vorreiterrolle ein. Im Rahmen des Projekts „Wie geht’s Österreich?“ veröffentlicht STATISTIK AUSTRIA in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren, das die drei Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“ für Österreich bestmöglich abbildet.

In einem breiten Kommunikationsprozess mit Stakeholdern aus Forschungseinrichtungen, Interessenvertretungen und Bundesministerien wird die Auswahl der Indikatoren jährlich abgestimmt. Im Anschluss daran liefert ein externes Expertengremium Bewertungen der lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren. Sofern möglich, wurden bei den Bewertungen durch die unabhängigen Expertinnen und Experten politisch verankerte Ziele (wie etwa die Europa 2020-Ziele) und ihre Erreichung berücksichtigt. Zudem wurde 2017 in einem umfassenden Überarbeitungsprozess ein Abgleich mit dem Indikatorenrahmenwerk der UN-Agenda 2030 zur Nachhaltigen Entwicklung vorgenommen.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Entwicklungen der Schlüsselindikatoren in Text und Grafiken, Zusatzinformationen ergänzen die weitreichende Darstellung. Darüber hinaus beschäftigt sich wieder ein Kapitel mit der Frage „Wie geht’s Österreich im EU-Vergleich?“.

Ein vertiefendes Sonderkapitel widmet sich objektiven und subjektiven Aspekten der physischen (Un-)Sicherheit und seiner Bedeutung für „Wie geht’s Österreich?“. Die vorgestellten Indikatoren, ein interaktives Tool zur vergleichenden Darstellung des zeitlichen Verlaufs verschiedener Indikatoren und methodische Hintergrundinformationen sind auf der [Website von STATISTIK AUSTRIA](#) abrufbar.

Wien, im November 2019



Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	11
Executive Summary	15
Einleitung	43
1	
Was ist „Wie geht's Österreich“	47
1.1	Hintergrund Indikatorenset BIP + 30 48
1.2	Bewertung der Schlüsselindikatoren 50
1.3	Kommunikation und Dissemination 52
1.4	Internationale Entwicklungen 54
1.4.1	Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung 54
1.4.2	EU Beyond GDP Prozess 55
1.4.3	Europäisches Statistisches System (ESS) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group 56
1.4.4	EU Europa 2020 Strategie 56
1.4.5	OECD Better Life und Green Growth Initiativen 57
2	
Materieller Wohlstand	59
2.1	Dimensionen des materiellen Wohlstands 60
2.2	Produktion 62
2.2.1	Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 62
2.2.2	Forschungsquote 63
2.2.3	Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität 64
2.3	Unbezahlte Produktion 65
2.3.1	Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit 65
2.4	Einkommen der privaten Haushalte 67
2.4.1	Schlüsselindikator Haushaltseinkommen 67
2.5	Konsum der privaten Haushalte 70
2.5.1	Schlüsselindikator Haushaltskonsum 70
2.6	Produktive Aktivitäten und Arbeit 73
2.6.1	Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote 73
2.6.2	Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit 74
2.7	Verteilungsaspekte 76
2.7.1	Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen 76
2.7.2	Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20) 78
2.7.3	Schlüsselindikator Gender Pay Gap 79
2.7.4	Verteilung der privaten Vermögen 81
3	
Lebensqualität	85
3.1	Lebensqualität 86
3.2	Soziale Teilhabe und Armut 88
3.2.1	Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 88
3.2.2	Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 90
3.2.3	Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung 91
3.2.4	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen 92
3.3	Gesundheit 94
3.3.1	Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes 94
3.3.2	Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen 96

3.3.3	Gesunde Lebenserwartung	97
3.4	Bildung	99
3.4.1	Schlüsselindikator Tertiärquote	99
3.4.2	Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger	101
3.4.3	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung	102
3.5	Physische Unsicherheit	103
3.5.1	Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden	103
3.5.2	Schlüsselindikator Tötungsrate	104
3.6	Qualität der gesellschaftlichen Organisation	105
3.6.1	Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System	105
3.6.2	Vertrauen in öffentliche Institutionen	106
3.6.3	Vertrauen in andere	106
3.7	Wohnen	108
3.7.1	Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung	108
3.7.2	Sehr schlechter Wohnstandard	109
3.7.3	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	109
3.8	Subjektives Wohlbefinden	111
3.8.1	Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit	111
3.8.2	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen	112
3.8.3	Freizeitaktivitäten	113

4

Umwelt

117

4.1	Umwelt und Nachhaltigkeit	118
4.2	Ressourcen	120
4.2.1	Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch	121
4.2.2	Abfälle aus Haushalten	123
4.2.3	Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung	123
4.2.4	Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme	124
4.3	Klimawandel, Emissionen	127
4.3.1	Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)	128
4.3.2	Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM _{2,5} -Exposition (Belastung durch Feinstaub)	129
4.4	Energie	132
4.4.1	Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger	133
4.4.2	Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch	134
4.4.3	Energieintensität	135
4.5	Verkehr, Mobilität	137
4.5.1	Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs	138
4.5.2	Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs	139
4.5.3	Treibstoffverbrauch privater Pkw	140
4.5.4	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel	140
4.5.5	Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs	141
4.6	Monetäre Umweltaspekte	143
4.6.1	Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen	143
4.6.2	Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung	145

5

Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?

147

5.1	Österreich im europäischen Kontext	148
5.2	Materieller Wohlstand im EU-Vergleich	149
5.3	Lebensqualität im EU-Vergleich	157
5.4	Umwelt im EU-Vergleich	165

6

Ausblick

175

6.1	Rahmenbedingungen	176
6.2	Datenlücken und Weiterentwicklung	177

Sonderkapitel	181
S.1 Einleitung und Überblick	184
S.2 Datenlage zur Kriminalität und Sicherheit in Österreich	186
S.3 Sicherheit und Gewalt in Österreich – Ergebnisse aus der Grundrechtebefragung 2019	188
Literaturverzeichnis	201

Grafiken

Grafik 1	Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren	49
Grafik 2	Ebene 1 der Webseite	52
Grafik 3	Ebene 2 der Webseite	52
Grafik 4	17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung	54
Grafik 5	Dimensionen des materiellen Wohlstands	60
Grafik 6	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)	63
Grafik 7	Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung	63
Grafik 8	Bruttoinlandsausgaben für F&E in Prozent des BIP	64
Grafik 9	Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)	64
Grafik 10	Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit	65
Grafik 11	Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)	65
Grafik 12	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)	68
Grafik 13	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommenseite (2000 und 2018)	68
Grafik 14	Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2018)	69
Grafik 15	Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)	70
Grafik 16	Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2018)	71
Grafik 17	Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen	71
Grafik 18	Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen	73
Grafik 19	Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen nach Geschlecht	74
Grafik 20	Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)	75
Grafik 21	Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition) nach Geschlecht	75
Grafik 22	Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)	77
Grafik 23	Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht	77
Grafik 24	Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten	78
Grafik 25	S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)	78
Grafik 26	Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte	79
Grafik 27	Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)	80
Grafik 28	Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)	81
Grafik 29	Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014)	81
Grafik 30	Verteilung der Bruttovermögen (2017)	82
Grafik 31	Dimensionen der Lebensqualität	86
Grafik 32	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	89
Grafik 33	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung der Bevölkerung ab 20 Jahren nach Geschlecht (2018)	90
Grafik 34	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2018)	90
Grafik 35	Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2018)	91
Grafik 36	Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich	91
Grafik 37	Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung	92
Grafik 38	Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)	92
Grafik 39	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27	95

Grafik 40	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2018)	95
Grafik 41	Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2018)	96
Grafik 42	Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige	96
Grafik 43	Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht	97
Grafik 44	Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren	97
Grafik 45	Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen	100
Grafik 46	Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht	100
Grafik 47	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige	101
Grafik 48	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht	101
Grafik 49	Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen	102
Grafik 50	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung	103
Grafik 51	Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2018)	104
Grafik 52	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen	104
Grafik 53	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)	105
Grafik 54	Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2013)	106
Grafik 55	Vertrauen in öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)	106
Grafik 56	Vertrauen in andere der Bevölkerung ab 16 auf einer Skala von 0-10 (2018)	106
Grafik 57	Wohnkostenüberbelastung	108
Grafik 58	Wohnkostenüberbelastung nach Einkommensquintilen (2018)	109
Grafik 59	Sehr schlechter Wohnstandard	109
Grafik 60	Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung	110
Grafik 61	Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10	112
Grafik 62	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2018)	112
Grafik 63	Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2018)	113
Grafik 64	Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)	113
Grafik 65	Dimensionen der Umwelt	119
Grafik 66	Inländischer Materialverbrauch (DMC)	121
Grafik 67	Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)	122
Grafik 68	Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich	122
Grafik 69	Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen)	123
Grafik 70	Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)	124
Grafik 71	Flächeninanspruchnahme insgesamt	125
Grafik 72	Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen	125
Grafik 73	Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO ₂ -Äquivalenten)	128
Grafik 74	Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich	129
Grafik 75	Mittlere Exposition durch PM _{2,5} , bevölkerungsgewichtet (Feinstaub), Vergleich PM ₁₀ -Exposition	130
Grafik 76	Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch	133
Grafik 77	Energetischer Endverbrauch	134
Grafik 78	Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich	135
Grafik 79	Energieintensität	136
Grafik 80	Energieverbrauch des Verkehrs	138
Grafik 81	Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich	139
Grafik 82	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	139
Grafik 83	Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)	140
Grafik 84	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2015	141
Grafik 85	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	141
Grafik 86	Ökosteuerteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)	144
Grafik 87	Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen	145
Grafik 88	Entwicklung Umweltumsatz und -beschäftigte	145
Grafik 89	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) im EU-Vergleich (2018)	150
Grafik 90	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2018	150
Grafik 91	Verfügbare Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2017)	151
Grafik 92	Konsum der privaten Haushalte (2018)	152
Grafik 93	Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2018)	152
Grafik 94	Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder	153
Grafik 95	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf	153

Grafik 96	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2018)	154
Grafik 97	S80/S20 Einkommensquittils-Verhältnis der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (2017)	155
Grafik 98	Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2016)	155
Grafik 99	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2018)	157
Grafik 100	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)	158
Grafik 101	Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2018)	159
Grafik 102	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2018)	160
Grafik 103	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2018)	161
Grafik 104	Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2016)	161
Grafik 105	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	162
Grafik 106	Wohnkostenüberbelastung im EU-Vergleich (2018)	163
Grafik 107	Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	164
Grafik 108	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2018)	165
Grafik 109	Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2018)	166
Grafik 110	Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2017)	167
Grafik 111	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2017)	168
Grafik 112	Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2017)	169
Grafik 113	Gesamte PM _{2,5} -Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2017)	169
Grafik 114	Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2017) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich	170
Grafik 115	Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2017)	171
Grafik 116	Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2017)	171
Grafik 117	Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition, 2017)	172
Grafik 118	Ökosteueranteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2017)	173

Übersichten

Übersicht 1	Gremium externer Expertinnen und Experten	50
Übersicht 2	Bewertungsskala	51
Übersicht 3	Bewertungsmodus	51
Übersicht 4	Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung	61
Übersicht 5	Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung	86
Übersicht 6	Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung	119

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemein bildende höhere Schule
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BOKU	Universität für Bodenkultur
BWS	Bruttowertschöpfung
CDM	Clean Development Mechanism
DMC	Domestic Material Consumption
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch, auch: Endenergieverbrauch
EGSS	Environmental Goods and Services Sector, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäischer Sozialfond
ESS	European Statistical System, Europäisches Statistisches System
ESSC	European Statistical System Committee
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
FRA	European Union Agency for Fundamental Rights
GDP	Gross Domestic Product
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunden
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAEG	Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators
IEA	International Energy Agency, Internationale Energieagentur
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung

IGL	Immissionsschutzgesetz Luft
IHS	Institut für höhere Studien
ILO	International Labor Organization
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
KE	Konsumerhebung
KF	kurzfristig
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSG	Klimaschutzgesetz
kW	Kilowatt
LF	langfristig
LFS	Labour Force Survey
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
NSTRAT	Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OLI	Österreichische Luftschadstoffinventur
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Personen-km	Personenkilometer
PJ	Petajoule
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Particulate Matter
REAP	Ressourcen-Effizienz Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SDG	Social Development Goals
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Environnement
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen
THG	Treibhausgase
Tonnen-km	Tonnenkilometer

TSP	Total Suspended Particulates (Gesamtstaub)
UN	United Nations
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ?	Wie geht's Österreich?
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature



Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich?“

Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?“ (*WgÖ?*) veröffentlicht Statistik Austria neben dem Bruttoinlandsprodukt ein Set von 30 Schlüsselindikatoren und weiteren Zusatzindikatoren, das die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt für Österreich bestmöglich abbildet.

Das Projekt wurde 2012 vom fachstatistischen Generaldirektor von Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, initiiert und von einem Team aus Expertinnen und Experten¹ mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der damaligen Stabsstelle Analyse umgesetzt. Das Indikatorenset liefert Informationen zu den drei Dimensionen „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“, die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen. Die Bereiche werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z. B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Das Set beinhaltet neben dem BIP 30 Schlüsselindikatoren, diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ?* dar und unterliegen auch der Bewertung durch ein externes Expertengremium.

Diese Anzahl soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Kriterien der Indikatorenauswahl festgelegt. Quellen der offiziellen Statistik liefern das grundlegende Datenmaterial. Die Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des sogenannten „Stiglitz-Berichts“ (Stiglitz, J., Sen, A. & Fittoussi, J. [Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress](#), 2009).

Internationale Entwicklungen bei den Diskussion zu Wohlstand und Fortschritt fanden bei der Weiterentwicklung des Indikatorensets Berücksichtigung: in den letzten Jahren erfolgte dabei auf internationaler Ebene eine Fokussierung auf die [UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung](#). Im Zentrum der Sustainable Development Goals

(SDG) steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen, wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit. Das Indikatorenrahmenwerk der UN-Agenda 2030 wurde daher 2017 als Anlassfall für eine gründliche Evaluierung und Diskussion der in *WgÖ?* verwendeten Indikatoren herangezogen.

Zudem wird das Indikatorenset in einem breiten Kommunikationsprozess mit nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessensvertretungen und Ministerien im Rahmen von sogenannten „Runden Tischen“ jährlich abgestimmt. Dabei ist unbedingt auf eine fundierte Auswahl der Indikatoren zu achten. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit, Zeitnähe und Bewertbarkeit wurden als wesentliche Auswahlkriterien für *WgÖ?* festgelegt. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Die Letztverantwortung der Indikatorenauswahl liegt bei Statistik Austria. Für den aktuellen Bericht ergeben sich keine Änderungen in den Schlüsselindikatoren.

WgÖ? steht damit in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie [How's Life?](#) (OECD), [National Well-being](#) (Großbritannien, ONS), [Benessere Equo e Sostenibile](#) (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem [Sustainability Monitor](#) (Niederlande, CBS) u.v.a. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kommunikation, Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Die drei Bereiche „materieller Wohlstand“, „Lebensqualität“ und „Umwelt“ werden im vorliegenden Bericht in eigenen Kapiteln ausführlich behandelt. Ein besonderer Fokus wurde auf die Position Österreichs im EU-Vergleich gelegt. Zudem beschäftigt sich das diesjährige Sonderkapitel mit dem Thema „Sicherheit“.

Die Indikatoren zu „Wie geht's Österreich?“ sind auf der Website von Statistik Austria unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online. Die Darstellung erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf der ersten Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen nach eigener Auswahl. Auf der zweiten Ebene wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Darüber hinaus sind Detail- und Metainformationen auf der untersten Ebene abrufbar.

¹ Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Sacha Baud, Nadja Lamei, Ferdinand Leitner, Catherine Prettnner und andere.

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Durch die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ist es möglich, einen schnellen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene entwickeln.



Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe folgende Übersicht) vorgenommen.

Die Beurteilung der Schlüsselindikatoren erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala, die durch Piktogramme illustriert wird. Gegenstand der Bewertung sind kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (ab Beginn der Zeitreihe, zumindest 10 Jahre). In Fällen, in denen den Indikatoren verbindliche politische Zielsetzungen zugrunde liegen (z. B. [Europa 2020-Ziele](#)), wird die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen.

Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen zueinander im Widerspruch stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Um den-

noch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen.

Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Sandra Bilek-Steindl
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

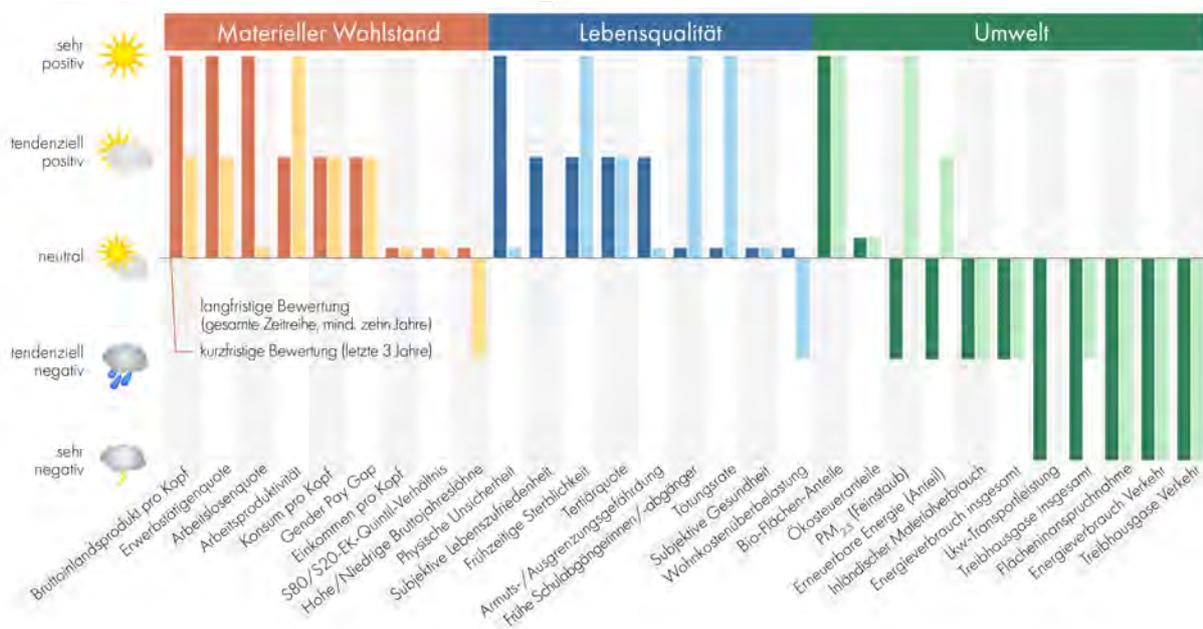
Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewertet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009 S 16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

Überblick über die Schlüsselindikatoren (BIP + 30)

Die folgende Überblicksgrafik zeigt die kurz- und langfristige Bewertung der 30+1 Schlüsselindikatoren in einem grafischen Überblick. Gegenstand der Bewertung durch das externe Bewertungsteam waren kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige (zumindest 10 Jahre) Entwicklungen des jeweiligen Indikators. Die Sortierung der Indikatoren erfolgte jeweils nach der kurz-

fristigen und danach langfristigen Bewertung. Durch die Darstellung anhand der 5-teiligen Bewertungsskala ist es möglich, einen ersten Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die Schlüsselindikatoren entwickeln. Schlüsselindikatoren, für die keine Zeitreihen (und damit keine Bewertung) zur Verfügung stehen, können dabei nicht abgebildet werden.

Wie geht's Österreich? – auf einen Blick



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Reihenfolge der Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. BIP, Konsum und Einkommen werden preisbereinigt (real) ausgewiesen. Das S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%.

Die nachfolgenden tabellarischen Darstellungen der 30+1 Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und nach der langfristigen Bewertung, veranschaulicht nochmals die Zuordnung der Schlüsselindikatoren zur 5-teiligen Bewertungsskala. Danach folgt eine Abbildung der

Schlüsselindikatoren für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, jeweils mit der Aussage des Gremiums externer Expertinnen und Experten sowie einer kurzen Betrachtung der Entwicklung der Indikatoren.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre kurzfristige Bewertung

	Wohlfahrt 	Lebensqualität 	Umwelt 
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Erwerbstätigenquote Arbeitslosenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
	Arbeitsproduktivität Konsum privater Haushalte pro Kopf Gender Pay Gap	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Frühzeitige Sterblichkeit Tertiärquote Subjektive Lebenszufriedenheit	
	Einkommen privater Haushalte pro Kopf Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Subjektiver Gesundheitszustand Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger Tötungsrate Wohnkostenüberbelastung	Ökosteueranteile
			Inländischer Materialverbrauch Feinstaub-Exposition PM _{2,5} Erneuerbare Energieträger Energetischer Endverbrauch
			Flächeninanspruchnahme Treibhausgasemissionen Energieverbrauch des Verkehrs Transportleistung des Lkw-Verkehrs THG-Emissionen des Verkehrs
Nicht bewertet	Nicht bezahlte Arbeit	Vertrauen in das politische System	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird – soweit vorhanden – die Entwicklung der letzten 3 Jahre des jeweiligen Indikators.

Erstmals werden alle Indikatoren des Materiellen Wohlfahrts kurzfristig im schlechtesten Fall neutral bewertet, auch für die Lebensqualität gibt es 2019 keine negative Bewertung. Im Bereich Umwelt zeigt sich dagegen ein umgekehrtes Bild, bis auf den Indikator zu den Bio-Flächen (sehr positiv) und jenem zu den Ökosteueranteilen (neutral) werden alle Indikatoren tendenziell negativ oder eindeutig negativ bewertet.

 Indikatoren mit einer sehr guten Bewertung des Verlaufs der letzten 3 Jahre sind aktuell das Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf real), die Erwerbstätigenquote, welche deutlich angestiegen sind, sowie die Arbeitslosenquote, welche weiter zurück gegangen ist. Zudem das physische Unsicherheitsempfinden, welches entsprechend gesunken ist. Bei den Flächen mit biologischer Bewirtschaftung gab es seit 2015 einen deutlichen Anstieg.

 Drei Indikatoren des Materiellen Wohlfahrts erhalten 2019 eine tendenziell positive Bewertung. Dies sind neben der Arbeitsproduktivität, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf und der Gender Pay Gap. Im Bereich der Lebensqualität erhalten die Tertiärquote und die subjektive Lebenszufriedenheit erneut eine tendenziell positive Bewertung. Zudem wird die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sowie die frühzeitige Sterblichkeit tendenziell positiv bewertet.

 Wenig bis keine Veränderung in den letzten 3 Jahren zeigte sich beim verfügbaren Einkommen sowie den Verteilungsindikatoren der Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreslöhne bzw. des Einkommensquintilsverhältnisses. Die beiden Indikatoren subjektiver Gesundheitszustand sowie frühe Schul- und Ausbildungsabgänger verbleiben in der neutralen Kategorie, ebenfalls die Tötungsrate, die Wohnkostenüberbelastung und die Ökosteueranteile.

 Als tendenziell negativ eingeschätzt wird für die kurze Frist 2019 wie bereits im Vorjahr der inländische Materialverbrauch. Feinstaub und energetischer Endverbrauch wurden kurzfristig ebenfalls tendenziell negativ bewertet. Erstmals in diese Gruppe fällt die kurzfristige Entwicklung der erneuerbaren Energien, wo es im letztverfügbaren Jahr 2017 zu einem Rückgang kam bei nur mehr knapper Überschreitung des Zielpfads kam.

 Eine eindeutig negative Bewertung wurde aufgrund des deutlichen Anstiegs in den letzten Jahren für insgesamt fünf von zehn Umwelt-Indikatoren vergeben. Energieverbrauch, Transportleistung und Treibhausgasemissionen des Verkehrs verbleiben in dieser Kategorie, hinzukommen die Flächeninanspruchnahme sowie die Treibhausgasemissionen insgesamt.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre langfristige Bewertung

	Wohlfahrt 	Lebensqualität 	Umwelt 
	Arbeitsproduktivität	Frühzeitige Sterblichkeit Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger Tötungsrate	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung Feinstaub-Exposition PM _{2,5}
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Konsum privater Haushalte pro Kopf Erwerbstätigenquote Gender Pay Gap	Tertiärquote	Erneuerbare Energieträger
	Einkommen privater Haushalte pro Kopf Arbeitslosenquote S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Subjektiver Gesundheitszustand Physisches Unsicherheitsempfinden	Ökosteueranteile
	Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Wohnkostenüberbelastung	Inländischer Materialverbrauch Treibhausgasemissionen Energetischer Endverbrauch
			Flächeninanspruchnahme Energieverbrauch des Verkehrs THG-Emissionen des Verkehrs
Nicht bewertet	Nicht bezahlte Arbeit	Vertrauen in das politische System Subjektive Lebenszufriedenheit	Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird die langfristige Entwicklung des jeweiligen Indikators wenn zumindest 10 Jahre vorliegen.

Die langfristige Bewertung bleibt über die Jahre stabil, erst wenn sich eine längerfristige Trendwende abzeichnet, hat dies Auswirkungen auf die Beurteilung der Indikatoren. Von *WgÖ?* 2018 auf 2019 hat sich dementsprechend nur für einen Indikator die langfristige Einschätzung geändert: die Erneuerbaren Energieträger wurden aufgrund der nur mehr knappen Überschreitung des Zielpfades als tendenziell positiv genannt (2018: sehr positiv).

 Aufgrund der langfristig positiven Entwicklung werden die Arbeitsproduktivität, die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung, sowie der Indikator zur Feinstaub-Exposition (beide aus dem Bereich Umwelt) sehr gut beurteilt. In der Lebensqualität wurden aktuell die langfristige Entwicklung der Indikatoren frühzeitige Sterblichkeit, frühe Schul- und Ausbildungsabgänger sowie die Tötungsrate als sehr gut beurteilt.

 Tendenzuell positiv bewertet wird der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf sowie der langfristige Verlauf des privaten Konsums. Tendenzuell positiv wird auch die Erwerbstätigenquote beurteilt, die sich seit 2004 etwas erhöhte. Auch die Entwicklungen von Gender Pay Gap und Tertiärquote wurden als tendenziell positiv bewertet.

 Keine wesentlichen Veränderungen über den langfristigen Beobachtungszeitraum finden sich bei den Indikatoren Arbeitslosenquote, Einkommensquintilsverhältnis, Gesundheit, physische Unsicherheit sowie dem Einkommen privater Haushalte pro Kopf. Letzteres ist zwar gewachsen, doch zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen langfristig deutlich schwächer entwickelten als das BIP. Auch die langfristige Entwicklung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung wurde 2018 neutral bewertet sowie der Indikator Ökosteueranteile.

 Kritisch bewertet wird im längerfristigen Verlauf beim Materiellen Wohlstand das Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen und bei der Lebensqualität die Wohnkostenüberbelastung. Auch bezüglich der Variablen Materialverbrauch, Treibhausgasemissionen und energetischer Endverbrauch wird eine tendenziell negative Bewertung abgegeben, vorwiegend aufgrund zu hoher Niveaus.

 Indikatoren mit sehr schlechter Bewertung entstammen ausnahmslos dem Bereich Umwelt: bei der Flächeninanspruchnahme gab es einen kontinuierlichen Anstieg, genauso wie beim Energieverbrauch des Verkehrs sowie beim Indikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs.

Materieller Wohlstand

Oft wird der materielle Wohlstand eines Landes mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert. Tatsächlich ist das BIP immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Aktivität und findet sich auch als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft im Indikatorenset *WgÖ?* wieder. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sich davon die zur Verteilung gelangenden Einkommen herleiten, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen. Ökonomische Wohlfahrt oder gar ein gesellschaftliches Wohlbefinden (so ein solches existiert) können durch das BIP alleine jedoch nicht hinreichend beschrieben werden.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es daher analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden. Als zentrale Indikatoren wurden daraus die Arbeitsproduktivität, das Einkommen sowie der Konsum der privaten Haushalte gewählt. Sechs Dimensionen sind im Themenfeld „materieller Wohlstand“ für das *WgÖ?*-Set definiert.

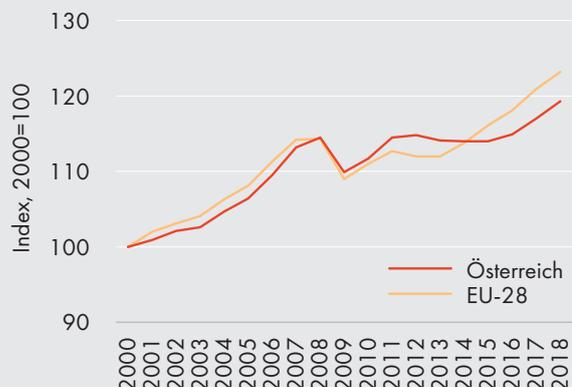
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Daten für die Indikatoren des „materiellen Wohlstands“ liefert in den meisten Fällen die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Die Dimension Verteilung wird aus anderen Datenquellen, wie Lohnsteuerdaten und Daten des Österreichischen Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Daten aus EU-SILC sowie Daten der Verdienststrukturerhebung, dargestellt. Die Daten zum Vermögen privater Haushalte stammen aus dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) von der Oesterreichischen Nationalbank

Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

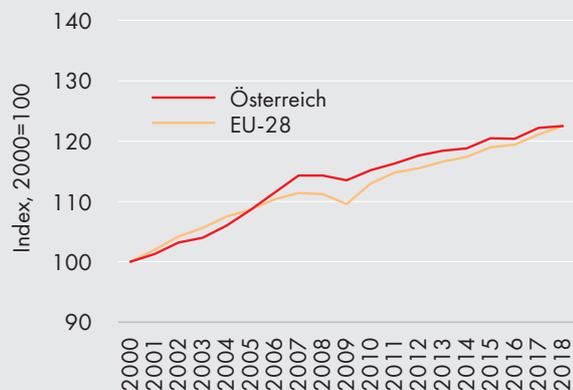


„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf 2017 und 2018 wieder positive Wachstumsraten aufwies, zuletzt höher als in der EU-28, fällt die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung sehr positiv aus.“

Das BIP pro Kopf wuchs real seit 2000 um durchschnittlich etwa 1% pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 1,7% p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nach-kriegszeit (pro Kopf -4,0%). Nach der Erholung in den Jahren 2010 und 2011 verlor das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2013 jedoch deutlich an Dynamik, was sich in Verbindung mit stärkeren Bevölkerungszuwächsen in diesem Zeitraum in einer rückläufigen Entwicklung des BIP pro Kopf niederschlug – 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Erst seit 2015 konnte wieder ein positives Wachstum pro Kopf erreicht werden. In den Jahren 2017 und 2018 wuchs das BIP pro Kopf deutlich um 1,8% und 1,9%.

Die Wirtschaft der EU-28 wuchs 2018 inflationsbereinigt und pro Kopf um 1,8%, Österreich lag im EU-Vergleich mit 1,9% im Mittelfeld.

Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

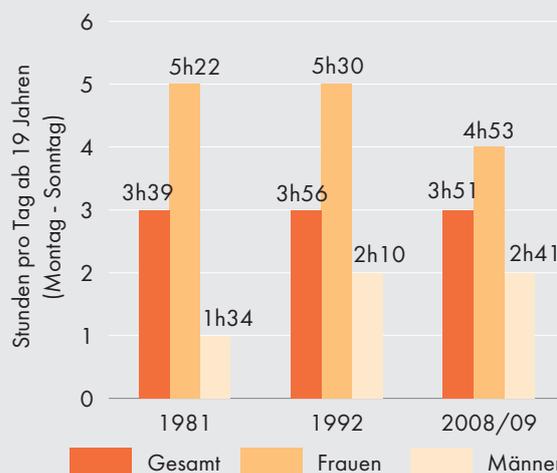


„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 2000 weist durchwegs nach oben und ist daher sehr positiv zu sehen. Da die Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren zwar weiter anstieg, aber etwas verhaltener als in der EU-28 wuchs, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus.“

Die Arbeitsproduktivität stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar (BIP je geleisteter Arbeitsstunde). Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2018 um durchschnittlich 1,1% pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7%) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,6% zum Vorjahr. 2016 kam es zu keinem Anstieg der Arbeitsproduktivität, erst 2017 konnte die Arbeitsproduktivität wieder deutlich um 1,4% erhöht werden, 2018 etwas geringfügiger um 0,4%.

Im Vergleich zu Österreich, sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 stärker (-1,4%), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete 2018 ein Wachstum von 0,9%.

Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

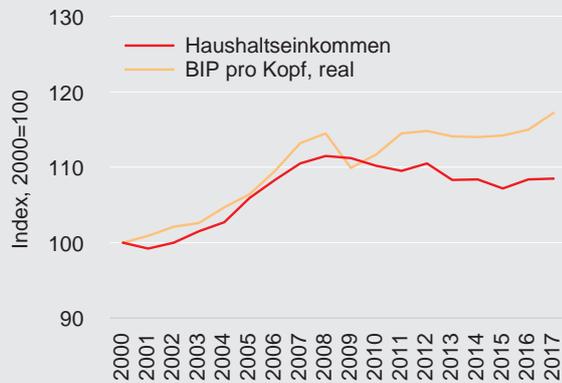
Gremium externer Expertinnen und Experten:

Keine Bewertung möglich, da keine aktuelle Zeitreihe verfügbar.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert. Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit (4h53), nämlich fast doppelt so viel wie Männer (2h41). Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

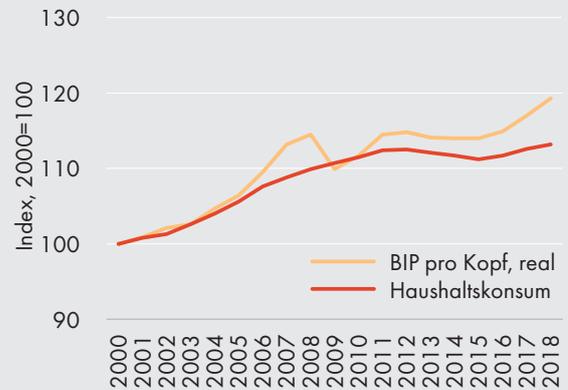
Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab.

Schlüsselindikator verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Schlüsselindikator Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 2000, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Da die Entwicklung in den letzten beiden Jahren im Gegensatz zum BIP pro Kopf sehr flach verlief, fällt die kurzfristige Bewertung ebenfalls neutral aus.“

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2018 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2016 ebenfalls tendenziell positiv aus.“

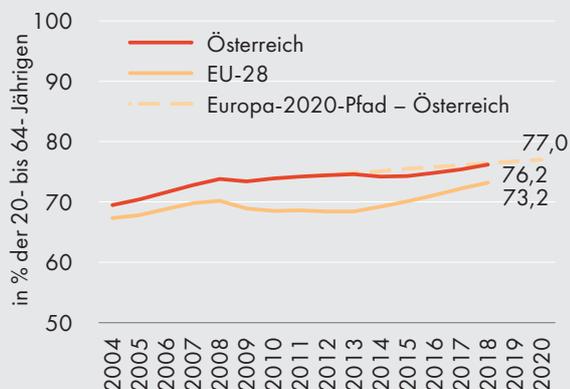
Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2018 durchschnittlich um 0,5% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,0% pro Jahr). Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2018 insgesamt rückläufig (durchschnittlich -0,1% pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war.

Nach einem geringen Anstieg 2017, stiegen die verfügbaren Einkommen 2018 um 0,8%. Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise, vor allem auf die mäßigen Zuwächse der nominellen Arbeitnehmerentgelte sowie auf die im EU-Vergleich hohe Inflation zurückzuführen.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbzweck finanziert wird (Sachtransfers). Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durchschnittlich um 0,7% pro Jahr. Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2018 fiel mit 1,0% p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7% pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0%).

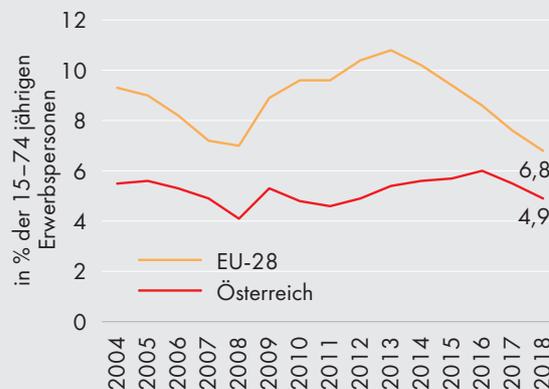
In den vergangenen Jahren wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an, 2018 wuchs er um 0,6%.

Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen



Q: Statistik Austria, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



Q: Statistik Austria, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2016 stieg die Erwerbstätigenquote deutlich an und lag 2018 bereits sehr nahe am Europa 2020-Zielpfad, wodurch die kurzfristige Bewertung sehr positiv ausfällt.“

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung der Arbeitslosenquote fällt aufgrund des deutlichen Rückgangs im Zeitraum 2016 bis 2018 und des im europäischen Vergleich niedrigen Niveaus sehr positiv aus.“

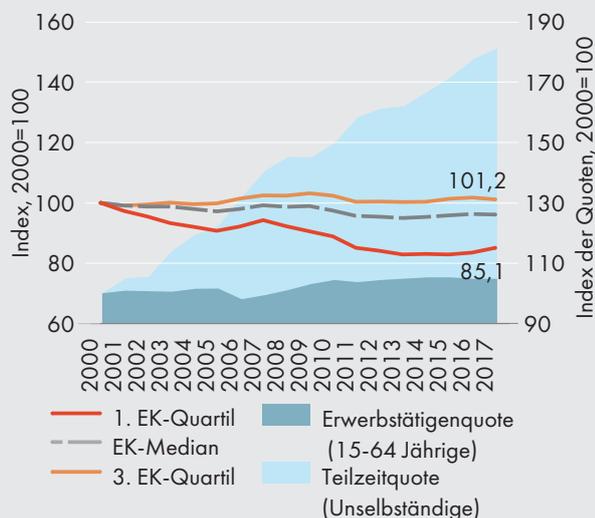
2018 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 76,2%. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote seit 2015 wieder an, zuletzt um 0,8%-Punkte. Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren.

In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren aufgeholt werden, 2018 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 73,2% (2008 bei 70,2%).

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenrate 2012-2016, ging die Arbeitslosigkeit 2017 und 2018 aufgrund der besseren konjunkturellen Lage wieder zurück und liegt 2018 bei 4,9%.

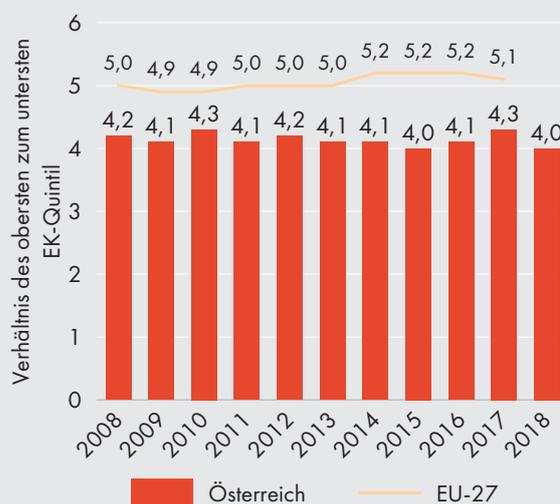
Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 28 2013 einen neuen Spitzenwert von 10,8%. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2018 bei 6,8%, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten.

Schlüsselindikator Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)



Q: Statistik Austria, 2016, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Erwerbstätigenquote: Zeitreihenbruch im Jahr 2004. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

Schlüsselindikator S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: Statistik Austria, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2000 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb.“

Die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen zeigt, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils bis 2005 deutlich zurückgingen, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen insgesamt stark zurück, auch wenn es 2016 und 2017 zu einem geringen Anstieg von 0,8% bzw. 1,9% kam. Sie lagen damit 2017 14,9% unter jenen des Jahres 2000. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 1,2% an.

Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Struktureffekte wie steigende Erwerbstätigkeit, Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden. So stieg beispielsweise die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten zwischen 2000 und 2017 von 16,4% auf 29,1% und lag 2017 um 77% über dem Ausgangswert.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

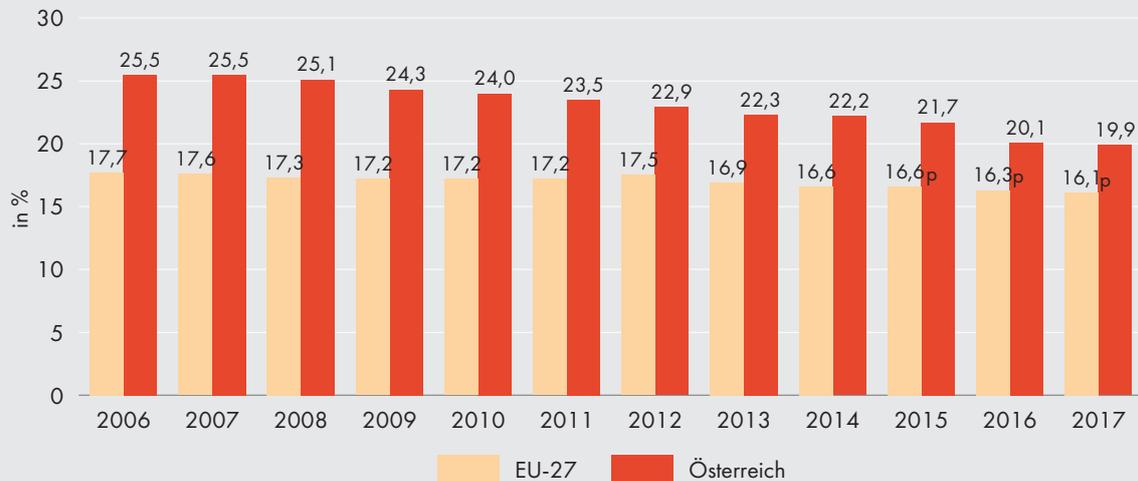


„Da sich das Einkommensquintils-Verhältnis seit 2008 kaum verändert hat, wird die langfristige Entwicklung der sekundären Haushaltseinkommen neutral eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist (2016 bis 2018) fällt ebenfalls neutral aus.“

Unter „Einkommen“ wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers, aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Zwischen 2008 und 2018 zeigt sich keine Öffnung der Einkommensschere. Die sekundären Einkommen des reichsten Einkommensquintils sind rund 4,0 mal so hoch, wie jene des ärmsten, der Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert, zuletzt fiel er von 4,3(2017) auf 4,0 (2018).

Im Durchschnitt der EU-28 hatte die Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich 2017 mit einem Verhältnis von 4,3 deutlich unter der EU-27 mit 5,1.

Schlüsselindikator geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: Statistik Austria; Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern. - p = vorläufig

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Da sich der Gender Pay Gap in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Auch die Bewertung der kurzen Frist fällt aufgrund des Rückgangs seit 2015 tendenziell positiv aus, wenngleich die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ausfallen und der Rückgang nur langsam voran geht.“

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap“ betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2017 in Österreich 19,9%. Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5%) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen.

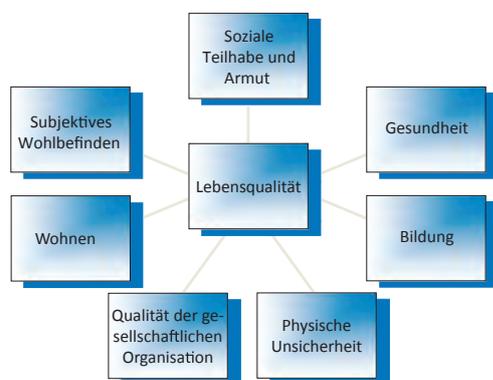
Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6%-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der Rest von 13,6%-Punkten – der bereinigte Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Lebensqualität

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dabei setzte sich zunehmend die Überzeugung durch, dass bei der Messung von Lebensqualität nicht nur objektive Maße herangezogen werden sollten, sondern auch subjektive Einschätzungen miteinbezogen werden müssen. Der Stiglitz-Bericht (Stiglitz et al. 2009) vereint diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Der Sponsorship Report des Europäischen Statistischen Systems (ESS) (Eurostat 2011) leitete aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8 + 1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernimmt eine ähnliche Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung.

An diesen Vorgaben orientierte sich auch der Auswahlprozess bei Statistik Austria. Für *WgÖ?* wurden insgesamt zehn Indikatoren gewählt, die sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden.

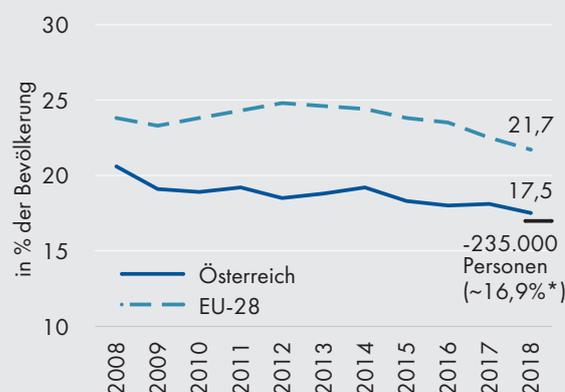
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Ein Großteil der Indikatoren basiert dabei auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC (European Statistics on Income and Living Conditions). Weitere verwendete Datenquellen sind beispielsweise die Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. Alle Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet.

Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - *) In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert von 16,9% stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert (Verringerung um 235.000 Personen) in Relation zum Bevölkerungsstand basiert.

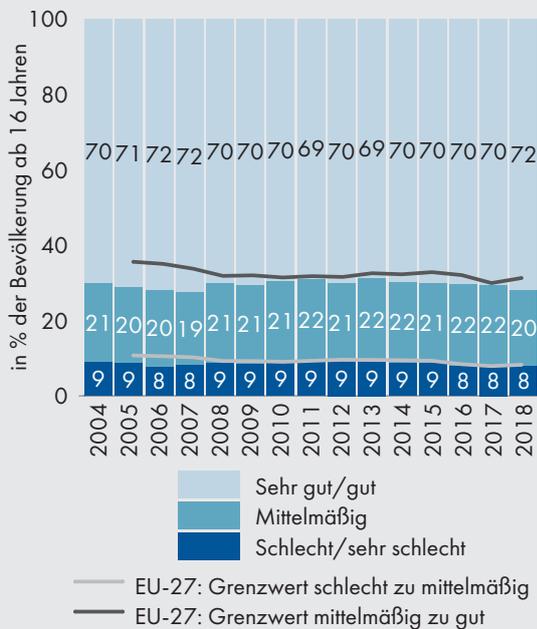
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-28. Die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote hat sich in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung verringert. Da die absolute Verringerung von 187.000 Personen (2018 im Vergleich zu 2008) aber deutlich unter der nationalen Zielvorgabe von 235.000 Personen liegt, fällt die langfristige Bewertung nur neutral aus. Die kurzfristige Entwicklung wird aufgrund des leichten Rückgangs seit 2016 tendenziell positiv bewertet. Generell wird angemerkt, dass die absolute Zielvorgabe dynamische Entwicklungen bspw. der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigen kann.“

Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6% im Jahr 2008 auf 17,5% im Jahr 2018, das entspricht 1.512.000 Personen (2017 18,1%). In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt. Die angestrebte Reduktion wurde somit bisher zu rund 80% erreicht. Zu beachten sind dabei die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung.

Schlüsselindikator subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der kurzfristigen Entwicklung sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen, vor allem in Bezug auf die Bevölkerungsgruppen mit schlechter bzw. sehr schlechter subjektiver Gesundheit. Es traten also weder spürbare Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2016 als neutral eingestuft wird.“

Gremium externer Expertinnen und Experten:



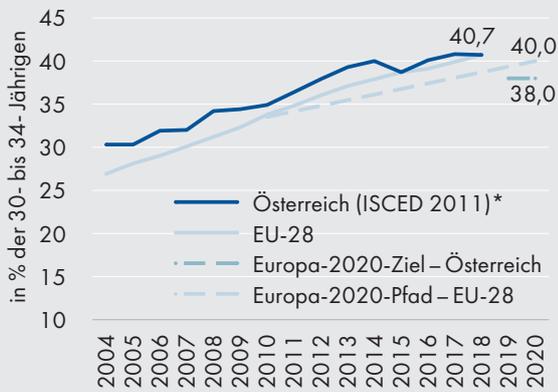
„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30-69 Jahre) ging seit 2000 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde ein etwas abgeflachter Rückgang auf bereits sehr niedrigem Niveau verzeichnet, weshalb die kurzfristige Entwicklung tendenziell positiv bewertet wird.“

Der Schlüsselindikator subjektive Gesundheitseinschätzung basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“. Dabei zeigt sich, dass der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. So liegt der Anteil der Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit seit 2004 bei rund 70% und betrug 2018 72%. 8% stuften ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein. Personen in Österreich weisen durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit auf, als im EU-27-Durchschnitt.

Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes und chronische Atemwegserkrankungen hat seit 2000 kontinuierlich und deutlich abgenommen und lag 2018 bei 250 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung). 2000 betrug der Wert noch 382, das ist ein Rückgang um 35%. Auch innerhalb der letzten drei Jahre konnte ein Rückgang verzeichnet werden, 2016 gab es 259 frühzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen.

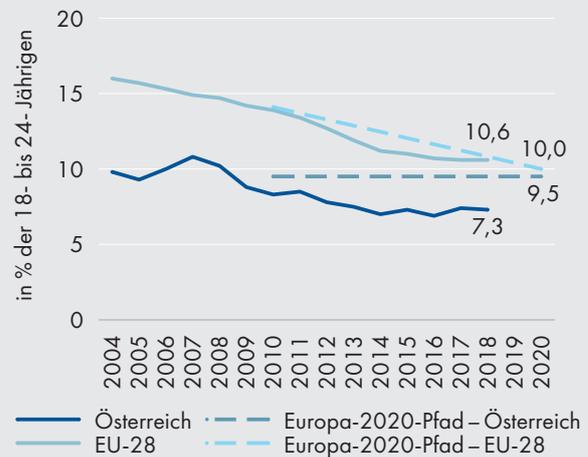
Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Die altersstandardisierten Sterberaten geben an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Schlüsselindikator Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält jedoch auch BHS-Abschlüsse, weshalb die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Die Entwicklung seit 2016 zeigt einen leichten Anstieg. Da das nationale Ziel zudem bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet.“

Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38% festgelegt. 2018 konnten 40,7% der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse (ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote. Anzumerken ist, dass die in der Grafik sichtbaren Schwankungen der Tertiärquote auf Strichprobeneffekt zurückzuführen sein könnten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

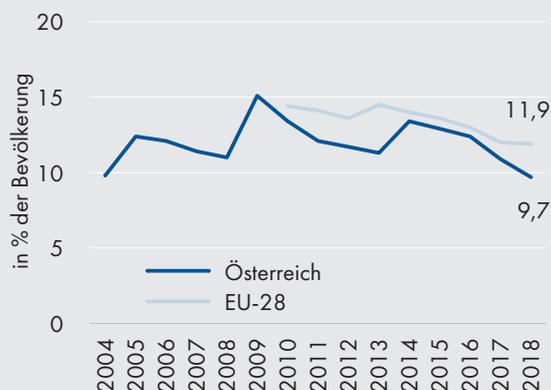


„Da die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung seit 2016 fällt neutral aus, da der Unterschreitung des Zielwertes ein Anstieg der Quote gegenübersteht.“

2018 waren in Österreich 7,3% der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das praktisch keine weitere Veränderung (2017: 7,4%).

EU-weit waren 2018 10,6% der 18- bis 24-Jährigen frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16%), im Vorjahresvergleich gibt es keine Veränderung.

Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Schlüsselindikator Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet. Da seit 2016 ein deutlicher Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als sehr positiv bewertet.“

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Da die Tötungsrate seit 2000 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Von 2016 auf 2018 wurde dagegen ein Anstieg verzeichnet, trotzdem liegen die Werte unter dem EU-Durchschnitt (0,62 für 2016), weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingestuft wird.“

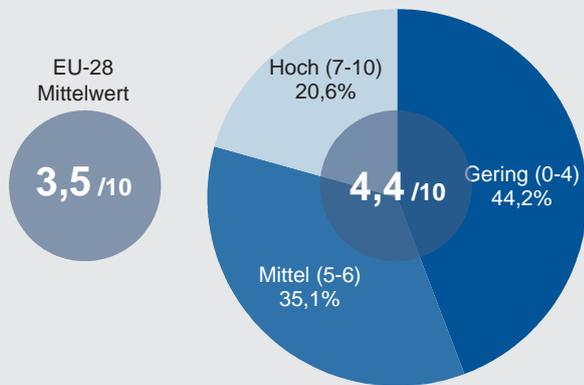
Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“. 9,7% der Bevölkerung gaben 2018 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen Rückgang von 1,2%-Punkten gegenüber dem Vorjahr darstellt.

Vergleicht man die Werte zum physischen Unsicherheitsempfinden für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend im Durchschnitt etwas sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der Tötungsrate (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass das Risiko durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen, seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2018 auf 100.000 Personen nur noch 0,57 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4). Hier ist auf die bereits sehr niedrigen Werte hinzuweisen, die Schwankungen der einzelnen Jahre sind daher nicht überzubewerten.

Die standardisierte Rate gibt dabei an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte.

Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden; Eurostat.

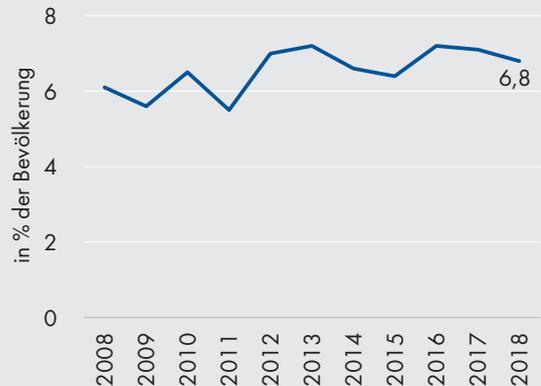
Gremium externer Expertinnen und Experten:

Keine Bewertung möglich, da keine Zeitreihe verfügbar.

Auf einer 11-stufigen Skala von 0 (vertraue gar nicht) bis 10 (vertraue vollkommen) wählten 2013 (letzter verfügbares Jahr) 21% hohe (7-10) und 44% niedrige (0-4) Werte. 12% gaben an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben. Der Mittelwert lag bei 4,4, der für die EU-28 lediglich bei 3,5. Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei Zufriedenheitsfragen – wie etwa der Frage nach der subjektiven Lebenszufriedenheit – abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d.h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung zeigten sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede. So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für EU-SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

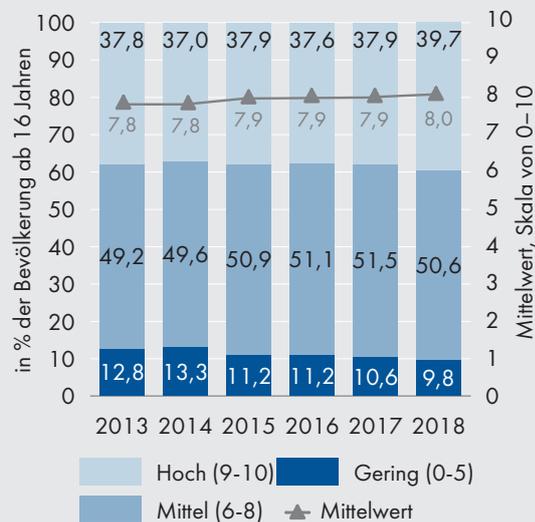


„Der langfristige Verlauf der Wohnkostenüberbelastung zeigt einen Anstieg und ist daher tendenziell negativ zu sehen. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung zwischen 2016 und 2018 kaum verändert hat.“

Der Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite für Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberlastung hat sich seit 2008 erhöht: wobei der Anstieg über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgt. 2008 waren 6,1% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Seit 2012 scheint sich der Anteil bei rund 7% einzupendeln. 2018 hatten 6,8% der Bevölkerung Wohnkostenüberbelastung. Wie Detailanalysen zeigen, sind es vor allem Mieterinnen und Mieter in Wohnungen des privaten Sektors und in großen Städten, die durch ihre Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen überbelastet sind.

Schlüsselindikator allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der Mittelwert der Jahre 2016 bis 2018 zeigt einen geringen Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit, während der Anteil der sehr unzufriedenen Personen zwischen 2016 und 2018 erkennbar zurückgeht. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv bewertet. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für mindestens 10 Jahre vorhanden sind.“

Die Lebenszufriedenheit wird in EU-SILC wie folgt erfragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht“. 2018 lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 8,0 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) lag mit 9,8% auf dem geringsten Niveau seit 2013 (12,8%).

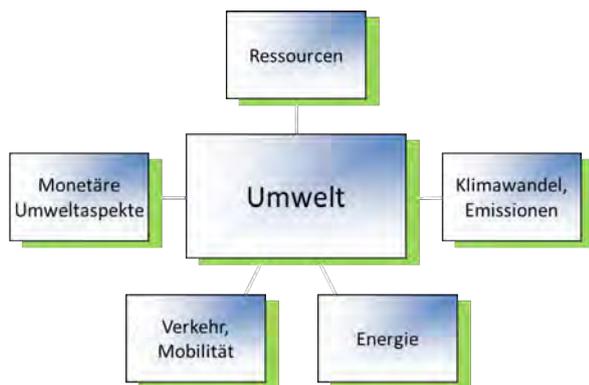
Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013 (letzter verfügbares Jahr), so liegt der Mittelwert für Österreich (8,0) über dem EU-Wert von 7,1. Besonders deutlich ist der Unterschied beim Personen mit hoher Zufriedenheit: während in Österreich zuletzt 39,7% in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 21,7%.

Umwelt

Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z.B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Deren Nachhaltigkeit hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können (siehe auch Stiglitz et al., 2009). Wohlstand und Fortschritt lassen sich daher erst durch die Einbeziehung der Umweltperspektive - etwa Auswirkungen des Ressourcenverbrauchs oder der Schadstoffbelastung - umfassend beurteilen.

Im Themenfeld Umwelt wurden die folgenden fünf Dimensionen definiert, denen jeweils zwei bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet sind.

Dimensionen der Umwelt

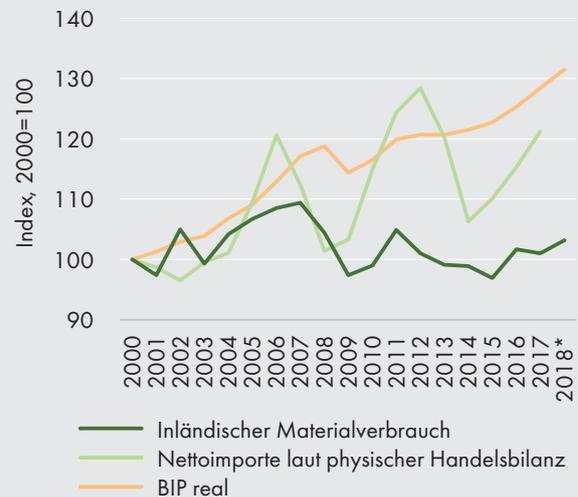


Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Wesentlich für einen nachhaltigen Wohlstand und Fortschritt ist eine verminderte, effiziente und emissionsarme Nutzung von Ressourcen. Mit dem Konzept der Entkoppelung wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar. Von absoluter Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z.B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend wurden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z.B. Transportleistung, Luftemissionen) oder des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT, z.B. Fläche der Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet.

Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. -
* DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

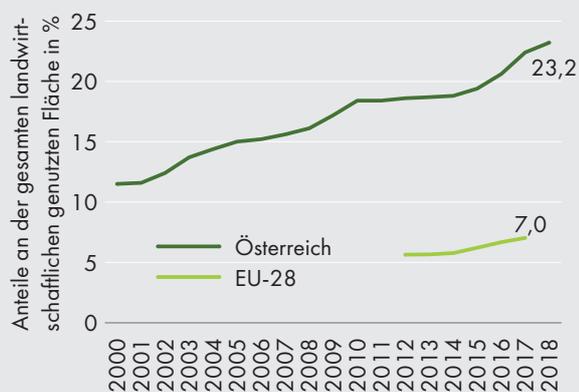
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der Materialverbrauch startete mit Beginn der Zeitreihe 2000 bereits auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren zeigte sich ein Rückgang, 2018 überstieg der Verbrauch jedoch wieder den Wert von 2000. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren stieg der Materialverbrauch wieder leicht an, was kurzfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs führt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Jahr 2018 auf vorläufigen Daten nach Schätzungen von Eurostat beruht, die sich noch ändern können.“

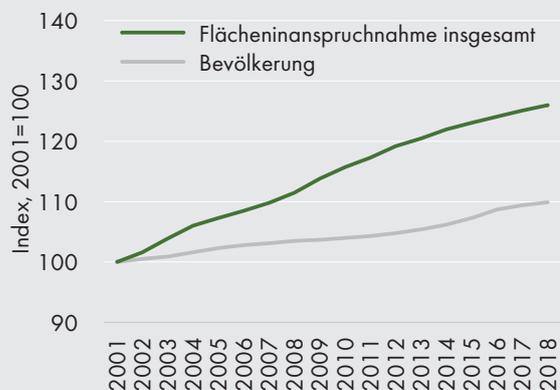
In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2018 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 3,2%. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 31,5%, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 4,6%, während das reale BIP um 1,5% wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC in etwa konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2018 einen Anstieg von 2,2%, der DMC betrug damit 2018 rund 167 Mio. t.

Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Q: BMNT, Grüner Bericht. Fläche ohne Almen laut INVEKOS für geförderte Biobetriebe; Eurostat (geringfügig abweichend aufgrund Datenverfügbarkeit: ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich auch im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2017: EU-28: 7% Bio-Fläche, Österreich: rund 23% laut EU-Definition). Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächen in Österreich mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2017 und 2018 wird ebenfalls sehr positiv bewertet.“

In Österreich hat sich von 2000 bis 2018 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5% auf 23,2% verdoppelt. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum.

Rund 90% der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation des Anteils der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Ab dem Start der neuen Periode wurden wieder starke Anstiege der Bio-Flächen verzeichnet: 2017 +8,4%, 2018 +3,6%.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

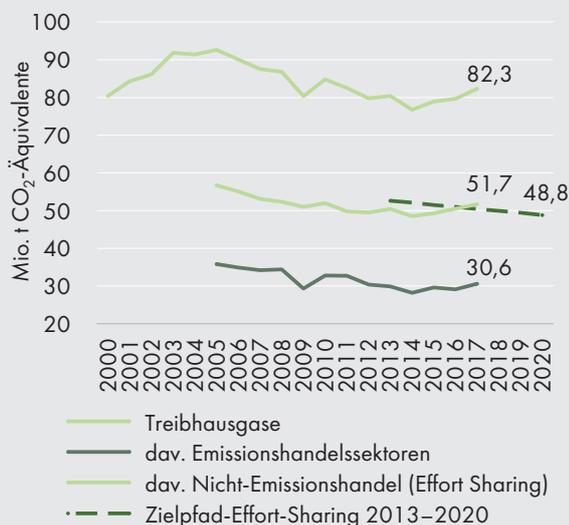


„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Der kontinuierliche Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig steigt der Flächenverbrauch ebenfalls weiter an und liegt über dem Bevölkerungswachstum, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird daher ebenfalls negativ gesehen.“

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2018 um 26,0% zu (durchschnittlich 1,4% pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.170 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+9,9%).

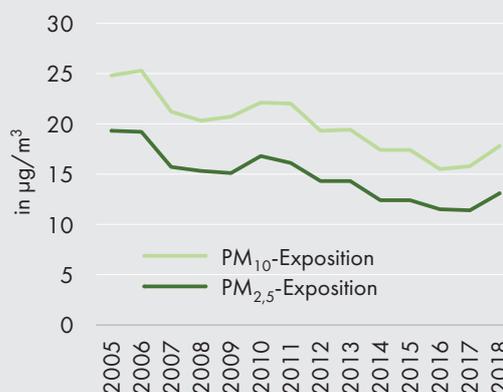
Die gesamte tägliche Flächenneuanspruchnahme (Bau-, Verkehrsflächen und sonstige) lag in der Periode 2015 bis 2018 bei 11,6 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d.h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z.B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2018 41,2%.

Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO₂-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. Zielpfad Effort Sharing laut Beschluss EU 2017/1471 (nach Anpassung) der EU-Kommission.

Schlüsselindikator mittlere Exposition durch PM_{2,5}, bevölkerungsgewichtet (Feinstaub), Vergleich PM₁₀-Exposition



Q: Umweltbundesamt. – Anmerkung: im August sollen die endgültigen Daten kommen, aber ohne große Änderungen

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 bis 2017 aufzu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird durch den deutlichen Anstieg von 2015 auf 2017 negativ bewertet. Der Wert 2017 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 51,7 Mio.t über der erlaubten Höchstmenge für 2017 laut Klimaschutzgesetz (knapp 50 Mio.t), bei einer Beibehaltung des Trends der letzten Jahre wird das Ziel von 47,8 Mio.t nicht erreicht.“

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 2000 (80,4 Mio. t CO₂-äquiv.) bis 2005 (92,6 Mio. t CO₂-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 (Ausnahme 2010) gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt 17,2% und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP). In den letzten Jahren stiegen die Emissionen dagegen deutlich an, von 2016-2017 um 3,3%, damit wurde der Abwärtstrend nicht fortgesetzt. Die Emissionen lagen zuletzt mit 82,3 Mio. t CO₂-äquiv. klar über dem Ausgangswert von 2000 (80,4 Mio. t CO₂-äquiv.). Die Emissionen des Nicht-Emissionshandelsbereichs lagen 2017 mit 51,7 Mio. t CO₂-Äquiv. um 2,1 Mio. t über dem Zielwert von 49,5 Mio. t.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

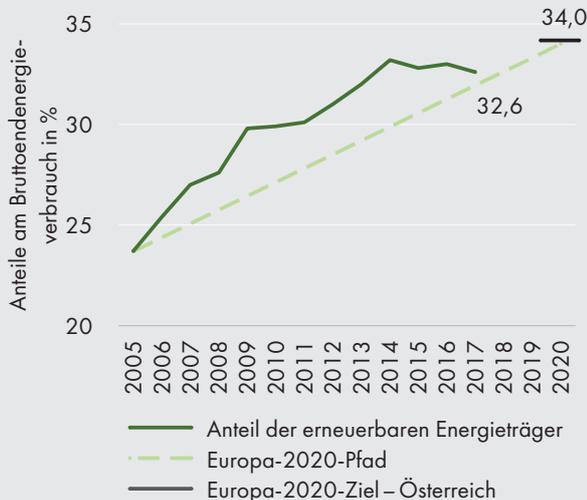


„Die bevölkerungsgewichtete PM_{2,5}-Exposition hängt von den inländischen PM_{2,5}-Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die PM_{2,5}-Belastung ist von 19 µg/m³ (2005) auf rund 13 µg/m³ im Jahr 2018 (-32%) deutlich zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2016 - 2018 ist ansteigend, was zu einer tendenziell negativen Einschätzung führt.“

Von 2005 – 2018 ging die bevölkerungsgewichtete Belastung durch PM_{2,5} von 19,3 µg/m³ auf 13,1 µg/m³ zurück, das bedeutet einen Rückgang von 32%. Mit Ausnahme der Jahre 2010 und 2018 zeigt sich dabei ein abnehmender Trend. Im Jahr 2018 lag die bevölkerungsgewichtete Belastung mit 13,1 µg/m³ deutlich über dem Wert von 2017 mit 11,4 µg/m³. PM_{2,5} sind Staubpartikel in inhalierbarer Größe (Feinstaub).

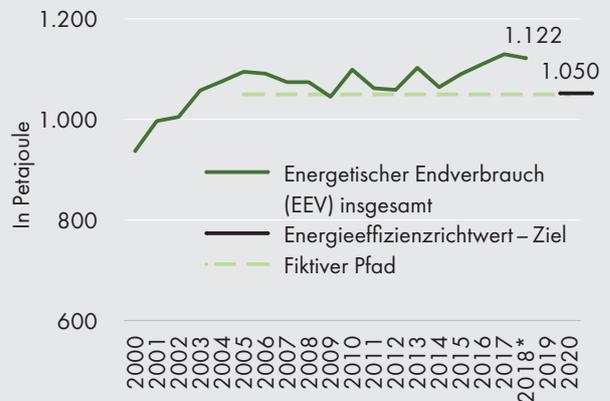
Die jährlichen Veränderungen sind dabei stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt. Für die Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch PM_{2,5} (Feinstaub) wurden vom Umweltbundesamt topographische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt.

Schlüsselindikator Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Schlüsselindikator Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„In der kurzfristigen Betrachtung kam es zu einem Rückgang des Anteils der erneuerbaren Energieträger, zudem liegt der Wert für 2017 nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad. Schreitet die kurzfristige Entwicklung so fort, kommt es zu einer Unterschreitung – deshalb fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell negativ aus. Der gesamte Zeitraum wird tendenziell positiv bewertet, wobei zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils immer schwieriger umsetzbar sein werden.“

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 2000 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine Reduktion unter das Ausgangsniveau. Das Fehlen beider Faktoren führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2016 auf 2018 (vorläufiges Ergebnis) einen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher tendenziell negativ beurteilt.“

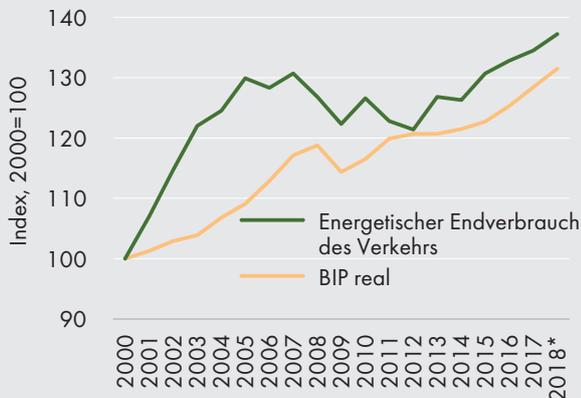
2017 wuchs der Verbrauch an fossiler Energie stärker, als das Aufkommen an erneuerbarer Energie: Der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoenergieverbrauch in Österreich ging von 33,0% im Jahr 2016 auf 32,6% im Jahr 2017 zurück (letztverfügbares Jahr). Damit liegt die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34% für 2020.

Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um 44% zu. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit einem Anteil von 32,6% für das Jahr 2017 wesentlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 17,5%.

Für das Jahr 2018 weist die vorläufige Energiebilanz für den EEV eine erste Schätzung von 1.122 PJ aus. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 0,6%. Hauptursache dafür war, bedingt durch die höheren Außentemperaturen in der Heizperiode, die um rund 10% niedrigere Heizgradsumme.

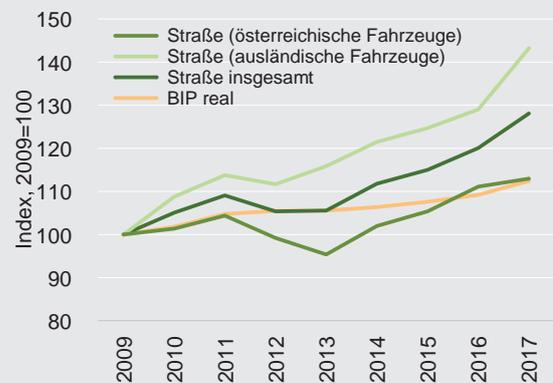
Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren ein Einbremsen des Wachstums. Ab 2015 stieg der EEV jedoch wieder kontinuierlich an und lag damit 2018 (vorläufige Schätzung) mit 1.122 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ.

Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2016 und 2018 (vorläufiges Ergebnis) ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird.“

Der gesamte Energieverbrauch des Verkehrs stieg in den Jahren 2000 bis 2018 um 37,2%, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 31,5% schwächer wuchs. In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück.

Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 1,3% für 2017, für das Jahr 2018 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+2,0%) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe seit 2000 erreicht.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

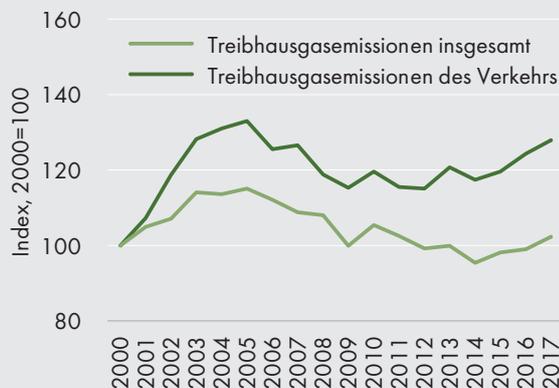


„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2015 - 2017 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.“

Im Zeitraum 2009 bis 2017 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 28,1%, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 12,5%. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 43,2% deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (13,0%). Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Transportleistung ausländischer Fahrzeuge laut Daten der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik von 11,0% (2017) wirkt sich auch auf den Anstieg der Straße insgesamt von 6,7% aus. Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0% bzw. 3,8%, der jedoch in den folgenden drei Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2017 +1,7%) mehr als ausgeglichen wurde.

Seit 2009 zeigt sich kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2% und lag 2017 63,1%. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2017 anteilig 3,0%.

Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). - Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

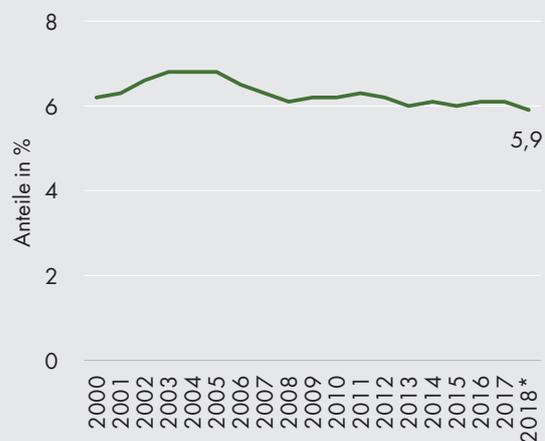


„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 - 2017 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich 2006 bis 2009 ein Rückgang zeigte. Die kurzfristige Entwicklung der THG des Verkehrs mit dem starken Anstieg in den letzten beiden Jahren wird ebenfalls negativ bewertet.“

Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs wuchsen im gesamten Zeitraum 2000 bis 2017 mit 27,9% stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum nur um 2,3% anstiegen. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2017 Treibhausgasemissionen im Ausmaß von knapp 24 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten auf. Ein besonders starker Anstieg zeigt sich bis zum Jahr 2005, danach gab es weitgehend einen abnehmenden Trend. In den letzten Jahren stiegen die Emissionen dagegen wieder deutlich an (2016 +3,9%, 2017 +2,9%).

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor – vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 – sind hauptsächlich im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem steigenden Kraftstoffexport im Tank (Tanktourismus), zu suchen. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Schlüsselindikator Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Öko-Steueranteile zeigen im gesamten Verlauf keine wesentlichen Veränderungen. Die Entwicklung wird daher sowohl kurz- als auch langfristig als neutral eingeschätzt. Nach den Berechnungen von Eurostat liegt Österreich 2017 mit einem Anteil von 5,6% etwas unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,0% (Daten jeweils, abweichend von der nationalen Berechnung, ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist. Allerdings werden ökologisch relevante Gebühren (wie Mauten oder Abfallgebühren) dabei nicht berücksichtigt.“

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich für 2018 (erste Schätzung) auf knapp 9,6 Mrd. Euro, im Jahr 2017 wurden rund 9,5 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) sank von 2000 (6,2%) bis 2018 (5,9%) geringfügig. Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003 – 2005 mit 6,8% zu verzeichnen, damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2018 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteuern um knapp 1% höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen um 5,3%. Dies führte zu einem reduzierten Ökosteueranteil (2017 6,1% und 2018 vorläufig 5,9%).

Sonderkapitel Wie geht's Österreich beim Thema Sicherheit?

Das diesjährige Sonderkapitel zu *WgÖ?* beschäftigt sich mit Fragen zu physischer und psychischer Sicherheit. Die Themen persönliches Sicherheitsempfinden oder Gewalt hängen eng mit den verschiedenen Aspekten von Wohlstand und Fortschritt – wie im Projekt *WgÖ?* abgebildet – zusammen. Das Thema Sicherheit ist im Bereich der Lebensqualität in der Dimension Physische Unsicherheit verankert. Das Sonderkapitel 2019 zeigt nach einem kurzen Überblick über die Datenlage erstmals Ergebnisse der Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“, die Statistik Austria im Jahr 2019 im Auftrag der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA, European Union Agency for Fundamental Rights) durchgeführt hat.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bezieht sich mehrfach auf Aspekte der Sicherheit. Einerseits wird mit dem Ziel 16 direkt darauf abgezielt: „Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen“. Das Unterziel 16.1 möchte, „Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich zu verringern“.

Das Ziel 5 möchte „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“. Die ersten darin befindlichen Unterziele berücksichtigen den Genderaspekt von physischer Sicherheit bzw. die Verringerung und Beseitigung von Gewalt speziell gegen Frauen. Die Unterziele halten fest, dass alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beendet werden sollten (5.1), alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigt werden sollten (5.2) und alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigt werden sollten (5.3).

Die Dimension Physische Unsicherheit enthält zwei Schlüsselindikatoren, einerseits den subjektiven Indikator des „physischen Unsicherheitsempfindens“ und andererseits den objektiven Indikator der „Tötungsrate“, welcher die Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen anzeigt. Diese beiden Indikatoren bilden einen wichtigen Ausschnitt der Sicherheitslage ab, trotzdem bleiben wesentliche Bereiche unberücksichtigt. Weiter zu berücksichtigen wären beispielsweise physische Gewalterfahrungen ohne Todesfolge, psychische oder sexuelle Gewalt, Eigentumsdelikte, Diskriminierungserfahrungen oder Stalking.

Für einige dieser Bereiche kann auf Daten aus der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres zurückgegriffen werden, diese Daten zeigen damit das sogenannte „Hellfeld“, also jene Fälle, die offiziell bekannt und registriert wurden. Es ist jedoch bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und auch nicht immer offiziell melden. Die Kriminalitätsstatistik kann daher auch nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bieten.

Der Anteil der Kriminalität, der nicht angezeigt bzw. registriert wird, wird als „Dunkelfeld“ bezeichnet. Daten dazu – sowie zu den persönlichen Folgen von Kriminalitätserfahrungen – erfordern repräsentative Erhebungen. Laufende statistische Erhebungen zu Gewalterfahrungen, wie in einigen europäischen Ländern üblich, werden in Österreich derzeit nicht vorgenommen. Die im Sonderkapitel erstmals gezeigten Ergebnisse beruhen auf der im Frühjahr 2019 im Auftrag der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) durchgeführten Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“. Diese Erhebung behandelt Sicherheitsängste sowie konkret erlebte Erfahrungen mit Eigentumsdelikten, Belästigungen und Gewalt.

Die Ergebnisse geben nicht nur Einblick in das durch polizeiliche und gerichtliche Kriminalstatistiken unbeleuchtete Dunkelfeld der Kriminalität, sondern geben Aufschluss über die betroffenen Personengruppen. Dies kann dazu beitragen, die Effektivität der Sicherheits- und Beratungseinrichtungen konkret einzuschätzen und stärker auf Prävention und die Bedürfnisse der Betroffenen auszurichten.

Die Befragung wurde im April und Mai 2019 durchgeführt. Statistik Austria hat dafür eine kontrollierte Wahrscheinlichkeitsstichprobe von 3.500 Personen zwischen 16 und 74 Jahren aus dem zentralen Melderegister gezogen. Insgesamt wurden 1.233 verwertbare Fragebögen ausgefüllt. Die Stichprobenziehung, die gute Beteiligung an dieser Erhebung und die Anwendung von etablierten Hochrechnungsverfahren auf Grundlage von Registerinformationen durch Statistik Austria sowie ein spezieller Datenschutz für die Befragten gewährleisten die bestmögliche Datenqualität bei einer Onlinebefragung.

Sicherheitsängste verringern die alltägliche Lebensqualität. Der Schlüsselindikator zum physischen Unsicherheitsempfinden wird jährlich aus der EU-SILC Erhebung durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“. Hochgerechnet waren demnach im Jahr 2018 9,7% der Bevölkerung von subjektiver Kriminalitätsangst betrof-

fen. In der Grundrechtebefragung 2019 wurden Sicherheitsängste detaillierter abgefragt. Insgesamt ist demnach ungefähr jeder vierte Mann bzw. jede dritte Frau unter den 16- bis 74-Jährigen sehr besorgt über zumindest eines von vier konkreten Sicherheitsrisiken. Am häufigsten ist die Angst vor Missbrauch von Bankdaten (Frauen 19%, Männer 14%). Ähnlich häufig ist die Sorge vor Taschendiebstahl oder Einbruch.

Die Ergebnisse der Grundrechtebefragung belegen, dass Erfahrungen mit Eigentumsdelikten weiter verbreitet sind als durch die Anzeigenstatistik anzunehmen wäre. Laut Erhebung haben rund 680.000 Personen (10,4%) zumindest einmal in den letzten fünf Jahren einen Einbruchdiebstahl erlebt. Etwa drei von vier Betroffenen (500.000 Menschen) haben einen solchen Vorfall tatsächlich angezeigt bzw. gemeldet. Die Art des Diebstahls ist in dieser Frage nicht näher qualifiziert und kann daher den Fahrraddiebstahl aus dem Keller ebenso umfassen, wie einen Raubüberfall in der eigenen Wohnung.

Kriminalitätsfurcht zeigt sich auch in konkreten Verhaltensweisen, wie etwa der Vermeidung von Risiken. Jede vierte Frau hatte in den letzten 12 Monaten aus Angst vor Übergriffen oder Belästigungen Orte gemieden, an denen keine anderen Menschen sind. Dieser Anteil ist etwa dreimal so hoch wie bei Männern.

Laut Grundrechtebefragung haben in Österreich 843.000 Menschen (12,8%) in den letzten 5 Monaten Gewalt erlebt. Jeder dritte Mann zwischen 16 und 29 Jahren war betroffen, mit dem Alter geht der Anteil der Betroffenen jedoch deutlich zurück. Die am häufigsten genannte Form von Gewalt sind Ohrfeigen, Bewerfung mit Gegenständen, Stoßen oder Haareziehen (9,8%). Etwa halb so groß ist die Anzahl der Personen, die mit der Faust oder einem

Gegenstand geschlagen wurde (5,2%) bzw. getreten oder verprügelt wurden (4,4%).

Die Grundrechtebefragung zeigt, dass sogar wenn Gewalt zu körperlichen Verletzungen führt, diese nur selten bei der Polizei gemeldet wird. Etwa drei Viertel der 364.000 Betroffenen haben zumindest für den letzten derartigen Vorfall keine Meldung gemacht.

Gewalthandlungen gehen überwiegend von Männern aus – egal ob der bzw. die Betroffene ein Mann oder eine Frau ist. Nur 11,3% der männlichen und 14,6% der weiblichen Betroffenen geben an, dass ihnen von einer Frau (bzw. mehreren Frauen) Gewalt angetan wurde. Bei mehr als 70% der Betroffenen war der Täter ein Mann. Der Rest entfällt auf Gewalterfahrungen, bei denen sowohl männliche als auch weibliche Täter involviert waren, oder das Geschlecht unklar war.

Während die Gewalterfahrungen der Männer häufiger im öffentlichen Raum stattfinden, sind Frauen überwiegend betroffen von Gewalt in privaten Wohnräumen. Dazu gehört insbesondere die sogenannte häusliche Gewalt zwischen Partnern und Partnerinnen. Dieser Form der Gewalt können sich Frauen nur schwer entziehen.

Die aktuelle Grundrechtebefragung zeigt vor allem, dass mehr als 60% der betroffenen Frauen mit teilweise langwierigen psychischen Folgen zu kämpfen haben. Beinahe jede dritte Frau hatte in Folge eines Gewalterlebnisses Angstzustände. Jede fünfte Frau war von Depressionen (90.000) betroffen und etwa jede Zehnte litt an Panikattacken. Detailliertere Ergebnisse speziell zum Thema Gewalt gegen Frauen hat die Grundrechteagentur (FRA) auf Basis einer älteren Befragung in der Studie [„Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung“](#) von 2014 veröffentlicht.



Einleitung

Seit 2012 liefert das Projekt „Wie geht’s Österreich?“ (fortan *WgÖ?*) von Statistik Austria konzise und weitreichende Informationen zu verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt. Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ergänzen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und tragen damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstands- und Fortschrittsentwicklung in Österreich bei.

Vor mittlerweile 10 Jahren empfahl die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“) in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report“, Stiglitz et al. 2009) eine multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft. In der sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development“ arbeiteten auf EU-Ebene hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – daran, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen.

Das Projekt *WgÖ?* wurde in Folge dieser Debatten vom fachstatistischen Generaldirektor der Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, initiiert und von einem Team aus Expertinnen und Experten mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der damaligen Stabsstelle Analyse umgesetzt und wird seither laufend weiterentwickelt.

Bei der Entwicklung des Projekts wurden die Empfehlungen der Sponsorship Group für Österreich weitgehend herangezogen (siehe Pesendorfer et al. 2012). Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. Europa 2020-Indikatoren) und nationaler Ebene² flossen ebenfalls in die ursprüngliche Auswahl der Indikatoren ein. Das Indikatorenset wurde in einem breiten Kommunikationsprozess mit nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessensvertretungen und Ministerien abgestimmt. Im Zuge des Statistiktags 2012 wurde *WgÖ?* erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher die Schlüsselindikatoren zu *WgÖ?* analysiert und durch zusätzliche Informationen erweitert. Zudem wird der Bericht durch wechselnde Sonderthemen ergänzt.

Die laufende Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessensvertretungen) im Rahmen von „Runden Tischen“ ist ein Grundpfeiler des Projekts. Diese Diskussionen garantieren eine möglichst breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets, welches dabei laufend überarbeitet und verfeinert wurde.

Internationale Entwicklungen bei den Diskussion zu Wohlstand und Fortschritt fanden bei der Weiterentwicklung des Indikatorensets Berücksichtigung: in den letzten Jah-

ren erfolgte dabei auf internationaler Ebene eine Fokussierung auf die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. Im Zentrum der Sustainable Development Goals (SDG) steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen, wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit.

Das Indikatorenrahmenwerk der UN-Agenda 2030 wurde daher 2017 als Anlassfall für eine gründliche Evaluierung und Diskussion der in *WgÖ?* verwendeten Indikatoren herangezogen. In mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten wurden sowohl die festgelegten Dimensionen als auch die Indikatorenauswahl diskutiert und gegebenenfalls geändert. Die Ergebnisse wurden danach bei einem Runden Tisch präsentiert und noch geringfügig abgeändert. Für das Jahr 2018 ergaben sich Anpassungen der Schlüsselindikatoren in den Dimensionen „Wohnen“ sowie „Klimawandel, Emissionen“. Für das Jahr 2019 wurden keine Änderungen vorgenommen.

Statistische Indikatoren stellen eine wesentliche Ressource für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit dar. Sie unterstützen dabei, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, und ermöglichen Vergleiche über die Zeit, über verschiedene Länder, soziale Gruppen oder Industriezweige. Sie tragen zu erhöhter Transparenz und Messbarkeit bei und stellen nicht zuletzt auch ein wichtiges Kommunikationsinstrument dar.

Dabei ist unbedingt auf eine fundierte Auswahl der Indikatoren zu achten. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit, Zeitnähe und Bewertbarkeit wurden als wesentliche Auswahlkriterien für *WgÖ?* festgelegt. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Die Auswahl der Indikatoren wird mit Expertinnen und Experten sowie im Rahmen der erwähnten Runden Tische diskutiert, die Letztverantwortung liegt jedoch bei Statistik Austria.

Auch die Größe des Indikatorensets ist als wesentlicher Faktor zu sehen. Durch eine große Anzahl von Indikatoren besteht die Gefahr der Unübersichtlichkeit und eines damit einhergehenden Relevanzverlustes. Auf der anderen Seite birgt die Konzentrierung auf einen oder einige wenige sehr prominente „Superindikatoren“ das Risiko, nur noch Teilaussagen aus einem ganz bestimmten Blickwinkel treffen zu können.

Mit dem Projekt „Wie geht’s Österreich?“ liefert Statistik Austria einen Beitrag zur verständlichen und umfassenden Darstellung von Wohlstand und Fortschritt in Österreich.

² Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (aktuell: BMLFUW 2015).

30 Schlüsselindikatoren ergänzen das BIP um weitere Informationen zum materiellen Wohlstand, wie Einkommen oder Konsum der Haushalte, umfassen subjektiv und objektiv gemessene Aspekte der Lebensqualität und erweitern die Betrachtung um Umweltaspekte wie Ressourcenverbrauch und Emissionen.

Die aktuellen Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren sind auf einem Webabschnitt der Homepage von Statistik Austria unter der Bezeichnung „[Wie geht's Österreich?](#)“ abrufbar. Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl. Zusätzlich sind Detailinformationen zu den einzelnen Indikatoren verfügbar. Dabei wird etwa auf Fragen der Verteilung, des subjektiven Wohlbefindens oder des Ressourcenverbrauchs eingegangen.

Ein externes Expertengremium liefert jährlich eine Bewertung der ausgewählten Schlüsselindikatoren, welche eine schnelle Einschätzung der Entwicklung der Indikatoren erlaubt.

Der aktuelle Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 zeichnet den Hintergrund des *WgÖ?*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die Entwicklungen des Bereichs „materielles Wohlstand“ untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenfeld „Lebensqualität“ auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel 4 widmet sich umfassend dem Bereich Umwelt. In Kapitel 5 wird Österreich im EU-Vergleich dargestellt und analysiert. Kapitel 6 gibt einen abschließenden Ausblick. Das Sonderkapitel 2019 widmet sich dem Thema „Sicherheit“ und seiner Bedeutung für *WgÖ?*.



1

Was ist „Wie geht's Österreich“

Hintergrund BIP + 30

Bewertung der
Schlüsselindikatoren

Kommunikation

Internationale
Entwicklungen

1.1

Hintergrund Indikatorenset BIP + 30

Das Statistik Austria Projekt „Wie geht’s Österreich?“ (*WgÖ?*) wurde in Folge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittmessung auf EU-Ebene vom fachstatistischen Generaldirektor der Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, initiiert und wird seither von einem Team aus Expertinnen und Experten³ mehrerer Fachbereiche umgesetzt und weiterentwickelt. 2012 wurde in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt bestmöglich abbildet. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht (Statistik Austria, 2013), welcher diese Schlüsselindikatoren analysiert und durch zusätzliche Informationen erweitert. Zudem wird der Bericht zu *WgÖ?* durch wechselnde Sonderthemen ergänzt.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wird es laufend sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen.

Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es wenig darüber aus, wer von wirtschaftlichem Erfolg profitiert, wie sich das Wirtschaftswachstum über die Gesellschaft verteilt oder welche ökologischen Konsequenzen sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben.

Aus diesem Grund gab es in den vergangenen international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll (siehe auch Kapitel 1.4). Durch Informationen über die Entwicklung materieller Aspekte auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit soll ein breites Bild von Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft entstehen.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ?* folgte den Empfehlungen des renommierten Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. [Europa 2020-Indikatoren](#)) und Indikatoren nationaler Projekte⁴ flossen ebenfalls in die Auswahl ein. Die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z. B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ?* dar und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Expertengremium.

Bei der Auswahl der Indikatoren für das Projekt *WgÖ?* wurde darauf geachtet, nur wenige zentrale Schlüsselindikatoren zu verwenden, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den Mut zur Lücke erforderte. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die Bewertbarkeit der Indikatoren, die Beibehaltung von Europa 2020 Indikatoren sowie die Bevorzugung von UN Agenda 2030 Indikatoren zu vergleichbaren Alternativen dar. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Im vorliegenden Bericht findet sich daher ein eigenes Kapitel, das Österreich im europäischen Vergleich darstellt.

Die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren soll auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu,

³ Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Projektleitung), Catherine Prettnner, Sacha Baud, Nadja Lamei, Ferdinand Leitner, Eva Milota und andere.

⁴ Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2015)

weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Die laufende Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) im Rahmen von „Runden Tischen“ ist dabei ein Grundpfeiler des Projekts und garantiert eine möglichst breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets. Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte liefert die [Internetseite „Was ist Wie geht's Österreich?“](#) sowie der Hintergrundbericht „Wie geht's Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF/ESS Empfehlungen“ (Pesendorfer et al. 2012).

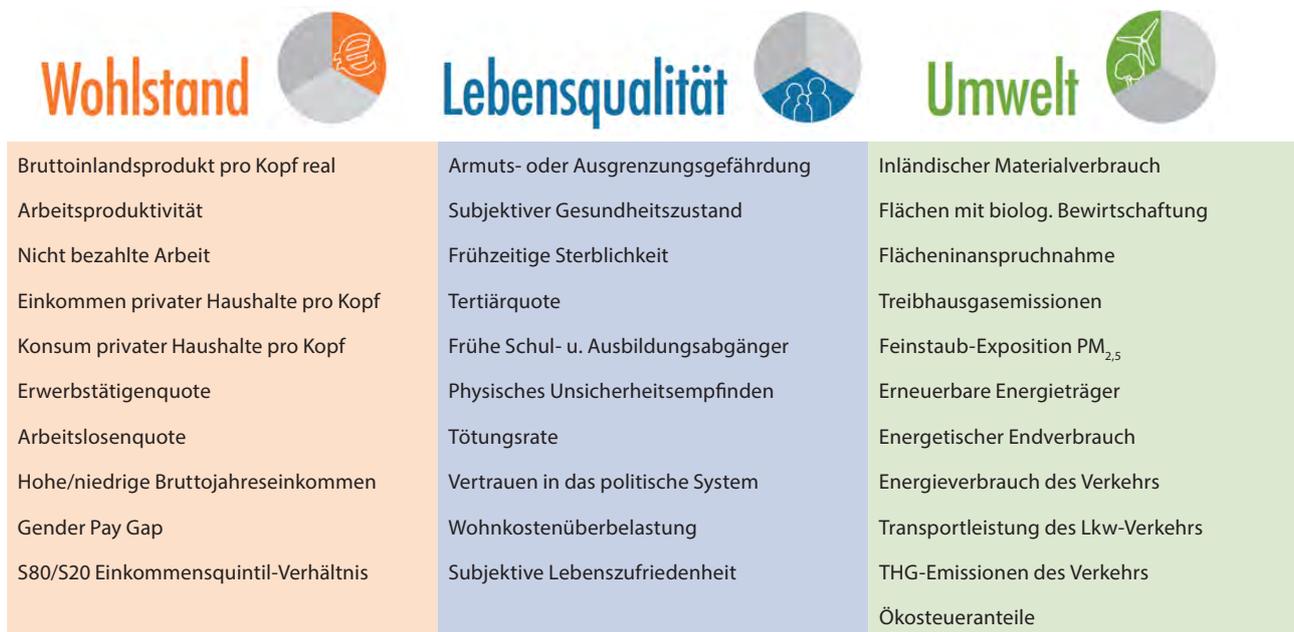
Im Frühjahr 2017 wurden in mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten die Dimensionen von *WgÖ?* sowie die Indikatorenauswahl diskutiert und umfassend überarbeitet. Als wesentlichste Änderung erfolgte die Verschiebung der Dimension „Arbeit“ vom Bereich Lebensqualität in den Bereich Materielle Wohlstand. Zudem wurden die Dimensionen der Lebensqualität reduziert und jedem der drei Bereiche jeweils 10 (bzw. 11 im Bereich Umwelt) Indikatoren zugeordnet (siehe auch Statistik Austria, 2017, Überarbeitungsprozess S. 48). Bei einem Runden Tisch fand im Juni 2017 eine Konsolidie-

rung des aktualisierten Indikatorensets mit den Stakeholdern des Projekts *WgÖ?* statt.

Nach dem weitgehenden Überarbeitungsprozess 2017 sind mittelfristig keine wesentlichen Änderungen in Struktur und Indikatorenauswahl geplant. Für den Bericht 2018 (Statistik Austria, 2018) wurden zwei Änderungen in den Schlüsselindikatoren vorgenommen: in der Dimension „Wohnen“ der Lebensqualität wurde der Indikator zur Wohnkostenüberbelastung als neuer Schlüsselindikator herangezogen. In der Dimension „Klimawandel, Emissionen“ wurde der Indikator „PM₁₀-Emissionen insgesamt“ durch den Indikator „PM_{2,5}-Exposition (Belastung) bevölkerungsgewichtet“ ersetzt, da hierfür 2018 erstmals gesicherte Daten des Umweltbundesamts vorlagen. Zudem wurde ab 2018 der Beginn der Zeitreihen (sofern Daten verfügbar) von 1995 auf 2000 geändert. Diese Änderung wurde vom Bewertungsgremium für das Jahr 2018 festgelegt und betraf vor allem die langfristige Bewertung der Indikatoren.

Für den Bericht 2019 ergaben sich erstmals keine Änderungen bei der Auswahl der Schlüsselindikatoren. Die Zusatzindikatoren wurden mit Fachexperten diskutiert und vereinzelt reduziert. Die Schlüsselindikatoren sind in Grafik 1 abgebildet.

Grafik 1
Indikatorenset BIP + 30 Schlüsselindikatoren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

1.2

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren ermöglicht es, auch bei rascher Lektüre einen Eindruck zu gewinnen, wie sich die abgebildeten Dimensionen verändert haben. Mögliche Problembereiche der Vergangenheit werden auf einen Blick sichtbar. Dies entspricht dem grundlegenden Ziel eines Indikatorensets zu Fortschritt und Wohlstand: positive oder negative Trends der Entwicklung eines Landes etwa in Bezug auf die Nachhaltigkeit aufzuzeigen. Die Bewertung wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen durchgeführt.

Bewertung mittels Symbolen wird als kommunikatives Mittel bei der Darstellung von Indikatoren im Europäischen Statistischen System vielfach eingesetzt. Zum Thema „Getting Messages Across Using Indicators“ veröffentlichte Eurostat (2014a) ein Handbuch, das sich mit Fragen der Indikatorbewertung auseinandersetzt. Eurostat bewertet beispielsweise die Entwicklung der EU-SDG-Indikatoren mit roten und grünen Pfeilen (Eurostat 2019)⁵. Im Zuge von *WgÖ?* wird die Entwicklung oder das Niveau von Indikatoren (zumeist in Bezug auf Referenz- oder Zielgrößen) bewertet, die indirekt durch politische Maßnahmen und Strategien oder andere (soziale, ökonomische oder umweltrelevante) Phänomene wie etwa die Wirtschaftskrise beeinflusst werden können.

Bei der Bewertung von Indikatoren wird der Verhaltenskodex für Europäische Statistiken⁶ berücksichtigt und hier insbesondere die Grundsätze der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität. Statistik Austria nimmt deshalb auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe Übersicht 1) durchgeführt.

Bewertet werden dabei nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines Bewer-

tungsgesprächs durch das genannte Gremium jährlich akkordiert und festgelegt.

Übersicht 1 Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Sandra Bilek-Steindl
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 2). Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen der Vergangenheit: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei verfügbaren Jahre fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators. Eine langfristige Beurteilung wird nur dann durchgeführt, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.

Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen im Widerspruch zueinander stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa.

Um dennoch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen.

⁵ Weitere Beispiele für die Bewertung von Nachhaltigkeits- oder Wohlstandsindikatoren gibt es etwa von Deutschland, den Niederlanden u.a.

⁶ Eurostat, European Statistics Code of Practice.

Übersicht 2

Bewertungsskala

5-teilige Bewertungsskala		
	KF	sehr gute Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Zielerreichung bei fortlaufendem Trend gewährleistet oder übertroffen
	LF	der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele
	KF	tendenziell positive Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell positiv zu bewerten bleibt aber moderat bzw. hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück
	KF	minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status
	LF	der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung erkennen
	KF	tendenziell negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend stark in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung nicht gewährleistet/schwierig
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung
	KF	deutlich negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend stark in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich
	LF	der langfristige Trend ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? – KF = Kurzfristige Bewertungen der letzten 3 Jahre, LF = Langfristige Bewertung der gesamten Zeitreihe (mindestens 10 Jahre, längstens ab 2000).

Dabei gelangt der Bewertungsmodus laut Übersicht 3 zur Anwendung.

Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewertet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Die-

ses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009, Seite 16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

Übersicht 3

Bewertungsmodus

Grundlegendes

Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators bewertet, die Einbeziehung einer Referenzgröße (z. B. BIP, internationaler Vergleich) kann die Bewertung um eine Stufe verbessern/verschlechtern.

Das absolut mögliche Niveau wird mitberücksichtigt (z. B.: Abflachen der Kurve bei Werten nahe 0 oder 100%)

Kurzfrist / Langfrist

Kurzfrist: die letzten 3 verfügbaren Jahre

Langfrist: die gesamte Zeitreihe sofern mindestens 10 Jahre verfügbar sind

Voraussetzung für die Bewertung

Der Indikator muss eindeutig (normativ) interpretierbar sein.

Modus der Bewertung

Die Bewertung bezieht sich grundsätzlich auf die normative Interpretation der Zeitreihe bzw. ein extern vorgegebenes Ziel (z. B. Europa 2020). Im ersten Fall kann eine zusätzliche Referenzgröße zur Bewertung herangezogen werden (z. B. BIP und Ressourcenverbrauch, absolute und relative Entkopplung). Im zweiten Fall wird die Entwicklung in Bezug auf das Ziel bewertet, weshalb keine weitere Referenzgröße notwendig ist.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Liegen den Indikatoren vereinbarte politische Zielsetzungen wie die Europa 2020-Ziele (Europäische Kommission 2010) zugrunde, kann die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden. Die Bewertungen dieser Art sind intuitiv verständlich und ergeben gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild der Entwicklung des Indikatorensets.

Die Zuordnung einzelner Bewertungskategorien zu den Schlüsselindikatoren darf nicht als eine abschließende Beurteilung oft sehr komplexer Sachverhalte missverstanden werden, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine weiterführende Diskussion über die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Entwicklung einzelner Indikatoren auszulösen.

1.3 Kommunikation und Dissemination

Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen eine wichtige Rolle, um die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Kommunikation des Indikatorensets *WgÖ?* richtet sich an verschiedene Usergruppen, die unterschiedliche Zugänge zu den Indikatoren und Informationen benötigen.

Zum einen sollen interessierte Privatpersonen angesprochen werden, die sich über die Webseite einen schnellen Überblick über Entwicklung und Tendenz verschiedener Indikatoren verschaffen wollen. Zum anderen soll das Set die Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen mit den Indikatoren anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zu Tage fördern können. Drittens dient das *WgÖ?*-Set politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern, aber auch Medienvertreterinnen und -vertretern dazu, sich umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen der vergangenen Jahre zu informieren. Letztere benötigen unter Umständen mehr Detailtiefe als die breite Öffentlichkeit, jedoch schnellere und weniger detaillierte Information als wissenschaftliche Nutzerinnen und Nutzer.

Parallel zur Entwicklung der Indikatoren wurde an der grafischen Umsetzung auf der Website von Statistik Austria gearbeitet. Der entsprechende Abschnitt ist seit 2012 unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online und wird regelmäßig aktualisiert.

Grafik 2 Ebene 1 der Webseite



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Darstellung der Indikatoren erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht an oberster Ebene den Vergleich der vergangenen Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Schlüsselgrößen zu Wohlstand und Fortschritt (Grafik 2). Die Schlüsselgrößen können vom Nutzer selbst gewählt werden.

Auf der nächsten Ebene (Grafik 3) wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) der Schlüsselindikatoren dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten.

Grafik 3 Ebene 2 der Webseite



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Auf der untersten Ebene 3 schließlich sind alle Zusatzindikatoren dargestellt. Dies ermöglicht eine klare Unterscheidung zwischen Schlüssel- und weiteren Indikatoren. Zudem sind zusätzliche Detail- und Metainformationen zu den jeweiligen Inhalten abrufbar, wie beispielsweise Zusatzinformationen zu den Verteilungsaspekten.

Das Indikatorenset wird seit 2013 jährlich in einem umfassenden Bericht zu *WgÖ?* inhaltlich analysiert und grafisch dargestellt. Daneben wird auch eine Kurzfassung angeboten, beides wird jährlich in einer Pressekonferenz der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Artikel in den Statistischen Nachrichten von Statistik Austria und diverse Zeitschriftenbeiträge sowie Vorträge ergänzen den Disseminationsprozess.

Seit 2017 werden einzelne Themen in sogenannten „[Statistics Briefs](#)“ unterjährig thematisch behandelt. Erschienen sind beispielsweise Statistics Briefs zu Erwerbsstatus, Armut, Materialverbrauch, subjektiven Wohlbefinden oder zur Umwelt.

Der Konsultationsprozess erfolgt weiterhin in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen sowie interessierten Datennutzerinnen und -nutzern aus Politik und

Wirtschaft (beispielsweise durch die bereits erwähnten, jährlichen „Runden Tischen“). „WgÖ?“ ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Die Zusammenstellung der Schlüsselindikatoren bleibt Gegenstand von Diskussionen und kann gegebenenfalls überdacht und verändert werden.

Statistik Austria lädt daher dazu ein, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zu diesem Projekt an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

1.4 Internationale Entwicklungen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN Agenda 2030 (= SDGs, Sustainable Development Goals) stellen aktuell weltweit den wesentlichsten politischen Rahmen zur Beendigung aller Formen von Armut, zur Bekämpfung von Ungleichheiten und zur Bewältigung des Klimawandels dar, der auf globaler, regionaler und nationaler Ebene behandelt wird. Die UN Agenda 2030 wurde im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Auch die EU weist die Bedeutung der Ziele für nachhaltige Entwicklung für Europa aus.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bildet wie erwähnt die aggregierte Produktion eines Landes umfassend ab, sagt aber wenig über Verteilungswirkungen oder negative ökologische Konsequenzen, die sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben, aus. Eine dynamische Produktion steigert kurzfristig die Einkommen einer Volkswirtschaft, verbraucht allerdings auch Ressourcen und kann dabei mittelfristig die Lebensqualität durch Umweltschäden beeinträchtigen. Deshalb entwickelte sich in den vergangenen Jahren international eine breite Debatte darüber, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll.

Eine Reihe von Initiativen (z.B. How's Life? (OECD), Green Growth (OECD), oder die Sustainable Development Indicators (Eurostat – zuletzt überführt in das Konzept der Agenda 2030)) befasste sich daher schon bisher auf internationaler Ebene mit der Messung und Interpretation von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem und nachhaltigem Fortschritt einer Gesellschaft. Diese Initiativen – sowie auch die UN Agenda 2030 - folgen dem Grundgedanken, dass die Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt ein breiteres Themenfeld abdecken muss, als es das Bruttoinlandsprodukt gemeinhin vermag.

1.4.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit von der Vollversammlung bzw. den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet. Dem Gipfel vorausgegangen ist die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele, die für

15 Jahre gelten und die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ablösen. Im Gegensatz zu den MDGs sind SDGs universell gültig d.h. sie betreffen Entwicklungsländer ebenso wie die westlichen Industriestaaten. Im Zentrum der Sustainable Development Goals (SDG) steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit. Die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) hat dafür nach einem 16-monatigen Konsultations- und Verhandlungsprozess 17 Ziele (Goals, siehe Grafik 4) mit 169 Zielvorgaben (targets) vorgeschlagen. Einen umfassenden Überblick über die Agenda 2030 bietet die „Sustainable Development Goals (SDGs) Knowledge Platform“ der Vereinten Nationen.

Grafik 4
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung



Q: UN, <http://unstats.un.org/sdgs/>

Eine große Herausforderung stellt das Monitoring der SDGs dar, das durch die den Zielvorgaben (targets) zugeordneten Indikatoren geschieht. Die Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) wurde mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks betraut. Der daraus resultierende Vorschlag bestehend aus aktuell 244 Indikatoren (bzw. 232 Indikatoren mit teilweiser Mehrfachnennung) wurde während der Sitzung der UN Statistical Commission (48. Sitzung, März 2017) angenommen. Eine weitere Detailabstimmung der Indikatoren durch die IAEG-SDGs wird in den nächsten Jahren erfolgen. Zudem wird laufend überprüft, ob bisher noch fehlende Indikatoren durch methodische und inhaltliche Verbesserungen die Voraussetzungen erfüllen, um zukünftig im Set Verwendung zu finden. Durch diese Indikatoren soll es möglich sein, festzustellen, ob die beabsichtigten Verbesserungen tatsächlich eintreten, bzw. wo möglicherweise noch größere Anstrengungen

gen erforderlich sind. Für Europa (ohne Osteuropa) in der IAEG-SDGs sind aktuell vertreten: Frankreich, Deutschland, Irland und Schweden.

Das internationale Indikatorenrahmenwerk soll durch regionale (EU) und nationale Indikatorensets ergänzt werden.

Eurostat entwickelte eine Liste von 100 EU SDG Indikatoren für das *regionale Monitoring* der UN Agenda 2030. Dieses Indikatorenset wurde mittels eines breit und umfassend angelegten Prozesses entwickelt. Eurostat ging dabei jedoch vom Prinzip der Zuordnung der Indikatoren zu Targets (Unterzielen) ab und beschloss, seine Indikatoren nur den 17 Zielen zuzuordnen. Zudem ist jedes der 17 Ziele jeweils mit maximal sechs Indikatoren zu messen. 2019 wurde der aktuelle Indikatorenbericht veröffentlicht (Eurostat, 2019), zur weiteren Information steht eine umfassende [EU-Website zur Nachhaltigen Entwicklung / SDG](#) zur Verfügung.

Für Österreich hat Statistik Austria die Erstellung der *nationalen SDG-Indikatortabellen* übernommen. Dies folgt dem Vorschlag auf UNECE Ebene: als Leitfaden für die Umsetzung des SDG-Monitorings auf nationaler Ebene präsentierte der Economic and Social Council der UNECE im Juli 2017 die "Conference of European Statisticians Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals" (CES Road Map on statistics for SDGs, UNECE 2017). Unabhängige nationale statistische Ämter sollen demnach auf nationaler Ebene eine Schlüsselrolle beim Monitoring der Agenda 2030 einnehmen. Die im Dezember 2017 auf der Statistik-Homepage unter [„Agenda 2030 – Sustainable Development Goals and Indicators“](#) erstmals veröffentlichten [Tabellen zu den 17 Zielen](#) basieren auf dem globalen SDG-Indikatorenrahmenwerk der IAEG-SDGs, in enger Abstimmung mit dem Europäischen Statistischen System, seit Dezember 2018 liegt eine aktualisierte Fassung vor.

Statistik Austria nimmt im Prozess um das SDG-Monitoring zudem einerseits die Rolle des „National Focal Point“ für die Koordination von und Rückfragen zu Indikatoren auf internationaler Ebene (durch die Vorgelagerten Institutionen der UN, wie UNICEF, FAO, IEA etc.) ein. Andererseits sind auch auf nationaler Ebene laufende Kontakte zu weiteren nationalen Datenlieferanten (wie Umweltbundesamt, Austrian Development Agency oder diverse Ministerien) notwendig, um das nationale Indikatorenset bestmöglich befüllen zu können. Der Umsetzungsprozess des nationalen Indikatorensets 2017 erfolgte auch in enger Abstimmung mit der [Interministeriellen Arbeitsgruppe](#) von Bundeskanzleramt und BMEIA.

Wiewohl beide Indikatorensets – die Agenda 2030 und *WgÖ?* auf unterschiedlichen Konzepten beruhen – nämlich einerseits dem Anspruch der umfassenden Messung der Nachhaltigkeit (mit Stichwort „Leaving no one behind“)

und andererseits der Erfordernis, ein überschaubares, politikrelevantes Indikatorenset zu Wohlstand und Fortschritt in Ergänzung zum BIP zu entwickeln (Beyond GDP), stimmen beide Indikatorenwerke doch in wesentlichen Punkten überein. Beide enthalten etwa materielle, soziale und nachhaltige (bzw. ökologische) Teilbereiche, welche mit ausgewählten Indikatoren dargestellt und gemessen werden sollen. Dementsprechend erschien es naheliegend, Synergien zwischen den Indikatorensets zu betrachten. Die Agenda 2030 hatte daher während des umfassenden Überarbeitungsprozesses 2017 einen wesentlichen Einfluss auf die Wahl neuer Indikatoren für *WgÖ?*, das Sonderkapitel 2017 (Statistik Austria, 2017) befasste sich explizit mit der Agenda 2030 im Kontext von *WgÖ?*. Zudem sind – in Abstimmung mit der genannten Interministeriellen Arbeitsgruppe von Bundeskanzleramt und BMEIA – alle Schlüsselindikatoren von *WgÖ?* auch im nationalen SDG-Indikatorenset enthalten.

1.4.2 EU Beyond GDP Prozess

Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP“ („Jenseits des BIP“). Zentrales Ziel der Beyond-GDP Konferenz war es, zu klären, welche Kennzahlen als Ergänzung zum BIP Fortschritt am ehesten zu messen vermögen und wie man sie bestmöglich in den politischen Entscheidungsprozess integrieren und in der öffentlichen Debatte verankern könne.

Am 20. August 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ (Europäische Kommission 2009c). Die Mitteilung skizziert in fünf Schlüsselaktionen, wie Fortschrittsindikatoren so verbessert werden könnten, dass sie soziale, technische und politische Entwicklungen optimal abbilden. Am 21. September 2009 bestätigte der Umweltrat, dass zunehmend Einigkeit darüber bestünde, das BIP durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die ein genaueres Bild der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritte zeichnen. Er beauftragte daher die Kommission mit Arbeiten zu diesem Thema.

In der Mitteilung der Kommission wurde ein Aktionsplan für die EU mit fünf wesentlichen Handlungsfeldern vorgestellt, die unmittelbar oder in naher Zukunft umgesetzt werden sollten:

- Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren.
- Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung (zeitnahe ökologische und soziale Indikatoren).

- Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten.
- Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung.
- Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

In den letzten Jahren wird im Rahmen der [Beyond GDP Initiative](#) vorrangig an der Weiterentwicklung von Indikatoren gearbeitet (etwa zur Messung von Umweltbelastungen) sowie an der Datenaktualität speziell der Umweltindikatoren. Sogenannte „early estimates“ werden beständig weiterentwickelt. Dies führte u. a. dazu, dass für den Schlüsselindikator „inländischer Materialverbrauch“ heuer bereits aktuelle Daten für 2018 vorliegen. Bei der Berücksichtigung von Maßzahlen wird auch auf EU-Ebene zunehmend auf den bereits genannten UN Agenda 2030 Prozess eingegangen.

1.4.3 Europäisches Statistisches System (ESS) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group

Die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission“) wurde Anfang 2008 auf Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wachsende Kluft zwischen den klassischen Wirtschaftskennzahlen auf der einen Seite und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung von Fortschritt und Wohlbefinden auf der anderen Seite zu verringern. Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem abschließenden Bericht vom September 2009 („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report“, Stiglitz et al. 2009), die Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft durch Informationen über die Entwicklung des Wohlstands auf Ebene der privaten Haushalte sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), initiierte ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports sowie die Kommunikation der Europäischen Kommission (GDP & Beyond) in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen. Organisiert wurde dies in Form einer sogenannten „[Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development](#)“, in der hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – mit dem Ziel zusammenarbeiteten, das offizielle statistische System den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen.

Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsperspektive“, „Lebensqualität“ und „umweltorientierte Nachhaltigkeit“ auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Eine vierte Task Force wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts ([Sponsorship Report](#), Eurostat 2011) eingesetzt.

Im November 2011 wurden vom Europäischen Statistischen System (ESS) die Empfehlungen der Sponsorship Group übernommen. Die Vorschläge laut Sponsorship Report wurden damit ein integraler Teil des [Europäischen Statistischen Programms 2013-2017](#). Nationale Initiativen von EU-Ländern (wie auch „WgÖ?“) bauten ihre Indikatorensets im Wesentlichen auf diesen Empfehlungen auf, eine EU-weite Harmonisierung der Indikatorenauswahl konnte jedoch nicht erreicht werden.

1.4.4 EU Europa 2020 Strategie

Die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum, also der Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Ansatzes von Fortschritt und Entwicklung, wurde infolge auch von der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) verfolgt. Durch wirksamere Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation, durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie, aber auch durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung soll dieses Ziel bis 2020 erreicht werden. Ein System der wirtschaftspolitischen Steuerung wurde eingerichtet, um politische Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene zu koordinieren. Fünf ehrgeizige Kernziele wurden vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 beschlossen und stehen im Zentrum der [Strategie](#) (siehe [Übersicht8](#)).

Eine wesentliche Leitinitiative unter Europa 2020 betrifft ein „[Ressourcenschonendes Europa](#)“ mit dem Scoreboard zur Ressourceneffizienz.

Im Oktober 2014 wurde aufbauend auf dem Klima- und Energiepaket 2020 von den EU-Staats- und Regierungschefs ein [Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030](#) angenommen: Darin verfolgt die EU drei Hauptziele:

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40% (gegenüber dem Stand von 1990);
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27%;
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27%.

2019 wurde die mittlerweile sechste Publikation zu den Europa 2020 Indikatoren „smarter, greener, more inclusive - indicators to support the Europe 2020 strategy“ veröffentlicht (Eurostat 2019). Die Publikation enthält auch Länderprofile mit den nationalen Europa 2020-Zielen.

Europa 2020 und eine Reihe anderer Initiativen (z. B. [PROGRESS](#); [Sozialinvestitionspaket 2013](#) u.v.a.) zeigen, dass auch die europäische Politik ihren Fokus über das Wirtschaftswachstum hinaus auf spezifische Handlungsfelder und Dimensionen des ökonomischen, sozialen und umweltverträglichen Lebens richtet.

In einem „Reflection paper towards sustainable Europe 2030 – [Reflexionspapier Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030 – Folgemaßnahmen zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung](#)“ (Europäische Kommission, 2019) orientiert sich die EU an den UN-Nachhaltigkeitszielen und diskutiert wesentliche Voraussetzungen für den Übergang zu mehr Nachhaltigkeit. Das Reflexionspapier legt in drei Szenarien dar, wie die Ziele für nachhaltige Entwicklung am besten erreicht werden könnten:

- Gesamtstrategie für alle auf die UN-Nachhaltigkeitsziele ausgerichteten Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten.
- Kontinuierliche Einbeziehung der Nachhaltigkeitsziele in alle relevanten EU-Politikbereiche, unabhängig von den Maßnahmen der Mitgliedstaaten.
- Stärkere Gewichtung der Nachhaltigkeit in den Außenbeziehungen, Konsolidierung des hohen Niveaus auf EU-Ebene.

1.4.5 OECD Better Life und Green Growth Initiativen

Im Mai 2011 wurde anlässlich des 50. Geburtstags der OECD die *Better Life Initiative* ins Leben gerufen, in der man die Aktivitäten der Organisation zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung zusammenfasste. Die Better Life Initiative baut auf dem OECD Rahmen für die Analyse von Wohlbefinden und gesellschaftlichem Fortschritt auf, der sowohl die materiellen Lebensbedingungen als auch die Lebensqualität in ihren verschiedenen Dimensionen berücksichtigt.

Die OECD-Initiative umfasst „[How's Life?](#)“ inklusive einer breit angelegten Forschungsagenda und das interaktive Tool „Your Better Life Index“ (BLI). *How's Life?* fasst die

Entwicklungen von Indikatoren zum Wohlbefinden von Individuen und Haushalten zusammen und analysiert Zusammenhänge und Einflüsse. Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Dimensionen der Lebensqualität gelegt, wie sie von Stiglitz et. al. (2009) vorgeschlagen wurden. Untersucht werden sowohl durchschnittliche Lebensbedingungen der Haushalte als auch spezifischer Bevölkerungsgruppen in der OECD.

Neben dieser stark analytischen Dimension setzt die OECD mit dem BLI verstärkt auf Kommunikation und Breitenwirksamkeit ihrer Initiative. Der BLI ist ein interaktives Instrument, durch das man herausfinden kann, wie Länder im Vergleich abschneiden und das es ermöglicht, die einzelnen Komponenten des Wohlbefindens nach eigenen Vorstellungen zu gewichten. Der aktuellste Bericht zu Better Life stammt aus dem Jahr 2017 (OECD 2017a).

Im Juni 2009 unterzeichneten die Ministerinnen und Minister aus 34 Ländern eine Erklärung zu umweltverträglichem Wachstum, der zufolge sie beabsichtigen, ihre „Anstrengungen zur Verfolgung umweltverträglicher Wachstumsstrategien im Rahmen ihrer Reaktion auf die Krise und in der Zeit danach zu verstärken, und anerkennen, dass Umweltverträglichkeit und Wachstum Hand in Hand gehen können“. Sie stimmten der Erteilung eines Mandats an die OECD zu, eine Strategie für umweltverträgliches Wachstum zu entwickeln, die wirtschaftliche, ökologische, soziale, technologische und entwicklungs-spezifische Aspekte zu einem umfassenden Rahmenkonzept vereint. Mit der „Green Growth Strategy“ kommt die OECD diesem Mandat nach, der aktuellste Bericht stammt aus dem Jahr 2017 (OECD 2017b).

Das oberste Ziel der Strategie für umweltverträgliches Wachstum ist die Schaffung von Anreizen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie:

- das Ressourcenmanagement verbessern und die Produktivität steigern;
- eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit im Interesse größtmöglicher langfristiger Vorteile für die Gesellschaft fördern;
- zur Entwicklung neuer Methoden zur Erfüllung dieser beiden Ziele – d.h. zu Innovationen – führen.

Die Messung von Lebensqualität, Fortschritt und nachhaltigem Wachstum bleibt weiterhin eine Schlüsselpriorität, welche die OECD im Rahmen der Better Life-Initiative durch verschiedene [Forschungsströme und laufende Arbeiten](#) verfolgt. Neben *How is Life* und *Green Growth* befasst sich die OECD dabei zunehmend mit Agenda 2030 und deren Zielerreichung unter dem Titel „[Measuring Distance to the SDG Targets 2019](#)“ (OECD 2019).



2

Materieller Wohlstand

Deutliches Wachstum des BIP pro Kopf real

BIP pro Kopf wuchs 2018 real um 1,9%

Leichter Anstieg beim Konsum

Konsum der privaten Haushalte
stieg real pro Kopf um 0,6%

Rückgang der Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote sank 2018
auf 4,9% (EU-28 6,8%)

2.1

Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert, und tatsächlich kann der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes gut daran abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Performance. Es bildet die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft ab. Die Berechnung des BIP beruht auf internationalen Standards, die durch das ESVG 2010 aktualisiert wurden. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ?* wieder. Der Lebensstandard der Bevölkerung lässt sich daran aber nicht automatisch ablesen. Der materielle Wohlstand eines Landes wird nicht nur von der Größe der wirtschaftlichen Produktion bestimmt, sondern auch vom Einkommen und den Konsummöglichkeiten seiner Bevölkerung sowie von der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wie der Stiglitz-Report (Stiglitz et al. 2009, S.85) verdeutlicht, korreliert das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht universal und wird schwächer, wenn bestimmte Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Darüber hinaus kann das BIP naturgemäß auch nicht alle Aspekte von Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft abbilden, manche weisen gar negative Korrelationen auf. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010c, S.2) zum Thema „Das BIP und mehr“ festgehalten, misst dieses „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird“. Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf also lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Fünf konkrete Vorschläge werden genannt, die kurz- bis mittelfristig mit neuen Daten operationalisiert werden müssen:

- Verschiebung des Fokus von der Produktion auf Einkommen und Konsum
- Gemeinsame Betrachtung von Einkommen und Konsum mit Vermögen

- Hervorhebung der Haushaltsperspektive
- Mehr Gewicht auf der Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen
- Erweiterung der Einkommenskennzahlen um Nichtmarktaktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf. Er skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so aufbereitet werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach ist das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z. B. Gratiskindergarten) zu erweitern. Die Darstellung des Konsums von Haushalten hat detaillierter zu erfolgen. Zudem soll die Verteilung von Einkommen und Vermögen besser abgebildet und auch jene Produktion, die nicht am „Markt“ stattfindet (wie etwa Haushaltsarbeit oder Kinderbetreuung), dargestellt werden.

Grafik 5
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die Daten für die Indikatoren des materiellen Wohlstands liefert zu einem großen Teil die VGR. Aus der VGR stammen, neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf jeweils dargestellt in der preis- bzw. kaufkraftbereinigten Entwicklung. Um den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) gerecht zu werden, wurde die Dimension Produktion durch die Dimension unbezahlte Produktion ergänzt. Erweitert wurde das Set um die Indikatoren der inflationsbereinigten Entwicklung hoher und niedriger Bruttoeinkommen unselbständiger Beschäftigter aus Lohnsteuer- und Hauptverbandsdaten sowie dem S80/S20

Einkommensquintilsverhältnis aus dem EU-SILC Datensatz (dem Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%) und dem Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturerhebung, um Aspekte der Einkommensverteilung abzudecken. Weiters wurde nach den Rückmeldungen der Stakeholder das Indikatorenset um die Arbeitsproduktivität ergänzt, um dem BIP auf Produktionsseite auch die produktive menschliche Arbeitsaktivität gegenüberzustellen.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Empfehlungen wurden ursprünglich fünf Dimensionen im Themenfeld materieller Wohlstand für das *WgÖ?*-Set definiert. 2017 wurde das Indikatorenset von *WgÖ?* wesentlich überarbeitet. Im Zuge dieser Überarbeitung kam es zu einer Verschiebung der Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit vom Bereich Lebensqualität zum materiellen Wohlstand, durch welche der Bereich materieller Wohlstand nun sechs Dimensionen beinhaltet.

Übersicht 4
Schlüsselindikatoren des materiellen Wohlstands mit Bewertung

Materieller Wohlstand	kurzfristig	langfristig
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
Arbeitsproduktivität		
Nicht bezahlte Arbeit	–	–
Einkommen privater Haushalte pro Kopf		
Konsum privater Haushalte pro Kopf		
Erwerbstätigenquote		
Arbeitslosenquote		
Hohe / niedrige Bruttojahreseinkommen		
Gender Pay Gap		
S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

2.2 Produktion

Die marktwirtschaftliche Produktion stellt einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Zu berücksichtigen ist, dass nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht ausreichend in den Marktpreisen reflektiert werden.

Im gesamten Indikatorenset *WgÖ?* bildet das BIP (real, pro Kopf) den Ausgangspunkt, dem weitere 30 Schlüsselindikatoren gegenübergestellt werden. Es gibt den innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft hergestellten Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich Vorleistungen) an.

Das BIP ist ein Indikator für die – überwiegend – marktwirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sich davon die zur Verteilung gelangenden Einkommen herleiten, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen. Ökonomische Wohlfahrt oder gar ein gesellschaftliches Wohlbefinden (so ein solches existiert) können durch das BIP alleine jedoch nicht hinreichend beschrieben werden.

Als Zusatzindikatoren werden in der Dimension Produktion auch das BIP zu laufenden und konstanten Preisen dargestellt.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde daher die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß der Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt werden muss, um ein bestimmtes Produktionsniveau zu erreichen bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.2.1

Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die von gebietsansässigen produzierenden Einheiten in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird als Schlüsselindikator das BIP preisbereinigt („real“) ausgewiesen. Das BIP wird hier aus zwei Gründen pro Einwohner gezeigt: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

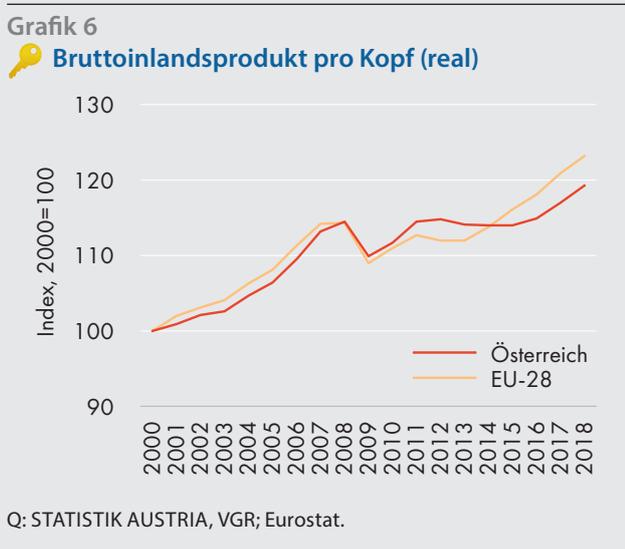


„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf 2017 und 2018 wieder positive Wachstumsraten aufwies, zuletzt höher als in der EU-28, fällt die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung sehr positiv aus.“

Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die österreichische Wirtschaft 2018 um 2,4%, die Bevölkerung um 0,5%, und das reale BIP pro Kopf um 1,9%. Das reale Wachstum lag im Produzierenden Bereich – wie in den Vorjahren – mit 4,8% deutlich über jenem des Dienstleistungsbereichs mit 1,7%, wobei sich alle bedeutenden Branchen durchwegs positiv entwickelten. Der Produzierende Bereich wurde vor allem durch das kräftige Wachstum in der Herstellung von Waren (real +5,1%) bestimmt. Im Dienstleistungssektor verzeichneten vor allem der Verkehr (real +4,5%), die unternehmensnahen Dienstleistungen (real +3,0%) und die Beherbergung und Gastronomie (real +3,0%) ein kräftiges Plus. Verwendungsseitig entwickelten sich die Bruttoinvestitionen (real +3,6%) bereits das fünfte Jahr in Folge deutlich dynamischer als die Konsumausgaben (real +1,1%).

Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator, das BIP pro Kopf, wuchs real seit 2000 um durchschnittlich etwa 1,0% pro Jahr. Nach

einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 1,7% p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0%). Gründe dafür lagen im durch den internationalen Konjunkturerinbruch bedingten Nachfragerückgang, der den heimischen Export v.a. zu Beginn 2009 massiv einbrechen ließ. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 und insbesondere zur ebenfalls exportorientierten deutschen Wirtschaft, kam Österreich aber gut durch das Krisenjahr, da die Industrieproduktion hierzulande weniger stark zurückging als im Nachbarland (BMWfJ, 2010). Dies zeigt sich auch in Grafik 6: In den Jahren 2010-2011 konnten wieder Wachstumsimpulse erzielt werden. In Österreich erreichte die Wirtschaftsleistung 2011 sogar erneut das Vorkrisenniveau.



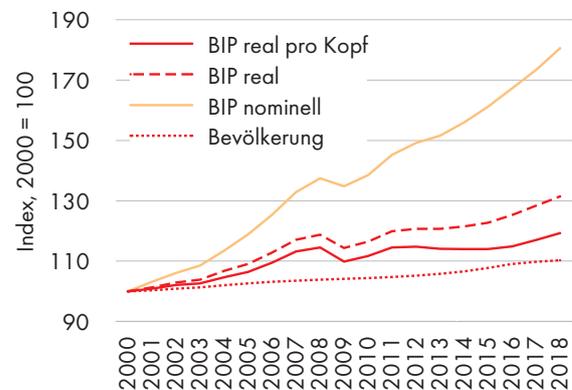
Nach der Erholung in den Jahren 2010 und 2011 verlor das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2013 jedoch deutlich an Dynamik, was sich in Verbindung mit stärkeren Bevölkerungszuwächsen in diesem Zeitraum in einer rückläufigen Entwicklung des BIP pro Kopf niederschlug (siehe auch Grafik 7), 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Erst seit 2015 konnte wieder ein positives Wachstum pro Kopf erreicht werden. In den Jahren 2017 und 2018 wuchs das BIP pro Kopf deutlich um 1,8% und 1,9%.

Das Wachstum des BIP pro Kopf der EU-28 war im Zeitraum 2000-2018 um rund 4,0%-Punkte höher als in Österreich. Das durchschnittliche Wachstum betrug in diesem Zeitraum für die EU-28 rund 1,2% pro Jahr, für Österreich 1,0%. 2018 wuchs die Wirtschaft der EU-28 inflationsbereinigt und pro Kopf um 1,8%, Österreich lag im EU-Vergleich mit 1,9% im Mittelfeld. Betrachtet man jedoch das

Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards, so nahm Österreich 2018 hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein.

Grafik 7 zeigt die Entwicklung des nominellen und realen BIP, des realen BIP pro Kopf sowie die Bevölkerungsentwicklung seit 2000. Obgleich die österreichische Wirtschaft seit 2010 durchschnittlich um 1,5% pro Jahr wuchs, lag das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,7%, wodurch das reale BIP pro Kopf eine geringe durchschnittliche Wachstumsrate von 0,8% verzeichnete.

Grafik 7
Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

2.2.2 Forschungsquote

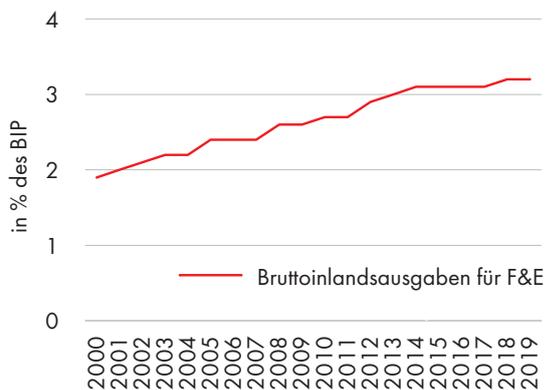
Eines der Ziele der Europa 2020-Strategie der Europäischen Union ist die Erhöhung der Forschungsquote der EU auf 3% des BIP. Stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen dazu beitragen, das Wachstum der Wirtschaft intelligent⁷ zu gestalten. Das nationale Ziel für Österreich sieht die Erhöhung der Forschungsquote auf 3,76% des BIP vor. Wie aus Grafik 8 ersichtlich, liegt die Forschungsquote in Österreich 2019 noch darunter bei 3,19% des BIP. Seit 2000 konnten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP ausgehend von 1,89% jedoch deutlich erhöht werden.

Es ist zu betonen, dass die Höhe der Ausgaben für Forschung und Entwicklung alleine noch nicht ausreicht, um zu beurteilen, wie intelligent das Wachstum in einer

⁷ Als intelligentes Wachstum bezeichnet die Europa 2020-Strategie bessere Leistungen der EU in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, digitale Gesellschaft.

Volkswirtschaft auch tatsächlich gestaltet wird. Dies hängt unter anderem immer auch davon ab, ob die Ausrichtung der Investitionen auf die wesentlichen Herausforderungen der Gesellschaft, wie Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz, Gesundheit und demografischer Wandel, gewährleistet ist.

Grafik 8
Bruttoinlandsausgaben für F&E in Prozent des BIP



Q: STATISTIK AUSTRIA, F&E Statistik.

2.2.3 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge dieser Gebrauchswerte gesellschaftlich notwendig ist.

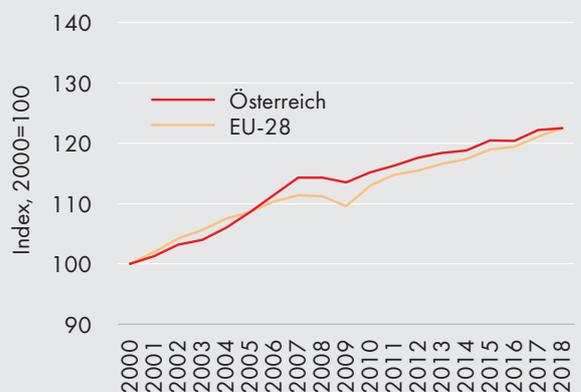
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 2000 weist durchwegs nach oben und ist daher sehr positiv zu sehen. Da die Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren zwar weiter anstieg, aber etwas verhaltener als in der EU-28 wuchs, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus.“

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2018 um durchschnittlich 1,1% pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7%) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,6% zum Vorjahr. 2016 kam es zu keinem Anstieg der Arbeitsproduktivität, erst 2017 konnte die Arbeitsproduktivität wieder deutlich um 1,4% erhöht werden. 2018 stieg sie geringfügig um 0,4%. Im Vergleich zu Österreich, sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 stärker (-1,4%), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete 2018 ein Wachstum von 0,9%.

Grafik 9
Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Beeinflusst wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch den technologischen Fortschritt in der Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion, oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist jedoch Vorsicht geboten. Die Bezeichnung impliziert nicht, dass mit der Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst sei. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungssteigerung des Faktors Arbeit, sondern wird vielmehr durch eine Vermehrung, beziehungsweise Verbesserung, des Einsatzes der Betriebsmittel bedingt sein. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

2.3 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. putzen, kochen, Kinder- und Altenbetreuung, Arbeitswege u.a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher, dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Die Dimension der Nichtmarktproduktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute am Markt erworben. Diese Veränderung kommt in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck, stellt jedoch lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern mehr Produktion gemessen, die aber auch entsprechend entlohnt wird.

2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

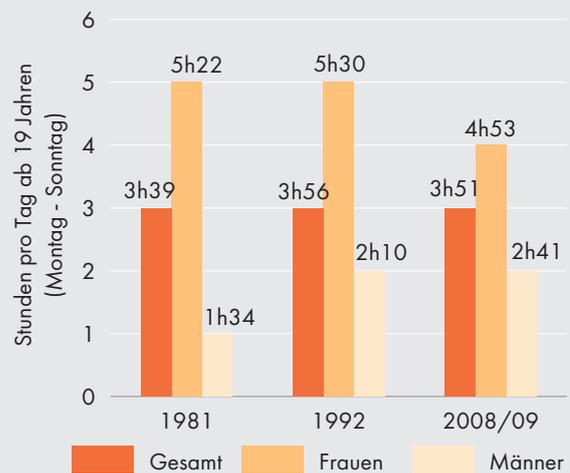
„Unbezahlte Arbeit“ setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet. Die aktuellen Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/09. Neue Daten zur Zeitverwendung liegen zurzeit nicht vor.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert (siehe Grafik 10). Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt

für nicht-bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeitet in Teilzeit.

Grafik 10

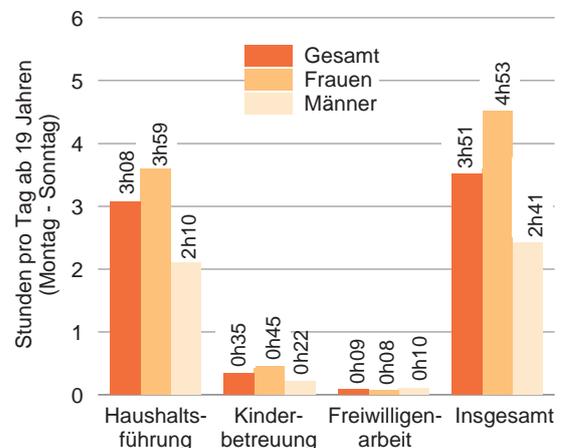
Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Grafik 11

Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 10 Minuten.

Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist ab 2020 geplant, ob Österreich daran mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab. Aktuell arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung eines Online-Erhebungstools (Smartphone-App) für diese neue Erhebungswelle.

2.4 Einkommen der privaten Haushalte

Stiglitz et. al. (2009) fordern, für die Bewertung des materiellen Wohlstands eines Landes insbesondere die privaten Haushalte in den Blick zu nehmen. Kennzahlen zum Konsum und den Einkommen der Haushalte liefern hierfür wichtige Informationen. Die verfügbaren VGR-Daten zeigen für viele Länder der OECD und auch für Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf häufig anders darstellt als jene des realen BIP.

Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungsströmen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen, die in Haushaltsbefragungen wie Mikrozensus oder EU-SILC nicht einbezogen werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt). Dadurch wird im internationalen Vergleich auch die staatliche Umverteilung berücksichtigt.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S. 12) lautet daher: „When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production“. Während produktionsbezogene Indikatoren jeweils auf die Angebotsseite fokussieren, betreffen Einkommen und Konsum das originäre Ziel der Produktion, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts“ dargestellt werden. Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen“ und beim „Konsum der privaten Haushalte“ nach dem Verbrauchskonzept erfasst. Zwei Zusatzindikatoren zur Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Aufkommenseite und der Verwendungsseite zeigen das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten, monetären Sozialleistungen und sozialen Sachtransfers.

2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als einkommensäquivalent behandelt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



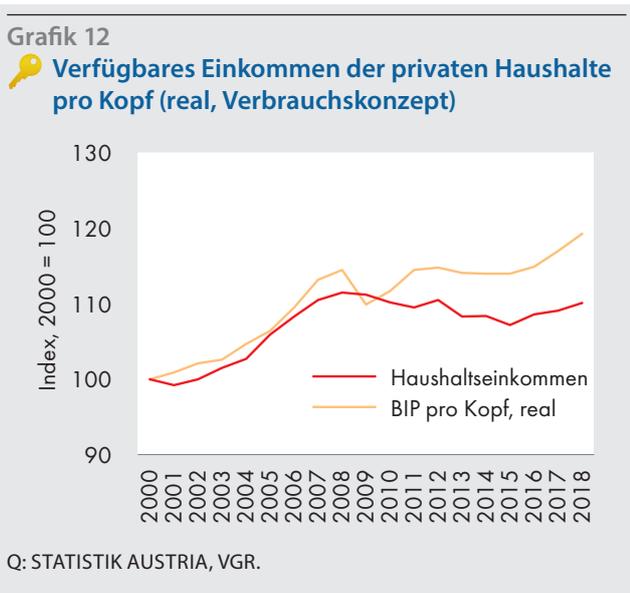
„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 2000, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Da die Entwicklung in den letzten beiden Jahren im Gegensatz zum BIP pro Kopf sehr flach verlief, fällt die kurzfristige Bewertung ebenfalls neutral aus.“

Gäbe es die Leistungen von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht, müssten die Einkommen ohne Sachtransfers nämlich genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche Wohlstandsniveau zu erreichen.

chen. Die Berücksichtigung der Transferströme erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt (d.h. „real“) ausgewiesen.⁸

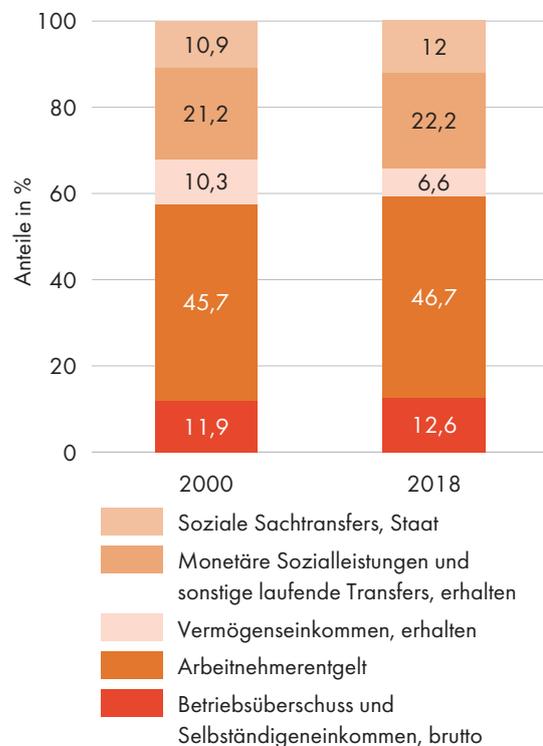
Wie im Stiglitz-Bericht (2009, S.94) angemerkt, führt das Phänomen der Globalisierung zu großen Unterschieden zwischen Einkommens- und Produktionsmaßen. Niveau und Entwicklung der Einkommen sind für den Lebensstandard der Menschen im Land wesentlicher als Höhe und Entwicklung der Produktion, weil Teile des in der Produktion generierten Einkommens ins Ausland fließen und manche Bewohnerinnen und Bewohner Einkommen aus dem Ausland beziehen. Das BIP als Indikator für die Produktion muss daher um Einkommensindikatoren ergänzt werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2018 durchschnittlich um 0,5% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +1,0% pro Jahr) wie aus Grafik 12 ersichtlich.



Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2018 insgesamt rückläufig (durchschnittlich -0,1% pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war. Nach einem geringen Anstieg 2017, stiegen die verfügbaren Einkommen 2018 um 0,8%. Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise, vor allem auf die mäßigen Zuwächse der nominellen Arbeitnehmerentgelte sowie auf die im EU-Vergleich hohe Inflation zurückzuführen.

Grafik 13
Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommenseite (2000 und 2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

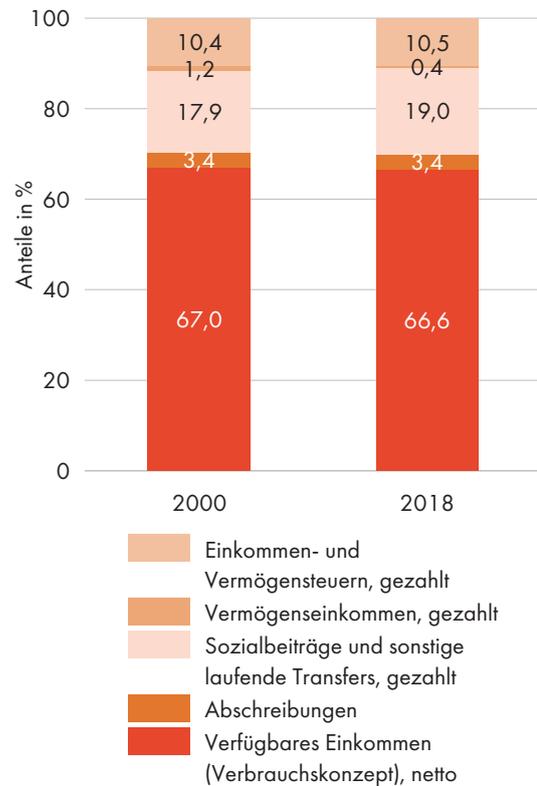
Grafik 13 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommenseite (Komponenten, aus denen sich das gesamte Haushaltseinkommen zusammensetzt) im Zeitverlauf. Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war 2018 die unselbständige Arbeit (46,7%). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel (12,0%) zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu diesen Sachtransfers zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleis-

⁸ Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

tungen. 22,2% der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers, wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachen. 12,6% stammen aus Betriebsüberschüssen und Selbständigen-einkommen. 6,6% flossen schließlich den Haushalten in Form von Vermögenseinkommen (z.B. Zinsen oder Dividenden) zu. Im Vergleich zu 2000 zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen. Lediglich der Anteil der Vermögenseinkünfte ging von 10,3% auf 6,6% zurück, während die Anteile der sozialen Sachtransfers sowie der monetären Sozialleistungen leicht anstiegen.

Auf der Verwendungsseite leitet sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt ab (Grafik 14): 66,6% der Summe aus Primäreinkommen und sozialen Sachtransfers hatten die privaten Haushalte 2018 für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Von den gesamten Einkommenszuflüssen wurden 10,5% für Einkommen- und Vermögenssteuern, 19,0% für Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers sowie 3,4% für Abschreibungen, Zinsen und Pachten verwendet. Auch auf der Verwendungsseite zeigen sich kaum Unterschiede in der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens zu 2000.

Grafik 14
Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.5 Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen.⁹ Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Durch die Darstellung des Konsums je Einwohner wird einerseits der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der internationale Vergleich ermöglicht.

Zwei Zusatzindikatoren zu den Konsumausgaben privater Haushalte geben Aufschluss über die Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers, sowie die monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommen.

2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltskonsum

Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt bei der Beurteilung von Wohlstand. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v. a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Um darzustellen, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedi-

gung) zur Verfügung stehen, eignet sich daher der Indikator Konsum der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

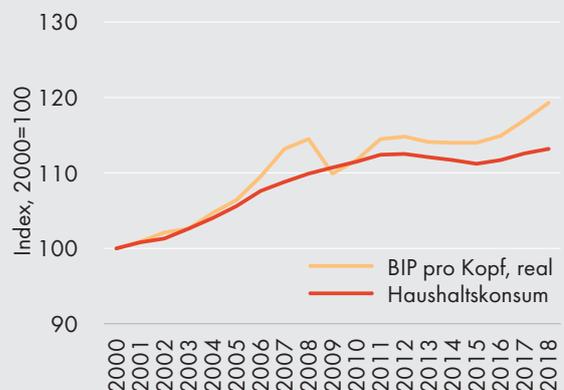
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2018 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2016 ebenfalls tendenziell positiv aus.“

Grafik 15

Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durchschnittlich um 0,7% pro Jahr (siehe Grafik 15). Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2018 fiel mit 1,0% p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7% pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0%). Das lag einerseits an wirtschaftspolitischen Maß-

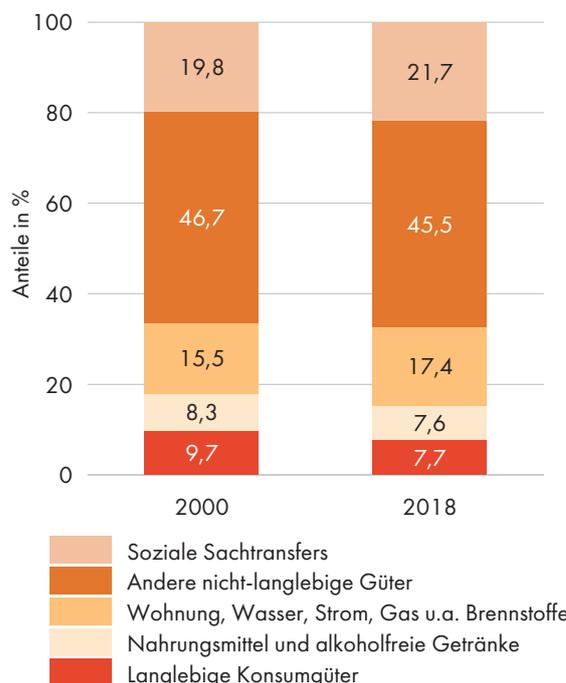
⁹ Der implizite Preisindex des Konsums der privaten Haushalte folgt nach dem Verbrauchskonzept.

nahmen (z.B. „Ökoprämie“ bei Anschaffung eines neuen Pkw) und andererseits daran, dass die Arbeitnehmereinkommen, die ja den Hauptbestandteil der Haushaltseinkommen ausmachen, weniger konjunkturreegibel sind, als etwa Betriebsüberschuss oder Vermögenseinkommen. In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an, 2018 wuchs er um 0,6%.

Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel 2018 auf nicht-dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch 45,5% des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept.

Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke machten 2018 7,6% des Konsums aus, ebenso wie der Anteil langlebiger Konsumgüter (wie beispielsweise Möbel und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Motorräder, Fahrräder oder Informationsverarbeitungsgeräte) mit 7,7%. Auf das Wohnen entfielen 17,4% der Haushaltsausgaben. Diese umfassen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser und Heizung. 21,7% des Konsums schließlich speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers dem Konsum der Haushalte nach dem Verbrauchskonzept zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbzweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Andere nicht langlebige Konsumgüter, d.h. kurzlebige Konsumgüter (beispielsweise Bekleidung und Schuhe), Verbrauchsgüter (beispielsweise Güter für die Körperpflege) oder Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur) machten insgesamt 45,5% der Konsumausgaben aus (Grafik 16).

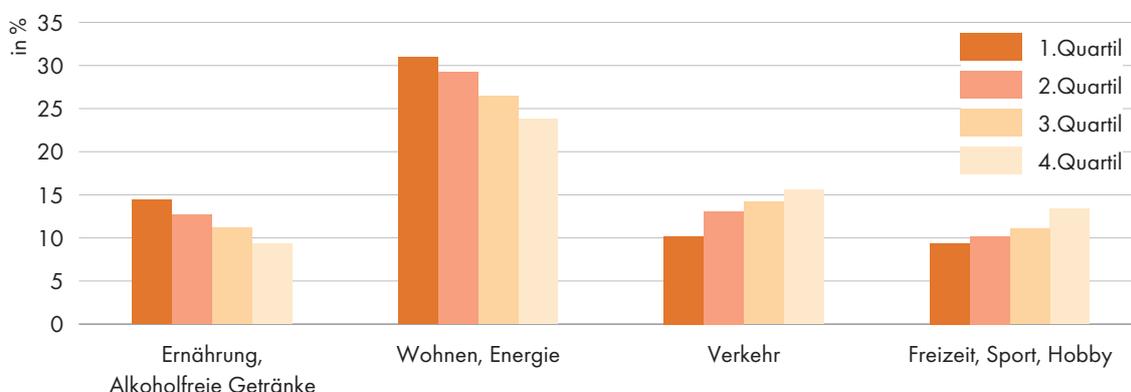
Grafik 16
Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlands-konzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Seit 2000 veränderte sich die Struktur des Konsums nur leicht. Der Posten „Wohnung, Wasser, Strom, etc.“ stieg von 15,5% auf 17,4% an. Der Konsum langlebiger Konsumgüter fiel von rund 9,7% auf 7,7% zurück. Auch die Ausgabenposition „soziale Sachtransfers“ hat sich leicht erhöht: 2000 betrug ihr Anteil am Gesamtkonsum 19,8%, 2018 waren es 21,7%. Die größte Position der anderen nicht-langlebigen Konsumgüter lag 2000 bei 46,7%, 2018 waren es 45,5%.

Grafik 17
Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Konsumerhebung 2014/15. - 1) Äquivalenzeinkommen und -ausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren = 0,5, Kinder unter 14 Jahren = 0,3. - 2) Um einen Vergleich des Mietaufwands zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Wohnformen (Eigentum/Miete) zu ermöglichen, werden für Erstwohnungen, für die keine tatsächlichen Mietausgaben existieren (Haus-, Wohnungseigentum, mietfreie Objekte) fiktive Mietwerte errechnet.

Die monatlichen Verbrauchsausgaben unterscheiden sich jedoch erheblich nach Einkommensgruppen. Als Zusatzinformation wurden daher mit der Überarbeitung des Indikatorensets 2017 die Verbrauchsausgaben der Haushalte nach Einkommensquartilen aufgenommen. Wie aus Grafik 17 ersichtlich, verschieben sich mit geringem Einkommen die Anteile der Ausgaben der Haushalte ver-

stärkt zu den Grundbedürfnissen Wohnen und Ernährung. 31,0% bzw. 14,4% für Wohnen bzw. Ernährung im untersten Einkommens-Quartil stehen 23,8% bzw. 9,3% im obersten Einkommens-Quartil gegenüber. Einkommensstarke Haushalte geben dagegen mehr für Verkehr und Freizeit aus (10,2% bzw. 9,4% im untersten Quartil gegenüber 15,6% bzw. 13,4% im obersten Quartil).

2.6

Produktive Aktivitäten und Arbeit

Produktive Aktivitäten umfassen sowohl bezahlte Arbeit als auch nicht-bezahlte Tätigkeiten. Da die Datenlage für letztere aber eher lückenhaft ist, zielen die hier diskutierten Indikatoren auf den Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit ist sowohl eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard als auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Die Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit kann daher ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Mit dem Überarbeitungsprozess 2017 wurde die Dimension in den materiellen Wohlstand verschoben.

Es ist jedoch zu betonen, dass Arbeit nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens liefert, sondern darüber hinaus die Möglichkeit bietet, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erweisen. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus.

WgÖ?-Schlüsselindikatoren für die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit sind die Erwerbstätigenquote, die auch den Schlüsselindikator der Europa 2020 Strategie für den Bereich Arbeitsmarkt darstellt, und die Arbeitslosenquote. Als Zusatzinformation wird die Jugendarbeitslosenrate dargestellt.

2.6.1

Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote

Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildienstler gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2016 stieg die Erwerbstätigenquote deutlich an und lag 2018 bereits sehr nahe am Europa 2020-Zielpfad, wodurch die kurzfristige Bewertung sehr positiv ausfällt.“

genquote deutlich an und lag 2018 bereits sehr nahe am Europa 2020-Zielpfad, wodurch die kurzfristige Bewertung sehr positiv ausfällt.“

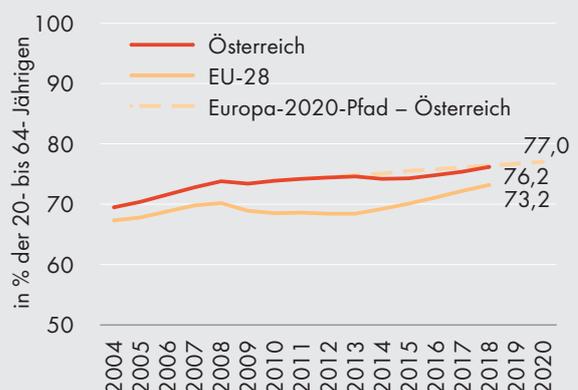
Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator für die Beschäftigung definiert:

Bis 2020 sollen 75% der 20- bis 64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77%. Die Wahl des Indikators wurde in der Mitteilung der Kommission (Europäische Kommission, 2010) damit begründet, dass Beschäftigung multiple Effekte auf die Aspekte „wirtschaftliche Entwicklung“, „Lebensqualität“ und „soziale Eingliederung“ hat und somit einen Eckstein der sozioökonomischen Entwicklung darstellt.

2018 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 76,2%. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote seit 2015 wieder an, zuletzt um 0,8%-Punkte.

Grafik 18

Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen

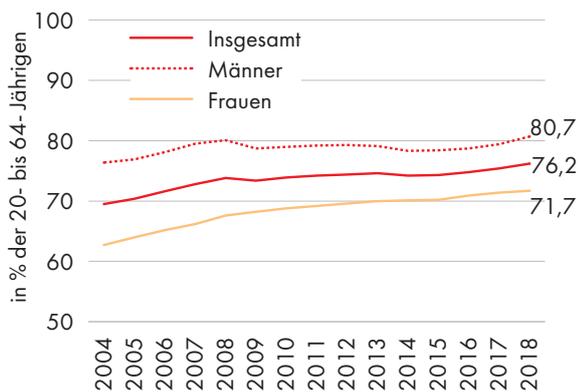


Q: Statistik Austria, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren aufgeholt werden, 2018 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 73,2% (2008 bei 70,2%).

Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen hält dabei weiter an, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht. Auch im nationalen Reformprogramm der Bundesregierung (BKA, 2018) wird die mit dem Konjunkturaufschwung verbundene Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2017 dargestellt, insbesondere bei Jugendlichen. Die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik der neuen Bundesregierung liegen bei Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Grafik 19
Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2018 bei 71,7%. Jene der Männer betrug 80,7%. Die Quote der Männer stieg zwischen 2009 und 2013 nur geringfügig an, ging 2014 leicht zurück und stieg seit 2015 wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2004 noch bei 63% und stieg seit 2009 jährlich um durchschnittlich 0,6%. Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch 2017 mit 9% Punkten noch beträchtlich.

Zur Erreichung des Europa 2020 Ziels wurden auf europäischer Ebene einige Maßnahmen gesetzt, die mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt werden (European Commission 2012). Darunter fallen Maßnahmen wie die Anpassung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der Unternehmen an sich verändernde Umweltfaktoren, die

Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die berufliche Integration beeinträchtigter Personen oder die Integration arbeitsmarktfremder Personen.

2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis¹⁰, gelten als erwerbstätig. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung der Arbeitslosenquote fällt aufgrund des deutlichen Rückgangs im Zeitraum 2016 bis 2018 und des im europäischen Vergleich niedrigen Niveaus sehr positiv aus.“

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenrate 2012-2016, ging die Arbeitslosigkeit 2017 und 2018 aufgrund der besseren konjunkturellen Lage wieder zurück und liegt 2018 bei 4,9%.

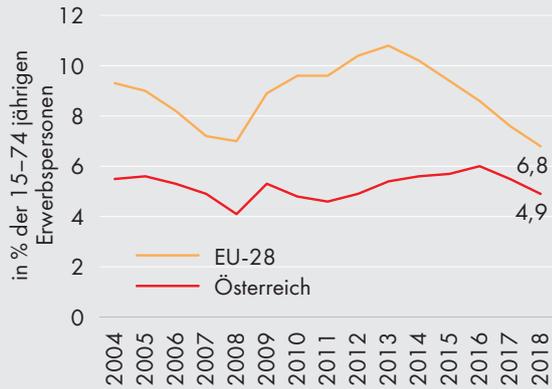
In vielen Ländern der Europäischen Union stellt die Arbeitslosigkeit jedoch nach wie vor eine große Herausforderung dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-28 2013 einen Spitzenwert von 10,8%. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2018 bei 6,8%, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten (siehe Kapitel 5.2). Auch ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit zeigt eine ähnliche Entwicklung: Die Situation für junge Menschen zwischen 15 und 24 ist in Österreich vor wie nach der Wirtschaftskrise deutlich

¹⁰ Bis zu einer Karenzierungsdauer von maximal 22 Monaten.

günstiger als in den meisten Vergleichsländern und in der EU-28 insgesamt. In der EU ging die Jugendarbeitslosenquote jedoch bereits seit 2014 deutlich zurück auf 15,2% in 2018 (2013 lag sie noch bei 23,7%). In Österreich konnte erst 2017 ein Rückgang der Jugendarbeitslosenrate erreicht werden, welcher sich 2018 weiter fortsetzte. Die Jugendarbeitslosenrate lag 2018 bei 9,4%.

Grafik 20

Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)

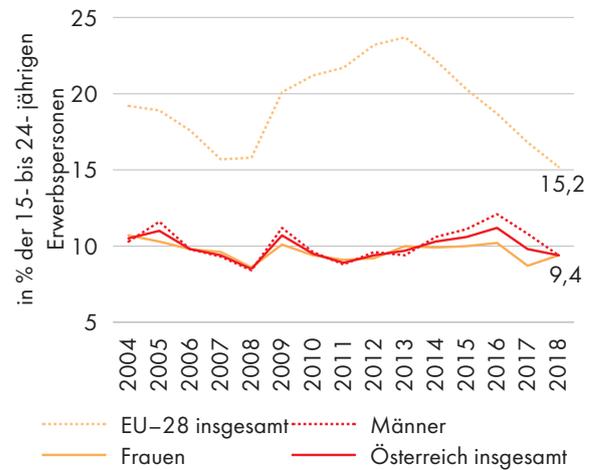


Q: Statistik Austria, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Die duale Ausbildung (Lehre) sowie eine Reihe von Initiativen wie beispielsweise die Ausbildungsgarantie konnten dazu beitragen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise gering zu halten. Begünstigend kommen ein gut funktionierendes System der schulischen beruflichen (Aus-) Bildung sowie demographische Faktoren hinzu. (BMASK 2014). Zudem gilt für Jugendliche in Österreich seit Juli 2017 die Ausbildungspflicht, welche sicherstellt, dass Jugendliche auch nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine weitere Ausbildung erhalten.

Grafik 21

Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition) nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Auch seitens der Europäischen Union wurden Initiativen gesetzt, die sich teilweise an den österreichischen Maßnahmen orientieren: Vom Europäischen Rat wurde im Februar 2013 eine Beschäftigungsinitiative für junge Menschen angeregt. Diese stellt eine Ergänzung zu anderen Projekten dar, die auf nationaler Ebene durchgeführt und teils vom Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Der Rat (Europäische Kommission 2012) schlägt in seiner Empfehlung die Einführung einer Jugendgarantie vor, mit dem Ziel, allen unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer formalen Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung machen zu können.

2.7

Verteilungsaspekte

Fragen der Verteilung materieller Ressourcen und gesellschaftlicher Disparitäten stehen immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Diskurses. Dies betrifft insbesondere verteilungspolitisch relevante Themen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Lohnpolitik oder der Sozialpolitik. Die Bewertung des materiellen Wohlstands kann nicht bei der Darstellung durchschnittlicher (aggregierter) Einkommen stehenbleiben, sondern muss auch deren Verteilung widerspiegeln. Einkommen, Konsum und Wohlstand müssen daher jeweils von Indikatoren flankiert werden, die diesen Aspekt reflektieren.

Verteilungsmaße sind daher auch ein wesentlicher Teil des *WgÖ?*-Indikatorensets. Eine objektive Beschreibung der Einkommensverteilung erfordert eine klare Unterscheidung zwischen Einkommen vor und nach staatlichen (aber auch privaten) Transfers. Die für *WgÖ?* ausgewählten Schlüsselindikatoren versuchen beide Aspekte der Verteilung näherungsweise zu beleuchten: Der erste Schlüsselindikator stellt die Entwicklung der hohen und niedrigen preisbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten dar. Er beleuchtet somit die primäre (unmittelbar aus dem Marktprozess entstehende) Verteilung der Einkommen (unselbständig Erwerbstätiger) auf Basis von Lohnsteuerdaten. Wichtiges Entscheidungskriterium für diese Maßzahl war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Als zweiter Schlüsselindikator wurde das Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintil der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen gewählt. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung auf Basis von Haushaltsdaten (EU-SILC). Als dritter Schlüsselindikator gibt der Gender Pay Gap, welcher geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur misst, Auskunft über die Ungleichverteilung der Einkommen von Frauen und Männern.

Die Dimension Verteilung ist im *WgÖ?*-Indikatorenset somit mit drei Schlüsselindikatoren vertreten: der realen Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen, dem S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis und dem Gender Pay Gap.

Schließlich wird über die Verteilung der Einkommen hinaus, auf Basis des von der OeNB erhobenen Household, Finance and Consumption Survey auch Auskunft über die Verteilung der Vermögen gegeben. Drei Zusatzindikatoren zur Vermögensverteilung ergänzen das Indikatorenset in der Dimension Verteilung.

2.7.1

Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommens-Quartil einander gegenübergestellt.¹¹

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2000 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb.“

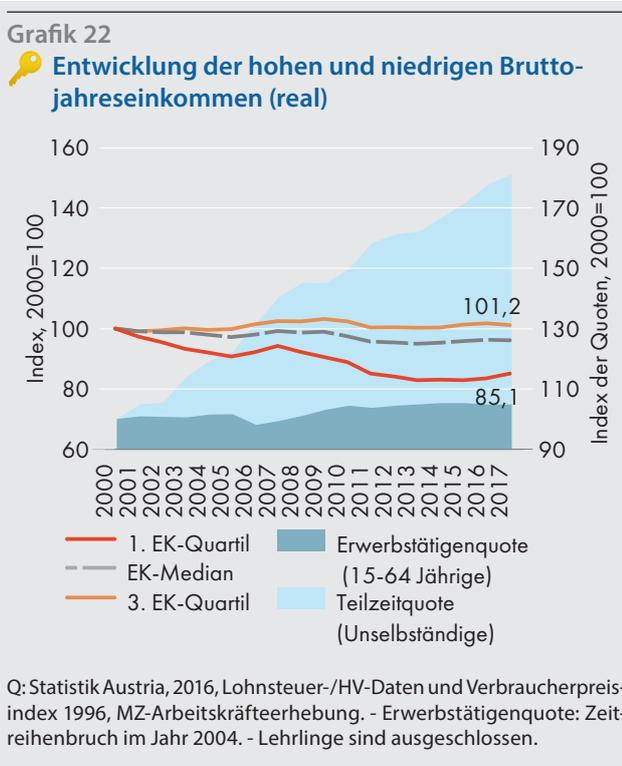
Die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen reicht freilich nicht aus, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch sind die Lohneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Hauptverbandsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

Grafik 22 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen. Hier ist ersichtlich, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils¹² bis 2005 deutlich zurückgegangen sind, aber bis 2007

¹¹ Quartile teilen die Verteilung in vier gleich große Gruppen, so dass jeweils 25% der Daten in die vier durch die Quartilsgrenzen (1. Quartil, Median und 3. Quartil) bestimmten Gruppen fallen. Das erste Einkommensquartil gibt somit jene Einkommensgrenze an, unter der die Einkommen von 25% der unselbständig Beschäftigten liegen. Das oberste Einkommensquartil jene Einkommensgrenze, unter der die Einkommen von 75% der unselbständig Beschäftigten liegen.

¹² Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25% der niedrigsten Einkommen liegen.

wieder etwas aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen insgesamt stark zurück, auch wenn es 2016 und 2017 zu einem geringen Anstieg von 0,8% bzw. 1,9% kam. Sie lagen damit 2017 14,9% unter jenen des Jahres 2000. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 1,2% an.



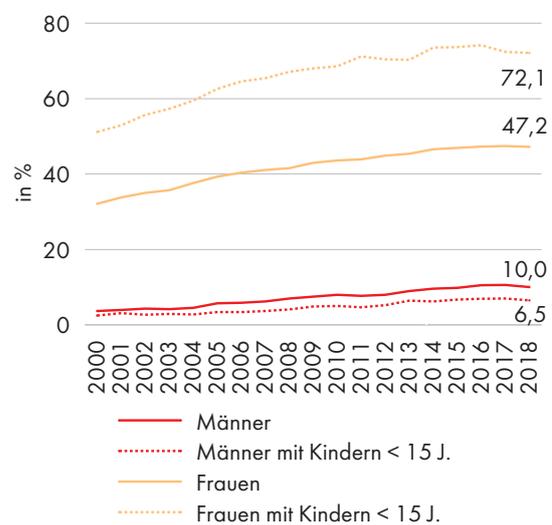
Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Struktureffekte wie steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden.

So stieg beispielsweise die Erwerbstätigenquote (der 15-64-Jährigen) zwischen 2000 und 2018 von 68,3% auf 73,0%. Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten stieg zwischen 2000 und 2018 von 16,4% auf 28,6% und lag um 74,1% über dem Ausgangswert (indizierte Werte in Grafik 22 zu sehen).

Das Auseinanderdriften hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen kann daher nicht in erster Linie auf eine wachsende Ungleichheit zurückgeführt werden, sondern reflektiert vor allem eine veränderte Struktur des Arbeitsmarkts.

Grafik 23 verdeutlicht die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarkts und stellt die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen mit und ohne Kinder unter 15 Jahren dar. Während die Teilzeitquote bei den Frauen insgesamt 2018 bei 47,2% lag (seit 2000 Anstieg um 15,1%-Punkte), waren es bei den Männern nur 10,0% (Anstieg um 6,3%-Punkte). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern stieg seit 2000 von 51,2% auf 72,1%. Bemerkenswert ist auch, dass während über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich mehr Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiteten als Frauen insgesamt, es sich bei den Männern entgegengesetzt verhielt und die Teilzeitquote der Männer mit Kindern niedriger war als jene der Männer insgesamt.

Grafik 23
 Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht

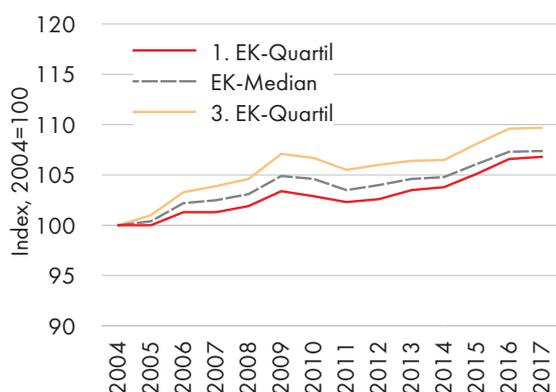


Teilweise kann der Einfluss dieser Struktureffekte auf die Einkommensentwicklung ausgeblendet werden, wenn nur jene Personen berücksichtigt werden, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Wie die folgende Grafik 24 zeigt, stiegen die inflationsbereinigten Einkommen des untersten Quartils (ganzjährig vollzeitbeschäftigt) zwischen 2004 und 2009 leicht, gingen in den Folgejahren wieder zurück, und wuchsen seit 2014 wieder. 2017 lagen sie 6,8% über dem Ausgangsniveau von 2004. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das oberste Quartil zu beobachten. Allerdings stiegen die Einkommen hier bis 2009 weit stärker an und lagen 2017 immerhin rund 9,7% über dem Ausgangswert von 2004. Somit ist ersichtlich, dass sich die Schere auch bei Ausblendung der arbeitsmarktbezogenen Struktureffekte zwischen hohen und niedrigen Einkommen (bei unselbständig Beschäftigten) leicht geöffnet hat.

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf Basis der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung, so zeigt sich, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten von 14,1% (2006) auf 14,8% (2014) gestiegen ist, im Vergleich zu 2010 (15,1%) ging der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten zuletzt jedoch leicht zurück.¹³

Grafik 24

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2013, Lohnsteuer-/HV-Daten und VPI.

2.7.2

Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)

Quantilsverhältnisse beschreiben das Verhältnis des Einkommens gleich großer Einkommensgruppen. Der *WgÖ?* Schlüsselindikator S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%. Je stärker der Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen verteilt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



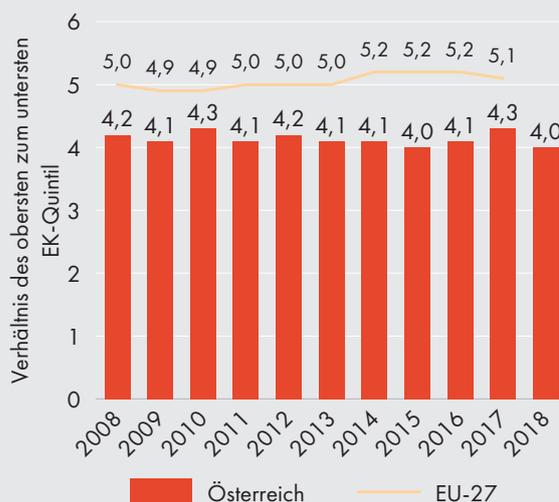
„Da sich das Einkommensquintils-Verhältnis seit 2008 kaum verändert hat, wird die langfristige Entwicklung

der sekundären Haushaltseinkommen neutral eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist (2016 bis 2018) fällt ebenfalls neutral aus.“

Unter „Einkommen“ wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer alleinstehenden Person vergleichbar gemacht.¹⁴ Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d.h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2018 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2017 zur Verfügung.¹⁵

Grafik 25

S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: Statistik Austria, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Das Einkommensquintilsverhältnis wird in Grafik 25 abgebildet. Zwischen 2008 und 2018 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen¹⁶ des reichsten Einkommensquintils 4,0 mal so hoch, wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008

¹³ Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt, wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient (Niedriglohnsgrenze: 2006 7,65 €, 2010 8,52 €, 2014 9,24 € brutto pro Stunde). Die Verdienststrukturerhebung wird im Abstand von vier Jahren durchgeführt. Die Ergebnisse sind 18 Monate nach Ablauf des Bezugsjahres an Eurostat zu übermitteln. Ergebnisse für das Berichtsjahr 2018 stehen ab Mitte 2020 zur Verfügung.

¹⁴ Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein 2-Personen-Haushalt braucht nicht 2 Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3.

¹⁵ Die Jahreszahlen in Grafik 25 beziehen sich auf das Referenzjahr.

¹⁶ Verfügbares Einkommen inkl. erhaltener und abzüglich geleisteter Privattransfers.

praktisch unverändert, 2018 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem Rückgang von 4,3 auf 4,0.

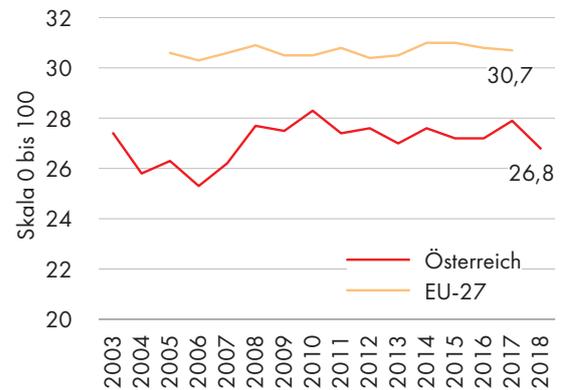
Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatte die EU-Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich 2017 mit einem Verhältnis von 4,3 deutlich unter EU-Durchschnitt. Das P90/P10-Verhältnis gibt im Vergleich dazu das Verhältnis der Grenzen des neunten Dezils zu dem des ersten Dezils an.¹⁷ Auch dieser Wert hat sich seit 2008 wenig geändert und liegt für Österreich 2018 bei 3,3.

Eine weitere zentrale Kennzahl für die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt bei totaler Gleichverteilung der Einkommen den Wert 0 und bei totaler Konzentration auf einen Einzelfall 100 an. Grafik 26 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Österreich und der EU-27 im Zeitraum 2003-2018 dar.¹⁸ Nach dem durch die Verwendung von Verwaltungsdaten für die Einkommenserhebung bedingten Zeitreihenbruch in 2008, liegt der Gini-Koeffizient in Österreich seit 2009 relativ stabil auf etwa demselben Niveau wie zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Dabei fällt die Einkommenskonzentration 2018 in Österreich mit einem Gini-Koeffizienten von 26,8 geringer aus als im EU-27 Durchschnitt (30,7, 2017).

Im Vergleich dazu liegt der Gini-Koeffizient vor Sozialtransfers, Abgaben und Privattransfers bei 36,2 – also deutlich über jenem des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte von 27,6.

Grafik 26
Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte



Q: Statistik Austria, EU-Silc 2000-2017; Eurostat. - Zeitreihenbruch 2008.

2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap wurde 2016 zum Schlüsselindikator des WgÖ?-Indikatorensets aufgewertet. Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Der Gender Pay Gap misst demnach den Anteil, den Frauen brutto pro Stunde weniger verdienen als Männer.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Da sich der Gender Pay Gap in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Auch die Bewertung der kurzen Frist fällt aufgrund des Rückgangs seit 2015 tendenziell positiv aus, wengleich die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ausfallen und der Rückgang nur langsam voran geht.“

Der Schlüsselindikator „Gender Pay Gap“ ist einer aus einer Reihe von Gender Equality Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Indikator bezieht sich auf alle unselbständig

¹⁷ Im Vergleich zum Einkommensquintilsverhältnis S80/S20 vergleicht der Indikator P90 / P10 nicht die Summe der höchsten Einkommen mit jenen der niedrigsten, sondern setzt die Grenzwerte, die das unterste und das oberste Dezil bestimmen, ins Verhältnis. Für die EU-Länder wird der Verteilungsindikator des Einkommensquintilsverhältnis jedoch häufiger betrachtet.

¹⁸ Für das Aggregat der EU-28 stehen die Daten erst ab 2010 zur Verfügung, zur Darstellung dieses Indikators wird daher das Aggregat der EU-27 (ohne Kroatien) verwendet.

Beschäftigten in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung werden nicht berücksichtigt.

Basis für die Berechnung sind die Bruttostundenverdienste, da diese aussagekräftige Vergleiche unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) ermöglichen. Der Schlüsselindikator wurde als „unbereinigt“ (ohne Anpassungen) definiert, d.h. er berücksichtigt keine Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsstruktur, sondern stellt ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten am Arbeitsmarkt dar.

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap“ betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2017 in Österreich 19,9% (siehe Grafik 27). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5%) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich in für Frauen niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nach wie vor deutlich nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

Als Zusatzinformation wird dem Gender Pay Gap in unbereinigter Form der „bereinigte“ Gender Pay Gap gegen-

über gestellt¹⁹. Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6%-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der größte Teil des erklärten Lohnunterschieds kann dabei auf die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden. Ein weiterer Teil beruht auf Unterschieden betreffend das Ausbildungsniveau, das Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags. Der große Rest von 13,6%-Punkten – der bereinigte Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Der Vergleich verdeutlicht, dass der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Österreich nur zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten ist (Geisberger & Glaser 2014). Bei der Interpretation ist zudem zu berücksichtigen, dass die Bereinigung um beobachtbare Faktoren letztlich eine rein rechnerische ist, da geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt bewusst herausgerechnet werden. Real bleiben die Unterschiede und damit auch das Lohngefälle bestehen. Weiter ist zu bedenken, dass fast die Hälfte der Frauen und fast drei Viertel der Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten (siehe Grafik 23), sodass die Monatsgehälter von Frauen noch weiter unter jenen der Männer liegen und damit auch die Pensionshöhe.

Grafik 27

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: Statistik Austria; Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern. - p = vorläufig

¹⁹ Das Lohndifferential wurde mit Hilfe der Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen erklärten und einen unerklärten Teil zerlegt. Der erklärte Teil bezeichnet jenen Teil des Gender Pay Gap, der auf die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern hinsichtlich der beobachteten Merkmale zurückgeführt werden kann. Der unerklärte Teil ist dagegen jener Teil, der nicht auf den in das Modell einbezogenen sozioökonomischen Faktoren beruht.

Betrachtet man den Gender Pay Gap im internationalen Vergleich, dann zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohn- und Gehaltsunterschieden. Auch 2017 fiel der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in der EU-27 mit durchschnittlich 16,1% deutlich geringer aus als in Österreich, das im EU-Vergleich 2016 an fünfter Stelle steht – vor dem Vereinigten Königreich (20,8%), Deutschland (21,0%), der Tschechischen Republik (21,1%) und Estland (25,6%) (siehe auch Kapitel 5.2).

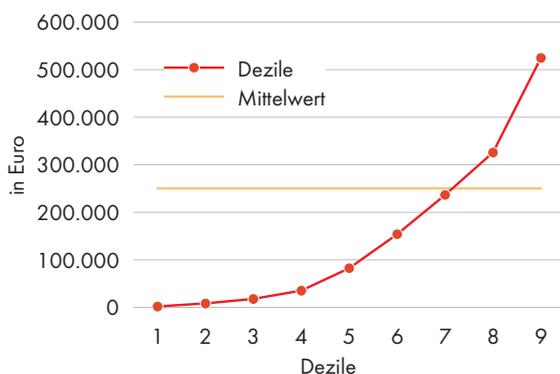
2.7.4 Verteilung der privaten Vermögen

Die hier gezeigten Daten zur Vermögensverteilung in Österreich stammen aus dem 2017 von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Im HFCS werden Sachvermögen (z.B. Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, Wertgegenstände), Finanzvermögen (Wertpapiere, Girokonten, Spareinlagen etc.) und die Verschuldung privater Haushalte erfasst (siehe Fessler et al. 2017). Das Bruttovermögen bezeichnet demgemäß die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Nach Abzug der Verschuldung erhält man das Nettovermögen.

Das Nettovermögen beschreibt die Vermögenslage eines Haushalts am besten. Eine Beschränkung darauf würde jedoch die Zusammensetzung des Vermögens eines Haushalts außer Acht lassen. Im Folgenden werden daher beide Vermögensaspekte berücksichtigt.

Grafik 28 zeigt Dezile und den Mittelwert des Nettovermögens in Österreich. Die neun Dezile zerlegen die Menge der Haushalte in zehn umfanggleiche Teile. Entsprechend liegen dann beispielsweise unterhalb des dritten Dezils 30% aller Haushalte.

Grafik 28
Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2017)

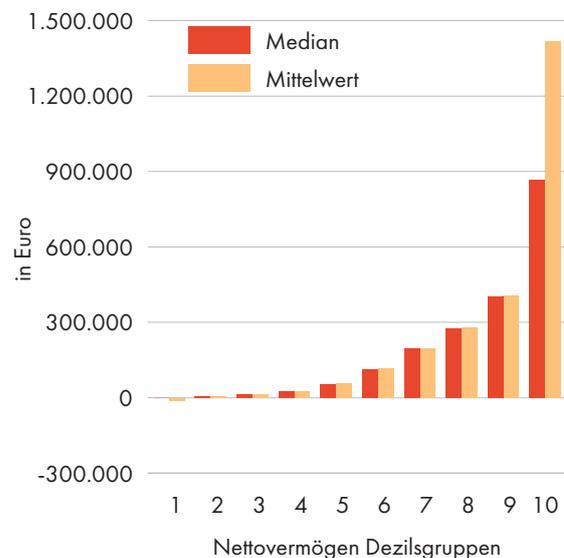


Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Jeder Punkt in der Grafik repräsentiert eine Vermögensgrenze, die ein Dezil vom nächsten trennt. Das unterste Zehntel der Haushalte lag 2017 unterhalb einer Nettovermögensgrenze von rund 2.000 Euro (anders formuliert verfügen die ärmsten 10% der Haushalte über ein Nettovermögen von jeweils weniger als 2.000 Euro). Die Nettovermögensgrenze unterhalb derer sich 50% (5. Dezil bzw. Median) der Haushalte befanden, betrug rund 83.000 Euro. Die reichsten 10% der Haushalte, welche über dem Grenzwert des 9. Dezils lagen, hielten jeweils Vermögen von über 525.000 Euro. Erst in diesen reichsten 10% der Haushalte wurden Nettovermögen von über 1 Mio. Euro erfasst, wobei es hier zu großen Datenunsicherheiten und Erfassungsproblemen kam (siehe Fessler et al., 2016). Grafik 28 verdeutlicht die markante Ungleichverteilung des Nettovermögens. Im Gegensatz zum Median (5. Dezil), der bei rund 83.000 Euro lag, lag der Mittelwert des Nettovermögens bei rund 250.000 Euro (etwa 70% der Haushalte verfügten über weniger).

Grafik 29 stellt Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens innerhalb der Dezilsgruppen dar. Daraus lässt sich erkennen, dass jene 10% der Haushalte mit dem niedrigsten Nettovermögen im Durchschnitt sogar ein negatives Nettovermögen aufwiesen. Der Mittelwert lag in dieser Gruppe bei rund -10.800 Euro. Es zeigt sich darüber hinaus eine deutliche Streuung nach oben, d. h. Mittelwert und Median fielen bei den 10% der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen weit auseinander. Während Median und Mittelwert in der Vermögensgruppe darunter (unterhalb des 9. Dezils) noch nahe bei 400.000 Euro lagen, hielten die Haushalte der reichsten 10% im Median 868.000 Euro, aber im Durchschnitt bereits über 1,4 Mio. Euro an Nettovermögen.

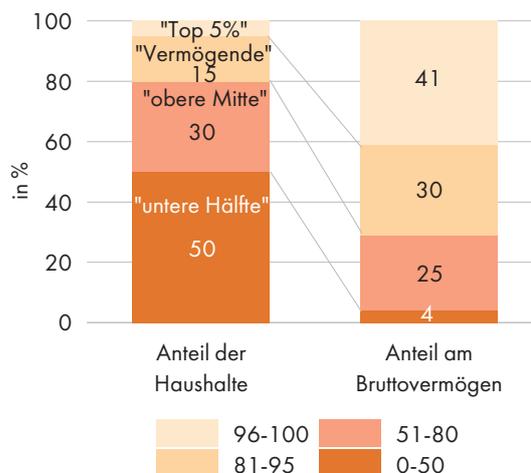
Grafik 29
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014)



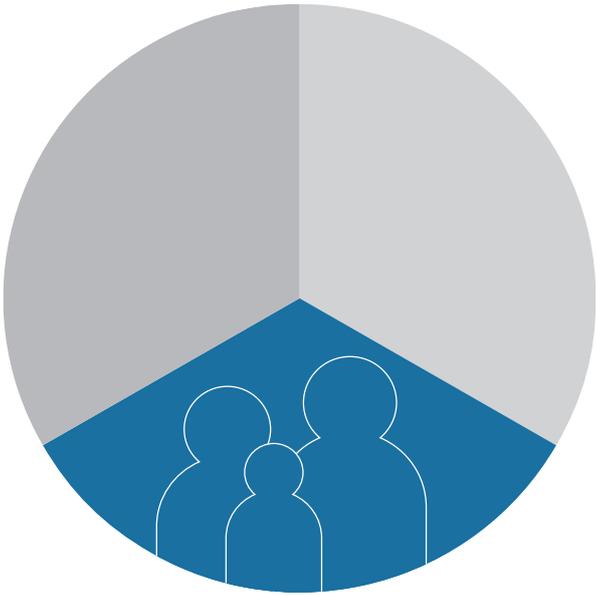
Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.

Grafik 30 veranschaulicht die Verteilung der Bruttovermögen. Hier werden die privaten Haushalte nach ihrem Bruttovermögen in vier Gruppen unterteilt: i) „untere Hälfte“, ii) „obere Mitte“, iii) „Vermögende“ und iv) „Top 5%“. Aus der Darstellung geht hervor, dass die 50% der Haushalte mit den niedrigsten Bruttovermögen (untere Hälfte) einen Anteil von 4,3% am gesamten Bruttovermögen hielten. Die 30% der „oberen Mitte“ besaßen 25% und die 15% „vermögenden“ Haushalte 30% des Gesamtbruttovermögens. Den größten Anteil hielten mit 41% die 5% der Haushalte mit dem höchsten Bruttovermögen.

Grafik 30
Verteilung der Bruttovermögen (2017)



Q: OeNB, HFCS-Austria 2017.



3

Lebensqualität

Armutsreduktion unter Zielvorgabe

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung verringerte sich seit 2008 um 187.000 Personen (2018 17,5%)

Unsicherheitsempfinden gesunken

9,7% der Bevölkerung gaben 2018 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben

Hohe Lebenszufriedenheit 2018

39,7% bewerten die Lebenszufriedenheit hoch, nur 9,6% gering

3.1 Lebensqualität

Der Bevölkerung ein „gutes Leben“ zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der Politik. Es spielt zum Beispiel in der Strategie „Europa 2020“, deren Ziel eine Verbesserung der Lebenschancen der Bevölkerung in Europa ist, eine gewichtige Rolle. „Lebensqualität“ ist dabei ein vielschichtiger Begriff. Was darunter zu verstehen ist und wie sie am besten messbar ist, sind komplexe Fragen. Sowohl objektive Merkmale wie zum Beispiel Bildung, Erwerbsarbeit, Einkommen, als auch subjektive Beurteilungen und Gewichtungen von Lebensbedingungen tragen in Summe zur Lebensqualität bei.

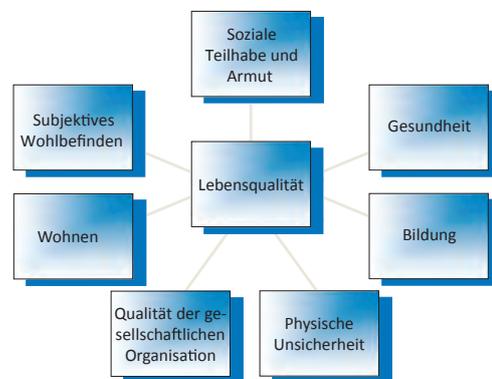
Der Stiglitz-Bericht vereint all diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven und objektiven) Faktoren, die beeinflussen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2009, S. 41). Viele Bedingungsfaktoren menschlichen Wohlbefindens können demnach nicht monetarisiert werden. Kennzahlen zur Lebensqualität sind jedoch nicht darauf ausgerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern ermöglichen es stattdessen, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dafür mussten pragmatische Entscheidungen getroffen werden. Der Sponsorship Report leitet aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8+1 Dimensionen ab und formuliert eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernimmt diese Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung²⁰, verwendet an anderen Orten²¹ aber auch Lebensqualitätskonzepte, die aus elf Dimensionen bestehen.

Für *WgÖ?* wurden insgesamt zehn Schlüsselindikatoren gewählt, die (seit 2017) sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden (siehe Grafik 31). Nachdem zuletzt im Vorjahrsbericht (*WgÖ?* 2018) eine Aufwertung

des Indikators „Wohnkostenüberbelastung“ zum Schlüsselindikator der Dimension Wohnen stattgefunden hat (bei gleichzeitiger Zurückstufung des bisherigen Schlüsselindikators „Sehr schlechter Wohnstandard“ zur Zusatzinformation) bleibt die Indikatorenstruktur diesmal unverändert gegenüber 2018.

Grafik 31 Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 5 Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung

Lebensqualität	kurzfristig	langfristig
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	☀️	☁️
Subjektiver Gesundheitszustand	☁️	☀️
Frühzeitige Sterblichkeit	☀️	☀️
Tertiärquote	☀️	☀️
Frühe Schul- u. Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger	☁️	☀️
Physisches Unsicherheitsempfinden	☀️	☀️
Tötungsrate	☁️	☀️
Vertrauen in das politische System	–	–
Wohnkostenüberbelastung	☁️	☁️
Subjektive Lebenszufriedenheit	☀️	–

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

²⁰ Vgl. z.B. „Quality of life“ Abschnitt der Eurostat Website.

²¹ Vgl. Infografik zu Dimensionen der Lebensqualität.

Übersicht 5 stellt die zehn Schlüsselindikatoren dar, von denen aufgrund verfügbarer Zeitreihen neun kurzfristig und acht langfristig bewertbar sind.

Im vorliegenden Bericht werden zur einfacheren und anschaulicheren Darstellung jene subjektiven Indikatoren, die auf einer elfstufigen Skala basieren (z. B. von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“), in drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch – unterteilt. Die Grenzwerte für diese Zusammenfassung entsprechen dabei jenen, die für Eurostat entwickelt und im Bericht über die EU-Ergebnisse des EU-SILC Moduls Wohlbefinden (2013) angewendet wurden. Da keine theoretischen bzw. externen Kriterien auf internationaler Basis vorhanden waren, wurde ein verteilungsbasierter Ansatz gewählt. Beispielsweise bedeutet das für die Lebenszufriedenheit, dass die Ausprägungen, die jeweils von den 20% zufriedenen Personen im EU-Durchschnitt gewählt werden, als hoch klassifiziert wurden. Das waren bei den Zufriedenheiten die Werte 9 und 10. Am unteren Ende der Skala wurden jene Ausprägungen als niedrig klassifiziert, die von den circa 20% unzufriedensten Personen gewählt wurden. Das sind die Ausprägungen 0 bis 5. Bei 6 bis 8 liegt also eine mittlere Zufriedenheit vor, die auf circa 60% der europäischen Bevölkerung zutrifft (vgl. Eurostat 2015b). Demnach wird die Frage nach der Lebenszufriedenheit, die von den Respondentinnen und Respondenten auf

einer Skala von 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 für „vollkommen zufrieden“ beantwortet wurde, also in niedrige (0 bis 5), mittlere (6 bis 8) und hohe (9 bis 10) Zufriedenheit gruppiert. Alle anderen Zufriedenheitsfragen bedienen sich ebenso dieser Grenzwerte. Jene für die Fragen nach dem Vertrauen in Institutionen oder andere Personen, bei denen ebenfalls eine elfstufige Skala verwendet wurde, basieren ebenso auf der 20:60:20-Verteilung. Das ergibt für das Vertrauen in Institutionen und in andere Personen mit niedrig: 0-4; mittel: 5-6; hoch: 7-10 andere Grenzwerte als für die Zufriedenheitsfragen.

Die Analysen dieses Kapitels basieren in erster Linie auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC²². Weitere verwendete Datenquellen sind z. B. die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. All diese Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt auf hoch relevanten Indikatoren, die u. a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen (z. B. Europa 2020). Außerdem werden Maßzahlen berücksichtigt, die weiterreichende Analysen etwa nach Geschlechtsunterschieden oder nach Einkommensquintilen ermöglichen. Wenn nicht anders darauf hingewiesen wird, bezieht sich „Bevölkerung“ auf Personen in privaten Haushalten in Österreich.

²² Vgl. Informationen über die Erhebung bei [Eurostat](#) bzw. [Statistik Austria](#).

3.2 Soziale Teilhabe und Armut

Ökonomische Situation, materielle Ausstattung und eine intakte Umwelt bilden den Rahmen, in dem sich Lebensqualität positiv entfalten kann. Soziale Teilhabe ist oft eng an diese Bedingungen des Lebensstandards gekoppelt. Obwohl Europa und speziell Österreich zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehören, zeigt sich, dass vielen Haushalten die ökonomische Grundlage fehlt, um finanzielle und soziale Teilhabe sicherzustellen. Schwierigkeiten mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich nicht auf Haushalte mit geringer Erwerbsintensität oder ökonomischer Inaktivität. Oft reichen materielle Probleme tief in die sogenannte Mittelschicht, da viele Faktoren (wie zum Beispiel hohe Lebenshaltungskosten, Schulden etc.) dazu beitragen können, dass das Einkommen nicht ausreicht, um in adäquater Weise an der Gesellschaft teilzuhaben. Darüber hinaus fehlt manchen Menschen die soziale Eingebundenheit, um solche Notlagen abzufedern und ganz allgemein Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu erhalten.

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde als soziales Kernziel formuliert, bis 2020 europaweit die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen Menschen zu reduzieren (Ausgangswert 2008: rund 120 Millionen). Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen.

Konkrete Maßnahmen liegen zwar in der Kompetenz der nationalen Regierungen, die Plattform versucht jedoch, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie „best practices“ identifiziert und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind wichtige Bestandteile dieses Prozesses.

In Anerkennung der zentralen Bedeutung der Europa 2020 Strategie und dieser Initiativen ist der Indikator zur Messung des Sozialziels, Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, auch im *WgÖ-Set* als Schlüsselindikator der Dimension soziale Teilhabe und Armut definiert. Es werden in ihm die drei Bereiche von Armut und sozialer Aus-

grenzung nach europäischer Vorgabe erfasst: geringeres Haushaltseinkommen relativ zur „Mitte“ der Gesellschaft, absolute materielle Benachteiligungen und Erwerbslosigkeit bzw. geringe Erwerbseinbindung im Haushalt. Ergänzt wird dieser Schlüsselindikator um Zusatzinformationen zu den einzelnen Teilaspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und um die verfestigte Mehrfachausgrenzungsgefährdung, um darüber hinaus auch individuelle zeitliche Entwicklungen abzubilden. Die soziale Teilhabe wird schließlich mit dem Indikator Tragfähigkeit sozialer Beziehungen gemessen, für den danach gefragt wird, ob man Verwandte, Freunde oder Nachbarn hat, die man um Hilfe bitten kann.

Datenbasis für die Berechnung all dieser Indikatoren ist EU-SILC, die Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen. Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Ziels zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung trotz Umstellung auf Verwaltungsdaten mit EU-SILC 2012 zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten eine neue Zeitreihe der Indikatoren erstellt. Diese im Oktober 2014 revidierten Werte werden in den entsprechenden Grafiken zur Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ausgewiesen.

3.2.1 Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten all jene Personen, die zumindest von einem der drei folgenden Teilaspekte von Armut betroffen sind: relative monetäre Armut, erhebliche materielle Deprivation oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt.

Gremium externer
Expertinnen und Experten:



„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-28. Die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote hat sich in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung verringert. Da die

absolute Verringerung von 187.000 Personen (2018 im Vergleich zu 2008) aber deutlich unter der nationalen Zielvorgabe von 235.000 Personen liegt, fällt die langfristige Bewertung nur neutral aus. Die kurzfristige Entwicklung wird aufgrund des leichten Rückgangs seit 2016 tendenziell positiv bewertet. Generell wird angemerkt, dass die absolute Zielvorgabe dynamische Entwicklungen bspw. der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigen kann.“

Konkret umfasst die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden drei Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt²³
2. Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, also vier oder mehr der folgenden neun Merkmale aufweist:
 - a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

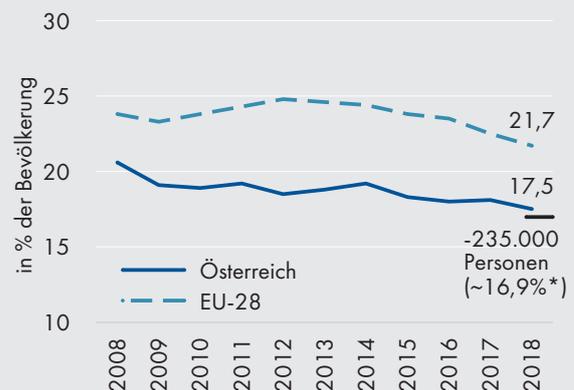
- b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
 - c. unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.160 Euro zu tätigen
 - d. die Wohnung angemessen warm zu halten
 - e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
 - f. ein Pkw
 - g. eine Waschmaschine
 - h. ein Fernsehgerät
 - i. ein Festnetztelefon oder Handy
3. Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben: Ein Haushalt mit geringer Erwerbsintensität schöpft weniger als 20% seines Erwerbspotenzials aus – berechnet auf Grundlage aller 18- bis 59-jährigen Personen im Haushalt (ohne Studierende).

In der nationalen Umsetzung des Europa 2020 Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2019²⁴). Basis für den Beobachtungszeitraum ist das Jahr 2008 – jenes Jahr, dessen Daten zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Strategie im Jahr 2010

für alle Länder verfügbar waren. 2018 waren in Österreich 1.512.000 Personen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. In der zeitliche Entwicklung des Indikators ist eine Tendenz in die gewünschte Richtung zu beobachten: Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6% im Jahr 2008 auf 17,5% im Jahr 2018 (siehe Grafik 32²⁵) – absolut ist das eine Reduktion um etwa 187.000 Personen. Die angestrebte Reduktion wurde somit bisher zu rund 80% erreicht. In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil um etwa 0,5%-Punkte verringert: 2016 waren 18,0% armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, 2017 18,1%. Zu beachten sind dabei allerdings die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2018 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95% Vertrauenswahrscheinlichkeit bei +/- 117.000 Personen. Dementsprechend ist auch die Reduktion mit einem statistischen Fehler behaftet und kann strenggenommen nicht genau beziffert werden, die sinkende Tendenz ist jedoch aufgrund der mehrjährigen Entwicklung relativ abgesichert.

Grafik 32

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - *) In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert von 16,9% stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert (Verringerung um 235.000 Personen) in Relation zum Bevölkerungsstand basiert.

Das Risiko, zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zu gehören, ist in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch. So zeigt Grafik 33, dass im Jahr 2018 in der Bevölkerung ab 20 Jahren mehr

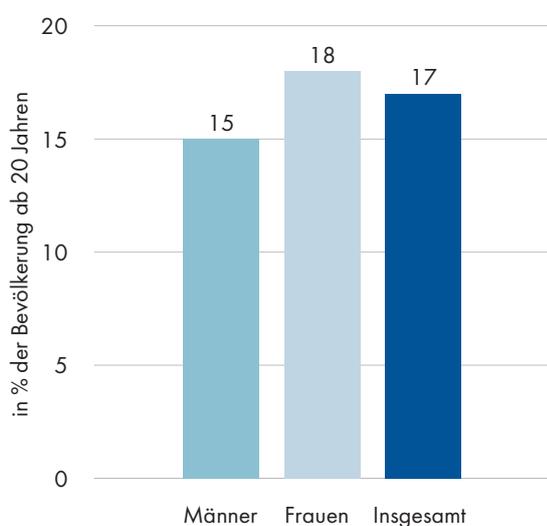
²³ Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt beträgt 2018 1.259 Euro pro Monat. Sie erhöht sich um 629 Euro für jeden weiteren Erwachsenen und um 378 Euro für jedes Kind unter 14 Jahren.

²⁴ Bundeskanzleramt (2019). Nationales Reformprogramm Österreich.

²⁵ Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Sozialziels trotzdem zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten im Oktober 2014 eine neue, hier verwendete Zeitreihe der Indikatoren erstellt.

Frauen (18%) ausgrenzungsgefährdet waren als Männer (15%). Zum Teil hängt dies damit zusammen, dass Frauen in bestimmten Lebenssituationen (als Alleinerzieherinnen oder als Pensionistinnen mit geringer Pension) ein erhöhtes Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko aufweisen. Es ist allerdings zu beachten, dass Geschlechterunterschiede im Haushaltszusammenhang nur eingeschränkt erkennbar sind und auf Grund des verwendeten Konzepts systematisch unterschätzt werden (da von einer gleichen Verteilung der Ressourcen innerhalb des Haushalts ausgegangen wird).

Grafik 33
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung der Bevölkerung ab 20 Jahren nach Geschlecht (2018)



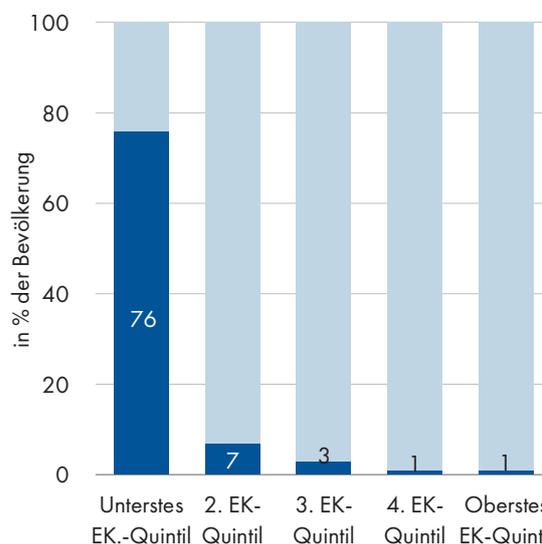
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018.

Betrachtet man den Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in den verschiedenen Einkommensklassen des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (siehe Grafik 34) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung am höchsten ist. 76% der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2018 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch ein höheres Haushaltseinkommen nicht vollständig vor Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung schützt. So waren im zweiten Einkommensquintil noch 7% und immerhin noch 3% der Personen im dritten Einkommensquintil betroffen.

Erklärbar ist das u. a. damit, dass Einkommen bzw. Erwerbslosigkeit zeitversetzt auf die ökonomische Situation und den materiellen Lebensstandard wirken können. Von Relevanz sind daher (1) die Frage, ob mehrere dieser Faktoren gleichzeitig wirksam sind und sich daher eine größere Intensität der Problemlagen zeigt und (2) eine

längerfristige Betrachtung, um die Frage zu beantworten, ob Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung temporär oder andauernd ist.

Grafik 34
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2018)



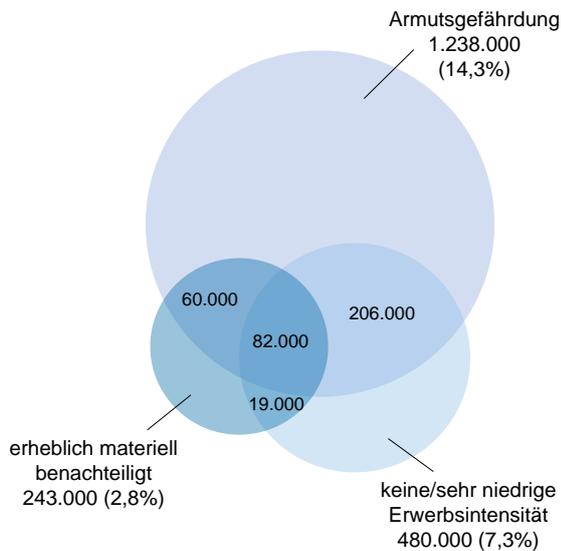
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.2.2 Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Wie oben bereits beschrieben, gilt eine Person dann als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn sie entweder ein niedriges Haushaltseinkommen hat oder unter erheblicher materieller Deprivation leidet oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität lebt. Die Merkmale der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung können einzeln oder kumuliert auftreten.

Unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten machten die armutsgefährdeten (Einkommen unter 60% des nationalen Medianeinkommens) Personen mit 14,3% der Bevölkerung den größten Teil aus (entspricht 1.238.000 Personen). Der entsprechende Anteil der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität betrug 7,3% (480.000) und der erheblich materiell Deprivierten 2,8% (entspricht 243.000 Personen). Grafik 35 zeigt, dass ein relevanter Teil (24% bzw. 367.000) der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten gleich von mindestens zwei Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen waren.

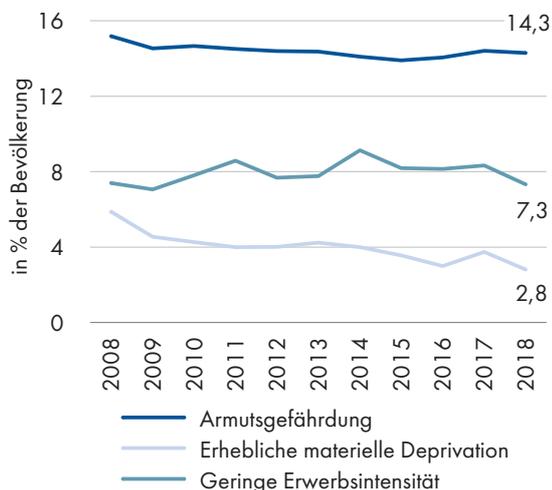
Grafik 35
Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2018)



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018.

Grafik 36 zeigt nun, wie sich die Betroffenheit von den verschiedenen Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den letzten Jahren entwickelt hat.

Grafik 36
Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich



Q: Statistik Austria, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Die Armutsgefährdungsquote ist in Österreich seit 2008 leicht im Sinken begriffen. Während sie 2008 bei 15,2% der Bevölkerung lag (1.252.000 Personen), waren im Jahr 2018 14,3% bzw. 1.238.000 Personen von Armutsgefährdung betroffen. Der Rückgang seit 2008 liegt innerhalb der Schwankungsbreite, ist bisher aufgrund des mehr-

jährigen Trends dennoch als relativ zuverlässig eingestuft worden.

Die höchste Quote der erheblichen materiellen Deprivation im Zeitverlauf ist mit 5,9% zu Beginn des Beobachtungszeitraums 2008 zu beobachten. Wahrscheinlich ist, dass die Ursache für die erhöhte Quote 2008 im Zusammenwirken von Einkommensentwicklung, Schuldenbelastung und Inflation lag. Danach ist ein Rückgang festzustellen. Der Prozentsatz der erheblich materiell Deprivierten hat sich in den Jahren 2011 bis 2014 relativ stabil bei 4% eingependelt und ist 2016 sogar auf 3% gesunken. In den Daten von 2017 wurde wieder das Niveau von 2015 erreicht und damit das starke Sinken unterbrochen. 2018 wurde mit 2,8% (243.000 Personen waren erheblich materiell benachteiligt) der bisher niedrigste Wert in der Zeitreihe errechnet. Es ist ein langfristig sinkender Trend festzustellen (2008 bis 2018 von 5,9% auf 2,8% oder minus 242.000 Personen).

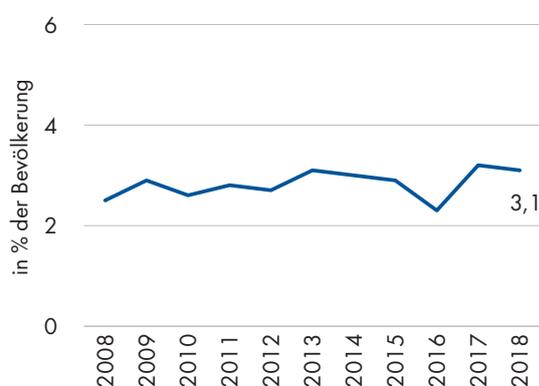
Bei der Interpretation des Indikators zu Erwerbsintensität ist – wie auch bei Armutsgefährdung – darauf Rücksicht zu nehmen, dass er sich auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr bezieht und Arbeitsmarkteffekte erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam werden. So schlug sich die Rekordbeschäftigung von 2008 erst im Indikator von 2009 (7,1%) nieder. In den darauffolgenden Jahren ging die Quote der Personen in nicht oder nur gering in den Arbeitsmarkt eingebundenen Haushalten – wohl in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise – nach oben. Nach einem Rückgang 2012 und 2013 erreichte sie im Jahr 2014 mit 9,1% ihren bisherigen Höchststand. Dies fällt mit einer im Jahr 2013 gestiegenen Arbeitslosenquote zusammen. 2015 lag die Quote der Personen unter 60 Jahre in Erwerbslosenhaushalten wieder etwas geringer als 2014. 2016 (8,1%) und 2017 (8,3%) hat sich der Wert stabil entwickelt. Das Jahr 2018 zeigt einen Rückgang auf Grund der positiven Arbeitsmarktentwicklung auf 7,3% (bzw. 480.000 unter 60-Jährige in Erwerbslosenhaushalten).

3.2.3 Verfestigte Mehrfach- Ausgrenzungsgefährdung

Dieser Indikator wurde als einer von 21 Leitindikatoren für soziale Eingliederung aufgenommen (inzwischen „Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung“), die von Statistik Austria für das Sozialministerium unter Beteiligung der nationalen Armutsplattform entwickelt wurden (siehe Till et al. 2015). Als verfestigt mehrfach-ausgrenzungsgefährdet gelten Personen, die in mindestens zwei der drei Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (siehe oben) über mindestens zwei aufeinander folgende Jahre benachteiligt sind. Der Fokus auf verfestigte Benachteiligung in mehreren Bereichen rückt die Intensität der Benachteiligung in den Vordergrund.

Wenn eine erhöhte Intensität der Armutslagen – gemessen über „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung“ – und eine Verfestigung, also das Andauern dieses Zustandes, zusammenfallen, liegt eine soziale Benachteiligung besonders großen Ausmaßes vor und es besteht die zunehmende Gefahr, nicht mehr angemessen am sozialen Leben teilnehmen und Grundbedürfnisse nicht mehr decken zu können. Im Jahr 2018 waren 3,1% der österreichischen Bevölkerung von verfestigter Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung betroffen (siehe Grafik 37). Das entspricht einem nahezu unveränderten Wert gegenüber dem Vorjahr (2017: 3,2%). Über die gesamte Zeitreihe betrachtet liegt der Wert im oberen Bereich.

Grafik 37
Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

3.2.4 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Soziale Beziehungen sind die Grundpfeiler gesellschaftlicher Organisation. Das Einbezogensein in soziale Netze und die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten, stärkt den sozialen Zusammenhalt. Das Ausmaß an sozialer Teilhabe hängt jedoch nicht nur von individuellen Entscheidungen oder der aktuellen Lebenssituation, sondern auch vom Lebensstandard und soziodemographischen Merkmalen ab. Ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital (vgl. Bourdieu 1986) beeinflussen die Lebensqualität. Soziale Beziehungen können zum Beispiel helfen, materielle Engpässe durch finanzielle oder psychische Hilfe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von der Gesellschaft und kann insbesondere im Alter zu Versorgungsproblemen führen. Umgekehrt können auch schlechte materielle Bedingungen zur sozialen Isolation beitragen.

Soziale Teilhabe ist daher für die subjektive Beurteilung der Lebensqualität von besonderer Relevanz: In Österreich

werden Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als wichtigste Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2007).

Als Indikator für die „Soziale Teilhabe“ wird die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls Wohlbefinden 2013, des Moduls Soziale und kulturelle Teilhabe 2015 sowie zuletzt aus dem Modul zu Wohlbefinden von 2018 zur Verfügung. Die dabei gestellten Fragen waren entsprechend der Zielvariablenvorgaben von Eurostat 2013 /15 und 2018 aber nicht dieselben. Folgende Frage(n) wurde(n) den interviewten Personen gestellt:

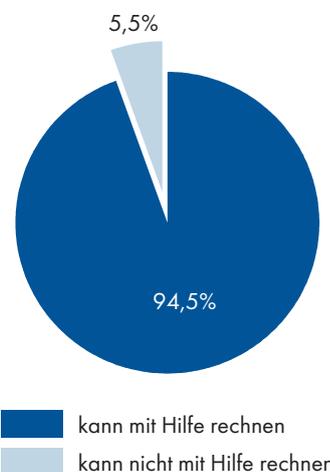
2013, 2015: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?“

2018: (1) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um finanzielle oder materielle Hilfe bitten können?“

(2) „Haben Sie außerhalb Ihres Haushalts Verwandte, Freunde oder Bekannte, die Sie um sonstige Hilfe bitten können? Das kann jemand zum Sprechen über persönliche Angelegenheiten sein, emotionale Unterstützung, Hilfestellungen im Alltag.“

Während also in den Erhebungen 2013 und 2015 sehr allgemein nach Hilfemöglichkeiten durch soziale Netzwerke gefragt wurde, war 2018 laut der Vorgabe die Einschränkung auf finanzielle oder materielle Hilfe sowie auf Personen außerhalb des Haushalts mitformuliert - Frage (1). Die ergänzende Frage (2) zu anderen Arten der Hilfe wurde als nationale Zusatzvariable erhoben, um das gesamte Spektrum der Hilfeleistung annähernd vergleichbar zu den Erhebungen davor abbilden zu können.

Grafik 38
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018, Modul Wohlbefinden.

2015 konnten 4,2% der Personen nicht auf tragfähige soziale Beziehungen bauen. 2013 waren es 3%. Wie Grafik 38 zeigt, konnten 2018 (allerdings bei geänderter Fragestellung, siehe oben) 5,5% weder finanzielle/materielle noch

sonstige Hilfe von Personen außerhalb des Haushalts erhalten. 94,5% der Befragten gaben an im Bedarfsfall auf Hilfeleistung aus zumindest einem der abgefragten Bereiche zurückgreifen zu können.

3.3 Gesundheit

Gesundheitliche Aspekte sind eng mit Wohlbefinden, sozialen Teilhabemöglichkeiten und finanziellen Kapazitäten verbunden. Armut kann sich beispielsweise negativ auf die Gesundheit auswirken, z.B. dann, wenn wenige Ressourcen zur Förderung und Erhaltung der Gesundheit zur Verfügung stehen. Zum anderen können auch gesundheitliche Probleme selbst die Einkommenschancen nachteilig beeinflussen: Krankheiten und körperliche Einschränkungen führen oft zu verminderten Erwerbsmöglichkeiten, einem niedrigeren Einkommen und erhöhtem Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Differenzierte Analysen zum Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Gesundheit scheinen vor dem Hintergrund der umfassenden Messung von Lebensqualität also wesentlich.

Es stellt sich folglich die Frage, wie Gesundheit in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die insgesamt Lebensqualität zu definieren und zu messen ist. Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit einer Krankheit oder eines Gebrechens. Physisches, mentales und soziales Wohlbefinden gehören ebenso zum Gesundheitsbegriff laut WHO. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage „GDP and beyond“ zur Gesundheit im Bereich „Lebensqualität“ zehn Indikatoren, die den Themen „Gesundheitsstatus“ (z.B. Lebenserwartung), „Gesundheitsdeterminanten“ (z.B. Gesundheitsverhalten) und „Zugang zum Gesundheitswesen“ zugeordnet sind. Wichtige Datenquellen zur regelmäßigen Gesundheitsberichterstattung sind dabei die Gesundheitsbefragung und EU-SILC.

Als erster Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für *WgÖ?* die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Hier werden auch sozioökonomische Unterschiede in Bezug auf Gesundheit beleuchtet.

Der zweite Schlüsselindikator, die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten zwischen 30 und 69 Jahren, stellt diesem Indikator ein objektives Gegenstück zur Seite. Nicht übertragbare potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar.

Der Indikator zur frühzeitigen Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten wurde nach dem Vorbild des internationalen SDG

Indikators 3.4.1 aus der UN Agenda erstellt und seit 2017 in das Indikatorenset aufgenommen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt der Gesundheitszustand für die Lebensqualität zusätzlich an Bedeutung. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essenziellen Faktor. Aus diesem Grund wird als Zusatzinformation die gesunde Lebenserwartung dargestellt, d.h. die Anzahl der weiteren Jahre, die eine 65jährige Person erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben (in Relation zu ihrer gesamten verbleibenden Lebenserwartung).

3.3.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



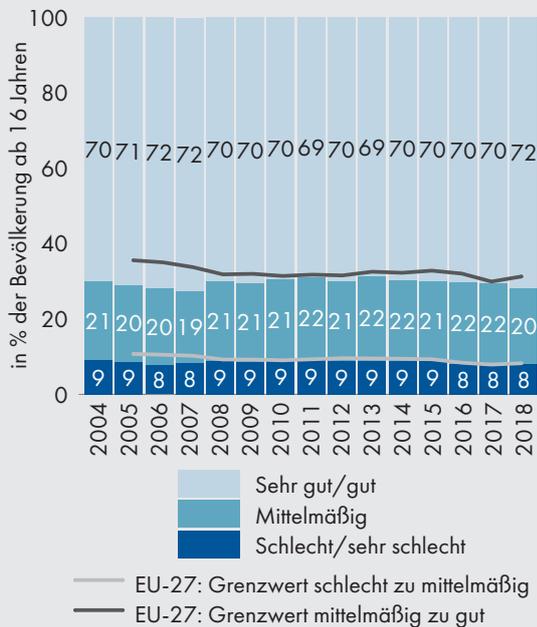
„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der kurzfristigen Entwicklung sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen, vor allem in Bezug auf die Bevölkerungsgruppen mit schlechter bzw. sehr schlechter subjektiver Gesundheit. Es traten also weder spürbare Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2016 als neutral eingestuft wird.“

Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes in jährlichen Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf physische, aber auch auf psychische und soziale Aspekte von Gesundheit.

Grafik 39 zeigt, dass der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. Kurzfristig betrachtet ist ein leichter Anstieg des Anteils der Personen in sehr guter oder guter Gesundheit festzustellen, der Unterschied ist jedoch nicht signifikant. 2018 waren 72% der Ab-16-Jährigen gemäß Selbsteinschätzung in guter oder sehr guter Gesundheit, 20% stuften ihre Gesundheit als mittelmäßig und 8% als schlecht oder sehr schlecht ein. Grafik 39 zeigt außerdem, dass Personen in Österreich durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit aufweisen als im EU-27-Durchschnitt.

Im Bericht zur Gesundheitsbefragung 2014 des Bundesministeriums für Gesundheit und von Statistik Austria (2015) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustandes seit 1991 ein positiver Trend festzustellen ist, der noch stärker ausfällt, wenn man die Alterung der Gesellschaft mit berücksichtigt. Auch wenn sich also in den letzten Jahren keine deutlichen Veränderungen des subjektiven Gesundheitszustandes der Bevölkerung ausmachen ließen, so bilden Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand doch langfristige Entwicklungen ab.

Grafik 39
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*

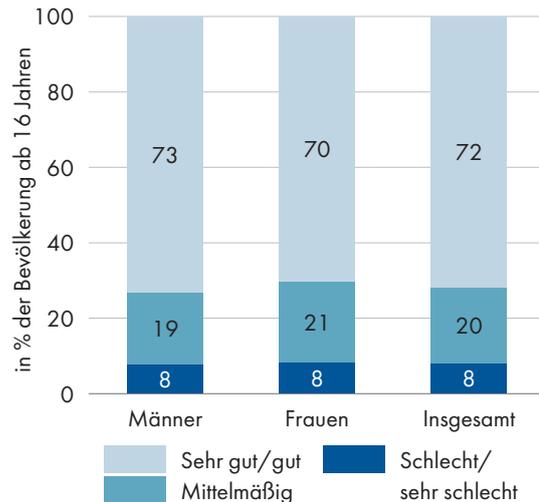


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand etwas schlechter ein als Männer (Grafik 40). Während 2018 73% der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen nur

70%. Dieser Unterschied kann teilweise mit der höheren Lebenserwartung der Frauen erklärt werden, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten. Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Grafik 40
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2018)



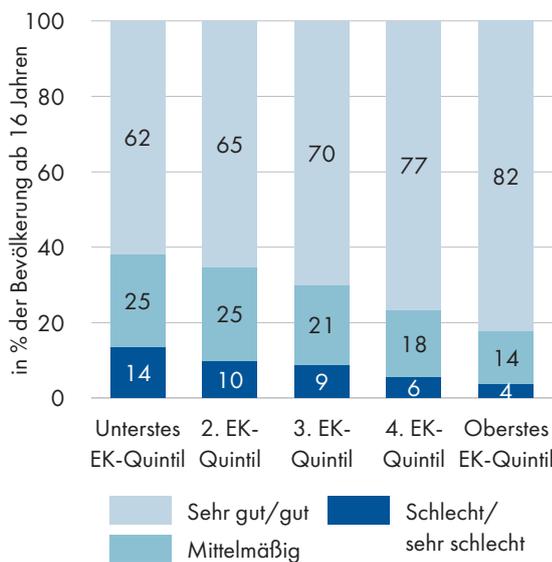
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 41). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten äquivalisierten Einkommen nur 62% der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil 82%. Gleichzeitig schätzten 14% des untersten Einkommensquintils ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 6%, oberstes EK-Quintil: 4%).

Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge, aber vor allem auch nach den Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Gruppen auf. Detailliertere Analyse sind zuletzt etwa mit Daten des EU-SILC Gesundheitsmoduls von 2017 entstanden: Die Wechselwirkung von Gesundheit und finanzieller Situation, insbesondere die Benachteiligungen einkommensschwacher Personen werden darin nachgewiesen, ebenso wie das unterschiedliche Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern sowie nach Bildung. Ein in *WgÖ?* auf Grund der Unregelmäßigkeit der Daten nicht abgebildeter, aber sehr wichtiger Aspekt, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen sowie deren medizinische Versorgung, wird über alle Einkommensgruppen positiv bewertet; dennoch zeigen sich für Kinder aus einkommensschwachen Familien

Benachteiligungen in Bezug auf Gesundheitsressourcen wie Wohnbedingungen oder soziale Teilhabe (vgl. Lamei / Psihoda / Skina-Tabue 2019). Auch Leoni (2015) weist in einer europaweiten Studie auf den sozialen Gradienten im Gesundheitszustand der Bevölkerung hin, d. h. sozio-ökonomisch Bessergestellte sind tendenziell gesünder als Schlechtergestellte. Österreich zählt dieser und auch früheren Studien folgend jedoch im europäischen Vergleich zu den Ländern mit einem relativ niedrigen Maß an sozialer Ungleichheit im Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung.

Grafik 41
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.3.2 Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen

Der Schlüsselindikator „frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten“ beschreibt die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten – vor allem Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege – in der Gruppe der 30- bis 69-Jährigen.

Die Sterblichkeit gehört zu den wichtigsten objektiven Gesundheitsindikatoren. Die frühzeitige Sterblichkeit, also die Sterblichkeit der Bevölkerung mittleren Alters, ist dabei von besonderem Interesse. In dieser Bevölkerungsgruppe sind vorwiegend nicht-übertragbare Erkrankun-

gen die häufigsten Todesursachen. Unter den Indikatoren der SDGs findet sich daher unter 3.4.1 die „Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten der 30- bis 69-jährigen Personen“ als zentraler Indikator.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (der 30-bis 69-Jährigen) ging seit 2000 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren wurde ein etwas abgeflachter Rückgang auf bereits sehr niedrigem Niveau verzeichnet, weshalb die kurzfristige Entwicklung tendenziell positiv bewertet wird.“

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen Altersaufbaues der Bevölkerung ist dadurch ausgeschaltet, d. h. diese Maßzahl ermöglicht einen fairen Vergleich zwischen den Jahren und den Geschlechtern.

Grafik 42
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

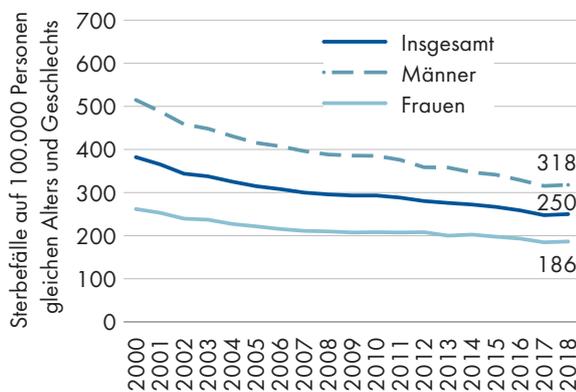
Wie in Grafik 42 zu sehen, hat die frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten seit 2000 deutlich abgenommen. 2018 lag sie mit 250 auf 100.000 Perso-

nen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung) etwa gleich wie im Vorjahr (2017 248). 2000 betrug der Wert noch 382. Das ist ein Rückgang um 35%. Auch im Vergleich zu vor drei Jahren konnte ein Rückgang verzeichnet werden. 2016 gab es 259 frühzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen. Grafik 43 zeigt, dass Männer eine deutlich höhere frühzeitige Sterblichkeit an diesen Krankheiten haben als Frauen, wobei die Sterblichkeit bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Damit hat die Geschlechterdifferenz seit 2000 um 48% abgenommen. 2018 lag die frühzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei 186, bei den Männern bei 318 auf 100.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts (Grafik 43).

3.3.3 Gesunde Lebenserwartung

Der Indikator „gesunde Lebenserwartung“, wie er hier verwendet wird, beschreibt, wie viele Jahre eine 65-jährige Person noch erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben. Er wird auf Basis von EU-SILC berechnet und die entsprechende Frage lautete zwischen 2008 und 2013: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“ bzw. ab 2014: „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die sechs Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)“.

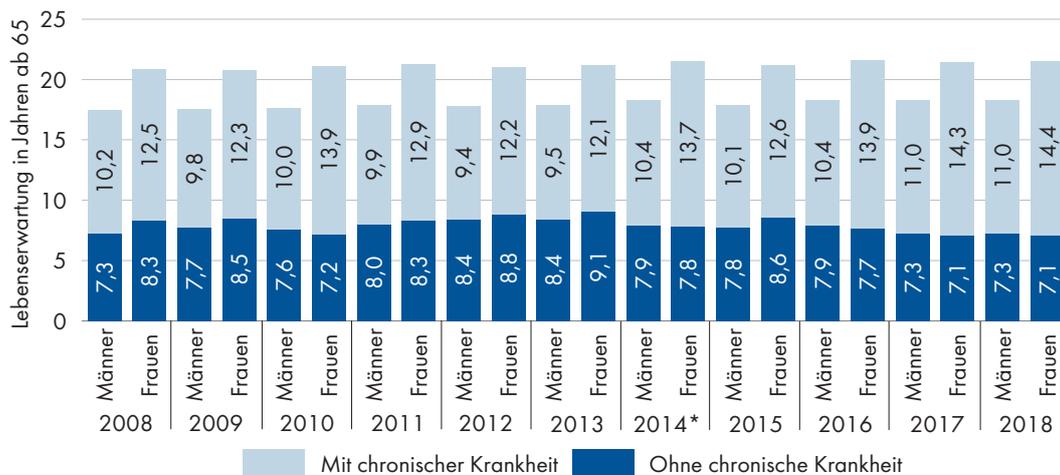
Grafik 43
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Während bei Maßen der Sterblichkeit die generelle verbleibende Lebenserwartung im Vordergrund steht, hat sich in letzter Zeit die Überzeugung durchgesetzt, dass das Ziel der Politik nicht nur ein „Mehr an Jahren“, sondern auch ein „Mehr an Gesundheit“ in den verbleibenden Lebensjahren sein soll. Hier spielen Indikatoren zur sogenannten „gesunden Lebenserwartung“, d. h. zu Anzahl an Jahren, die man noch erwarten kann, gesund zu leben, eine zentrale Rolle. Gesundheit kann dabei auf verschiedene Weise definiert und gemessen werden. Für diesen Bericht wurde eine Entscheidung für die Lebenserwartung ohne chronische Krankheit getroffen, da hier eine ausreichend lange weitgehend konsistente Zeitreihe zur Verfügung steht.

Grafik 44
Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren



Q: Statistik Austria, Sterbetafeln, EU-SILC.- * Aufgrund der neuen Formulierung der Frage gibt es ab 2014 einen Zeitreihenbruch..

Berechnet wurde dieser Indikator durch Anwendung der Werte aus EU-SILC zur Häufigkeit chronischer Krankheit auf die jeweiligen Sterbetafeln. Theoretisch stehen für diesen Indikator bereits Werte ab 2003 zur Verfügung, vor 2008 führte aber eine abweichende Fragestellung „Haben Sie eine chronische Krankheit?“ zu einem deutlich sichtbaren Zeitreihenbruch, so dass die Entscheidung getroffen wurde, diese Werte nicht darzustellen.

Grafik 44 zeigt, dass 2018 eine 65-jährige Frau erwarten konnte, noch 7,1 Jahre in Gesundheit und weitere 14,4

Jahre mit einer chronischen Krankheit zu leben. Berücksichtigt man statistische Schwankungsbreiten und den Zeitreihenbruch ab 2014 aufgrund der neuen Formulierung der Frage, ist über den Zeitverlauf hier kaum ein Trend erkennbar. Gut sichtbar ist jedoch der Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, allerdings zeigen sich diese Unterschiede nicht im selben Maße bei der gesunden Lebenserwartung. Frauen verbringen also einen größeren Anteil ihrer nach 65 noch verbleibenden Lebenszeit chronisch krank.

3.4 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller Lebensqualität und gesellschaftlicher Entwicklung. Auf Ebene des Einzelnen spielen erworbene Bildung und Qualifikation unmittelbar eine Rolle beim Zugang zum Arbeitsmarkt und dem aus Erwerbsarbeit bezogenen Einkommen. In welchem Ausmaß Bildungserwerb gelingt, ist wiederum neben individuellen Faktoren durch die Herkunftsfamilie, gesellschaftliche Strukturen im Allgemeinen und das Bildungssystem im Speziellen geprägt. Auf gesellschaftlicher Ebene wird eine gerechte Verteilung von Bildungschancen als grundlegend für die Vermeidung sozialer Schief lagen angesehen. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die Wirtschaftskraft eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu höherer Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen Zielsetzungen der Politik. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Menschen, im gesamten Bildungssystem, wie auch in Bezug auf nicht-formales Lernen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Auch Stiglitz et al. (2009, S.165) sprechen der Ressource „Bildung“ größte Bedeutung zu. Sie betonen, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen einer Reihe weiterer Ziele hat (z. B. höheres Einkommen, bessere soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Darüber hinaus erweitern kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen, ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung.

Schlüsselindikatoren der Dimension Bildung sind die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (jene Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann) und als Gegenstück die frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, also die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die zu einem hohen Prozentsatz voraussichtlich keinen sekundären Bildungsabschluss erlangen werden.

Ergänzt werden diese Schlüsselindikatoren durch den Zusatzindikator Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, der den Aspekt des lebenslangen Lernens in den Fokus rückt.

3.4.1 Schlüsselindikator Tertiärquote

Die Entwicklung des Bildungsstandes in den letzten Jahrzehnten zeigt einen allgemeinen Anstieg des Bildungsniveaus der österreichischen Bevölkerung. Insbesondere die Tertiärquote – der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem vergleichbaren Abschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-Jährigen – steht dabei vielfach im Fokus internationaler Vergleiche und nationaler politischer Strategien. Dahinter steckt die Annahme durch eine Ausweitung der Bevölkerung im oberen Bildungssegment dem Bedarf einer Wissensgesellschaft am besten entsprechen zu können und damit international wettbewerbsfähig zu sein. Dies wird als wichtige Voraussetzung erachtet um sozialen Wohlstand zu erhalten und zur Lebensqualität der Bevölkerung beizutragen.

Gemäß Europa 2020 Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40% liegen. Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38% festgelegt. Dieses stammt noch aus der Zeit vor 2013, als BHS-Abschlüsse noch nicht zu den Tertiärabschlüssen gezählt wurden (ISCED 1997) und somit die österreichische Tertiärquote deutlich niedriger war. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der internationalen Bildungsklassifikation ISCED in den Kategorien 5 bis 8 (nach ISCED 2011 ab 2014 bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen. Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als Tertiärabschluss gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S. 10). Mit Einführung der ISCED

2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär. Der erfolgreiche Abschluss der dritten Klasse einer fünfjährigen BHS-Form wird als Abschluss der Sekundarstufe gewertet.

**Gremium externer
Expertinnen und Experten:**



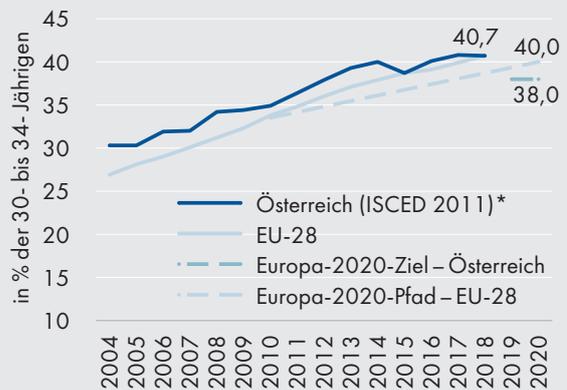
„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält jedoch auch BHS-Abschlüsse, weshalb die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Die Entwicklung seit 2016 zeigt einen leichten Anstieg. Da das nationale Ziel zudem bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet.“

Grafik 45 zeigt, dass 2018 40,7% der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse (ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote. 2015 ist die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen (auf 38,7%), um 2017 den bislang höchsten Stand (40,8%) zu erreichen. Solche Schwankungen können aufgrund der kleinen Personengruppe im Alter zwischen 30 und 34 Jahren in der Stichprobe auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein und sollten daher mit Vorsicht interpretiert werden. Auch die Veränderung zwischen 2017 und 2018 um 0,1%-Punkte ist statistisch unbedeutend.

Durchaus interpretiert werden kann der langfristige Trend, der auf die Auswirkung der Umsetzung des Bologna-Pro-

zesses zurückzuführen sein dürfte. Durch die Einführung des Bachelors schließen mehr Personen ein Studium auch tatsächlich ab (und das früher) und die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe 30+ vor.

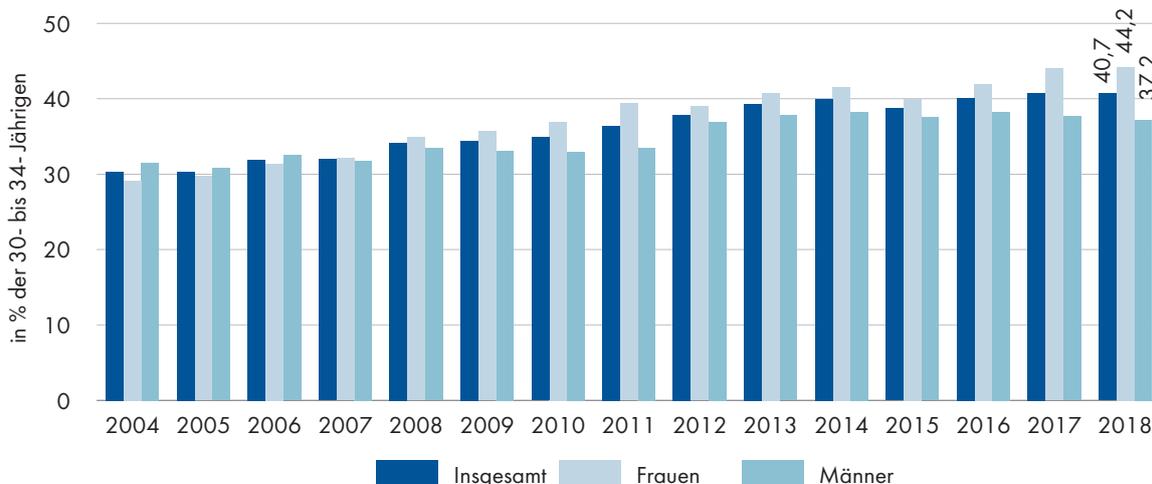
Grafik 45
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Betrachtet man die Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 46, dass 2007 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben. Dieser Trend setzt sich fort: 2018 lag die Differenz zwischen den Geschlechtern bei 7%-Punkten zu Gunsten der Frauen.

Grafik 46
Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

3.4.2

Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger

Der Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger bezeichnet Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa 2020 Strategie das EU-Ziel formuliert, dass der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe/Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10% betragen darf.

Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5% vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde. Auch mit der 2017 beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 Jahre sollte der Anteil der gering gebildeten jungen Erwachsenen weiter sinken. Sie gilt für Jugendliche bis 18 Jahre, die mit Ende des Schuljahres 2016/2017 bzw. danach ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt haben und sich dauerhaft in Österreich aufhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



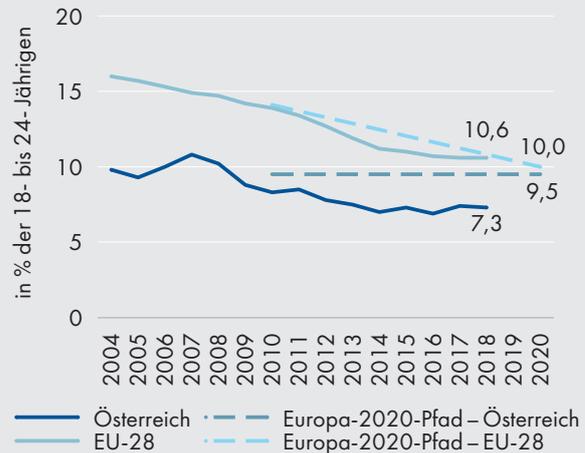
„Da die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung seit 2016 fällt neutral aus, da der Unterschreitung des Zielwertes ein Anstieg der Quote gegenübersteht.“

2018 waren in Österreich 7,3% der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 47). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das praktisch keine weitere Veränderung (2017: 7,4%). EU-weit waren 2018 10,6% der 18- bis 24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deut-

lich reduziert werden (2004: 16%), im Vorjahresvergleich gibt es keine Veränderung. Daten bis 2013 beruhen auf der ISCED97, ab 2014 wird die ISCED 2011 zur definitiven Abgrenzung von Sekundarstufe I und II verwendet.

Grafik 47

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige

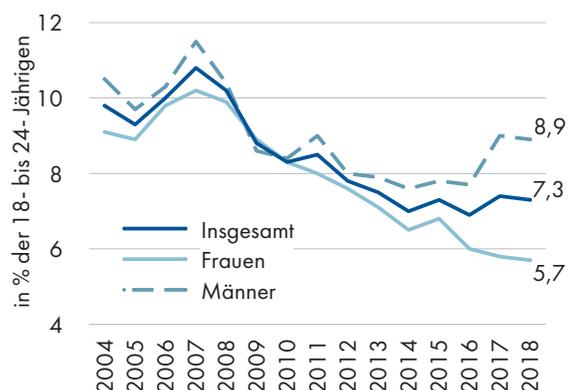


Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Betrachtet man die Anzahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen (siehe Grafik 48): 2018 waren es 5,7% der 18- bis 24-jährigen Frauen und 8,9% der jungen Männer. Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

Grafik 48

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

3.4.3

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung

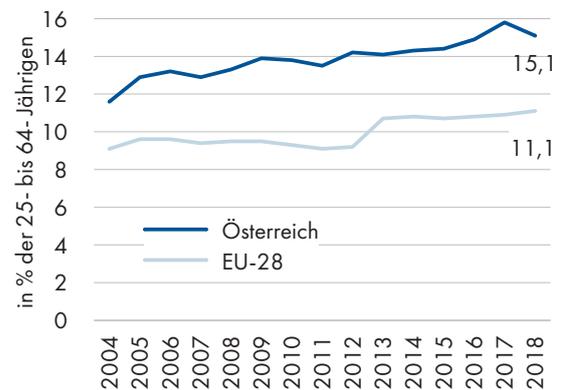
Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25 bis 64 Jahre dar, die in den vier Wochen vor der Befragung an Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen haben. Solche umfassen formale und nicht-formale Bildungs- und Trainingstätigkeiten.

Lebenslanges Lernen umfasst alle Aktivitäten, die im Laufe des Lebens (nach Abschluss der Anfangsausbildung) und aus einer persönlichen, sozialen oder beschäftigungsbezogenen Motivation heraus mit dem Ziel unternommen werden, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Die Absicht etwas „Spezifisches“ zu lernen unterscheidet diese Aktivitäten von Nicht-Lernaktivitäten wie kulturellen oder sportlichen Freizeitbeschäftigungen, die eher durch beiläufiges Lernen gekennzeichnet sind.

Der strategische Rahmen für eine europäische Kooperation zur allgemeinen und beruflichen Bildung formuliert als Zielmarke für das Jahr 2020, dass zumindest 15% der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren an Aktivitäten, die unter „lebenslanges Lernen“ subsumiert werden können, teilnehmen.

Grafik 49

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Seit 2004 stieg der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, sowohl in Österreich als auch in der EU an (siehe Grafik 49). Der leichte Rückgang in Österreich zwischen 2017 (15,8%) und 2018 (15,1%) ist nicht überzuinterpretieren, es gilt die Entwicklung in den kommenden Jahren im Auge zu behalten. Auch 2018 wurde das Ziel von 15% überschritten: 15,1% der 25- bis 64-Jährigen nahmen an Bildungsaktivitäten teil und somit knapp 4%-Punkte mehr als zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. In der EU lag der Anteil bei 11,1%, wobei hier insbesondere seit 2013 ein deutlicher Anstieg, teilweise allerdings bedingt durch Fragebogenänderungen in einigen Ländern, zu verzeichnen ist.

3.5 Physische Unsicherheit

Sicherheit gilt als eine der zentralen Dimensionen von Lebensqualität z.B. auch bei Eurostat (vgl. Keszy at al 2015). Gewaltprävention ist für eine stabile, sozial ausgewogene Gesellschaft unerlässlich und damit eine der Hauptaufgaben des Gesetzgebers. Sich unsicher zu fühlen schränkt die Lebensqualität erheblich ein, ist Quelle für Sorgen und Ängste. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Die Themen Gewalt, persönliches Sicherheitsempfinden und Lebensqualität hängen daher eng miteinander zusammen.

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physische Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden“ aus EU-SILC abgedeckt, die objektive Sicherheit wird mit der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet. Diese beiden Indikatoren sind Beispiel dafür, dass subjektives Empfinden nicht immer automatisch an die objektiven Lebensbedingungen geknüpft ist. So zeigen die Daten nicht unbedingt eine Parallelentwicklung des subjektiven Unsicherheitsgefühls und der Kriminalitätsraten.

3.5.1 Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden

Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



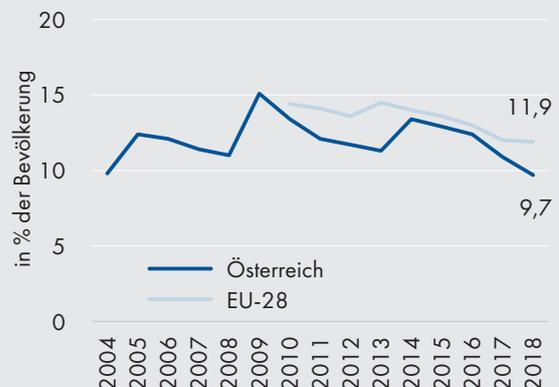
„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet.“

Da seit 2016 ein deutlicher Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als sehr positiv bewertet.“

9,7% der Bevölkerung gaben 2018 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen leichten Rückgang um 1,2%-Punkte gegenüber dem Vorjahr darstellt (siehe Grafik 50). Auch wenn dies kurzfristig betrachtet keine signifikante Veränderung darstellt, ist der Trend seit 2014 eindeutig abnehmend. Vergleicht man die Werte für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Durchschnitt.

Grafik 50

Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung

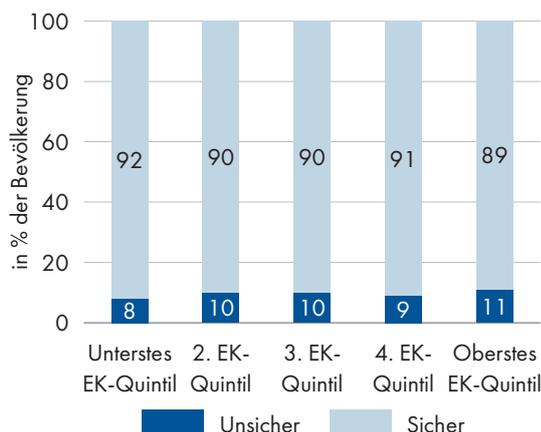


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Eine Betrachtung nach Haushaltseinkommen zeigt, dass sich Personen im obersten Einkommensquintil in ihrer Wohnumgebung tendenziell eher unsicherer fühlen (siehe Grafik 51). Während in der Quintilsgruppe mit dem niedrigsten Einkommen der Anteil der Personen, die Kriminalität, Vandalismus und Gewalt in der Wohnumgebung wahrnehmen, für 2018 bei 8% lag, wies das einkommensreichste Fünftel eine Betroffenheit von 11% auf. Allerdings ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass sich diese Haushalte tatsächlich in höherem Maße in von Kriminalität und Vandalismus belasteten Wohngegenden befinden, sondern sich die Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung unterscheidet. Das Kriminalitäts-

furcht-Paradoxon beschreibt, dass sich Personen eher vor Kriminalität fürchten, wenn sie selbst seltener von Kriminalität betroffen sind. Die Furcht vor Kriminalität hängt also nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammen (vgl. Ziegleder et al. 2011, S. 27ff).

Grafik 51
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. - Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.5.2 Schlüsselindikator Tötungsrate

Der Schlüsselindikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff“ nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 sowie Y87.1 und wird altersstandardisiert²⁶ berechnet. Das bedeutet, dass die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurde.

**Gremium externer
 Expertinnen und Experten:**

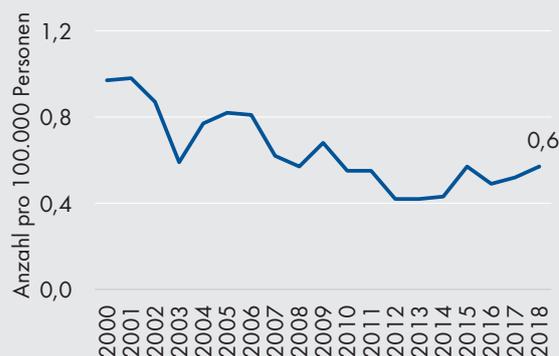


„Da die Tötungsrate seit 2000 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Von

2016 auf 2018 wurde dagegen ein Anstieg verzeichnet, trotzdem liegen die Werte unter dem EU-Durchschnitt (0,6 für 2016), weshalb die kurzfristige Entwicklung als neutral eingestuft wird.“

Die schlimmste Form der physischen Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate“ (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist (siehe Grafik 52). Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2018 auf 100.000 Personen nur noch 0,57 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4).

Grafik 52
Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Hier ist auf die – auch im EU-Vergleich – bereits sehr niedrigen Werte hinzuweisen, die Schwankungen der einzelnen Jahre sind daher nicht überzubewerten.

²⁶ Die standardisierte Rate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen nationalen Altersaufbaues ist dadurch ausgeschaltet. Als Standardbevölkerung wurde die Europa-Standardbevölkerung von Eurostat verwendet.

3.6

Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Das institutionelle Gefüge eines Landes, die Rechtsstaatlichkeit und die Wahrnehmung der Menschen über das Funktionieren der Institutionen wie auch ihrer eigene Eingeflochtenheit in die Gesellschaft bestimmt die Lebensqualität wesentlich mit. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion.

Das reibungsfreie Funktionieren des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, seinen interpersonellen Verbindungen, sozialen Netzen und schließlich mit der Lebensqualität. Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt.

Vertrauen steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Fähigkeit der Institutionen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Intransparenz und Korruption kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, dramatisch erschüttern.

3.6.1

Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System

Nach 2008 und 2009 enthielt zuletzt das EU-SILC Sondermodul 2013 eine Frage zum Vertrauen in das politische System, das hier als Schlüsselindikator herangezogen wird. Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen und Fragewortlaute sind die Jahre 2008/09 und 2013 jedoch nicht vergleichbar. Das entsprechende Item lautete 2013: „Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir zu jeder, wie sehr Sie ihr persönlich vertrauen. Antworten Sie bitte wieder auf einer Skala von 0 bis 10, hier steht 0 für „vertraue gar nicht“ und 10 für „vertraue voll und ganz“. Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem politischen System in Österreich?“

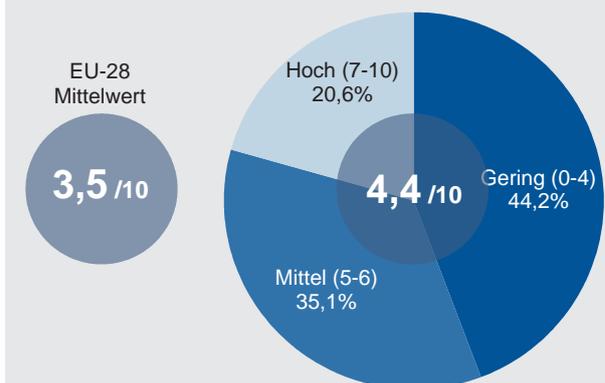
Bei der Bewertung des Vertrauens in das politische System dominieren niedrige und mittlere Ausprägungen. 20,6% gaben ein hohes Vertrauen in das politische System an (Werte von 7-10), 35,1% wählten Werte zwischen 5 und 6 und 44,2% hatten nur geringes Vertrauen. Ein Viertel entschied sich für die mittlere Ausprägung 5.

Allerdings gaben auch 12% an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben (Ausprägung 0) und nur 2% vertrauten dem politischen System hierzulande voll und ganz (Ausprägung 10). Der Durchschnittswert lag in Österreich bei 4,4 (von 10), in der EU-28 lag dieser mit 3,5 noch deutlich darunter (siehe Grafik 53).

Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei den Zufriedenheitsfragen abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d. h. außerhalb des Individuums liegt.

Grafik 53

Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)

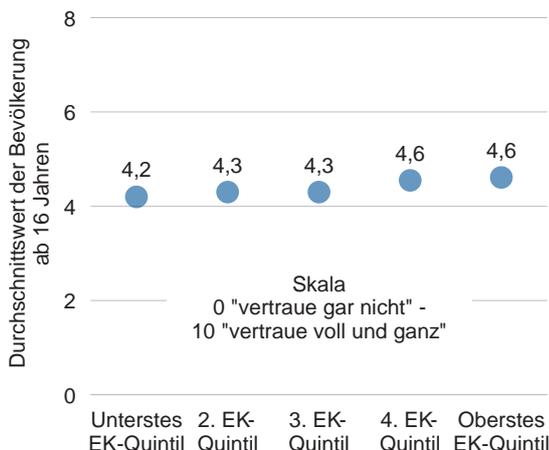


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden; Eurostat.

In der durchschnittlichen Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede (Grafik 54). So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

Grafik 54

Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

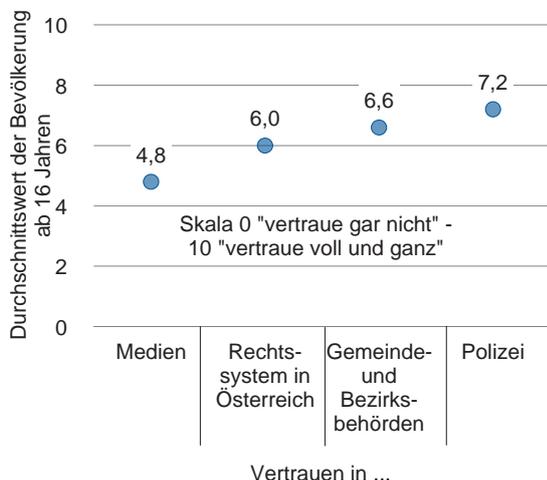
3.6.2

Vertrauen in öffentliche Institutionen

Über das Vertrauen in das politische System hinaus, wurde im EU-SILC Sondermodul 2013 auch das Vertrauen in einzelne Institutionen erhoben. Grafik 55 zeigt, dass Menschen in Österreich der Polizei in einem deutlich höherem Maße vertrauen (Mittelwert 7,2) als beispielsweise den Medien (4,8). Zwischen diesen beiden liegt das Vertrauen in das Rechtssystem (6) und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden (6,6).

Grafik 55

Vertrauen in öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

3.6.3

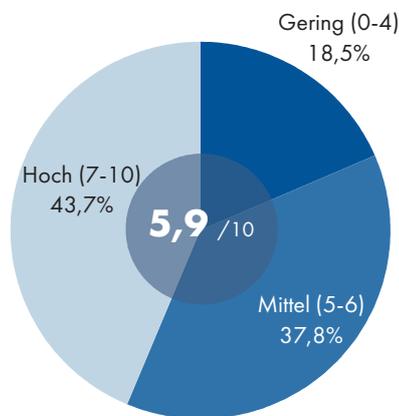
Vertrauen in andere

Vertrauen ist ein Kernelement der Beziehungen von Individuum und ihrer sozialen Interaktionen. Es leitet sich aus der Erwartung ab, die jemand gegenüber einem „anderen“ hat. Diese Erwartung ist wiederum eine Funktion des Ausmaßes, in dem Vertrauen in der persönlichen Historie früherer sozialer Interaktionen eines Individuums honoriert wurde, und hat starke Auswirkungen auf viele Lebensaspekte (siehe z. B. Lewicki und Tomlinson 2003).

Das Vertrauen in andere zu messen, trägt dazu bei zu zeigen, wie Menschen gegenüber ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aber auch gegenüber der Gesellschaft insgesamt eingestellt sind. Es kann insofern zur hier diskutierten Dimension gezählt werden, als Vertrauen in seine Mitmenschen einen konstitutiver Bestandteil funktionierender Gesellschaften und effizienter staatlicher Organisation darstellt. Die Bedeutung von Vertrauen für die gesellschaftliche Qualität wurde u. a. von Ward und Meyer (2009) näher untersucht.

Grafik 56

Vertrauen in andere der Bevölkerung ab 16 auf einer Skala von 0-10 (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018, Modul Wohlbefinden.

Die im EU-SILC Sondermodul 2018 gestellte Frage nach dem Vertrauen in andere bezieht sich nicht auf eine spezifische Personengruppe. Die Respondentinnen und Respondenten wurden hier aufgefordert, auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht“ bis 10 „vertraue vollkommen“ das Vertrauen in andere zu bewerten. 43,7% hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 37,8% berichteten mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 18,5% vertrauten anderen nur sehr wenig und wählten Werte zwischen 0 und 4 (siehe Grafik 56). Der Durchschnittswert lag bei 5,9.

Zuletzt wurde eine Frage zum Vertrauen in andere im Modul zu Wohlbefinden im Jahr 2013 gestellt. Sie erbrachte

– bei gleichem Durchschnittswert (5,9) – eine andere Besetzung der Kategorien hohen und mittleren Vertrauens: 25,5% hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 53,4% mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 21,1% vertrauten anderen nur sehr wenig (0-4). In jenem früheren Modul war diese Frage auch eingebettet in eine Itembatterie anderer Vertrauensfragen (siehe oben), die sich möglicherweise gegenseitig beeinflusst haben, wohingegen 2018 nur Vertrauen in andere von Eurostat als Zielvaria-

ble definiert war. Deswegen ist anzunehmen, dass 2013 und 2018 trotz gleicher Frageformulierung vom Ergebnis her nicht direkt vergleichbar sind. 2013 zeigte ein höheres Vertrauen in andere als in das politische System oder die Medien, jedoch weniger als in das Rechtssystem oder die Polizei. Der EU-28 Vergleichswert ist ebenfalls vorerst nur für 2013 verfügbar: Der Durchschnittswert des Vertrauens in andere betrug 5,8 (von 10).

3.7 Wohnen

Die Wohnqualität ist ein sehr wesentlicher Teil der materiellen Lebensbedingungen und wird hier daher getrennt betrachtet.²⁷ An der Dimension „Wohnen“ wird deutlich, wie stark die drei Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ineinander greifen: Wie Menschen wohnen, hängt in starkem Umfang von ihren materiellen Ressourcen ab. Gleichzeitig beeinflussen Umweltbedingungen in der Wohnumgebung die Lebensqualität. In der Dimension Wohnen finden sich sowohl Indikatoren zur Qualität und Kosten der Wohnung als auch zur natürlichen Wohnumgebung.

Um die besondere Bedeutung des Wohnens für den Bereich Lebensqualität in *WgÖ?* sichtbar zu machen, wird als Schlüsselindikator die „Belastung durch hohe Wohnkosten“ herangezogen. Ergänzt wird diese Schlüsselvariable um Zusatzinformationen zur Umweltbelastung in der Wohnumgebung und zum Wohnstandard.

3.7.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung

Der Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung, wie er auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren verwendet wird, beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

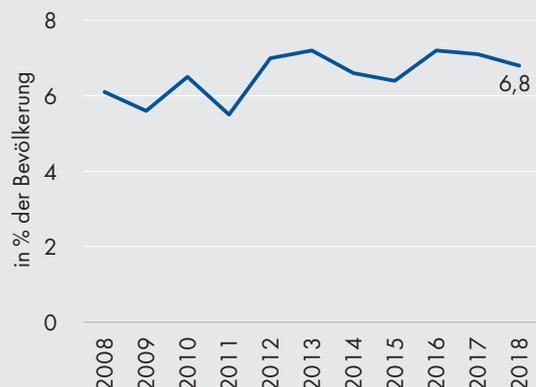


„Der langfristige Verlauf der Wohnkostenüberbelastung zeigt einen Anstieg und ist daher tendenziell negativ zu sehen. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung zwischen 2016 und 2018 kaum verändert hat.“

Dass sich das Thema Wohnen nicht nur von der Seite der Wohnbedingungen sondern auch von der Seite der Wohnkosten betrachten lässt, kommt auch in der Forderung „bezahlbaren Wohnraums“ in Goal 11.1 der Nachhaltigkeitsziele der UN Agenda 2030 (SDGs) zum Tragen. Gerade in großen Städten sind die Mietkosten teilweise so hoch, dass sie selbst bei bescheidenen Wohnbedürfnissen einen beachtlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen und somit anderweitige Konsummöglichkeiten oder das Sparen stark einschränken.

Grafik 57 zeigt, dass sich der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberbelastung seit 2008 leicht erhöht hat, wobei der Anstieg über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgt. 2008 waren 6,1% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Seit 2012 scheint sich der Anteil bei rund 7% einzupendeln. 2018 hatten 6,8% der Bevölkerung Wohnkostenüberbelastung. Wie Detailanalysen zu den Wohnkosten zeigen, sind es vor allem Mieterinnen und Mieter in Wohnungen des privaten Sektors und in Wien sowie anderen großen Städten, die durch ihre Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen überbelastet sind (vgl. Zucha et al. 2019, S.48f.).

Grafik 57
Wohnkostenüberbelastung

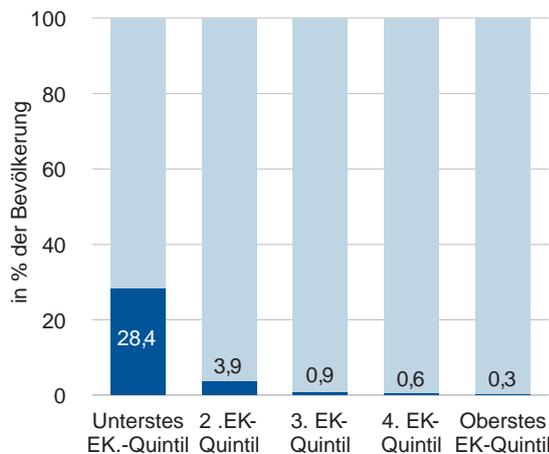


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für EU-SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

²⁷ Eurostat veröffentlicht neben einer neunstufigen Gliederung der Dimensionen der Lebensqualität, in der Wohnen und die materiellen Lebensbedingungen zusammengefasst sind, auch eine elfstufige Gliederung, in der Wohnen zusätzlich zur natürlichen Wohnumgebung eine eigene Dimension darstellt.

Betrachtet man die Wohnkostenüberbelastung in den verschiedenen Einkommensklassen des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (Grafik 58) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Belastungswahrscheinlichkeit am höchsten ist. 28% der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2018 von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Aus der Grafik wird auch ersichtlich, dass die Wohnkostenüberbelastung fast ausschließlich diese Einkommensgruppe betrifft.

Grafik 58
Wohnkostenüberbelastung nach Einkommensquintilen (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

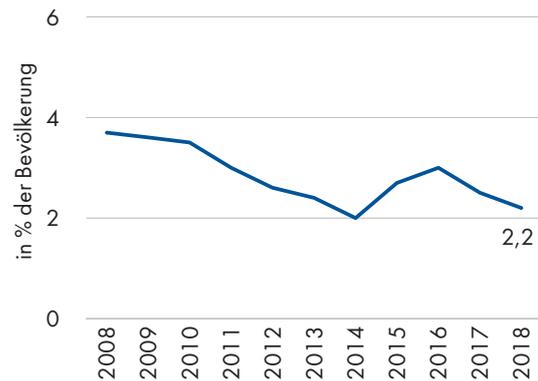
3.7.2 Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) kein Badezimmer in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume.

Die UN schlägt bezüglich des Ziels 11.1 der Agenda 2030 „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren“ den folgenden Indikator vor: „Proportion of urban population living in slums, informal settlements or inadequate housing“. Der von Statistik Austria verwendete Indikator „sehr schlechter Wohnstandard“ wird auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren herangezogen.

Grafik 59 zeigt, dass 2018 2,2% der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard lebten. Der Anteil ist seit 2008 gesunken. Nach einem Rückgang bis 2014 stieg er 2015 und 2016 wieder und sank zuletzt zwei Jahre in Folge. Schwankungen dieser Größenordnung können hier jedoch auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein, der längerfristige Trend zeigt sich aber eindeutig abnehmend.

Grafik 59
Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

3.7.3 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

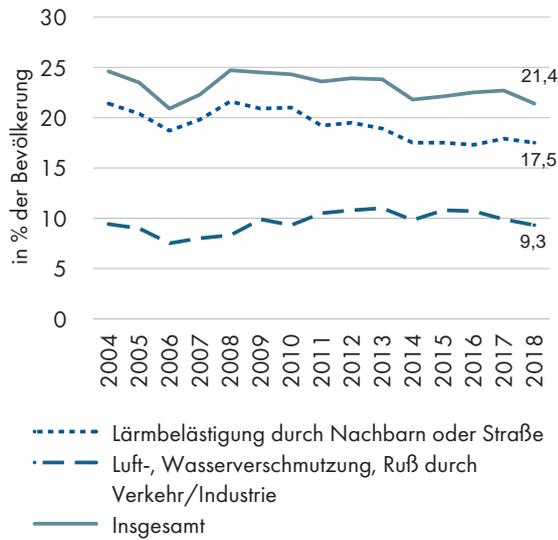
Probleme wie Abgase, Ruß oder sonstige Luftverschmutzungen, aber auch die Belastung durch Lärm (von Nachbarn oder Verkehr), können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken. Operationalisiert wird diese Dimension über den Indikator „subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung“.

Der Indikator bezieht sich auf die beiden EU-SILC-Fragen: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?“ und „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?“. Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit „ja“, so wird für alle Haushaltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumgebung angenommen.

Grafik 60 zeigt, dass 2018 21,4% aller Personen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wie Lärm oder Luftverschmutzung wahrnahmen. Dieser Wert bewegt sich damit auf dem Niveau der Vorjahre.

Grafik 60

Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Die Belastung ging dabei, wie ebenfalls aus Grafik 60 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärm zurück: 2018 waren 17,5% der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn oder der Straße belastet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dieser Anteil ebenfalls relativ konstant geblieben. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten 2018 bei 9,3% zu Belastungen.

Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen zu Umweltbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung beeinflussen kann. Deswegen können keine Rückschlüsse gezogen werden, ob sich die Situation auch tatsächlich objektiv verbessert hat. Einen Hinweis gibt die objektiv gemessene Staubbelastung (Feinstaub), die in Kapitel 4.3.2 im Bereich Umwelt diskutiert wird.

3.8 Subjektives Wohlbefinden

Das subjektive Wohlbefinden bildet eine Klammer über alle Lebensbereiche. Es umfasst eine große Bandbreite verschiedener Aspekte, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu Fragestellungen nach dem Lebenssinn reichen. Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird mittlerweile auch in der offiziellen Statistik intensiv diskutiert. Die OECD (2013b) veröffentlichte Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens um eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen.

Eurostat (2014b)²⁸ fasst die Bedeutung dieser neuen Daten wie folgt zusammen: „Das BIP und mehr, die Empfehlungen der SSF-Kommission, die Sponsorship-Group zur Messung des Fortschritts und das Sofia-Memorandum betonen sämtlich die Bedeutung der Erhebung qualitativ hochwertiger Daten über die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen und die zentrale Rolle von Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) im Rahmen dieser verbesserten Messung. Die Erhebung von Mikrodaten im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist daher ein vorrangiges Ziel. Im Mai 2010 unterstützten sowohl die Arbeitsgruppe Lebensbedingungen als auch die Indikatoren-Untergruppe des Ausschusses für Sozialschutz den Vorschlag von Eurostat zur Erhebung von Mikrodaten zum Wohlbefinden im Rahmen des Moduls der SILC 2013, um dieser Forderung gerecht zu werden.“

Im Rahmen von EU-SILC 2013 wurde erstmals und dann wieder 2018 EU-weit ein Sondermodul zur Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt. Es enthält eine Reihe subjektiver Fragen zu den verschiedenen Aspekten des Wohlbefindens (Zufriedenheitsfragen, Stimmungsfragen etc.). In der österreichischen Erhebung zu EU-SILC werden bereits seit 2004 Fragen zur Lebensqualität gestellt. Die Daten werden jedoch hier erst ab 2013 gezeigt, da sie ab diesem Zeitraum vergleichbar erhoben wurden.

Der **WgÖ?**-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „**Gesamte Lebenszufriedenheit**“. Er liefert einen Hinweis darauf, inwieweit die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich erfüllt werden.

Flankiert wird dieser Indikator von Indikatoren zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, die teilweise regelmäßig in der österreichischen Erhebung zu EU-SILC erhoben werden und teilweise unregelmäßig 2013, 2015 bzw. 2018 in Modulen erhoben wurden. Daten zur Freizeit aus der Zeitverwendungserhebung ergänzen diese Indikatoren.

3.8.1 Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit

Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben“ umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es wird daher nicht angestrebt, den emotionalen Zustand der Auskunftsperson abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



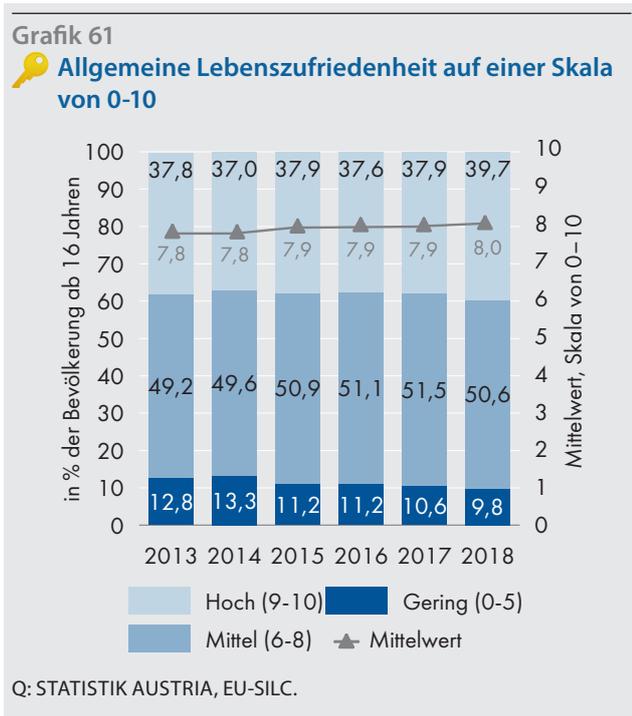
„Der Mittelwert der Jahre 2016 bis 2018 zeigt einen geringen Anstieg der allgemeinen Lebenszufriedenheit, während der Anteil der sehr unzufriedenen Personen zwischen 2016 und 2018 erkennbar zurückgeht. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv bewertet. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für mindestens 10 Jahre vorhanden sind.“

EU-SILC stellt die entsprechende Frage seit 2013 mit 11-stufiger Antwortskala. Die Frage lautet: Ich möchte Ihnen nun einige Fragen zu Ihrem Wohlbefinden und Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen stellen. Zunächst aber ganz allgemein gefragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“

2018 lag die mittlere Zufriedenheit bei 8,0 von 10 Punkten und damit leicht höher als in den Vorjahren (siehe

²⁸ Eurostat: Quality of life

Grafik 61). Wenngleich dieser Unterschied in der mittleren Lebenszufriedenheit nur sehr geringfügig ist und nicht überinterpretiert werden darf, deutet der um 2%-Punkte gestiegene Anteil der Personen mit hoher Zufriedenheit (Werte 9 oder 10) ebenfalls in eine positive Richtung. Der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) liegt mit 9,8% auf dem geringsten Niveau seit 2013. Während die Gruppe der mittel und hoch Zufriedenen auch Personen umfasst, die schwierige Lebensumstände haben, aber aus verschiedenen Gründen trotzdem angeben, dass sie zufrieden sind (siehe dazu Ponocny et al. 2015), ist bei der unzufriedenen Gruppe tatsächlich davon auszugehen, dass die meisten Personen objektiv belastet sind.



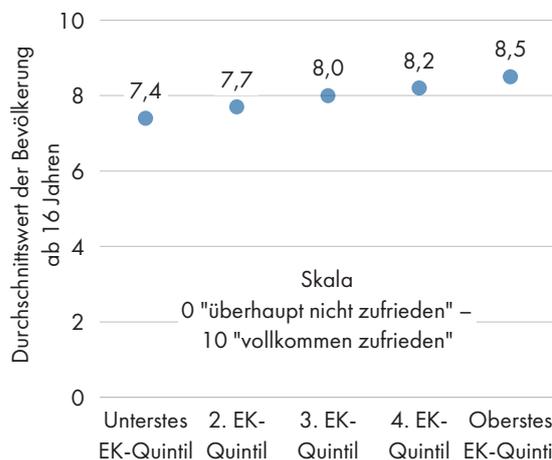
Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013, so liegt der Mittelwert für Österreich (7,8) über dem EU-Wert von 7,1.²⁹ Besonders deutlich ist der Abstand beim Anteil der sehr Zufriedenen: während in Österreich 2013 37,8% in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 21,7%.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nur geringe Unterschiede: Was den Mittelwert betrifft liegen 2018 Frauen und Männer gleich (beide: 8,0), der Anteil der hoch Zufriedenen bei den Frauen übertrifft mit 41,1% jenen der Männern (38,2%).

Grafik 62 zeigt, dass die Lebenszufriedenheit umso höher ist, je höher das Einkommensquintil ist, dem eine Person zugerechnet wird. Im obersten Einkommensfünftel, d. h. bei den 20% der Bevölkerung mit den höchsten Haus-

haltseinkommen, lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 8,5 Skalenpunkten von 10, während die unterste Einkommensgruppe 2018 eine mittlere Lebenszufriedenheit von 7,4 von 10 aufwies.

Grafik 62
Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

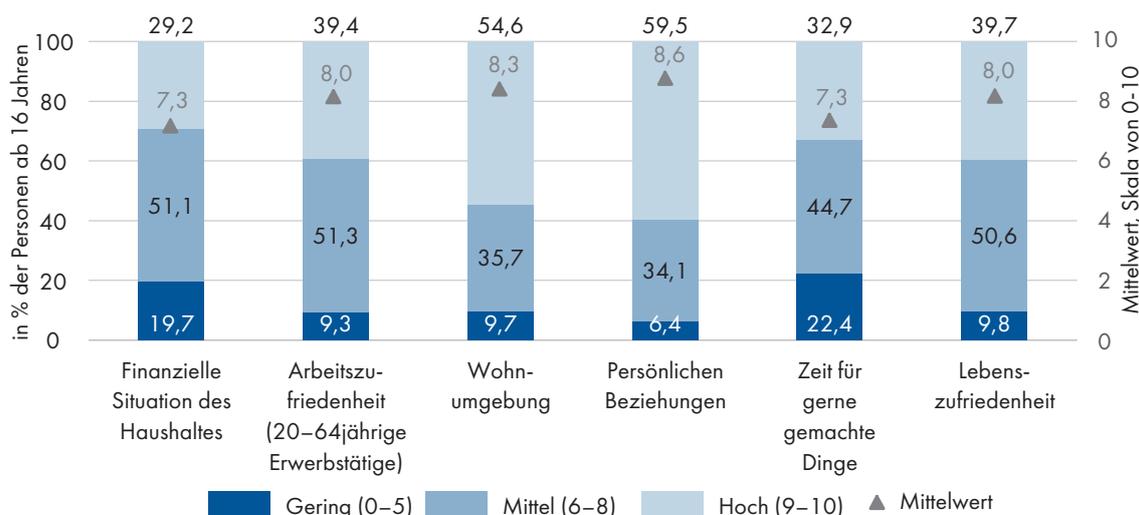
3.8.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen wie Einkommen, Wohnumgebung und soziale Beziehungen ermöglichen Aufschlüsse darüber, wie bestimmte objektive Lebensbedingungen subjektiv erfahren werden, geben aber – wie bei den persönlichen Beziehungen – auch Auskunft über Lebensbereiche, die sich gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand objektiv erfassen lassen.

Im nationalen Fragenteil zu EU-SILC finden sich jährlich Fragen zur Arbeitszufriedenheit, zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Darüber hinaus wurden 2013 und 2018 im Modul zur Lebensqualität einige weitere Fragen zur Zufriedenheit gestellt, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Beziehungen, z. B. zu Familie, Freunden, Kollegen, Kolleginnen?“ wurde sowohl 2013 und 2018 wie auch 2015 im Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe“ gestellt. In Grafik 63 finden sich die Werte von 2018.

²⁹ Daten zur allgemeinen Lebenszufriedenheit sind für die EU nur für 2013 verfügbar.

Grafik 63
Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2018)



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2018.

Wie Grafik 63 zeigt, ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen am höchsten. 59,5% der Personen wählten hier auf der 11-stufigen Skala zwischen 0 und 10 den Wert 9 oder 10, der Mittelwert lag bei 8,6. Auch mit ihrer Wohnumgebung sind die Menschen in Österreich mehrheitlich sehr zufrieden, 54,6% wählten hier 9 oder 10. Bezüglich der Arbeitszufriedenheit, bei der sich ebenfalls hohe Werte finden (39,4% sind sehr zufrieden), muss berücksichtigt werden, dass nur Personen befragt wurden, die auch wirklich erwerbstätig waren, also eine Personengruppe, der es vergleichsweise gut geht. Den höchsten Anteil gering Zufriedener findet man bei der Zeit für gerne gemachte Dinge, hier gaben 22,4% einen Wert von 5 oder geringer an. Der Mittelwert lag bei 7,3. Eine ebenso relativ zu den anderen Dimensionen niedrige durchschnittliche Zufriedenheit findet sich mit 7,3 auch bei der finanziellen Situation des Haushaltes. 19,7% führten zudem eine geringe Zufriedenheit für diesen Aspekt an. Auch der Anteil an Personen mit einer hohen Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes fällt mit 29,2% am geringsten aus.

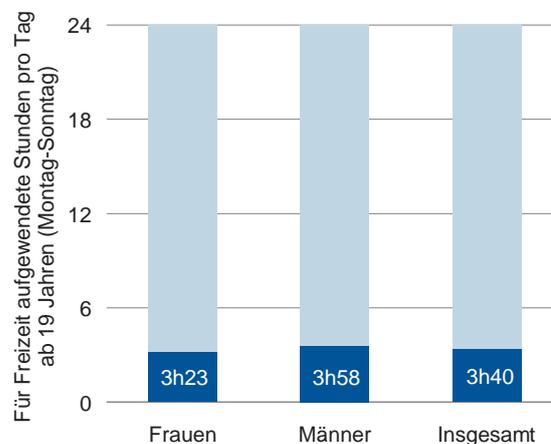
veranstaltungen; Ausflug; Spaziergehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung. Nichtstun wird jedoch nicht zur Freizeit gezählt. Da es gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt wird, werden diese in der Zeitverwendungserhebung der Kategorie „Schlaf“ zugeordnet. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten.

3.8.3 Freizeitaktivitäten

Das objektive Gegenstück zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge stellt die verfügbare Zeit für Freizeitaktivitäten dar. Die diesbezüglich letztverfügbaren Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009.

In der Zeitverwendungserhebung werden für 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Fest-

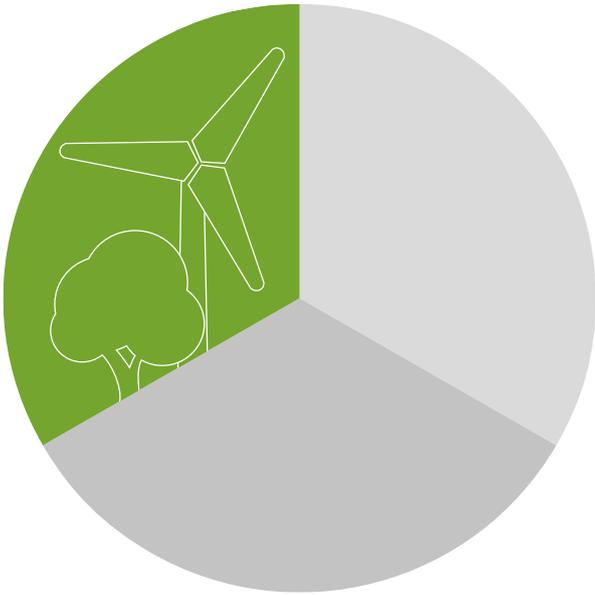
Grafik 64
Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Grafik 64 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minuten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haus-

halt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen (Frauen 4h53; Männer 2h 41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.



4

Umwelt

Anteil der Bio-Fläche deutlich gestiegen

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche verdoppelte sich seit 2000 von 11,5 % auf 23,2 % 2018

Zunehmende THG-Emissionen

Treibhausgasemissionen stiegen das 3. Jahr in Folge, im letztverfügbaren Jahr 2017 um 3,3 %

Dimension Verkehr weiter kritisch

Energetischer Endverbrauch, Lkw-Transportleistung und Treibhausgasemissionen stiegen zuletzt deutlich an

4.1

Umwelt und Nachhaltigkeit

Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Ressourcenverbrauch oder Emissionen auf, die infolge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten (wie Industrieproduktion oder Verkehr) entstehen. Stellt man diese Indikatoren beispielsweise dem Konsum der Haushalte gegenüber, werden die Bereiche von Wohlstand und Fortschritt – materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt – umfassend betrachtet. Zudem wird noch der Aspekt der „Nachhaltigkeit“, also die intra- und intergenerationelle Perspektive, mit einbezogen.

Die Umweltstatistik beschäftigt sich vor allem mit den sozialen und ökonomischen Aktivitäten und deren Auswirkungen auf Umweltsysteme sowie dem Zustand und den Veränderungen der Medien (Boden, Wasser, Luft, etc.). Aspekte wie Materialverbrauch, Emissionen oder das Verkehrsaufkommen werden genauer betrachtet.

Ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum schadstoffarm oder zu Lasten zukünftiger Generationen erzeugt, lässt sich durch die Ergänzung materieller und sozialer Faktoren mit ökologischen Komponenten feststellen.

Um multidimensionalen, weltweit auftretenden Umweltproblemen wie dem Klimawandel begegnen zu können wurde das Konzept der „Nachhaltigkeit“ entwickelt, welches inter- und intragenerationeller Gerechtigkeitsüberlegungen mit einbezieht. Nachhaltigkeit wurde erstmals 1987 im „Brundtland-Bericht“ (United Nations 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“

Nachhaltigkeit umfasst alle Bereiche von Wohlstand und Fortschritt und reflektiert Zukunftskomponenten – wie beispielsweise die Konsequenzen des Klimawandels – aus einer globalen Perspektive.

Für Stiglitz et al. (2009, S. 16f, S. 61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohl-

stand und Fortschritt von zentraler Bedeutung. Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z. B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Die Nachhaltigkeit vor allem der ökonomischen Ressourcen hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können.

Diese vorausblickende Perspektive vervielfacht die Schwierigkeiten, die bereits in den vorangehenden Kapiteln im Zusammenhang mit der Messung von Wohlstand und Fortschritt erwähnt wurden (z. B. Kapitel 2.1). Stiglitz et al. (ebd. S. 17) gehen davon aus, dass eine Unterscheidung zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: „The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately.“ Zudem wird festgehalten, dass ein einzelner Indikator nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen kann.

Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S. 17f) speziell der Umweltaspekt der Nachhaltigkeit separat betont: „Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks).“

Mit dem Konzept der *Entkoppelung* wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar.

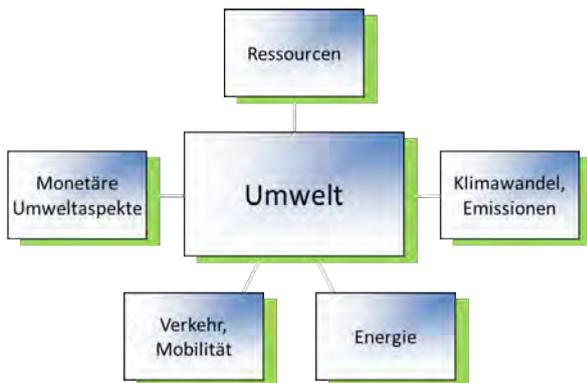
Von *absoluter* Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z. B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist *relativ*, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

Im Themenfeld Umwelt für das *WgÖ?*-Set wurden die folgenden fünf Dimensionen definiert (Grafik 65).

Den fünf Dimensionen wurden ein bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet. Dies folgt der erwähnten Forde-

Die Beschränkung auf wenige wesentliche Merkmale, auch wenn für eine vollständige Abdeckung aller Umweltaspekte weitere Indikatoren notwendig wären. Die 11 Schlüsselindikatoren des Bereichs Umwelt werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Für 2019 ergaben sich keine Änderungen in den Schlüsselindikatoren.

Grafik 65
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 6
Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung

Umwelt	kurzfristig	langfristig
Inländischer Materialverbrauch	☁️	☁️
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung	☀️	☀️
Flächeninanspruchnahme	☁️	☁️
Treibhausgasemissionen	☁️	☁️
Feinstaub-Exposition (PM _{2,5})	☁️	☀️
Erneuerbare Energieträger	☁️	☀️
Energetischer Endverbrauch	☁️	☁️
Energieverbrauch des Verkehrs	☁️	☁️
Transportleistung des Lkw-Verkehrs	☁️	–
Emissionen des Verkehrs	☁️	☁️
Ökosteueranteile	☀️	☀️

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Zu beachten ist, dass es zwischen den Dimensionen keine eindeutige inhaltlich Abgrenzung geben kann, sondern thematische Überschneidungen möglich sind. Überschneidungen bestehen z. B. für Energieträger wie Öl oder Gas, welche in einer eigenen Dimension „Energie“ geführt werden, jedoch genauso eine wichtige Ressource darstellen. Indikatoren zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs (Dimension „Verkehr“) oder zum Energieverbrauch (Dimension „Energie“) sind auch für die Dimension „Klimawandel, Emissionen“ inhaltlich relevant.

Der Fokus bei der Auswahl der Indikatoren zu WgÖ? liegt auf physischen Daten. Die fünfte Dimension „monetäre Umweltaspekte“ kommt der Aufforderung der Task Force „Environmental Sustainability“ der Sponsorship Group (Eurostat 2011) nach, verstärkt die Umweltgesamtrechnungen für die Messung von Wohlstand und Fortschritt heranzuziehen. Die Bedeutung der Umweltgesamtrechnungen für die Darstellung von Nachhaltigkeitsaspekten wird auch von der Europäischen Kommission (2013) hervorgehoben.

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend werden Daten des Umweltbundesamts (z. B. Luftschadstoffe) und des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT, Fläche der Bio-Landwirtschaft) verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen (siehe auch Kapitel 6).

Die stärkere Berücksichtigung der Zukunftskomponente im Bereich Umwelt führt dazu, dass bei der Bewertung der Umweltindikatoren neben der Dynamik dem absoluten Niveau der Umweltwerte eine große Relevanz beigemessen wird.

Der Schwerpunkt der Umweltbetrachtung liegt damit – im Vergleich zu den Bereichen materieller Wohlstand und Lebensqualität – etwas stärker auf der langfristigen als auf der kurzfristigen Entwicklung.

4.2 Ressourcen

Bei (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potentiell genutzt werden können und die die Grundlagen für derzeitiges und zukünftiges Leben bilden. Viele dieser Ressourcen, wie Minerale, Lebensräume oder auch Tierarten sind begrenzt – wenn sie erschöpft oder vernichtet werden, sind sie für immer verschwunden. Eine Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden ist auf den gestiegenen Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückzuführen.

Die schonende, effiziente Ressourcennutzung und die Vermeidung ökologischer und sozialer Belastungen sind notwendig für eine nachhaltige Entwicklung.

Die zunehmende Produktion, der Transport und der Konsum von Rohstoffen führen zu Umweltproblemen wie dem anthropogenen Klimawandel, der Flächenversiegelung, dem Verlust der Artenvielfalt, der Bodenerosion, der Produktion von Abfällen oder der Luftverschmutzung.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor³⁰. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen und die absolute Entkoppelung des Ressourceneinsatzes vom Wirtschaftswachstum gelten als wesentliche Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung.

In Österreich wurde im Jahr 2011 ein Ressourceneffizienz-Aktionsplan (REAP) entwickelt (BMLFUW 2012). Der REAP wird aktuell durch die Initiative [RESET2020-Ressourcen.Effizienz.Technologien](#) des BMNT umgesetzt und um künftige Bereiche aktualisiert. RESET2020 hat

zum Ziel, Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz und zur Verbesserung der Kreislaufwirtschaft in Österreich zu unterstützen.

Eine Kategorisierung von Ressourcen bietet das [UN System of Environmental-Economic Accounting \(SEEA\)](#) mit folgender Auflistung:

- mineralische Ressourcen
- Energieressourcen
- Land- und Bodenressourcen
- Holzressourcen
- aquatische Ressourcen
- sonstige biologische Ressourcen
- Wasserressourcen.

Während einige dieser Komponenten bereits sehr gut im Rahmen der Naturvermögensrechnungen abgebildet werden (beispielsweise mineralische oder Energieressourcen), gibt es für andere Kategorien keine passenden Daten aus der amtlichen Statistik.

Für die Abbildung des Bereichs Ressourcen werden drei Schlüsselindikatoren herangezogen: der wichtigste Indikator ist der *inländische Materialverbrauch*, welcher mineralische, und Energie, Holz und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen umfasst (Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt). Der Indikator „*Flächen mit biologischer Bewirtschaftung*“ bezieht sich auf Komponenten der Land- und Bodenressourcen sowie der „sonstigen biologischen Ressourcen“. Die Problematik der Flächenversiegelung, welche ebenfalls die Land- und Bodenressourcen betrifft, wird durch den Indikator *Flächeninanspruchnahme insgesamt* (durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen) abgedeckt.

Für Wasserressourcen (z. B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

³⁰ Absolute Entkoppelung bedeutet, dass der Materialverbrauch stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

4.2.1

Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch

Der Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar. Dies betrifft den Verbrauch jenes Materials, welches in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Indirekte Materialflüsse sind nicht enthalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Der Materialverbrauch startete mit Beginn der Zeitreihe 2000 bereits auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren zeigte sich ein Rückgang, 2018 überstieg der Verbrauch jedoch wieder den Wert von 2000. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren stieg der Materialverbrauch wieder leicht an, was kurzfristig ebenfalls zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs führt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Jahr 2018 auf vorläufigen Daten nach Schätzungen von Eurostat beruht, die sich noch ändern können.“

Der DMC zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Minerale und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren. Indirekte Ressourcenflüsse, die nicht direkt in den importierten Gütern stecken, aber während ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden – sogenannte Vorleistungen – sind nicht im DMC enthalten.

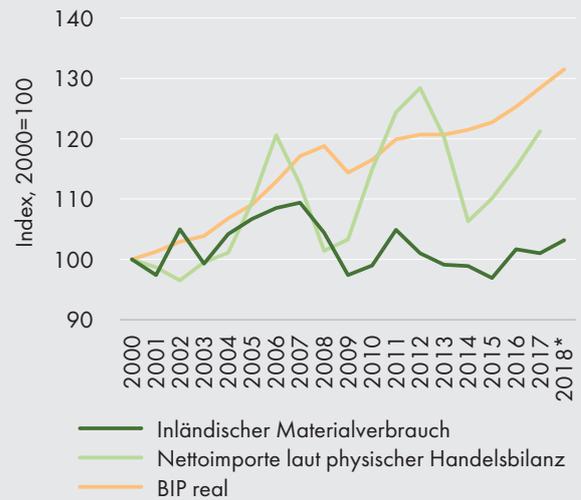
Flächenversiegelung, Bodenerosion oder Luftverschmutzung sind einige Umweltprobleme, die auf den zunehmenden Materialverbrauch zurückgeführt werden können. Zudem entsteht eine zunehmende Verknappung nicht erneuerbarer Rohstoffe.

In Österreich stieg der Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2018 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 3,2%. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 31,5%, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht (siehe Grafik 66). Nach einer Wachstumsperiode von 2004

bis 2007 zeigte sich 2008 und 2009 ein Rückgang des DMC. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 4,6%, während das reale BIP um 1,5% wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC in etwa konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2018 einen Anstieg von 2,2%, der DMC betrug damit laut dieser Schätzung 2018 rund 167 Mio. t.

Grafik 66

Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

Entsprechend den Zielen des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a), soll der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden³¹. Kurzfristig soll die Materialeffizienz gesteigert werden, der Verbrauch soll also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

Die Entkoppelung von Materialverbrauch und BIP kann durch einen effizienteren Materialeinsatz, eine Verlagerung von Konsum zu materialextensiveren Gütern oder auch durch eine Auslagerung der Güterproduktion (und der damit verbundenen Umweltbelastung) ins Ausland erreicht werden. Einen ersten Hinweis auf letzteres gibt die Entwicklung der Nettoimporte laut der physischen Handelsbilanz (physical trade balance = PTB, berechnet nach Inländerkonzept). Die physischen Nettoimporte errechnen sich aus den Importen abzüglich der Exporte. Positive Werte bedeuten demnach, dass ein Land die Zulieferung von Materialien aus dem Ausland benötigt. Österreich hatte im Jahr 2000 einen Nettoimport von 26,4 Mio. Tonnen (t), welcher bis 2017 (letzter verfügbares Jahr) auf 32 Mio.t anstieg. Die Nettoimporte erhöhten sich damit

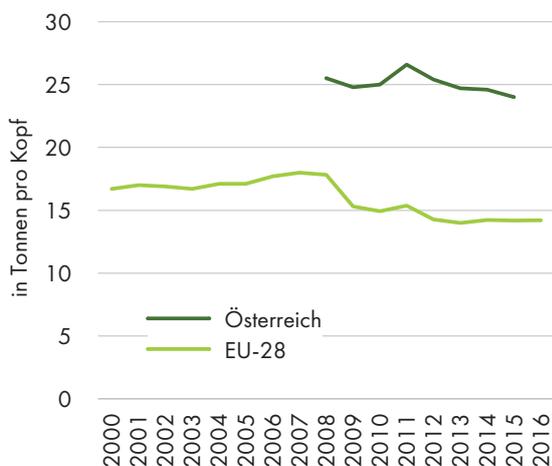
³¹ Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

von 2000 bis 2017 um 21,2%, während der DMC 2017 nur knapp über dem Ausgangswert von 2000 lag (Grafik 66).

Hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dementsprechend werden die materialintensiven Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Der Indikator RMC (Raw Material Consumption, Rohmaterialverbrauch) – die Summe aller genutzten Ressourcen inklusive der Vorleistungen – berücksichtigt im Gegensatz zum DMC die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte und erfasst damit auch Auslagerungseffekte. Die Daten des RMC stehen allerdings aktuell nur bis 2015 zur Verfügung.

Der RMC liegt in Österreich, wie in anderen Importländern, deutlich über dem DMC, der keine Vorleistungen berücksichtigt. Werden alle genutzten Materialien berücksichtigt, erhöht sich der Materialverbrauch 2015 (letztes verfügbares Jahr des nationalen RMC) von 18,2 Tonnen pro Kopf (laut DMC) auf 24 Tonnen pro Kopf (laut RMC) und Jahr. Der Vergleichswert der EU-28 liegt bei 14,2 Tonnen pro Kopf (siehe Grafik 67).

Grafik 67
Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. * Werte stellen vorläufige Ergebnisse von Eurostat dar.

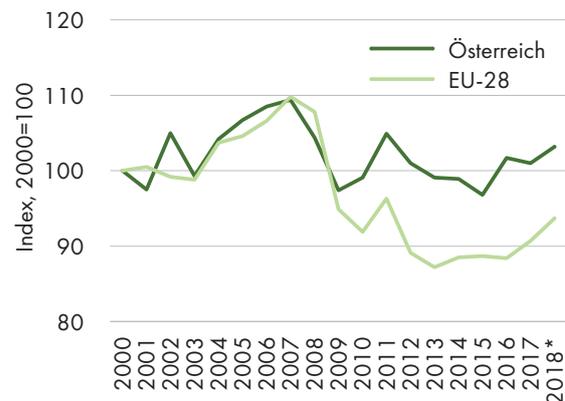
Anmerkung: Methodische Unterschiede zwischen Eurostat und Österreich sind vorhanden, können aber für die Betrachtung der Entwicklung der Zeitreihe vernachlässigt werden.

Der Rohmaterialverbrauch übersteigt den Materialverbrauch, weil mehr Material in der Erzeugung der von Österreich importierten Güter eingesetzt wird, als Material in Österreich für die Erzeugung von Gütern für den Export verwendet wird. In der Beurteilung der globalen Ressourcennutzung und des jeweiligen Beitrages eines

Landes ist es daher zukünftig entscheidend, die Vorleistungen des Außenhandels zu berücksichtigen.

Der DMC bestand 2017 zu einem Großteil (56,4%) aus nichtmetallischen Mineralen, unverarbeitet und verarbeitet (vorrangig Baurohstoffe). 23,1% des österreichischen Materialverbrauchs entfielen 2017 auf Biomasse, 14,6% auf fossile Energieträger (unverarbeitet und verarbeitet). Metalle hatten mit 5,3% den geringsten Anteil am Materialverbrauch, sind aber im Hinblick auf Umweltauswirkungen vor allem wegen des hohen Material- und Energieaufwandes, mit dem ihr Abbau und ihre Veredelung verbunden sind, von großer Bedeutung. 0,7% entfielen auf andere Erzeugnisse und Abfall zur Endbehandlung (Gierlinger 2019). Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 68) verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs bis 2008 weitgehend parallel zu jener mit dem Durchschnitt der EU-28-Länder. Allerdings erreichten letztere 2010, 2012 und 2013 einen deutlich stärkeren Rückgang als Österreich. Betrachtet man die Veränderung von 2000 bis 2018 (vorläufige Schätzung), dann nahm der DMC für alle EU-Staaten um 6,3% ab, in Österreich gab es einen Zuwachs von 3,2%.

Grafik 68
Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. - * Werte stellen vorläufige Ergebnisse von Eurostat dar.

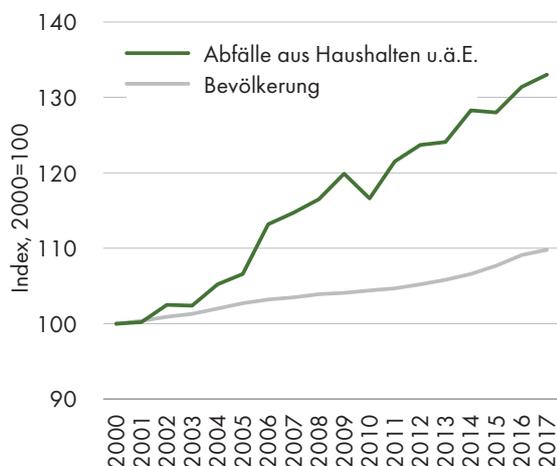
Anzumerken ist, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Seit 2013 müssen die Daten der Materialflussrechnung von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden (EU-Verordnung 691/2011), was die internationale Vergleichbarkeit grundsätzlich erhöhte. Im Vergleich ist die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse immer noch als sehr hoch anzusehen, während es in einigen Ländern zu Untererfassungen kommt.

4.2.2 Abfälle aus Haushalten

Ein Teil der eingesetzten Ressourcen wird in Form von Emissionen und Abfällen (z. B. auch als Dünger) in die Natur zurück verbraucht. Grafik 69 zeigt einen Teilbericht dieser Residuen, nämlich die „Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen“ nach Daten des Umweltbundesamts. Diese entsprechen im Wesentlichen dem Begriff der „Siedlungsabfälle“.

D. h. diese Abfälle stammen aus Haushalten, aus Verwaltungseinrichtungen, aus Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, aus dem Kleingewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben und von sonstigen Stellen, sofern diese an die kommunale Müllabfuhr angeschlossen sind. Im Jahr 2017 fielen in Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg rund 4,3 Mio. Tonnen Abfälle an. Das Abfallaufkommen von „Siedlungsabfällen“ hat damit seit 2000 um 33% zugenommen und ist deutlich stärker gewachsen als die österreichische Bevölkerung mit 9,8%.

Grafik 69
Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen)



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt.

Der zehnte Umweltkontrollbericht (Umweltbundesamt 2013) führt verschiedene Ursachen für das steigende Abfallaufkommen an, etwa den Anstieg der Wohnbevölkerung, die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße oder abfallintensiveres Kaufverhalten der Konsumenten (z. B. Zunahme an Einwegprodukten, Fertiggerichten etc.).

Das Gesamtaufkommen der österreichischen Abfälle betrug für das Jahr 2017 64,2 Mio. Tonnen. Abfälle aus Haushalten und haushaltsähnlichen Einrichtungen machen damit 6,7% des gesamten Abfallaufkommens aus.

4.2.3 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung“ bezieht sich auf die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche (ohne Almen, laut INVEKOS) in Österreich. Der Indikator wird als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich auch im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2017: EU-28: 7% Bio-Fläche, Österreich: rund 23% laut EU-Definition). Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächen in Österreich mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2017 und 2018 wird ebenfalls sehr positiv bewertet.“

Das österreichische Agrar-Umweltprogramm (aktuell: ÖPUL 2015³²) soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die Maßnahme 20 zur biologischen Wirtschaftsweise³³ laut ÖPUL soll mit ihrer naturnahen extensiven Produktionsweise zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen (Siehe auch [ÖPUL Maßnahmen Erläuterung](#)).

Eine intensive Landwirtschaft bringt Umweltprobleme wie erhöhte Nitratgehalte im Trinkwasser, Artenrückgang bei Pflanzen und Tieren, Belastung der Lebensmittel mit Schadstoffen und eine zunehmende Boden-erosion mit sich.

In Österreich hat sich von 2000 bis 2018 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5% auf 23,2% erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den

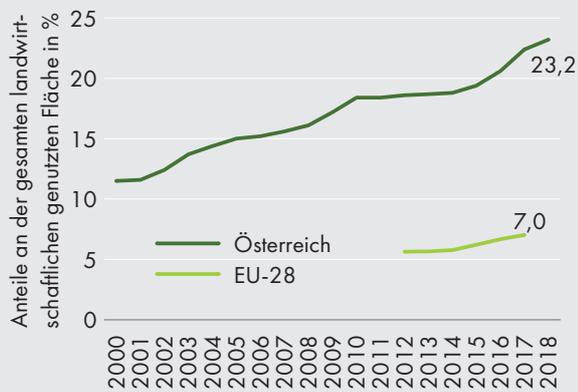
³² Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft

³³ Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion.

Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum (siehe Grafik 70).

Grafik 70

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Q: BMNT, Grüner Bericht. Fläche ohne Almen laut INVEKOS für geförderte Biobetriebe; Eurostat (geringfügig abweichend aufgrund Datenverfügbarkeit: ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Rund 90% der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über das Agrar-Umweltprogramm ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation der Anteilentwicklung der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen ÖPUL zurückzuführen. Auch bei einem aktuell bereits erfolgten Umstieg eines landwirtschaftlichen Betriebs auf die ökologische Wirtschaftsweise war eine Aufnahme in das ÖPUL-Programm erst wieder mit dem Start der neuen Periode 2015 möglich. Seit 2015 wurde dementsprechend wieder ein deutlicher Anstieg der Flächen verzeichnet (2016 auf 2017 +8,4%, 2017 auf 2018 +3,6%), der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 2018 23,2%.

Die biologische Wirtschaftsweise soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Eine schonende Bodenbearbeitung soll die Bodengesundheit fördern. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt. Eine besonders tierfreundliche Haltung der Nutztiere sowie eine weitgehende Kreislaufwirtschaft am Betrieb sind ebenfalls Ziele dieser ÖPUL-Maßnahme³⁴.

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2017 (letzter verfügbares Jahr) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 23% der landwirtschaftlichen Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, danach folgen Schweden und Estland mit jeweils über 19%. Der Durchschnitt in der EU-28 lag 2017 bei 7% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion.

Informationen über Entwicklungen der Bio-Flächen lassen naturgemäß keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden(qualität) und Biodiversität abzubilden. Zudem entspricht der Schlüsselindikator weitgehend dem SDG-Indikator 2.4.1 „Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture“.

4.2.4

Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme

Der Schlüsselindikator zur Flächeninanspruchnahme bildet die Entwicklung von Flächennutzungen ab und stellt damit einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Die natürliche Ressource Boden ist begrenzt vorhanden, eine zunehmende Inanspruchnahme (etwa für Bauzwecke) führt zu Verknappung. Ein gravierendes Umweltproblem stellt dabei die voranschreitende Bodenversiegelung dar, d. h. die Abdeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt).

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Der kontinuierliche Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig steigt der Flächenverbrauch ebenfalls weiter an und liegt über dem Bevölkerungswachstum, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird daher ebenfalls negativ gesehen.“

Die gesamte Flächeninanspruchnahme wird in die Kategorien Bauflächen (versiegelte Flächen, z. B. Gebäude und begrünte Flächen, z. B. Hausgärten), Verkehrsflä-

³⁴ Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER).

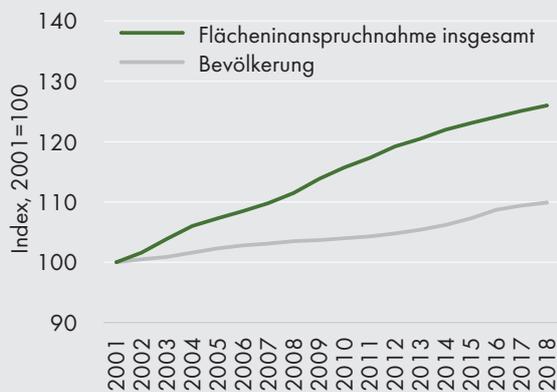
chen (Großteils versiegelte Straßen- oder Eisenbahnanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze) und sonstige Flächen (Freizeitflächen und Abbauflächen) unterteilt (neue Klassen).

Die Ressource Boden stellt ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut dar. Einmal versiegelt, kann Boden nur mit großem technischem und finanziellem Aufwand wieder renaturiert werden.

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2018 um 26,0% zu (durchschnittlich 1,4% pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.170 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+9,9%) (Grafik 71). Die gesamte tägliche Flächenneuanspruchnahme (Bau-, Verkehrsflächen und sonstige) lag in der Periode 2015 bis 2018 bei 11,6 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d. h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2018 41,2%.

Grafik 71

Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Nach den Daten des Umweltbundesamts erreichte die gesamte Flächeninanspruchnahme für Bau-, Verkehrs-

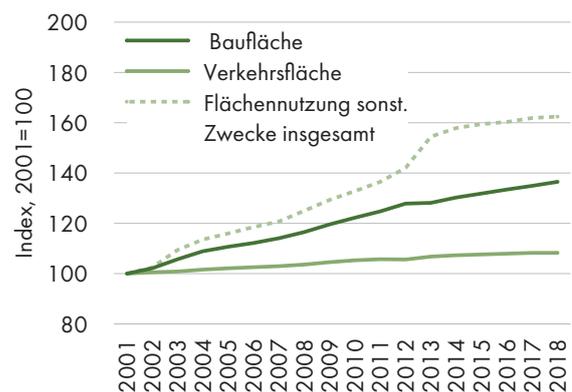
und sonstige Zwecke 2018 5.681 km² der österreichischen Bundesfläche. Dies entspricht 18,2% des *Dauersiedlungsraums*, welcher den für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen verfügbaren Raum umfasst.³⁵ Durch die naturräumlichen und topografischen Faktoren ist der Dauersiedlungsraum in Österreich auf nur knapp 37% der gesamten Landesfläche beschränkt.

Im Durchschnitt der Jahre 2015 – 2018 stieg die gesamte Flächenneuanspruchnahme um 11,6 ha/Tag. Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes 2002 („NSTRAT“ 2002 S. 70) enthielt in ihrem Leitziel 13 „Verantwortungsvolle Raumnutzung und Regionalentwicklung“ die Absicht, bis 2010 die tägliche Neu-Inanspruchnahme auf maximal 2,5 ha zu reduzieren³⁶. Trotz Nichterreichung hält das Nachfolgeprogramm ÖSTRAT 2011 (Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011 S. 19) weiter an diesem Ziel fest und verlangt, dass mittelfristig der Zuwachs der Flächeninanspruchnahme auf ein Zehntel des „heutigen Wertes“ reduziert werden soll. Ein Zeithorizont wurde jedoch nicht festgelegt. Der tägliche Verbrauch für die Flächenneuanspruchnahme mit 11,6 ha für den Durchschnitt der Jahre 2015 – 2018 lag damit zwar deutlich unter dem Wert der Vorperiode 2011 – 2014 (19,1 ha/Tag), aber immer noch ein Mehrfaches über dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie.

Von den insgesamt 5.681 km² der gesamten Flächeninanspruchnahme 2018 entfielen 3.222 km² auf Bauflächen (56,7%), 2.070 km² wurden für Verkehrsflächen genutzt (36,4%). Der Rest der Flächennutzung von 6,8% (388 km²) entfiel auf die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt“.

Grafik 72

Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen



Q: Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme (neue Klassen) modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme jeweils am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

³⁵ Dauersiedlungsraum besteht aus einem potenziell für Siedlungszwecke nutzbaren Raum mit den Benützungarten Baufläche, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Gärten, Weingärten; Nutzungen Straßenverkehrsanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze, Schienenverkehrsanlagen, Betriebsflächen, Abbauflächen, Freizeitflächen, Friedhöfe).

³⁶ Die Problemstellung zu Leitziel 13 gibt einen Durchschnittsverbrauch von 25 Hektar pro Tag für zusätzliche Flächeninanspruchnahme an. Das Ziel formuliert eine Reduktion des Zuwachses dauerhaft versiegelter Flächen auf maximal ein Zehntel (2,5 ha/Tag) des „heutigen“ Wertes bis zum Jahr 2010.

Bauflächen erfuhren von 2001 bis 2018 einen deutlich stärkeren Anstieg (+36,6%) als Verkehrsflächen (+8,3%), was u. a. eine vermehrte Nachfrage nach Wohnraum widerspiegelt (siehe Grafik 72). Die geringe Abnahme der Verkehrsflächen im Jahr 2012 (0,2%) entstand aufgrund einer Neudefinition der Klassenzuordnung: Forststraßen wurden bisher den „Straßenflächen“ zugeordnet, seit 2012 gehören sie jedoch zur Nutzungsart „Wald“. Die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt“ wies im Zeitverlauf 2001 bis 2018 den höchsten Zuwachs (+62,5%) auf.

Durch die Bebauung werden die vielfältigen Aufgaben der Ressource Boden auf eine einzige Funktion als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft produktive Flächen, führt zu Verlusten an Lebensraum für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt damit die biologische Vielfalt. Boden erfüllt auch Regelungsfunktionen in Stoffkreisläu-

fen (Lanegger & Fröhlich 2014), etwa die Speicherung von Energie und Stoffen (z. B. Wasser oder CO₂-Speicherung (Kohlenstoffdioxid) und deren Umwandlung und Transport (z. B. Ausfiltern von Stoffen aus dem Niederschlags-, Sicker- und Grundwasser). Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt.

Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Bodenversiegelung stellt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel dar. Eine Steigerung des Lebensstandards wirkt sich laut Lanegger & Fröhlich (2014 S. 11) beispielsweise über die Steigerung der Wohnnutzfläche pro Kopf auf die Flächeninanspruchnahme aus. In Österreich stieg die durchschnittliche Wohnfläche der Hauptwohnsitzwohnungen von 86,3 m² im Jahr 1994 auf 100,1 m² im Jahr 2018 (Zucha et al., 2019, S. 26).

4.3 Klimawandel, Emissionen

Vom Menschen verursachte Veränderungen des globalen und regionalen Klimas werden unter dem Begriff Klimawandel bzw. anthropogene Klimaänderung (oder auch globale Klimaerwärmung) zusammengefasst. Treibhauswirksame Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO₂) oder Methan (CH₄) bewirken einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde. Vor allem durch die Nutzung fossiler Energien (Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle) für Mobilität, Industrie und Raumwärme oder durch die landwirtschaftliche Produktion werden entsprechende Emissionen freigesetzt.

(Schadstoff)Emissionen sind dabei als Austräge aus Produktion, Distribution und Konsum definiert, die an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben werden. Beispiele dafür sind, neben den genannten gasförmigen Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand, flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm.

Der Klimawandel findet auch in Österreich statt, welches zum einen durch die hohe Bedeutung klimasensitiver Wirtschaftssektoren (z. B. Tourismus) und zum anderen durch seine geographische Lage besonders exponiert ist. Die durchschnittliche Temperatur in Österreich ist seit 1880 um ca. 2°C gestiegen und liegt damit beträchtlich über der weltweiten Temperaturerhöhung von rund 1°C. Die Auswirkungen zeigen sich bereits deutlich, unter anderem durch den Rückgang der Gletscher, längere Vegetationsperioden sowie durch die Zunahme von Temperatur und Wetterextremen. Auswirkungen des Klimawandels werden als Klimafolgen bezeichnet.

Klimafolgen betreffen beispielsweise die durchschnittliche Erwärmung der Atmosphäre mit entsprechenden Auswirkungen wie Hitzewellen, Verschiebungen der Vegetationsperioden, den Rückgang der Schnee- und Eismengen, den Anstieg des globalen Meeresspiegels, Veränderungen im Wasserkreislauf, zunehmende Trockenperioden und vieles mehr.

Der größte Beitrag zum Klimawandel erfolgt über die ansteigende Treibhausgaskonzentration in der Atmo-

sphäre. Zentrales Ziel der aktuellen Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung ist die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Österreich soll nach der aktuellen Strategie seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005 reduzieren (BMNT & BMVIT, Juni 2018), dies folgt der Verordnung (EU) 2018/842 des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2018.

Neben dem Klimaschutz ist die Anpassung an klimawandelbedingte Auswirkungen die notwendige zweite Säule der Klimapolitik. Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2017, Teil 1 – Kontext, S. 5) bemerkt in ihrer Einleitung: „Der Klimawandel ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Bereits heute sind weitreichende Klimaänderungen zu beobachten. Um die Folgen des Klimawandels zu verringern bzw. zu vermeiden, sind rechtzeitig geeignete Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Gelingt dies nicht, ist mit beträchtlichen Schäden und Kosten zu rechnen.“

Ein Subziel der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber 1990 vor (siehe auch Kapitel 1.1 sowie Kapitel 4.1). Der Indikator *Treibhausgasemissionen* ist daher als Schlüsselindikator für den Bereich Klimawandel, Emissionen zu sehen. Zur Darstellung der Entwicklung der Luftschadstoffe wird der neue Schlüsselindikator der bevölkerungsgewichteten *PM_{2,5}-Exposition (Feinstaub)* verwendet.

Das Ergebnis der Pariser Klimakonferenz (COP21) vom Dezember 2015 wird als Durchbruch in der internationalen Klimapolitik gesehen: das Klimaschutzabkommen von Paris (UN FCCC, 2015) beinhaltet das Klimaziel, den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen (siehe auch Kettner et al., 2016). Im Juli 2016 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris in Österreich vom Nationalrat ratifiziert.

Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Boden liegen derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht in vergleichbarer Qualität zu den Treibhausgasen vor. Für das Medium Wasser zeigt ein Indikator zur Wasserqualität für den Durchschnitt des Zeitraums 2013-2015 für 80,4% der Grund- und Oberflächengewässer eine gute Qualität an. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality). Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten

diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden. Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärm³⁷) werden wegen der bereits erwähnten Beschränkung auf ein überschaubares Set an Indikatoren nicht berücksichtigt.

4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

Der Schlüsselindikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen nach dem Inlandsprinzip. Erfasst werden demnach sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden. Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 soll in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16% gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 bis 2017 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird durch den deutlichen Anstieg von 2015 auf 2017 negativ bewertet. Der Wert 2017 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 51,7 Mio.t über der erlaubten Höchstmenge für 2017 laut Klimaschutzgesetz (knapp 50 Mio.t), bei einer Beibehaltung des Trends der letzten Jahre wird das Ziel von 47,8 Mio.t nicht erreicht.“

Treibhausgasemissionen beeinflussen den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung. Die Reduktion von Treibhausgasemissionen ist daher ein zentrales Ziel der aktuellen Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

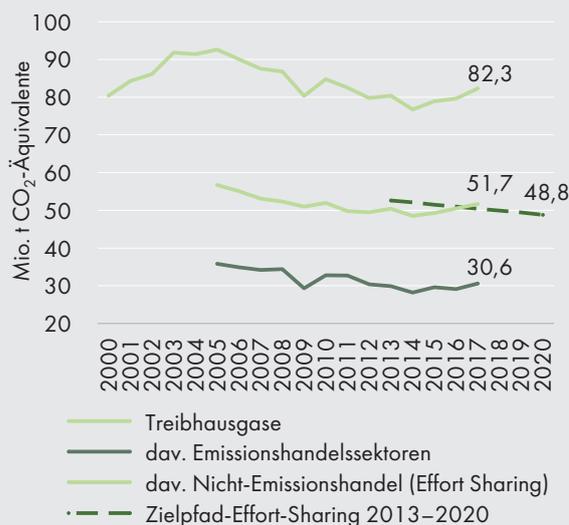
Die Treibhausgasemissionen Kohlenstoffdioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O) sowie fluorierte Treibhausgase sind die treibende Kraft des Klimawandels.

Zu den fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) zählen vollfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKWs), teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKWs) sowie Schwefelhexafluorid (SF₆).

Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt.

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 2000 (80,4 Mio. t CO₂-äquiv.) bis 2005 (92,6 Mio. t CO₂-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt 17,2% und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie) kompensiert. In den letzten Jahren stiegen die Emissionen dagegen deutlich an, von 2016-2017 um 3,3%, damit wurde der Abwärtstrend nicht fortgesetzt. Die Emissionen lagen zuletzt mit 82,3 Mio. t CO₂-äquiv. wieder klar über dem Ausgangswert von 2000 (80,4 Mio. t CO₂-äquiv.).

Grafik 73 Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO₂-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst. Zielpfad Effort Sharing laut Beschluss EU 2017/1471 (nach Anpassung) der EU-Kommission.

Im Jahr 2017 entfielen von den Gesamtemissionen 51,7 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Nicht-Emissionshandelsbereich (=Effort Sharing) und 30,6 Mio. t CO₂-Äquiv. auf den Emissionshandelssektor. Von 2016 auf 2017 stiegen die Emissionen des Emissionshandelssektors um 5,4%, im Nicht-Emissionshandelsbereich kam es zu einer Steigerung von 2,2%. Gründe für den Anstieg sind insbesondere der stark gestiegene fossile Kraftstoffabsatz im Verkehr, aber auch der vermehrte Einsatz fossiler Brennstoffe der Industrie- und Energiebetriebe.

³⁷ Für Umweltbelastungen in der Wohnumgebung siehe auch das Kapitel 3.10 Wohnen.

Gemäß Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) ist für 2020 in Österreich im Nicht-Emissionshandelsbereich eine Emissionshöchstmenge von 47,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalent einzuhalten (2017 49,5 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv.).

Betrachtet man den Nicht-Emissionshandelsbereich (Grafik 74), so lagen die Emissionen 2017 mit 51,7 Mio. Tonnen CO₂-Äquiv. um 2,1 Mio. Tonnen über dem Zielwert von 49,5 Mio. Tonnen für 2017 (siehe auch Umweltbundesamt 2019a).

In der [Europa 2020 Strategie](#) ist unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft“ für die EU-28 das Teilziel „Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20% gegenüber dem Niveau von 1990“ festgelegt. Dabei wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden:

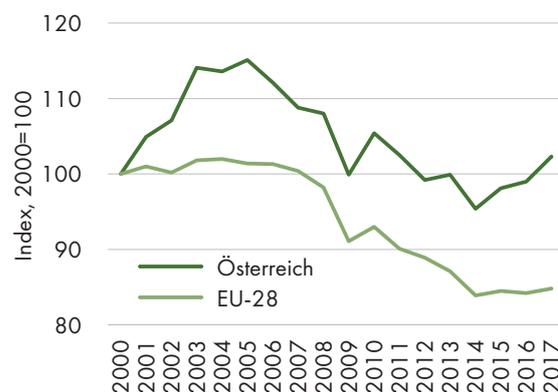
- **Emissionshandelssektor:** Der Rückgang von 20% muss EU-weit vorwiegend im [Emissionshandelssektor](#) erreicht werden, welcher Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z. B. Zementfabriken) mit hohem Energieverbrauch umfasst (Europäische Kommission 2009a). Im Jahr 2020 sollen für die EU die Emissionen der erfassten Sektoren 21% unter dem Niveau von 2005 liegen, für 2030 wurde eine Senkung um 43% im Vergleich zum Jahr 2005 festgelegt.
- **Nicht-Emissionshandelsbereich:** Für Quellen außerhalb des Emissionshandels (Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, Teile der Industrie) ist die Verpflichtung zur Emissionssenkung im „*Effort-Sharing*“ auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b). Für die gesamte EU-28 soll damit eine Reduktion von 10% im Vergleich zum Jahr 2005 erreicht werden, Österreich strebt bis 2020 eine Reduktion von 16% an.

Zur Umsetzung dieses nationalen Ziels trat im November 2011 das österreichische Klimaschutzgesetz (KSG, Bundesgesetz BGBl I 106/2011) für nationale Emissionen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, in Kraft. Diese Höchstmengen wurden im Rahmen mehrerer Novellen (zuletzt KSG-Novelle 2015, BGBl I Nr. 128/2015) entsprechend den aktuellen IPCC-Richtlinien für nationale Treibhausgasinventuren angepasst. Der aktuell gültige Zielwert stammt aus dem Beschluss (EU) 2017/1471 der Europäischen Kommission vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung).

Während in Österreich die THG-Emissionen im Vergleich zum Jahr 2000 etwas anstiegen (+2,3%), zeigte sich für die gesamte EU-28 von 2000 bis 2017 ein deutlicher Rückgang von 15,2% (siehe Grafik 74). Der Einbruch der Emissionen im Jahr 2009 wurde in der EU-28 im Jahr nach der Krise kaum wettgemacht, in den Folgejahren sanken die Emissionswerte weiter ab um sich zuletzt auf einem Niveau von knapp 4,5 Mrd. Tonnen CO₂-Äquiv. zu stabilisieren.

Grafik 74

Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich



Q: Umweltbundesamt; Eurostat.

Wie in Kapitel 4.2.1 bereits erwähnt sollten in einer vollständigen Berechnung und Analyse des Ressourcenverbrauchs eines Landes zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die durch die Produktion der importierten aber auch der exportierten Güter entstehen, berücksichtigt werden. Dies betrifft ebenso die damit einhergehenden Emissionen. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich; dadurch werden emissionsintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Diese Emissionen sind dadurch in den nationalen Emissionsbilanzen nicht erfasst.

Wenn umfassend bewertet werden soll, ob sich eine Gesellschaft in Richtung Dekarbonisierung entwickelt, müssen auch die Außenhandelsbeziehungen eines Landes miteinbezogen werden. Die Expertengruppe für *WgÖ?* hatte deshalb 2017 die zukünftige Betrachtung von konsumbasierten Treibhausgasemissionen angeregt. Eine erste Untersuchung der Arbeitsgruppe „Consumption-based GHG Accounting“ des Climate Change Center Austria (AG CBA, 2017) zeigte, dass die konsumbasierten Emissionen im Zeitraum 1997 - 2013 mit rund 110 bis 130 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten in etwa 50 bis 60% über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen lagen. Aktuellere Daten sind derzeit nicht verfügbar.

4.3.2

Schlüsselindikator Luftschadstoffe: PM_{2,5}-Exposition (Belastung durch Feinstaub)

Der Schlüsselindikator beschreibt die bevölkerungsgewichtete Belastung durch PM_{2,5} in Österreich. Dieser Schadstoff besteht aus Staubpartikel in inhalierbarer Größe, welche sowohl bei kurzfristiger als auch

langfristiger Aufnahme eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Daten werden vom Umweltbundesamt anhand von Messergebnissen der Immissionsbelastung, topographischen Daten und Bevölkerungsdaten bestimmt und stehen ab 2005 zur Verfügung.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die bevölkerungsgewichtete $PM_{2,5}$ -Exposition hängt von den inländischen $PM_{2,5}$ -Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die $PM_{2,5}$ -Belastung ist von $19 \mu\text{g}/\text{m}^3$ (2005) auf rund $13 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahr 2018 (-32%) deutlich zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2016 - 2018 ist ansteigend, was zu einer tendenziell negativen Einschätzung führt.“

Im Kapitel 3.7 zur Lebensqualität wird die subjektive Belastung durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Ruß in der Dimension „Wohnen“ als Zusatzinformation dargestellt. Für 2018 gaben 9,3% der befragten Personen Belastungen durch Luft und Wasserverschmutzung oder Ruß in ihrer Wohnumgebung an. Demgegenüber stellt der Indikator zur bevölkerungsgewichteten $PM_{2,5}$ -Exposition die tatsächlich gemessene Staubbelastung dar. Feinstaub hat gravierende gesundheitliche Auswirkungen, sowohl was eine akute Exposition (z. B. Entzündungsreaktionen der Lunge) als auch eine Langzeit-Exposition (z. B. Zunahme von Atemwegssymptomen) betreffen (siehe Spangl & Nagl 2017).

Durch Luftverunreinigungen können nicht nur die Atemwege, sondern auch das Herz-Kreislauf-System in Mitleidenschaft gezogen werden.

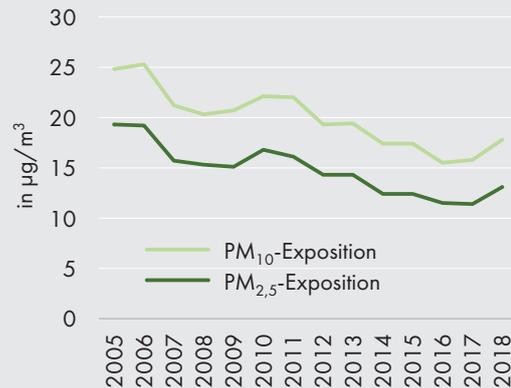
Von 2005 – 2018 hat die bevölkerungsgewichtete Exposition (Belastung) durch $PM_{2,5}$ von $19,3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ auf $13,1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ abgenommen (32 %). (Grafik 75). Mit Ausnahme der Jahre 2010 und 2018 zeigt sich dabei ein abnehmender Trend. Im Jahr 2018 lag die bevölkerungsgewichtete Belastung mit $13,1 \mu\text{g}/\text{m}^3$ deutlich über dem Wert von 2017 mit $11,4 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Die jährlichen Veränderungen werden dabei stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt.

Seit 2018 kann für $WgÖ?$ aufgrund einer neuen Berechnung des Umweltbundesamts als Schlüsselindikator für Luftschadstoffe anstatt der PM_{10} -Emissionen insgesamt die jährliche bevölkerungsgewichtete Exposition durch $PM_{2,5}$ verwendet werden. Dies entspricht besser

den für den SDG-Indikator 11.6.2 und den im „Better Life Index“ der OECD verwendeten Daten. Für die aktuelle Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch $PM_{2,5}$ und PM_{10} (Feinstaub) wurden topographische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt (siehe Spangl & Nagl 2017).

Grafik 75

Mittlere Exposition durch $PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet (Feinstaub), Vergleich PM_{10} -Exposition



Q: Umweltbundesamt. – Anmerkung: im August sollen die endgültigen Daten kommen, aber ohne große Änderungen

Die Staubbelastung wird anhand der Masse verschiedener Größenfraktionen beschrieben, die Partikelgröße ist dabei für die gesundheitlichen Auswirkungen der Staubbelastung von Bedeutung:

- $PM_{2,5}$ enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von $2,5 \mu\text{m}$, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. $PM_{2,5}$ ist eine Teilmenge von PM_{10} . Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Bakterien. $PM_{2,5}$ dringen am tiefsten in den Atemwegstrakt ein, können bis in die Lungenbläschen gelangen, und verursachen damit die größten Gesundheitsschäden aller Staubteilchen.
- PM_{10} enthält 50% der Partikel mit einem Durchmesser von $10 \mu\text{m}$, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Zellen, können tief in die Lunge gelangen und sind daher besonders gesundheitsschädlich.

Wesentliche anthropogene (durch den Menschen verursachte) Emissionsquellen für Feinstaub sind Verbrennungsprozesse (v.a. Energieumwandlung, Industrie, Verkehr, Haushalte) und die Manipulation von Materialien sowie der Bergbau. Nennenswerte Emissionen werden auch durch die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und die Tierhaltung freigesetzt. Zusätzlich gibt es auch natürliche Quellen wie Bodenerosion, Vegetation

(Absonderung von Pollen, Sporen), Waldbrände oder Vulkanismus. Neben den innerösterreichischen Staubemissionen sind noch weitere Quellen für die Belastung in der Außenluft verantwortlich, wie z. B. Fernverfrachtung oder Winderosion. Diese Quellen sind nicht in der Emissionsinventur des Umweltbundesamts enthalten (Umweltbundesamt 2018a, S. 18ff).

Die $PM_{2,5}$ Belastung in der Außenluft, d.h. die Immission (die an Luftgütemessstellen gemessen wird) und in weiterer Folge die Exposition wird also nicht nur durch die

österreichischen $PM_{2,5}$ Emissionen, d.h. den Schadstoffausstoß direkt an der Quelle bestimmt, sondern auch durch PM-Ferntransport aus dem Ausland, durch Sekundärpartikelbildung aus gasförmigen Vorläufersubstanzen (z.T. im Inland, z.T. im Ausland) sowie durch natürliche Quellen.

Grenzwerte wurden für die (auch meteorologisch beeinflusste, punktuell gemessene) Belastung in der Außenluft festgelegt, mit der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG) sowie dem österreichischen Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L; BGBl. I Nr. 77/2010).

4.4 Energie

Die Dimension „Energie“ bezieht sich vorrangig auf den Einsatz erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie deren effizienter Nutzung. Während erneuerbare Energien aus Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich kaum erschöpfen bzw. für lange Zeit nutzbar sind, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtigste Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Fossile Brennstoffe werden aus natürlichen Vorkommen gewonnen, die im Laufe der Erdgeschichte aus Biomasse entstanden sind. Analog wird der Begriff fossil auch für sämtliche sekundären Brennstoffe verwendet, die aus einem fossilen (Roh-)Brennstoff hergestellt werden. Produkte aus *erneuerbaren Energiequellen* werden dagegen (mit Ausnahme der Erdwärme) direkt oder indirekt aus Energieströmen, die noch andauern oder bis vor kurzem angedauert haben, in Verbindung mit der ständig verfügbaren Sonnenenergie oder der auf der Schwerkraft beruhenden Energie gewonnen. Der Energiewert von Biomasse z. B. entsteht aus der von Pflanzen während des Wachstums angereicherten Sonnenenergie³⁸.

Energieaufbringung und Energieverbrauch verursachen massive Umweltbelastungen wie Treibhausgas- und Feinstaub-Emissionen, aber auch Flächenverbrauch. Weitere Probleme betreffen beispielsweise die zunehmende Importabhängigkeit und die Ressourcenverknappung.

Eine nachhaltige Entwicklung benötigt ein Energiesystem, das Energie effizient nutzt und hauptsächlich erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse einsetzt. Der vermehrte Einsatz von heimischen erneuerbaren Energieträgern fördert zudem eine zunehmende Eigenversorgung Österreichs.

Die steigende Importabhängigkeit, der Druck (endliche) Energieressourcen auszubeuten, die gesicherte Versorgung aller Konsumentinnen und Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spie-

len auch auf EU-Ebene eine bedeutende Rolle. Die Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält dementsprechend im Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft“ die Teilziele einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20%, für jedes Mitgliedsland wurden – abhängig von Ausgangslage und Möglichkeiten – nationale Ziele verbindlich vereinbart. Zudem wurde eine Steigerung der Energieeffizienz um 20% für die EU-28 insgesamt festgelegt.

Die aktuelle Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung sieht den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine erhöhte Energieeffizienz als wesentliche Faktoren zur Erreichung von Klima- und Energiezielen an (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

Am 9. Juli 2014 wurde das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) mit der erforderlichen Verfassungsmehrheit vom Nationalrat beschlossen. Es enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Dieses beinhaltet u. a. folgende – über die Energiestrategie hinausgehende – Ziele:

- Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.050 Petajoule (PJ)
- Kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020.

Das nationale Ziel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben von Europa 2020 für erneuerbare Energieträger liegt bei einem Anteil von 34% bis 2020. Dieser Anteil soll laut der aktuellen Klima- und Energiestrategie bis 2030 auf einen Wert von 45–50% angehoben werden (BMNT & BMVIT, 2018).

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den Energiebilanzen von Statistik Austria vor. Die Energiedaten werden nach dem *Inlandsprinzip* erhoben.

Dies bedeutet, dass alle in Österreich abgesetzten Energieträger in den Energiebilanzen

³⁸ Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016.

berücksichtigt werden, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und wo sie eingesetzt werden.

Die Energiebilanzen stehen jährlich im November für das Vorjahr zur Verfügung, zusätzlich wurde im Mai 2019 eine vorläufige Energiebilanz mit ersten Berechnungen des Gesamtenergieverbrauchs für 2018 veröffentlicht. Alle Energiedaten für das Jahr 2018 stellen damit eine vorläufige Schätzung dar. Eine vorläufige Schätzung für den Anteil der Erneuerbaren Energieträger liegt aus Daten-Gründen nicht vor.

Den Schlüsselindikator für den gesamten Energieverbrauch Österreichs bildet im *WgÖ?*-Set der *energetische Endverbrauch* (EEV). Der EEV ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und EDV, mechanische Arbeit, etc.). Als weiterer Schlüsselindikator wird die Entwicklung des Anteils der *erneuerbaren Energieträger* gezeigt. Daten zur *Energieintensität* als Maßzahl der Energieeffizienz ergänzen die beiden Schlüsselindikatoren.

4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch. Erneuerbare Energien stammen aus Energiequellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern (z. B. Biomasse) oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt (z. B. Solarenergie, Wasserkraft). Die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten sekundären Energieträger (Elektrizität, Wärme, Kraftstoff) werden dabei ebenfalls als erneuerbare Energien bezeichnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

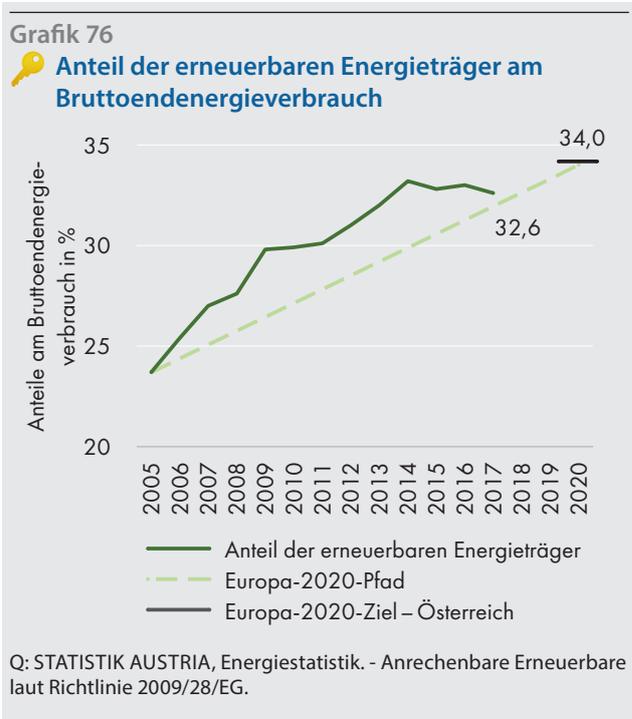
„In der kurzfristigen Betrachtung kam es zu einem Rückgang des Anteils der erneuerbaren Energieträger, zudem liegt der Wert für 2017 nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad. Schreitet die kurzfristige Entwicklung so fort, kommt es zu einer Unterschreitung – deshalb fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell negativ aus. Der gesamte Zeitraum wird tendenziell positiv bewertet, wobei zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils immer schwieriger umsetzbar sein werden.“

Als anrechenbare erneuerbare Energien laut Erneuerbaren-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen) gelten:

1. der energetische Endverbrauch (EEV) von biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Biokraftstoffen,
2. die Erzeugung von Strom und Fernwärme aus biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft normalisiert ohne die Erzeugung aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik³⁹.

Im Rahmen des Europa 2020 Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34% am Bruttoendenergieverbrauch entsprechend der Methodik der Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG verbindlich vorgesehen.

Laut der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird angestrebt, den Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 auf einen Wert von 45–50% anzuheben (BMNT & BMVIT, 2018).



2017 wuchs der Verbrauch an fossiler Energie deutlich stärker, als das Aufkommen an erneuerbarer Energie: Wie

³⁹ Bei der Berechnung des Beitrags der Wasserkraft und der Windkraft für die Zwecke der Richtlinie 2009/28/EG werden die Auswirkungen klimatischer Schwankungen durch die Verwendung einer im Anhang derselben angeführten Normalisierungsregel geglättet.

Grafik 76 zeigt, ging der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich von 33,0% im Jahr 2016 auf 32,6% im (letzten verfügbaren) Jahr 2017 zurück. Damit liegt die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34% für 2020. Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um 44% zu. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit dem Anteil von 32,6% (2017) deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 17,5%.

Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen⁴⁰.

Den höchsten Anteil an den anrechenbaren erneuerbaren Energien hatte 2017 traditionell die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft (35,3%), gefolgt von der festen Biomasse (28,1%). Die erneuerbare Fernwärme stellt 10,6% der anrechenbaren erneuerbaren Energien (siehe Biermayr 2018, S. 6). Die energetische Nutzung von Abfällen erreichten 8%, Biokraftstoffe hatten einen Anteil von 5,3% an den erneuerbaren Energieträgern. Windkraft, Solarthermie, Umweltwärme, Biogas, Geothermie und Photovoltaik erreichten gemeinsam 12,7%.

Dabei lag der Gesamtumsatz im Bereich der Technologien zur Nutzung Erneuerbarer 2017 bei 7,3 Mrd. Euro, insgesamt waren dafür rund 42.500 Beschäftigte tätig. Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Die Nutzung der zumeist regional anfallenden erneuerbaren Energieträger erhöht den nationalen Selbstversorgungsgrad mit Energie und reduziert die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten.

4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch

Der energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen, Landwirtschaft) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für Pkws, elektrische Energie für Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für Raumwärme etc. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

⁴⁰ Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



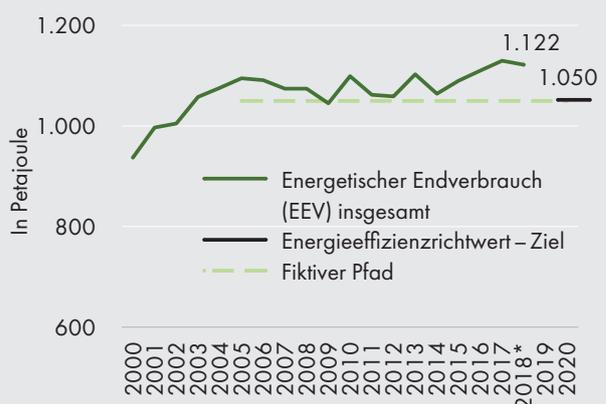
„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 2000 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine Reduktion unter das Ausgangsniveau. Das Fehlen beider Faktoren führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2016 auf 2018 (vorläufiges Ergebnis) einen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher tendenziell negativ beurteilt.“

Der Schlüsselindikator beschreibt Niveau und Entwicklung des Energieverbrauchs von Endnutzern und setzt sich zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammen. Er stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z. B. Elektrizität aus Wasserkraft).

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) sieht vor, dass der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreitet (Energieeffizienzrichtwert).

Grafik 77

Energetischer Endverbrauch



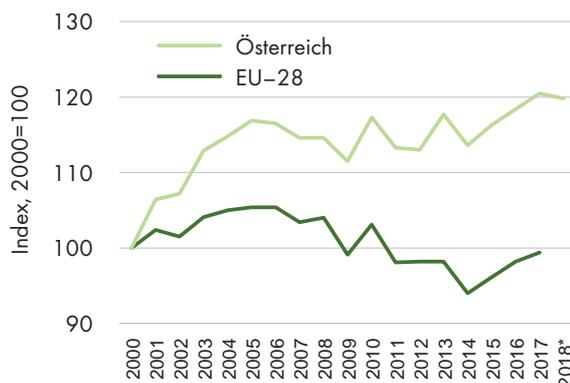
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Für das Jahr 2018 weist die vorläufige Energiebilanz für den EEV eine erste Schätzung von 1.122 PJ aus (Grafik 77). Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 0,6%. Hauptursache dafür war, bedingt durch die höheren Außentemperaturen in der Heizperiode, die um rund 10% niedrigere Heizgradsumme, wodurch vor allem der energetische Endverbrauch bei den Heizenergieträgern Heizöl extraleicht und Erdgas zurückging.

Der EEV wuchs von 2000 bis 2018 mit 19,8% etwas verhaltener als das reale BIP (+31,5%). Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren ein Einbremsen des Wachstums und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung. 2015 bis 2017 stieg der EEV jedoch wieder kontinuierlich an und lag damit 2017 mit 1.130 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ. 2018 erreichte der EEV den vorläufigen Wert von 1.122 PJ - um den Energieeffizienz-Zielwert von 1.050 PJ zu erreichen, müsste der EEV von 2018 bis 2020 jährlich um über 3% zurückgehen.

Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28, deren EEV 2017 knapp unter dem Ausgangswert von 2000 lag, nahm der österreichische energetische Endverbrauch in den Jahren 2000 bis 2017 mit einem Zuwachs von rund 20% einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 sowie in den letzten Jahren stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-28 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 78).

Grafik 78
Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Die Senkung des Energieverbrauchs und der Energieeinfuhr, um damit die Versorgungssicherheit zu verbessern, ist ein Ziel des Bundes-Energieeffizienzgesetzes. Die Festlegung des nationalen energetischen Endverbrauchs auf

1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) für das Jahr 2020 fördert zudem die nationale Zielerreichung betreffend erneuerbarer Energien und Energieeffizienz im Rahmen der Europa 2020 Strategie (siehe auch nachfolgendes Kapitel zur Energieeffizienz). Dieser Energieeffizienzrichtwert stellt dabei den nach Art. 3⁴¹ der Energieeffizienzrichtlinie der EU (2012/27/EU) mittels Prognosemethoden errechneten und notifizierten Indikationswert dar.

4.4.3 Energieintensität

Als Maßzahl für die effiziente Nutzung von Energie wird die Energieintensität verwendet. Sie stellt dar, inwieweit der Energieverbrauch von Wirtschaftsgrößen (z. B. BIP) entkoppelt ist. Der Indikator beschreibt die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV (Inlandsprinzip) in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt.

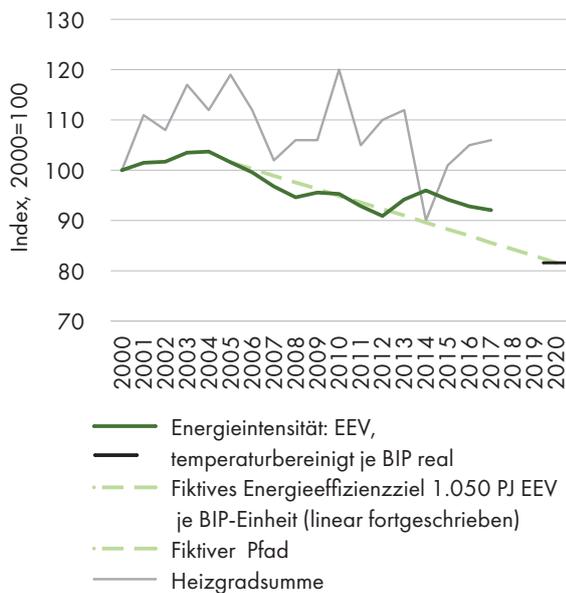
Mittels Temperaturbereinigung werden jene Verbrauchseffekte geglättet, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben. Aus umweltpolitischer Sicht sollte die Energieintensität sinken, also eine deutliche Entkoppelung von energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein. Für die Temperaturbereinigung des Indikators sind Informationen zum Raumwärmeverbrauch aus der Nutzenergieanalyse notwendig, deren letztverfügbares Datenjahr 2017 ist.

Wie Grafik 79 darstellt, zeigt die Energieintensität Österreichs – d. h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – ab dem Jahr 2005 bis 2012 einen fallenden Trend. Dies bedeutet eine Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung. Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsgröße eingesetzt; d. h. desto effizienter wird Energie genutzt. Von diesem Trend wichen die Jahre 2013 und 2014 allerdings deutlich ab, hier nahm durch den Anstieg des EEV bei gleichzeitig geringem BIP-Wachstum die Energieintensität zu. In den letzten Jahren ging die Energieintensität wieder etwas zurück.

Die Effekte durch jährlich schwankende klimatische Bedingungen wurden mittels Temperaturbereinigung des Energieverbrauchs weitgehend geglättet. Die „Energieeffizienz“ bei diesem Indikator kann sich jedoch langfristig auch rein dadurch wandeln, dass sich die Sektorensammensetzung verändert. D. h. eine verhältnismäßig stärkere Zunahme von Dienstleistungen im Vergleich zur energieintensiven Sachgüterproduktion würde sich positiv auf die Energieeffizienz auswirken. Dies ist jedoch an einem top-down Indikator nicht ablesbar.

⁴¹ Artikel 3, Energieeffizienzziele: (1) Jeder Mitgliedstaat legt ein indikatives nationales Energieeffizienzziel fest, das sich entweder auf den Primärenergie- oder den Endenergieverbrauch oder auf die Primärenergie- oder Endenergieeinsparungen oder auf die Energieintensität bezieht. Die Mitgliedstaaten übermitteln diese Ziele an die Kommission gemäß Artikel 24 Absatz 1 und Anhang XIV Teil 1.

Grafik 79
Energieintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR.

Das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Letzteres enthält in § 4. (1) folgende gesamtstaatliche Ziele und Richtwerte:

Ziel der Republik Österreich ist es, die Energieeffizienz derart zu steigern, dass

1. der auf ein Regeljahr bezogene Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 die Höhe von 1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) nicht überschreitet;

2. ein Beitrag für unionsrechtlich verbindliche, über das Jahr 2020 hinausgehende Energieeffizienzziele geleistet wird;
3. ein kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch gemäß der Richtlinie 2012/27/EU zusätzliche anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020, davon 159 PJ durch Beiträge der Energielieferanten sowie 151 PJ durch strategische Maßnahmen, erreicht wird und
4. bis zum 31. Dezember 2016 österreichweit gemäß der Richtlinie 2006/32/EG anrechenbare Maßnahmen von insgesamt mindestens 80,4 PJ nachgewiesen werden können.

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz wurde im Sonderkapitel Umwelt „Aspekte von Energieverbrauch und Energieeffizienz“ im *WgÖ?*-Bericht 2014 genauer analysiert (siehe Statistik Austria, 2014, Sonderkapitel E.7.1).

Die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf 1.050 PJ ergäbe (siehe Grafik 77) – unter der Annahme eines zwischen 2018 und 2020 mit einer Wachstumsrate von 1,4% fortgeschriebenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eines linearen Zielpfads – einen fiktiven Indexwert von 81,6 für das Jahr 2020⁴². Dieser fiktive Zielpfad wird in den Jahren 2006 bis 2012 knapp erreicht bzw. in einigen Jahren unterschritten. Ab dem Jahr 2013 liegt die Energieintensität jedoch deutlich über dem fiktiven Pfad. Diese Überschreitung erklärt sich einerseits aus dem in den Jahren 2013 bis 2015 nur gering wachsenden realen BIP, und andererseits aus dem vor allem 2013 und 2014 deutlich ansteigenden temperaturbereinigten EEV.

⁴² Die Wachstumsrate von 1,4% wurde dem Bericht von Kratena et al. (2013, S. 27) zu den Energieszenarien bis 2030 entnommen. Dieser postuliert für sein WEM-Szenario („With Existing Measures“) eine Wachstumsrate des BIP von durchschnittlich jährlich 1,4% für den Zeitraum 2012 – 2020.

4.5 Verkehr, Mobilität

Die Ökologisierung des Verkehrssystems stellt ein wesentliches Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Verkehr und Mobilität sind wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, verursachen jedoch erhebliche Umweltprobleme (z. B. Flächenverbrauch, Emissionen). Das Konzept der nachhaltigen Mobilität zielt u. a. darauf ab, den Verbrauch fossiler Energie und damit die CO₂-Emissionen des Verkehrssektors absolut zu senken. Dies soll die Emissionen des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (Meyer 2007).

(Räumliche) Mobilität betrifft dabei die potentielle und realisierte Beweglichkeit von Menschen, Lebewesen und Dingen, also die Befriedigung von Bedürfnissen durch Raumveränderung (z. B. Einkauf im Supermarkt). Der Verkehr liefert das Instrument (z. B. Auto, Bus), welches man für die konkrete Umsetzung der Mobilität benötigt. Verkehr stellt also die zielgerichtete Ortsveränderung von Personen, Gütern, Nachrichten unter Verwendung von Energie und Information dar und ist daher auch gut messbar.

Obwohl durch technologische Verbesserungen der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch insgesamt durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu.

Verkehr ist damit ein wesentlicher Treiber des anthropogenen Klimawandels. Der Verbrauch fossiler Ressourcen, die Lärmbelastung, der Flächenverbrauch für Verkehrswege, die Zerschneidung zusammenhängender Lebensräume oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle sind weitere Problemfelder des Verkehrs.

Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten – speziell durch den Einsatz fossiler Energien – verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen, deren Reduktion auch in der EU als wesentlich für eine nach-

haltige Mobilität angesehen wird (Europäische Kommission, 2016).

Das Konzept der nachhaltigen Mobilität – umgesetzt durch das Instrument eines nachhaltigen Verkehrssystems – enthält ökonomische, soziale und ökologische Kriterien und stellt eine Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ein nachhaltiges Verkehrssystem soll Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, da Mobilität und der Zugang zu Märkten Grundfunktionen globalisierter Volkswirtschaften darstellen.

Nachhaltiger Verkehr soll Mobilität für alle gleichermaßen ermöglichen und den Zugang zu Märkten, Kultur- und Freizeitaktivitäten sozial ausgewogen gestalten. Zudem soll ein nachhaltiges Verkehrssystem den Erfordernissen des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Es soll also die Gesundheit der Menschen nicht durch Luftschadstoffe und Lärm belasten, die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme (z. B. der Wälder) nicht durch Schadstoffe gefährden und die Stabilität des Klimas nicht beeinträchtigen (Meyer 2007).

Wiewohl „Verkehr“ naturgemäß von den privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird, bilden Statistiken wie die Energiebilanz oder die Treibhausgasinventur Verkehr funktional als eigenen Sektor ab.

Der Schlüsselindikator zum *Energieverbrauch des Verkehrs* bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs. Der Schlüsselindikator der *„Transportleistung des Lkw-Verkehrs“* bildet einen wesentlichen Bereich des Straßenverkehrs ab. Seit 2017 werden zudem die *Treibhausgasemissionen des Verkehrs* als Schlüsselindikatoren dargestellt. Zusatzinformationen betreffen den Treibstoffverbrauch der privaten Pkws sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Für beide Indikatoren liegen Daten aus dem Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte bzw. dem Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten vor. Die zusätzliche Betrachtung dieser Indikatoren wurde vom WgÖ?-Expertengremium angeregt.

4.5.1

Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs

Der Schlüsselindikator bildet den energetischen Endverbrauch (EEV)⁴³ des gesamten Verkehrssektors nach dem Inlandsprinzip ab. Er deckt somit den Energieverbrauch von Eisenbahn, Straßenverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt sowie den Flugverkehr ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Verbräuche (z. B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet⁴⁴.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

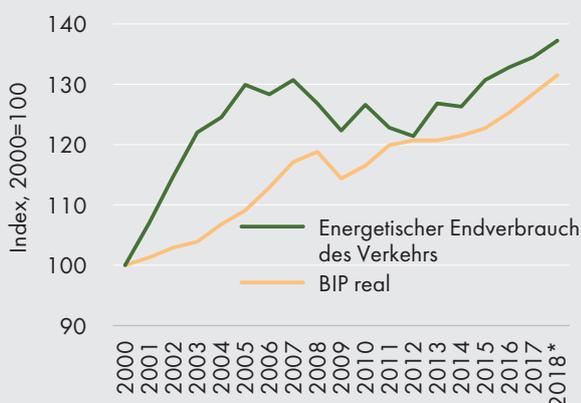


„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z. B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2016 und 2018 (vorläufiges Ergebnis) ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird.“

Der EEV des Verkehrs hatte im Jahr 2018 (vorläufige Schätzung) einen Anteil von rund 37% am gesamten EEV Österreichs und stellte damit die wichtigste Verbrauchsgruppe dar.

Grafik 80

Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

⁴³ Siehe auch Indikator energetischer Endverbrauch.

⁴⁴ Eine Ausnahme bildet die Energiegesamtrechnung der Statistik Austria, welche Traktionsenergieträger dem jeweiligen Wirtschaftsbereich, der diese verbraucht, zurechnet.

Der gesamte Energieverbrauch der Traktion (=Verkehr) stieg in den Jahren 2000 bis 2018 um 37,2%, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 31,5% schwächer wuchs. In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück. Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 1,3% für 2017 für das Jahr 2018 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+2,0%) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe erreicht (Grafik 80).

Zum Teil lässt sich der im Vergleich zum BIP überproportionale Anstieg des EEVs durch den „Treibstoffexport im Kfz-Tank“ (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut Österreichischer Energiebilanz angewandt, d. h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden.

In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist daher in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

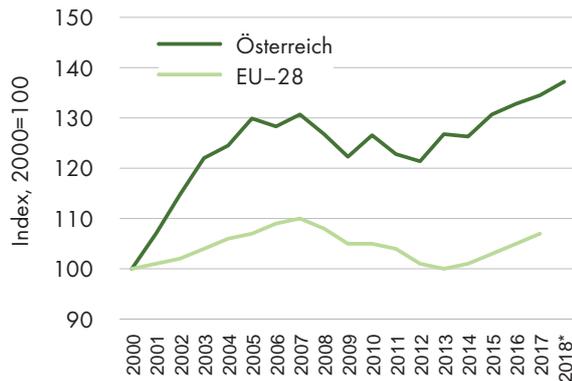
Laut Umweltbundesamt (2019 b, S. 137ff) lag der Anteil dieses „Tanktourismus“ im Jahr 2000 noch bei 14% und stieg bis 2012 auf rund 24% an. Dies begründet sich in den – im Vergleich mit den Nachbarländern – relativ günstigen Treibstoffpreisen. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist.

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte dazu, dass 2018 rund 5% des EEV des Verkehrssektors durch Biokraftstoffe (Biodiesel, Ethanol) gedeckt wurden (2005: 0,2%). Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10% der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat. Laut vorläufigen Berechnungen lag im Jahr 2018 der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den

Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei rund 10%.

Biermayr (2018 S.6) geht davon aus, dass durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr im Jahr 2017 Treibhausgase im Ausmaß von 1,6 Mio. t CO₂-Äquiv. vermieden werden konnten.

Grafik 81
Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Im internationalen Vergleich ist die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich mit rund 35% im Zeitraum 2000 – 2017 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) sehr hoch. Im Durchschnitt der EU-28 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 7,2% (siehe auch Kapitel 5.4). Hier kann wieder auf das Phänomen des „Treibstoffexports im Kfz-Tank“ verwiesen werden.

Dass der Ansatz „Tanktourismus“ jedoch nicht ausreicht, um den starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der folgende Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs, der sich auf das Verkehrsaufkommen in Österreich beschränkt.

4.5.2

Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Der Schlüsselindikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs zeigt als einen Aspekt des Verkehrsaufkommens den Straßengüterverkehr in Österreich. Dargestellt wird die Entwicklung der Transportleistung, also das Transportaufkommen verknüpft mit der Wegstrecke (in Tonnen-km), auf österreichischem Territorium. Gezeigt werden die Daten laut Güterverkehrsstatistik.

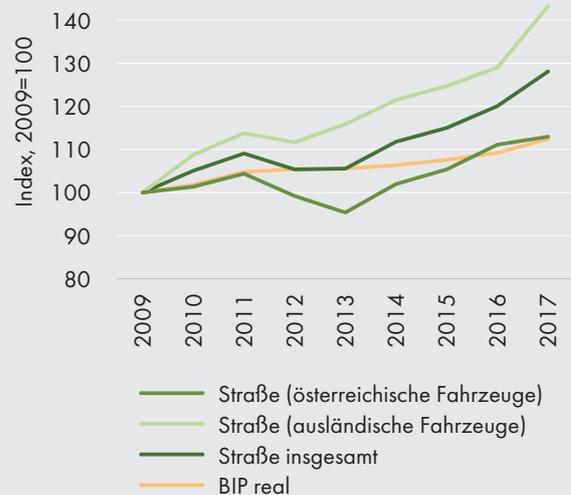
Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2015 - 2017 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.“

Die Transportleistung von nicht in Österreich registrierten Güterkraftfahrzeugen wird von Statistik Austria seit 2012 mittels eines eigens entwickelten Entfernungsmodells auf Basis der von Eurostat zur Verfügung gestellten konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik errechnet. Ab dem Datenjahr 2009 liegen daraus valide Daten der Transportleistung der EU-28 sowie der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein auf österreichischem Territorium vor. Aktuell werden diese Daten mit Informationen der ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft) überarbeitet. Die neuen Daten zeigen betreffend die kurzfristige Entwicklung ebenfalls einen deutlichen Anstieg, die endgültigen Werte standen aber erst nach Redaktionsschluss zur Verfügung und konnten hier nicht mehr verwendet werden.

Grafik 82
Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Im Zeitraum 2009 bis 2017 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 28,1%, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 12,5%. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 43,2% deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (13,0%). Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Transportleistung ausländischer Fahrzeuge laut Daten der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik für das Jahr 2017 von 11,0% wirkt sich auch auf den Gesamtan-

stieg mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen von 6,7% aus. Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0% bzw. 3,8%, der jedoch in den folgenden drei Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2017 +1,7%) mehr als ausgeglichen wurde. Diese Schwankungen können zum Teil durch den extrem kalten und schneereichen Winter 2012/2013 bzw. durch die folgenden – bezogen auf die Messgeschichte – durchschnittlich sehr warmen Winter erklärt werden.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bildet eine Erhebung von Statistik Austria zum Straßengüterverkehr die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen⁴⁵ im In- und Ausland ab. Die Straßengüterverkehrserhebungen in den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen auf die gleiche Weise. Eurostat führt die Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu einer konsolidierten europäischen Straßengüterverkehrsstatistik zusammen, die wiederum den statistischen Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird, damit das Gesamtaufkommen im Straßengüterverkehr auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet darstellt werden kann (Karner & Scharl 2012). Dies betraf naturgemäß 1995 nur Daten der Mitgliedstaaten der EU-15. Erst durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 wurde eine weitgehende Abdeckung der Güterkraftfahrzeuge des Europäischen Verkehrsraums inklusive Osteuropa erreicht. Ab dem Datenjahr 2009 konnten auch Informationen von Kroatien und der Schweiz zur jeweiligen Verkehrsleistung in Österreich berücksichtigt werden (siehe Karner & Scharl 2012 sowie Karner & Scharl 2014).

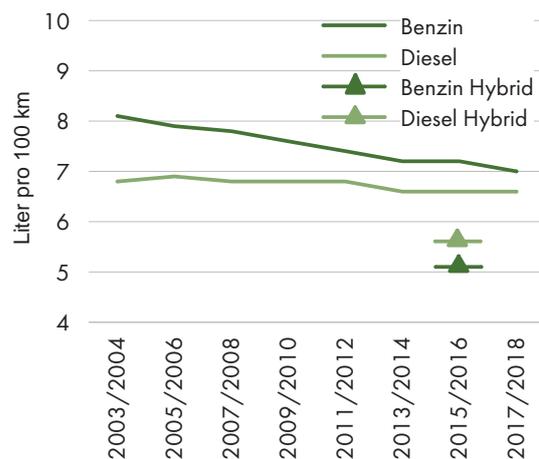
Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“ der Europäischen Kommission (2011b) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer Verkehrsträger. 2017 lag die gesamte Transportleistung des Güterverkehrs bei 65,9 Mrd. Tonnen-km (ohne Transport in Rohrfernleitungen). Auf Österreichs Straßen betrug die Transportleistung 41,6 Mrd. Tonnen-km, davon entfielen 55,8% auf ausländische Fahrzeuge. Auf der Schiene wurden 22,3 Mrd. Tonnen-km, auf der Donau 2 Mrd. Tonnen-km erbracht. Somit zeigen sich seit 2009 kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2% und lag 2017 bei 63,1%. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2017 anteilig 3,0%.

4.5.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw

Die Befragung zum Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte erhebt auch die Fahrleistung und den Treibstoff-

einsatz von privaten Haushalten. Betrachtet man den Treibstoffverbrauch der privaten Pkw, so zeigt sich im Vergleichszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang des Verbrauchs (Grafik 83). Dabei war der Rückgang bei Diesel-Pkw mit rund 3% weniger deutlich als bei Benzin-Pkw mit rund 14%. Diesel-Pkw liegen in der Periode 2017/2018 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 6,6 Liter pro 100 km, Benzin-Pkw bei 7,0 Liter pro 100 km.

Grafik 83
Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik: Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte.

4.5.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

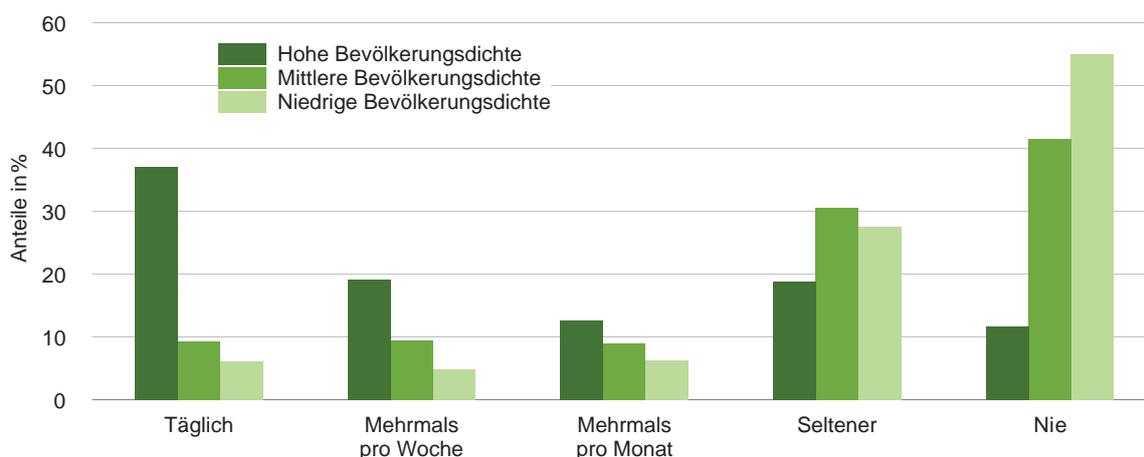
Ein Blick auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel rundet die Betrachtung ab. Die Mikrozensus-erhebung (2015) zu Umweltbedingungen und Umweltverhalten zeigt, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel stark von der vorhandenen Infrastruktur abhängt, welche in dicht besiedelten Gebieten besser ausgebaut ist als in gering besiedelten Gebieten (Baud – Milota, 2017, S. 102).

In dicht besiedelten Gebieten verwenden 37,1% der befragten Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel (19,3% mehrmals pro Woche), während in niedrig besiedelten Gebieten nur 6,1% der täglichen Fahrten damit bewältigt werden (4,8% mehrmals pro Woche, siehe Grafik 84). Im Gegenzug dazu wird in niedrig besiedelten Gebieten der Großteil der täglichen Fahrten mit dem Auto zurückgelegt: 45% fahren damit täglich, 36,1% mehrmals pro Woche. Der Anteil der Autonutzung sinkt in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte deutlich auf 19,3% (täglich), bzw. 27,5% (mehrmals pro Woche).

⁴⁵ Lkws ab 2 Tonnen Nutzlast bzw. Sattelzugmaschinen.

Grafik 84

Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege 2015



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik: Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015.

4.5.5

Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs

Der Schlüsselindikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des gesamten Verkehrssektors laut Daten des Umweltbundesamts. Wie bereits erwähnt wird der Verkehr „funktional“ als eigener Sektor dargestellt, sein Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen lag 2017 bei 28,8%. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten:



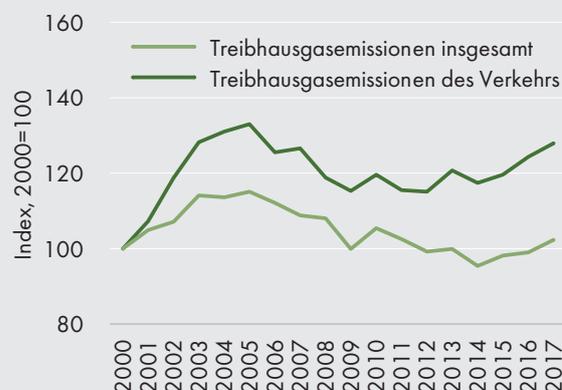
„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 - 2017 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich 2006 bis 2009 ein Rückgang zeigte. Die kurzfristige Entwicklung der THG des Verkehrs mit dem starken Anstieg in den letzten beiden Jahren wird ebenfalls negativ bewertet.“

Wie Grafik 85 zeigt, wuchsen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs im gesamten Zeitraum 2000 bis 2017 mit 27,9% stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum nur um 2,3% anstiegen. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2017 Treibhausgasemissionen im Ausmaß von knapp 24 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten auf. Eine besonders starke Zunahme zeigt sich bis zum Jahr 2005, von 2006 bis 2014 gab es mit Ausnahme einiger Jahre einen abnehmenden Trend. In den letzten Jahren stiegen die Emissionen dagegen

wieder deutlich an (2016 +3,9%, 2017 +2,9%), wesentlicher Grund dafür ist laut Klimaschutzbericht 2018 der stark gestiegene fossile Kraftstoffabsatz (Umweltbundesamt, 2018b, S. 106).

Grafik 85

Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). - Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor über den gesamten Zeitverlauf sind im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem erwähnten steigenden Treibstoffexport im Tank (Tanktourismus) zu suchen. Im Jahr 2017 wurde etwa ein Viertel aller verkehrsbedingten Treibhausgas-Emissionen dem Kraftstoffexport in Fahrzeugtanks zugewiesen, dieser Wert war im Jahr 2000 deutlich niedriger. Der Schwerverkehr ist dabei für den Kraftstoffexport wesentlich, der Rest entfällt auf den Pkw-Verkehr (Umweltbundesamt 2019b, S. 137ff).

Wie bereits erwähnt konnten durch die Nutzung der erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr laut Biermayr (2018 S.6) im Jahr 2017 Treibhausgase im Ausmaß von 1,6 Mio. t CO₂-Äquiv. vermieden werden. In der

aktuellen Klima- und Energiestrategie wird angestrebt, die Emissionen bis 2030 um rund 7,2 Mio.t CO₂-Äquivalenten auf rund 15,7 Mio.t CO₂-Äquivalenten zu senken (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

4.6 Monetäre Umweltaspekte

In den „monetären Umweltaspekten“ sind die ökonomischen Konten der Umweltgesamtrechnungen (Ökosteuern und umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) enthalten. Diese Umweltgesamtrechnungen sind mit der VGR kompatibel und ermöglichen eine integrierte Analyse der wechselseitigen Wirkungen von Ökonomie und Ökologie.

Als Schlüsselindikator fungieren die *Ökosteuern*, welche auf die Besteuerung von Bemessungsgrundlagen abzielen, die nachgewiesene negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Informationen zur *Umweltwirtschaft* (umweltorientierte Produktion und Dienstleistung), welche den Umsatz mit umweltrelevanten Anlagen und Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen abbildet, ergänzen diesen Bereich.

Die Task Force „Environmental Sustainability“ der Sponsorship Group (Eurostat 2011) empfiehlt explizit die Verwendung der Umweltgesamtrechnung für die Messung von Wohlstand und Fortschritt.

Die Europäische Kommission (2013) hebt im Bericht zum Fortschritt zu „GDP and beyond“ die Relevanz der Umweltgesamtrechnungen im Prozess um die Umweltaspekte der Nachhaltigkeit hervor.

4.6.1 Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen

Der Schlüsselindikator bildet jenes Steueraufkommen als Anteil an den Steuereinnahmen insgesamt ab, dessen Besteuerungsgrundlagen eine nachgewiesene negative Auswirkung auf die Umwelt haben. Die Besteuerung

betrifft beispielsweise ein Produkt, das die Umwelt verschmutzt oder die Natur bedroht, oder aber nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht (z. B. Mineralöl, Kohle).

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Die Öko-Steueranteile zeigen im gesamten Verlauf keine wesentlichen Veränderungen. Die Entwicklung wird daher sowohl kurz- als auch langfristig als neutral eingeschätzt. Nach den Berechnungen von Eurostat liegt Österreich 2017 mit einem Anteil von 5,6% etwas unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,0% (Daten jeweils, abweichend von der nationalen Berechnung, ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist. Allerdings werden ökologisch relevante Gebühren (wie Mauten oder Abfallgebühren) dabei nicht berücksichtigt.“

Für die Ökosteuern liegt eine erste Schätzung des Gesamtaufkommens 2018 aus den Steuern und Sozialbeiträgen vor. Die Daten zu den Ökosteuerkomponenten „Wiener Baumschutzgesetz“ sowie „Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe“ wurden anhand der Vorjahresdaten fortgeschrieben.

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich nach dieser Vorausrechnung für 2018 auf knapp 9,6 Mrd. Euro, im Jahr 2017 wurden rund 9,5 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) sank von 2000 (6,2%) bis 2018 (5,9%) geringfügig (Grafik 86). Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003–2005 mit 6,8% zu verzeichnen, damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2018 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteuern um knapp 1% höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen um 5,3%. Dies führte zu einem reduzierten Ökosteueranteil (2017 6,1% und 2018 vorläufig 5,9%).

Grafik 86

Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Bereits 1998 wurde auf internationaler Ebene (Europäische Kommission, OECD und Internationale Energieagentur) ein einheitliches Konzept zur Erfassung der Ökosteuern (Eco-Taxes) geschaffen⁴⁶. Das allein ausschlaggebende Kriterium für Ökosteuern ist eine nachgewiesene schädliche Wirkung der Bemessungsgrundlage auf die Umwelt und nicht etwa eine allfällige Zweckwidmung der aufgebrauchten Mittel oder der Name einer Steuer. Seit 2011 ist die Berechnung der Ökosteuern Bestandteil der EU-Verordnung 691/2011 und die Datenübermittlung an Eurostat verpflichtend.

Da die Höhe der Umweltsteuern per se noch nichts über ihre Umweltauswirkung aussagt, wird der Schlüsselindikator als Anteil der betreffenden Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (inklusive tatsächlicher Sozialbeiträge) dargestellt. Ökosteuern können einerseits im Zeitverlauf ansteigen, weil die Bemessungsgrundlage (z. B. Mineralöl) vermehrt verbraucht wird. Andererseits kann der Anstieg auch in einer Erhöhung des Steuersatzes begründet liegen. Zudem werden Umweltabgaben (überwiegend Mengensteuern) in der Regel nicht jährlich, sondern in größeren Abständen angepasst. Eine Bewertung des Ökosteueranteils an den gesamten Steuereinnahmen kann – im Hinblick auf eine ökologische Steuerreform – vorgenommen werden⁴⁷.

Das Konzept der ökologischen Steuerreform besagt, dass einerseits höhere Steuern auf umweltschädigende Vorgänge besonders im Bereich Verkehr und Energie ent-

sprechende Lenkungseffekte durch höhere Preise der besteuerten Produkte erzielen und sich somit positiv auf die Umwelt auswirken (z. B. weniger Autofahren durch höhere Benzinkosten). Das so erzielte zusätzliche Steueraufkommen soll andererseits zu einer Senkung der Steuern auf Arbeit (Lohnnebenkosten) führen (siehe beispielsweise Kletzan-Slamanig et al. 2008).

Der Grundgedanke hinter den Ökosteuern ist einerseits die Förderung des Natur- und Klimaschutzes, andererseits soll der Verbrauch begrenzter Ressourcen (z. B. nicht-erneuerbare Energieträger) reduziert werden. Es soll eine größere Kostenwahrheit in der Nutzung der Umweltressourcen entstehen, welche einen bewussteren Umgang mit der Umwelt erzeugt. Bei einem Großteil der Ökosteuern handelt es sich demgemäß um Verbrauchssteuern (etwa Mineralölsteuer oder Energieabgabe).

Österreich weicht in seiner Kalkulation der Ökosteuern etwas von den EU-Berechnungen ab, da die *Grundsteuer B* (als Besteuerung des Flächenverbrauchs) zusätzlich als Ökosteuer definiert ist. Für den europäischen Vergleich werden Steuern auf Grund und Boden, auch wenn sie wie in Österreich auf den Flächenverbrauch abzielen, nicht als Ökosteuern berücksichtigt. In den meisten Ländern gibt es nur Kapitalsteuern auf Grund und Boden, ein Einbeziehen der Grundsteuern wäre daher verzerrend. Aus demselben Grund werden auf europäischer Ebene auch keine Steuern auf die Förderung von Erdöl und Erdgas betrachtet, da diese für wenige Länder von hoher, für die meisten EU Länder aber von geringer Bedeutung sind. National sind diese Steuern jedoch zu berücksichtigen.

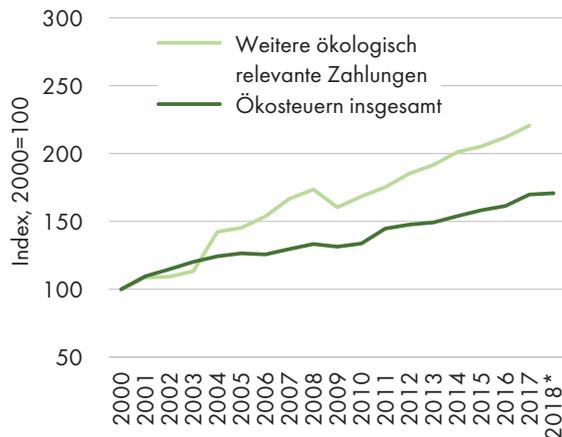
Im internationalen Vergleich lag Österreich im Jahr 2017 nach der EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,6% unter dem Durchschnitt der EU-28 Länder mit 6,0%. Betrachtet man dagegen den Anteil der Ökosteuern am Bruttoinlandsprodukt (nominell), so zeigt sich, dass Österreich im Jahr 2017 mit 2,4% Anteil genau der Durchschnittswert der EU-28 erreichte (siehe auch Kapitel 5.4).

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Maut, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Da diese Gebühren zweckgebunden sind, ist die ökologische Treffsicherheit durchaus höher als bei den Steuern. Ökologisch relevante Zahlungen verzeichneten von 2000 bis 2017 (letztverfügbares Jahr) eine deutlich stärkere Zunahme (+121%) im Vergleich zu den Ökosteuern mit +70% (Grafik 87). Die Gebühren beliefen sich 2017 auf 4,6 Mrd. Euro und erreichten damit bereits knapp 50% der Höhe der Ökosteuern.

⁴⁶ Europäische Union, 1998: „A tax whose tax base is a physical unit (or a proxy of it) that has a proven specific negative impact on the environment“.

⁴⁷ Dies wurde vom Expertengremium explizit angeregt.

Grafik 87
Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern. - * Werte für 2018 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

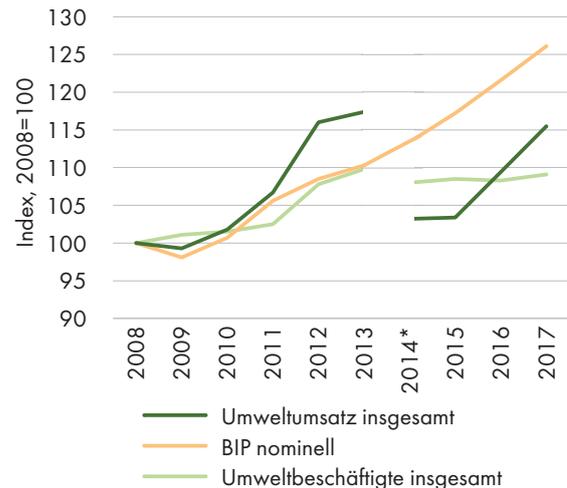
Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Im Jahr 2004 wurde beispielsweise anstelle der Straßenbenützungsgeld (Umweltsteuer) die Lkw-Maut (Mauten sind keine Umweltsteuern) eingeführt, zudem wurde die Kfz-Steuer (Umweltsteuer) gesenkt. Mit dieser Maßnahme wurde also das Umweltsteueraufkommen reduziert, obwohl das Gesamtaufkommen an ökologisch relevanten Zahlungen erhöht wurde. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor.

4.6.2 Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung

Der Indikator zur Umweltwirtschaft zeigt in Ergänzung der monetären Umweltaspekte den Umweltumsatz der „umweltorientierten Produktion und Dienstleistung“ in Österreich. Damit wird die direkte Größe der Umweltwirtschaft dargestellt. Sie umfasst die Produktion von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zur Reduktion oder Beseitigung von klassischen Umweltproblemen wie Luft- oder Wasserverunreinigung und zur Schonung natürlicher Ressourcen wie Naturgas oder Holz.

Im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 konnte sich die Umweltwirtschaft mit einem Umsatzminus von knapp 0,7% deutlich besser behaupten als die Gesamtwirtschaft mit -1,9% des nominellen BIP (Grafik 88). Kurzfristig zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Umweltumsatzes. Von 2015 auf 2016 stieg der Umweltumsatz um 5,8%, von 2016 auf 2017 gab es einen Anstieg um 5,6%, der Umsatz lag nach den vorläufigen Zahlen 2017 bei knapp 35,9 Mrd. Euro.

Grafik 88
Entwicklung Umweltumsatz und -beschäftigte



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, VGR. - * Umweltdaten: Bruch in der Zeitreihe.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss beachtet werden, dass in die Daten ab dem Jahr 2011 neue Umweltgüter sowie Unternehmen aufgenommen wurden, weshalb die Veränderungen gegenüber dem Zeitraum 2008 – 2010 auch in der neuen Grundgesamtheit begründet liegen und ein Vergleich daher nur bedingt möglich ist. Durch eine Überarbeitung der Definition laut Durchführungsverordnung (EU) 2015/2174 kam es zudem 2014 zu einem Bruch in der Zeitreihe (Baud 2018).

60,7% des Umsatzes sind dem Ressourcenmanagement zuzurechnen, dazu gehören etwa die Produktion von Recyclingtechnologien oder die Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie. 39,3% des Umsatzes entfielen 2017 auf Umweltschutzaktivitäten. Der vorliegende Indikator misst die direkte Produktion von Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen. Informationen wie z. B. die indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft oder die Qualität der Umweltschutzplätze sind aus den Daten nicht abzuleiten.



5

Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?

Hohes BIP pro Kopf

Österreich liegt 2018 beim BIP pro Kopf (real) EU-weit an vierter Stelle, bei einem Anstieg von 1,9% (EU-28 +1,8% BIP pro Kopf)

Ausgrenzungsgefährdung unter EU-Niveau

Österreich liegt 2018 mit einer Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung von 17,5% deutlich unter der EU-28 mit 21,7%

Treibhausgasemissionen etwas über EU-28

Österreich emittierte 2017 9,6 Tonnen pro Kopf, EU-28 8,8 Tonnen pro Kopf

5.1

Österreich im europäischen Kontext

WgÖ? dient dazu, ein möglichst differenziertes Bild des österreichischen Wohlstands und Fortschritts zu zeichnen. Allerdings kann dieses nur in einem internationalen Kontext umfassend bewertet werden. Das folgende Kapitel diskutiert daher für ausgewählte Indikatoren die Position Österreichs im EU Vergleich. Nach wie vor nimmt Österreich heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein, wie etwa in etlichen Dimensionen der Lebensqualität. Dennoch zeigt vor allem ein Blick auf die Entwicklung seit dem Krisenjahr 2009 auch Schwächen des österreichischen Modells von Wohlstand und Fortschritt auf.

Die vergangenen drei Jahre waren in Europa von einer wirtschaftlichen Erholung geprägt. Zwar lag die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt auch 2017 noch auf einem beunruhigenden Niveau von 6,8%, doch war diese Zahl zuletzt rückläufig. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte EU-weit 2018 2,0% und auch die Eurozone wuchs 2018 um 1,9%.

Ein Blick auf die hiesigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fundamentaldaten zeigt, dass Österreich 2018 pro Kopf stärker wuchs als die Europäische Union. Pro Kopf wuchs das reale BIP in Österreich 2018 um 1,9%, das reale BIP pro Kopf der EU28 hingegen um 1,8%. Die Arbeitslosigkeit war in Österreich 2018 mit 4,9% im EU-Vergleich

nach wie vor niedrig (für die EU28 lag die Arbeitslosenquote bei 6,8%). Der Fokus der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger liegt häufig auf dem ökonomischen Aufschwung, an dem sie nicht zuletzt gemessen werden. Dennoch gibt es viele Gründe, über die traditionellen wirtschaftlichen Indikatoren hinauszublicken. Es ist in Krisenzeiten wichtig, jene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die besonders von krisenhaften Entwicklungen betroffen sind. Dies kann mit herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen alleine nicht geleistet werden. Ein Blick über das BIP hinaus kann dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen, woraus allgemeine Politikempfehlungen abgeleitet werden können. Im Kontext eingeschränkter fiskalischer Spielräume müssen Regierungen zudem nach neuen Wegen streben, das Wohlbefinden der Bevölkerung sicherzustellen. Nicht zuletzt sollten auch umweltrelevante Aspekte wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt betrachtet werden. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

5.2 Materieller Wohlstand im EU-Vergleich

Der materielle Wohlstand Österreichs ist bekanntermaßen einer der höchsten weltweit. Dennoch ist auch hier ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre aufschlussreich. Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands für Österreich im EU-Vergleich dargestellt.

In der Dimension Produktion wird dem realen BIP pro Kopf dabei das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards zur Seite gestellt um die internationale Vergleichbarkeit in Bezug auf den materiellen Wohlstand zu gewährleisten. In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren. Der Indikator real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf inklusive sozialer Sachtransfers gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung. Bei der Betrachtung des real verfügbaren Einkommens der Haushalte pro Kopf ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen“ nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers). Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Um eine Aussage über die Verteilungsaspekte im EU-Vergleich treffen zu können, wird die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen und der Gender Pay Gap in Österreich in diesem Kapitel den Ergebnissen der EU28 Länder gegenüber gestellt.

Produktion – Bruttoinlandsprodukt

Gemessen am nominellen BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) nahm Österreich 2018 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein. Somit zählt Österreich bei Berücksichtigung der Kopffzahl nach wie vor zu den wirtschaftskräftigsten Ländern der EU – noch vor Dänemark, Deutschland und Schweden. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes befindet sich Österreich gemessen am nominellen BIP pro Kopf in KKS unter den stärksten sechs Volkswirtschaften, seit 2003 auf dem fünften und seit 2009 auf dem vierten Platz (Grafik 89).

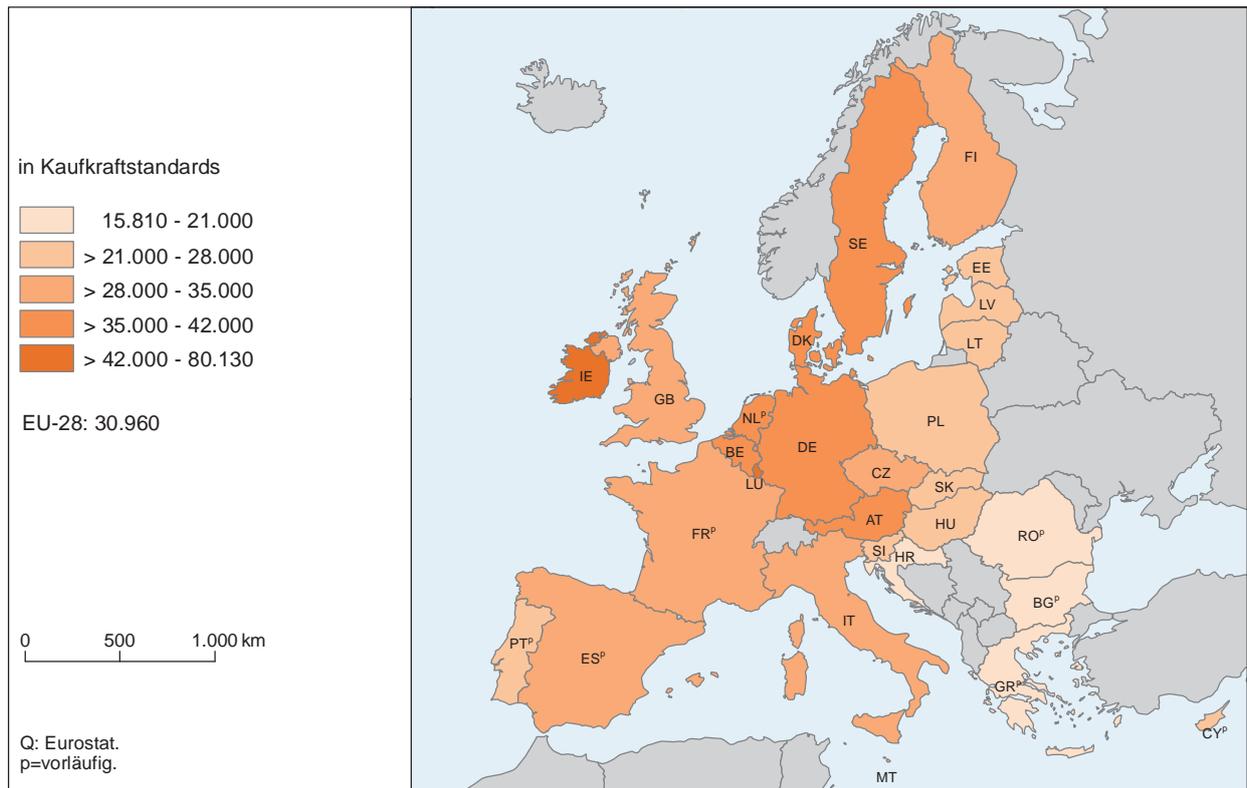
Das stärkste BIP pro Kopf in KKS weist Luxemburg auf und stellt damit einen Spezialfall im EU-Vergleich dar. 2018 lag der Wert Luxemburgs bei 80.100 und betrug somit mehr als das 2,5-fache des Vergleichswertes für die EU-28 (30.900). Das BIP Luxemburgs ist aber insofern zu relativieren als knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten Grenzgänger (also nicht in Luxemburg wohnhaft) sind. Bei den Berechnungen zu den Kaufkraftstandards pro Kopf wird dann folglich nur die Hälfte (nämlich jene in Luxemburg wohnhaften Personen) einbezogen. Auf der anderen Seite sind Bulgarien (15.500), Kroatien (19.400) und Rumänien (19.900) 2018 jene EU-Länder mit dem niedrigsten BIP in KKS.

Betrachtet man das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, so zeigt sich für Österreich eine relativ verhaltene Entwicklung in den Jahren nach 2012. Nach einem leichten Rückgang 2013 und 2014, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Österreich 2015 um 0,2% und 2016 um 0,8%. Erst 2017 und 2018 wuchs das BIP pro Kopf real wieder deutlich um 1,8% und 1,9%. Damit liegt Österreich 2018 etwa im Mittelfeld der EU-28 Durchschnitt lag 2018 bei +1,8%.

Grafik 90 stellt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 2018 für die EU-28-Länder dar. Zu den Ländern mit den höchsten Wachstumsraten zählen 2018 neben Irland (6,9%) vor allem die osteuropäischen Länder, allen voran Lettland (5,6%), Polen und Ungarn (5,2%), sowie Litauen (4,6%) und Estland (4,5%).

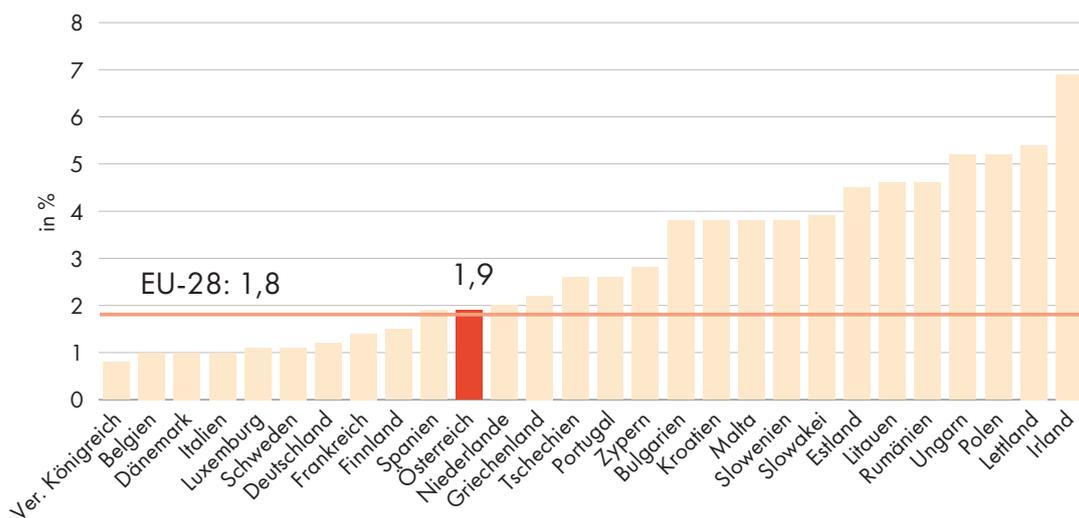
Grafik 89

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominal) im EU-Vergleich (2018)



Grafik 90

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2018



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

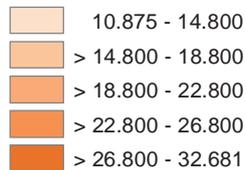
Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung stehen die Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für

die meisten Länder nur für 2017 zu Verfügung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird daher das verfügbare Einkommen des Jahres 2017 dargestellt.

Grafik 91

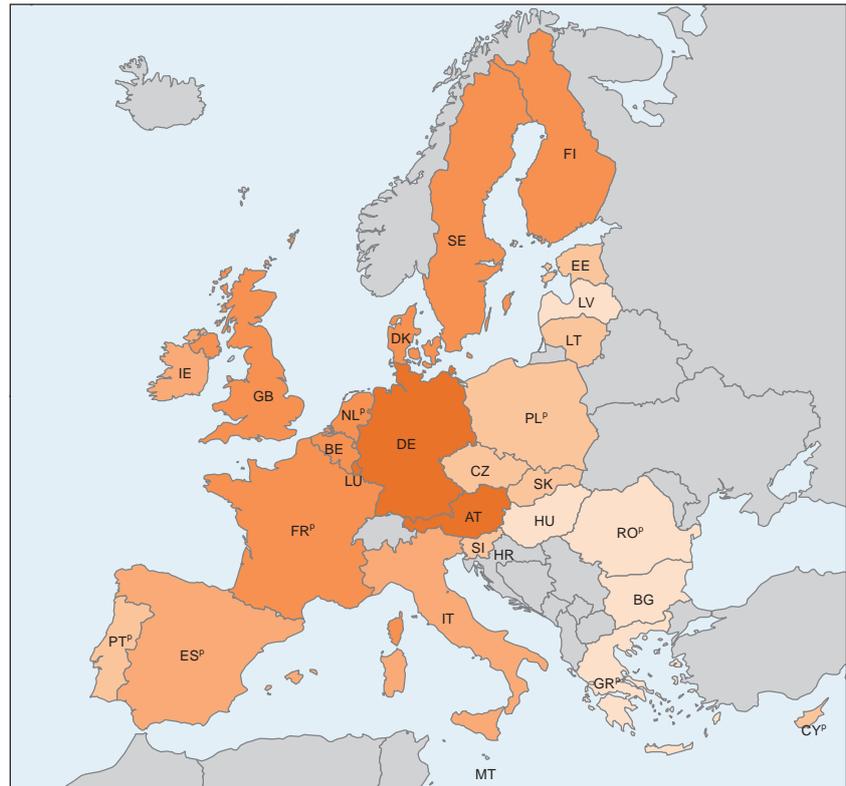
Verfügbares Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2017)

in Kaufkraftstandards



EU-28: 22.158

0 500 1.000 km

Q: Eurostat.
p = vorläufig.

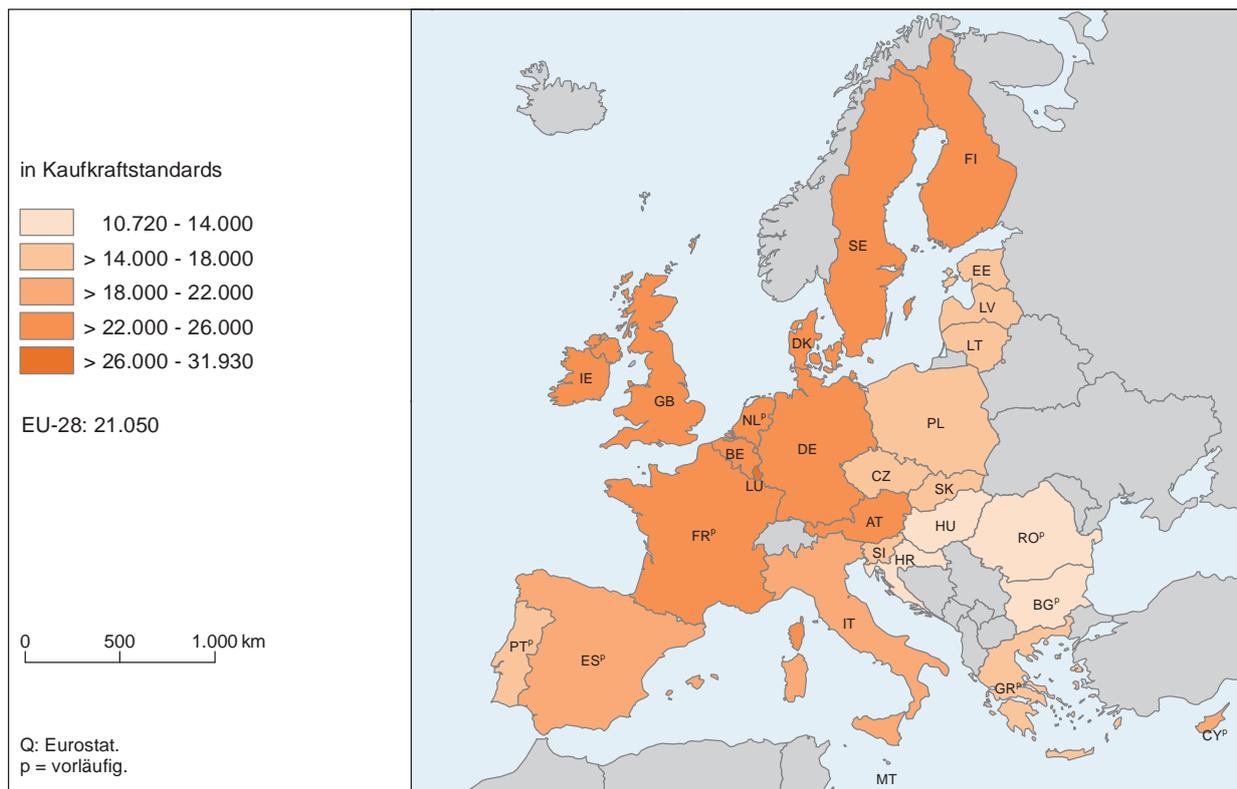
2017 betrug das real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf laut Daten von Eurostat in Österreich inklusive sozialer Sachtransfers (Bildungsleistungen, Gesundheit etc.) 26.812 Euro in Kaufkraftstandards. Dies war nach Luxemburg (32.681 Euro) und Deutschland (28.260 Euro) der dritthöchste Wert in der Europäischen Union. Dahinter reihten sich Belgien (24.961 Euro), Frankreich (24.924 Euro), Niederlande (24.766 Euro), Dänemark (24.407 Euro), Schweden (24.354 Euro) und Finnland (24.262 Euro) ein. Die geringsten Pro-Kopf-Einkommen in KKS wurden EU-weit in Bulgarien (10.875 Euro), Rumänien (12.786 Euro) und Lettland (14.036 Euro) lukriert.

Konsum der privaten Haushalte

Wie bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf, war Österreich auch beim Konsum der privaten Haushalte 2018 unter den Spitzenreitern. Mit durchschnittlichen 25.200 Euro pro Person in Kaufkraftstandards (KKS) war Österreich nach Luxemburg (31.900 Euro) gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich und Dänemark an zweiter Stelle unter den EU-Ländern mit dem höchsten Konsum der privaten Haushalte (inklusive sozialer Sachtransfers wie Bildung oder Gesundheit). an fünfter Stelle folgte Deutschland (24.400 Euro). Am wenigsten konsumierten die privaten Haushalte in Bulgarien (10.800 Euro), Ungarn (12.900) und Kroatien (13.100 Euro).

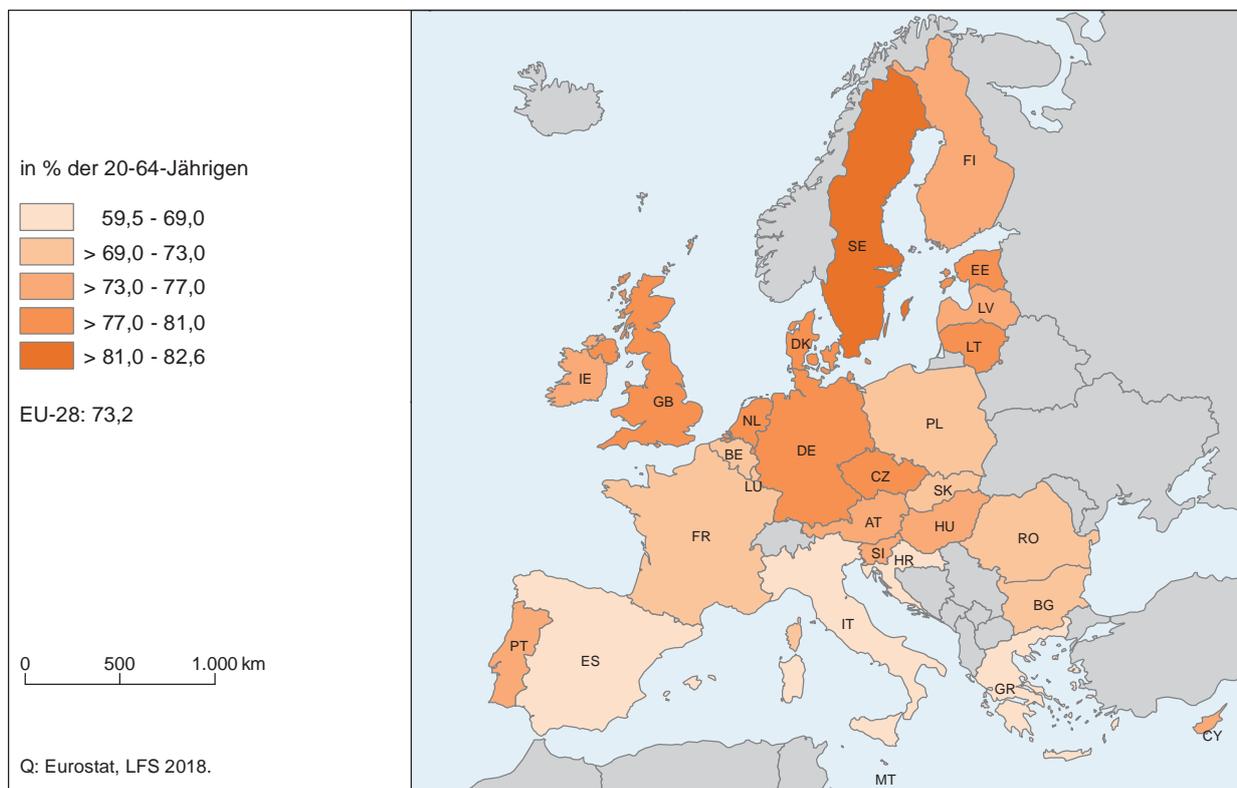
Grafik 92

Konsum der privaten Haushalte (2018)



Grafik 93

Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2018)

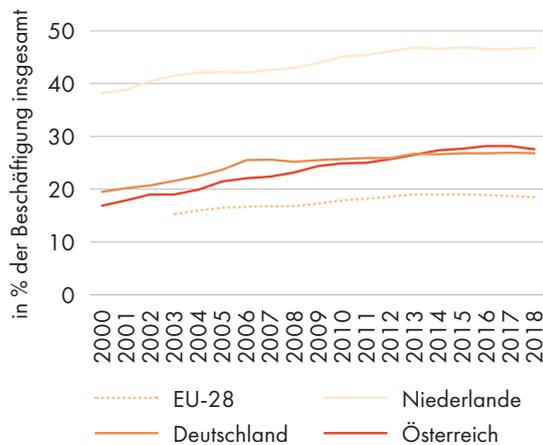


Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Auch bei der Erwerbstätigkeit schneidet Österreich 2018 mit einem Anteil von 76,2% der 20-64-Jährigen vergleichsweise gut ab und liegt auf Platz 11. Höhere Beschäftigungsquoten gab es 2018 in Finnland (76,3%), Lettland (76,8%), Litauen (77,8%), Dänemark (78,2%), im Vereinigten Königreich (78,7%), den Niederlanden (79,2%), Estland (79,5%), Tschechien und Deutschland (79,9%) und Schweden (82,6%). Die niedrigsten Quoten hatten Griechenland (59,5%), Italien (63,0%), Kroatien (65,2%) und Spanien (67%).

Grafik 94

Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder



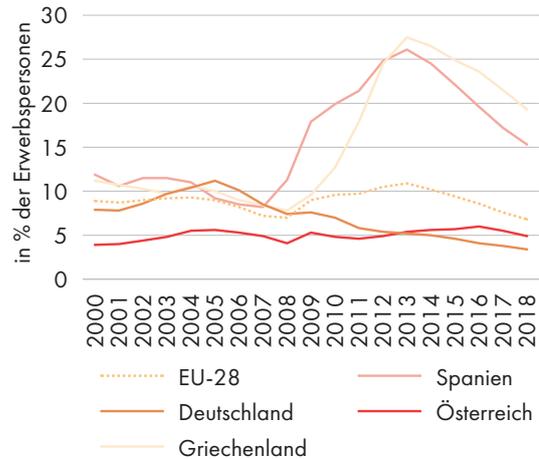
Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2017; Eurostat.

Österreich und Deutschland gehörten 2018 zugleich zu jenen drei Ländern mit der höchsten Teilzeitquote (27,6% bzw. 26,8%), jedoch mit großem Abstand zu den Niederlanden, wo es einen traditionell sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten gibt (2018: 46,8%). Der allgemeine Anstieg der Teilzeit hängt einerseits mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen, andererseits war der Anstieg seit 2009 auch ein Nebeneffekt der Krise, wo in vielen Ländern durch die Maßnahme der Kurzarbeit einem (noch stärkeren) Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden konnte.

Dennoch stellt Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 2013 einen neuen Spitzenwert (10,8%). Seit 2013 ging die Quote jedoch wieder zurück. Im Jahr 2018 waren 6,8% der europäischen Erwerbsbevölkerung trotz Arbeitswillens ohne Beschäftigung (Grafik 95).

Grafik 95

Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf



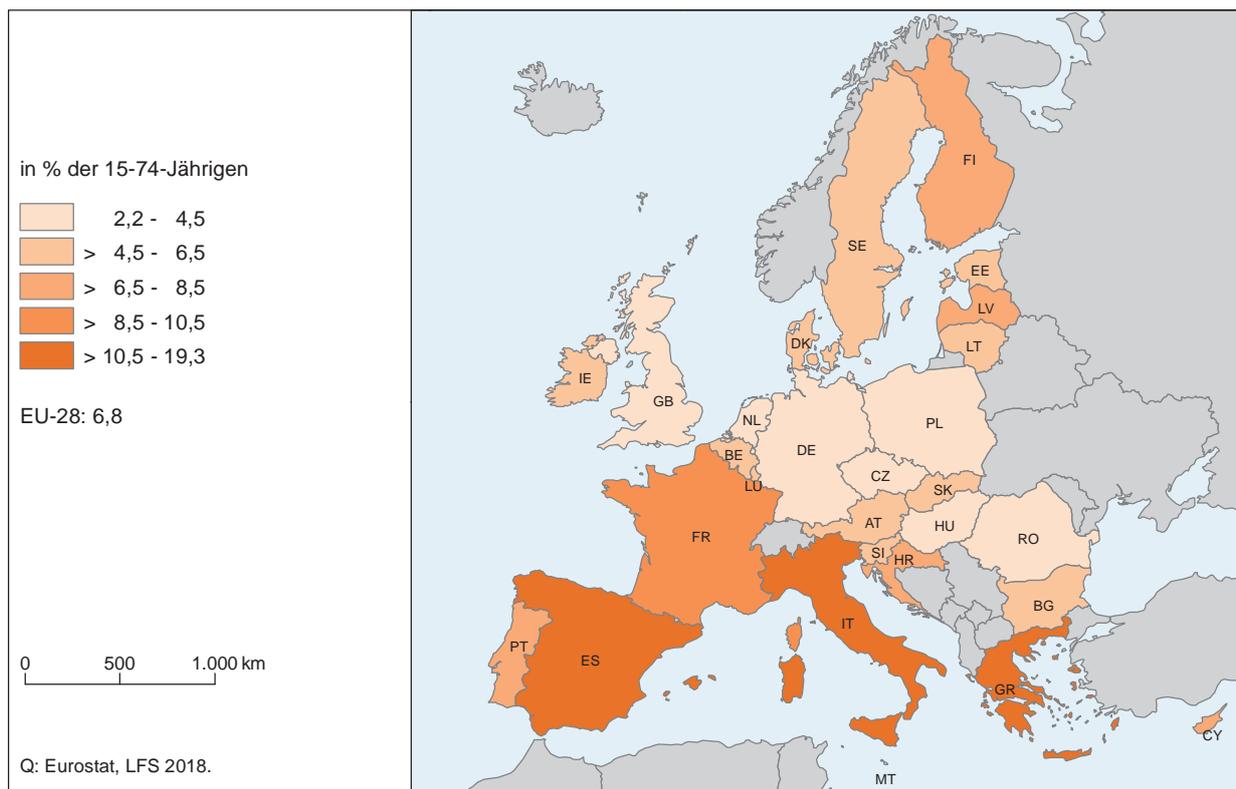
Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2017; Eurostat.

Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter waren wie schon in den Jahren zuvor Griechenland (19,3%), Spanien (15,3%) und Italien (10,6%), gefolgt von Frankreich (9,1%), Kroatien (8,5%) und Zypern (8,4%). Österreich liegt 2018 mit einer Arbeitslosenrate von 4,9% im EU-Vergleich an neunter Stelle unter den Ländern mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate. Im EU-28-Durchschnitt ging die Quote 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 0,8-Prozentpunkte zurück. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit war 2018 in unterschiedlicher Ausprägung in allen EU-Ländern zu beobachten.

Die Position Österreichs im EU-Vergleich wird auch in Grafik 95 deutlich, welche den Zeitverlauf der Arbeitslosenraten Österreichs, Deutschlands und der EU-28 im Gegensatz zur jenen Spaniens und Griechenlands darstellt. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich seit 2000 insgesamt einen leichten Anstieg verzeichnete, ging die Arbeitslosigkeit in Deutschland im selben Zeitraum (und mit der Ausnahme des Krisenjahres 2009 seit 2006 kontinuierlich) zurück. Damit liegt die Arbeitslosenrate in Österreich 2018 einen Prozentpunkt über dem Niveau von 2000 (3,9%) auf 4,9%. In Deutschland konnte die Quote ausgehend von 7,9% in 2000 auf 3,4% in 2018 mehr als halbiert werden. Mit einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate im Zuge der Wirtschaftskrise und ihren Folgen waren die EU-Länder Spanien und Griechenland konfrontiert. Nach einem Anstieg von 17,9%-Punkten in Griechenland und 8,2%-Punkten in Spanien im Zeitraum 2009-2013, konnte seither wieder ein Rückgang erreicht werden. Das Niveau der Arbeitslosenraten ist in beiden Ländern jedoch auch 2018 noch sehr hoch und deutlich über dem EU-Schnitt von 7,6%.

Grafik 96

Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2018)



Verteilungsaspekte

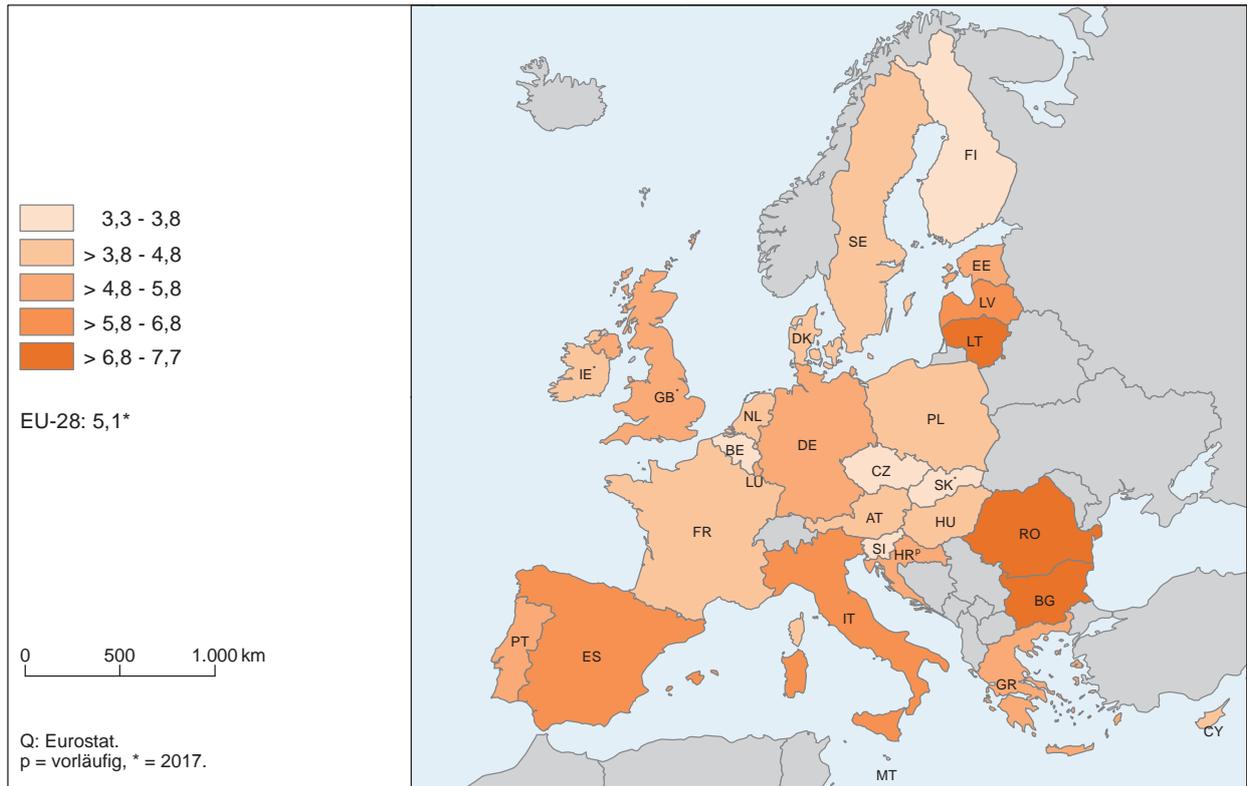
Ein Blick auf die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen zeigt: Im Durchschnitt hatte die Bevölkerung 2017 EU-weit im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten (das Verhältnis der Einkommen des obersten Quintils zu jenem des untersten Quintils beträgt daher etwa 5:1) (Grafik 97). Österreich befand sich 2018 mit einem Verhältnis von 4:1 im unteren Mittelfeld und deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die geringste Ungleichheit zwischen den Einkommensquintilen war 2018 in Tschechien (3,3:1), Finnland (3,6:1) und Slowenien (3,4:1) zu beobachten. Die höchste Einkommensungleichheit zeigte sich demgegenüber in Rumänien (7,2:1), Litauen (7,1:1) Bulgarien (7,7:1) und Spanien (6,0:1). Bemerkenswert erscheint hier insbesondere der Umstand, dass hinsichtlich der Einkommensverteilung extreme Unterschiede zwischen den 12 neueren Mitgliedstaaten zu beobachten sind. Während die Baltischen Staaten, Bulgarien, Polen und Rumänien zu den Ländern mit der höchsten ökonomischen Ungleichheit zählten, waren alle anderen neueren Mitgliedstaaten unter jenen Ländern mit den geringsten Unterschieden zwischen den Einkommensgruppen. Bei der Interpretation ist freilich zu bedenken, dass der Indikator eine reine Verteilungs-

kennzahl ist; er trifft also keine Aussagen über den Reichtum eines Landes, sondern bildet lediglich ab, wie nah die höchsten und niedrigsten Einkommen in einem Land beieinander liegen.

Ein wichtiger Verteilungsindikator, bei welchem Österreich traditionell jedoch schlecht abschneidet, ist der Gender Pay Gap (Grafik 98). Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Im EU-Vergleich findet sich Österreich unter jenen Ländern mit sehr hohen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, wenngleich sich die Position Österreichs zuletzt etwas verbesserte. Lag Österreich beim Gender Pay Gap 2014 noch an vorletzter Stelle, so befindet es sich 2017 mit 19,9% hinter dem Vereinigten Königreich (20,8%), Deutschland (21,0%), Tschechien (21,1%) auf dem vierten Platz. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fielen in den EU-27 (ohne Kroatien) im Durchschnitt mit zuletzt 16,1% deutlich geringer aus. Spitzenreiter der lohnbezogenen Gleichstellung waren Rumänien (3,5%) Italien (5,0%) und Luxemburg (5,0%),

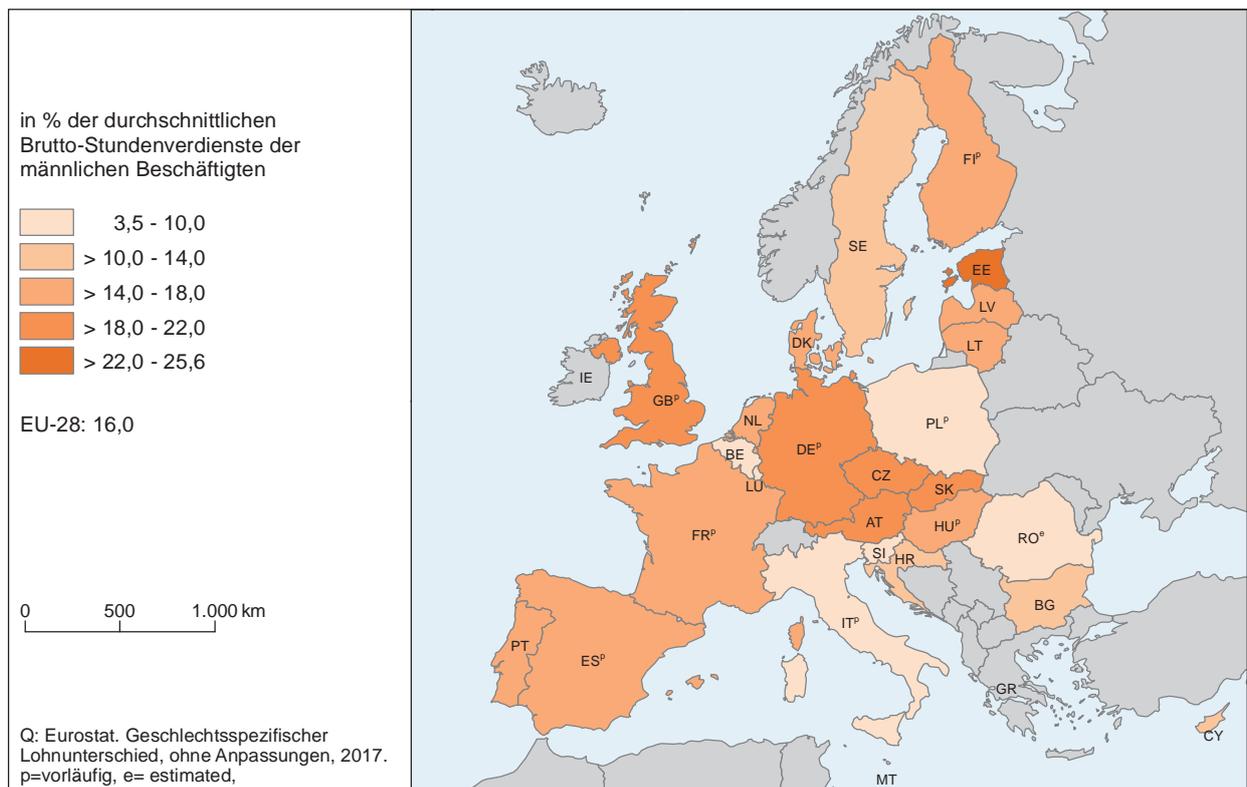
Grafik 97

S80/S20 Einkommensquintils-Verhältnis der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen (2018)



Grafik 98

Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2017)



Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen: Einflüsselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten, oder der Einfluss der sektoralen Segregation u.a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap, wie Italien oder Malta, tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Für Österreich, aber auch für andere Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich oder

Deutschland ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In diesen Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauenerwerbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten Schweden und Dänemark. In beiden Ländern liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter EU-Durchschnitt (Geisberger & Glaser 2014).

5.3 Lebensqualität im EU-Vergleich

Österreich nimmt im EU-Vergleich in den meisten Dimensionen der Lebensqualität nach wie vor eine herausragende Rolle ein. In diesem Kapitel soll, wie auch schon beim materiellen Wohlstand, die Position Österreichs herausgestrichen und die österreichische Entwicklung gegenüber anderen, vergleichbaren EU-Ländern untersucht werden.

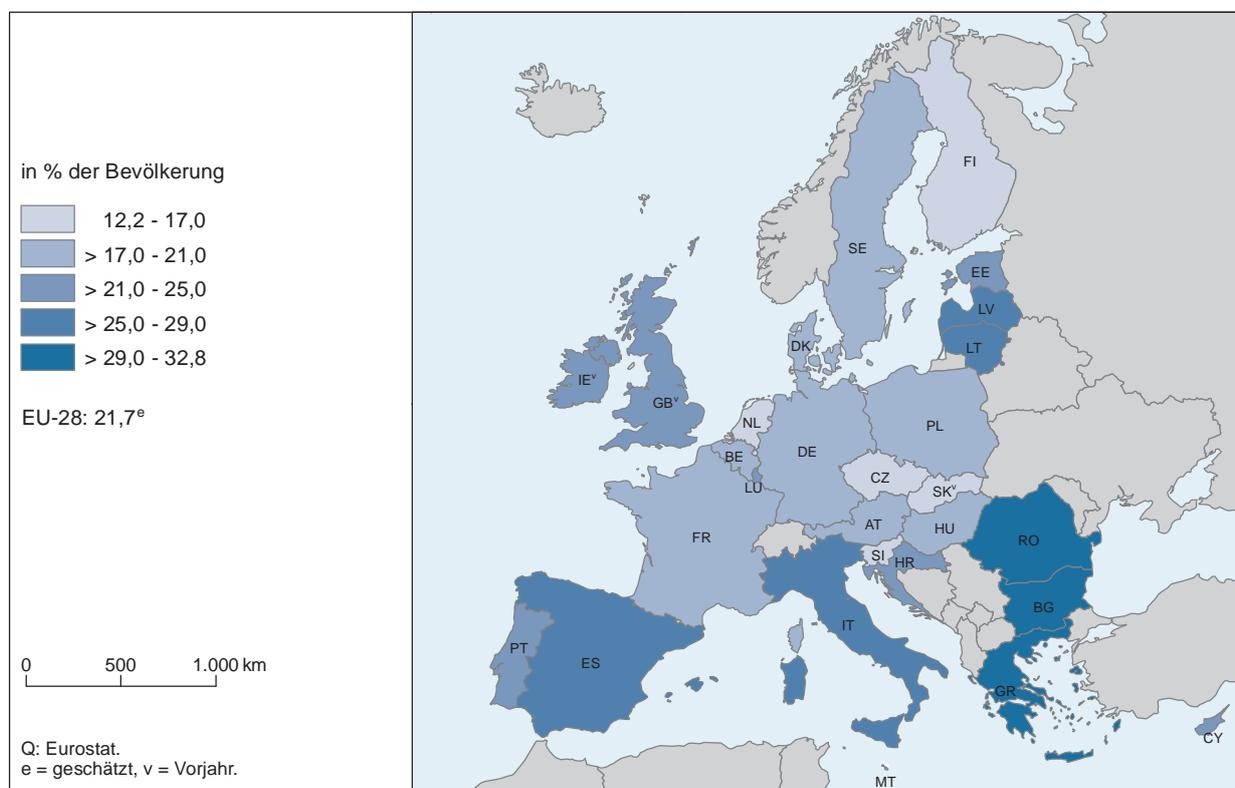
Soziale Teilhabe und Armut

Im EU-Vergleich lag Österreich 2018 bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im unteren Mittelfeld und mit 17,5% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 21,7% (Grafik 99). Die höchsten Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung hatten Bulgarien (32,8%), Rumänien (32,5%) und Griechenland (31,8%).

EU-weit sollten gemäß der Europa 2020 Strategie 20 Millionen Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gebracht werden. Die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung hat sich von 2008 auf 2018 um 2 Prozentpunkte verringert. 2008 waren in der EU (damals EU-27 ohne Kroatien) 23,7% der Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, das entsprach 116,1 Millionen Menschen. Im Jahr 2018 waren 21,7% der Bevölkerung in der EU (inkl. Kroatien) von Armut nach Definition des EU-Sozialziels betroffen, das waren 109,2 Millionen Menschen. Trotz des kontinuierlichen Rückgangs seit dem Höhepunkt im Jahr 2012 sind im Vergleich zum Ausgangsjahr (2008) geschätzt um 8,2 Millionen Menschen weniger Menschen von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht.⁴⁸

Grafik 99

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2018)



⁴⁸ Die Zahlen für 2018 und die Veränderung seit 2008 sind vorerst nur Schätzungen, die Eurostat im Oktober 2019 durchgeführt und veröffentlicht hat, da noch nicht für alle Länder Daten vorliegen. Die Veränderung 2008-2018 errechnet sich durch Hinzuzählen von 1,3 Mio. Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in Kroatien, die für 2008 (fiktiv, da damals noch nicht EU-Mitglied) eingerechnet werden.

Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung“ basiert europaweit auf der EU-SILC-Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?“ (Antwortmöglichkeiten: sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

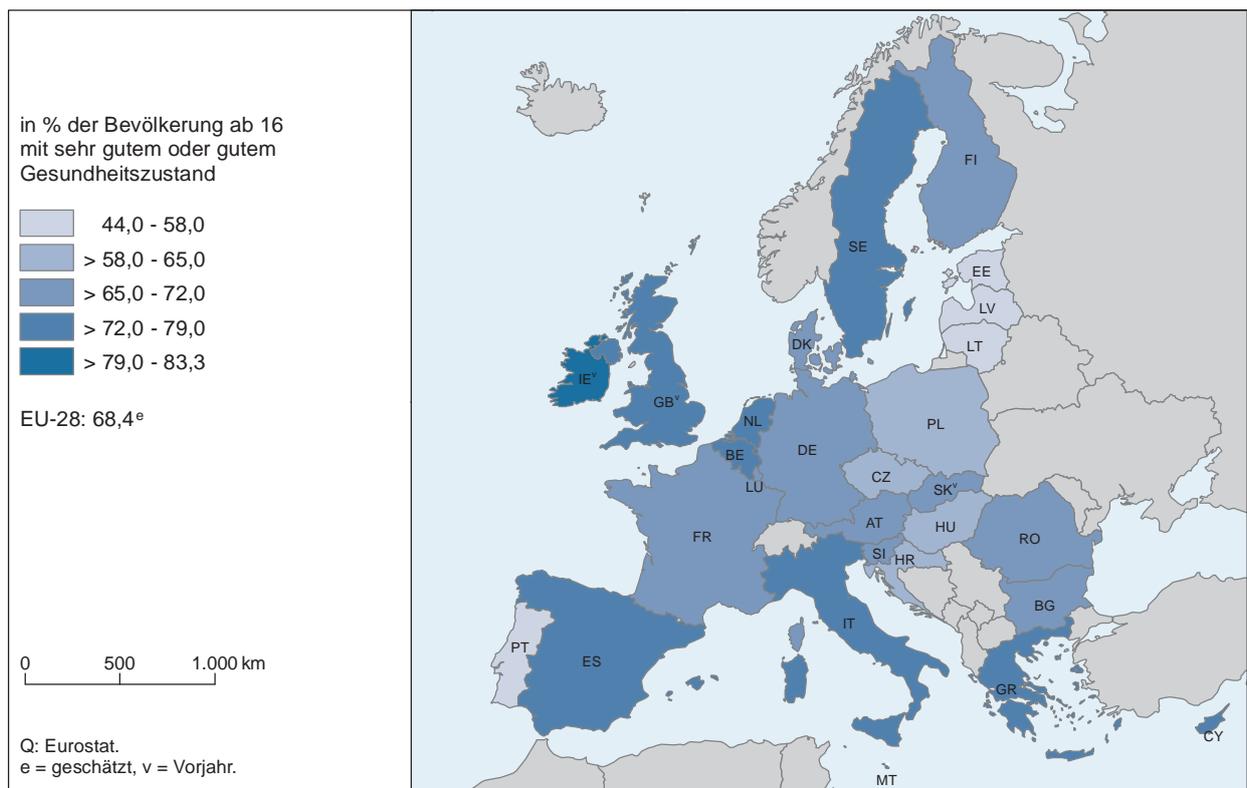
Grafik 100 zeigt den EU-Ländervergleich für den Indikator subjektive Gesundheit. EU-weit gaben 2018 zwei Drittel

oder 68,4% an, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein. Österreich befand sich mit 71,7% im EU-Mittelfeld. Spitzenreiter waren Irland (83,8%) und Zypern (77,8%). Den geringsten Anteil an Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit hatte Litauen mit 44%.

8,5% der EU-Bevölkerung ab 16 Jahren empfanden ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Österreich lag mit 8,1% unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wiesen Kroatien (17,1%), und Litauen (15,7%) auf.

Grafik 100

Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2018)



Bildung

Die Tertiärquote stellt den Prozentanteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder einem nicht-akademischen tertiären Bildungsabschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung dar. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu in Österreich Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen in Österreich (BHS wie z.B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär.

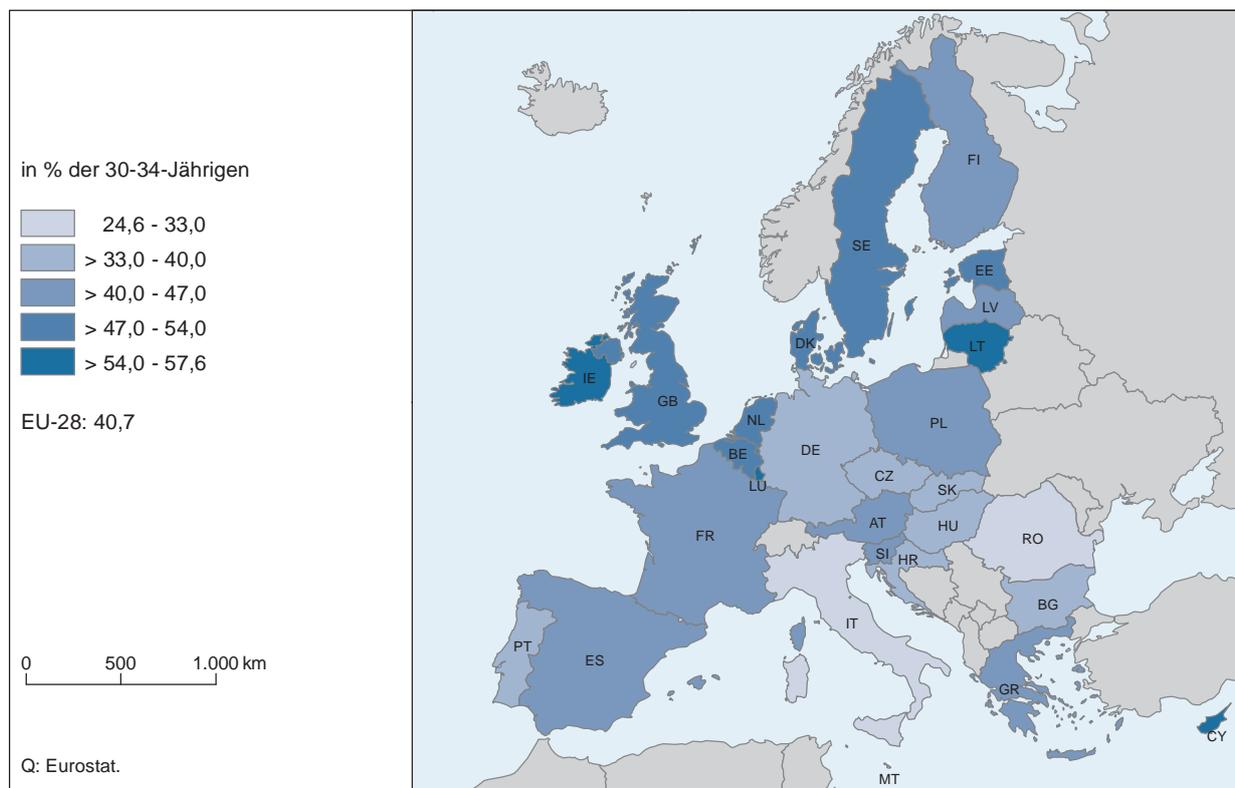
Im internationalen Vergleich lag Österreich bei der Tertiärbildung der 30- bis 34-Jährigen mit 40,7% (unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen) 2018 genau im EU-Durchschnitt (ebenfalls 40,7%, Grafik 101). EU-Spitzenreiter waren Litauen (57,6%), Zypern (57,1%), Irland (56,3%) und Luxemburg (56,2%). Die niedrigsten Tertiärquoten hatten Italien (27,8%) und Rumänien (24,6%).

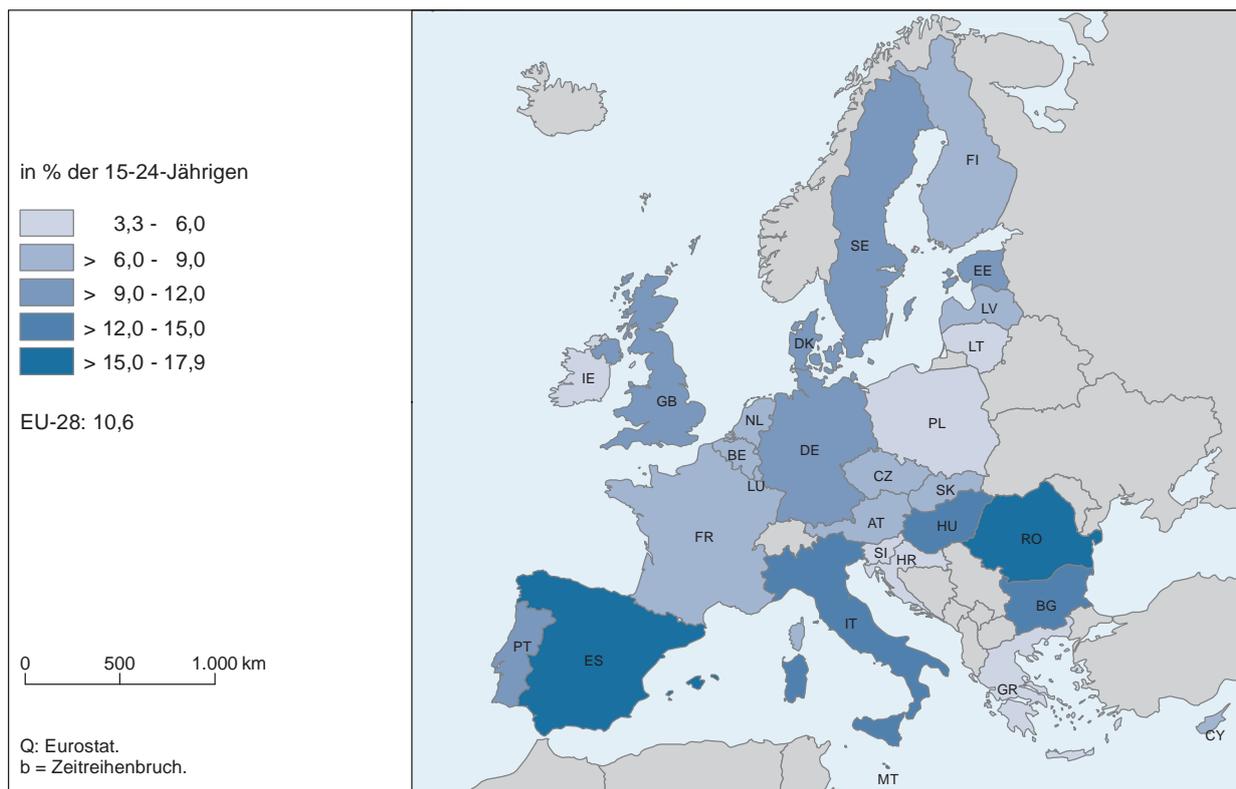
Der zweite wichtige Indikator im Bereich Bildung, der auch ein Bildungsziel der Europa 2020 Strategie unterfüttert, ist die Quote der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger (Grafik 102). Als solche werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Österreich lag 2018 mit 7,3% im europäischen Vergleich im niedrigen Mittelfeld. Im Durchschnitt gab es 2018 10,6% frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger in den EU-28. Die niedrigste Quote erreichte Kroatien (3,3%) und Slowenien (4,2%). Die höchsten Anteile zeigten Spanien (17,9%), Malta (17,5%) und Rumänien (16,4%).

Grafik 101

Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2018)





Physische Unsicherheit

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Auch im Alltag sind Menschen mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden“ aus EU-SILC abgedeckt. Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“. Die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

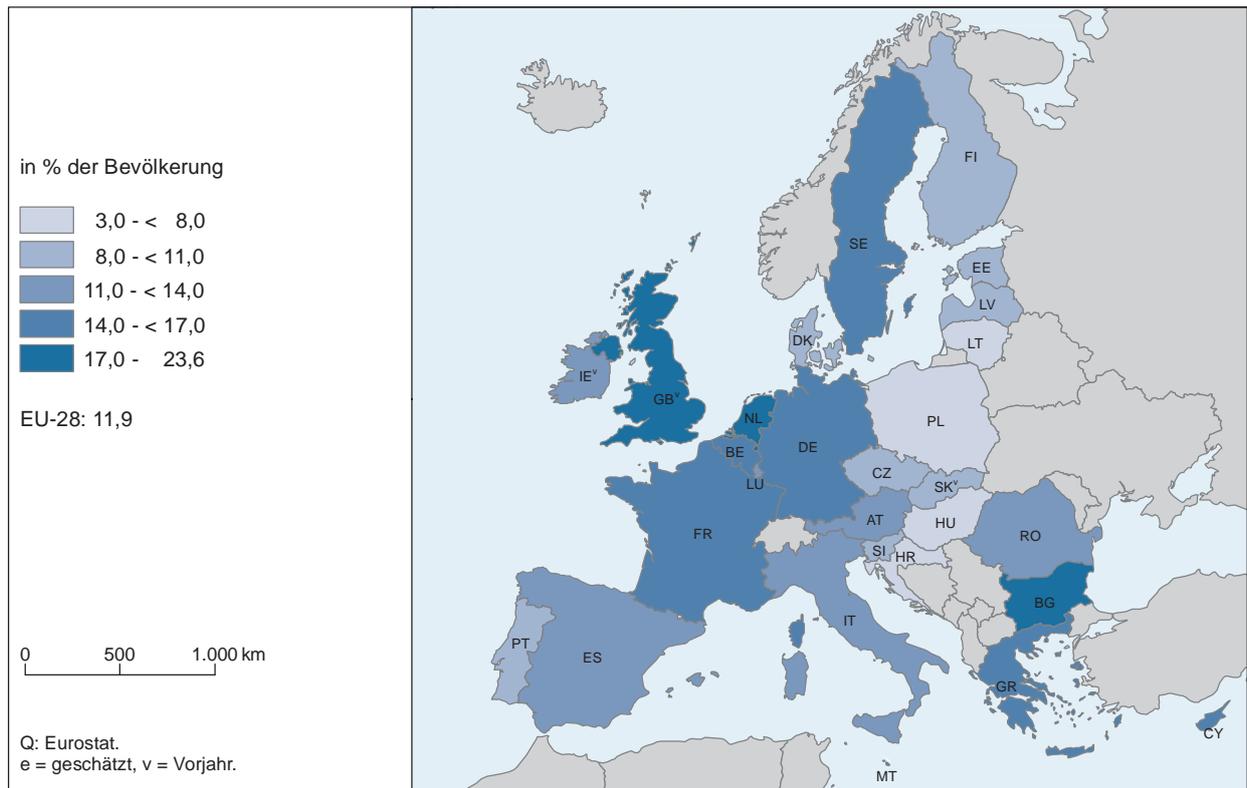
Im EU-28 Durchschnitt gaben im Jahr 2018 11,9% der Bevölkerung an, sich unsicher zu fühlen. Im Ländervergleich lag der Anteil der in Österreich lebenden Personen, die sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung bedroht fühlten, mit 9,7% etwa im Mittelfeld (Grafik 103). Die höchsten Quoten wiesen Bulgarien (21,8%), das Vereinigte Königreich (20,3%) und

die Niederlande (17,5%) auf. Am wenigsten von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend fühlte sich hingegen die Wohnbevölkerung in Kroatien (2,6%) und Litauen (3,7%) bedroht.

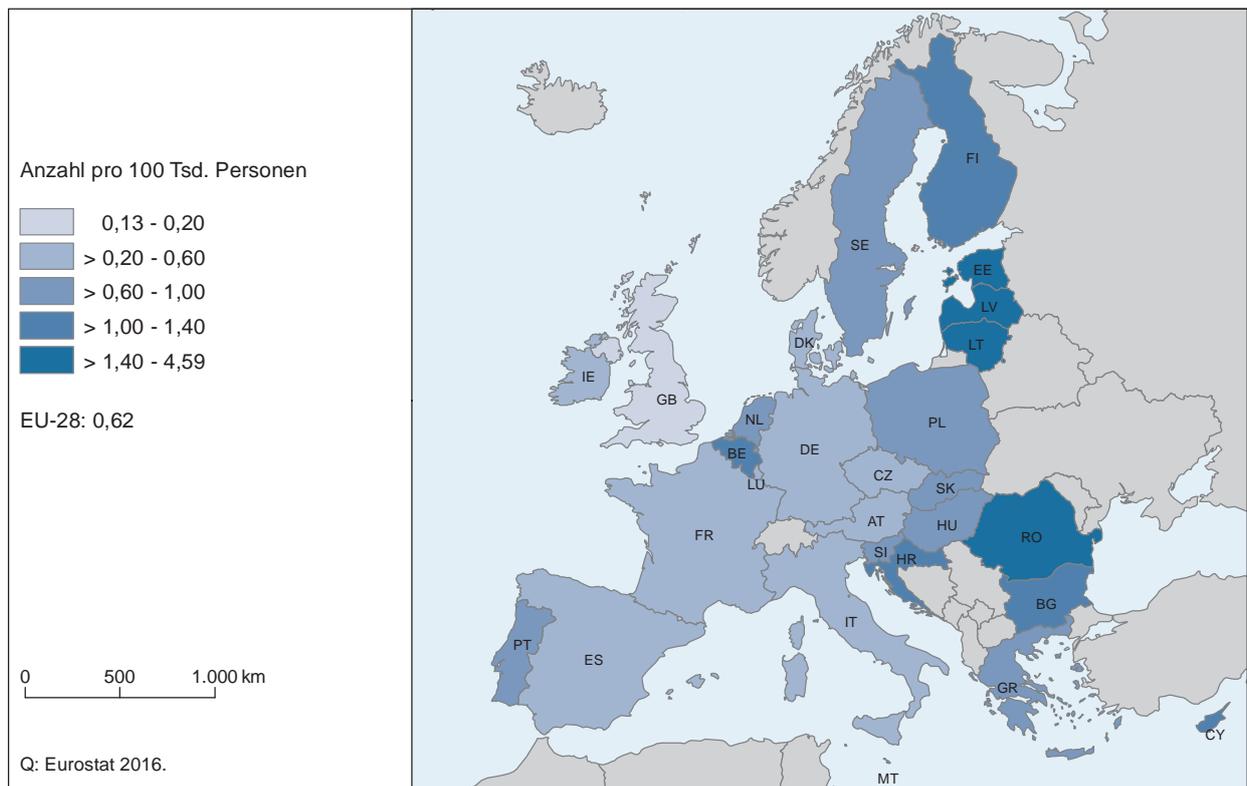
Im EU-SILC Sondermodul 2013 zum Wohlbefinden wurden EU-weit auch Daten zum subjektiven Sicherheitsempfinden erhoben. Die Respondentinnen und Respondenten wurden gefragt, wie sicher sie sich fühlen, wenn sie nachts in ihrer Wohngegend alleine unterwegs sind. In Österreich fühlten sich 81% sehr sicher oder sicher, im EU-Durchschnitt waren es mit 75% etwas weniger. 90% oder mehr fühlten sich in Slowenien, Finnland oder den Niederlanden sehr sicher oder sicher. Am häufigsten fühlten sich demgegenüber Personen in Bulgarien (50%), Griechenland (40%) und Portugal (39%) unsicher oder sehr unsicher.

Objektive Informationen zur Sicherheitslage eines Landes liefert der Indikator „Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag oder Verletzungen“ (Grafik 104). Die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen aus dem Jahr 2015. Österreich gehörte mit 0,6 Todesfällen pro 100.000 Personen zu den Ländern mit den niedrigsten Tötungsraten weltweit.

Grafik 103
Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2018)



Grafik 104
Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2016)



Im EU-Vergleich wies das Vereinigte Königreich mit 0,1 die niedrigste Rate auf, was insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert ist, dass das Vereinigte Königreich beim Unsicherheitsempfinden vergleichsweise sehr hohe Quoten erreicht. Die höchsten Tötungsraten hatten die drei Baltischen Staaten Estland (3,6 pro 100.000 Personen), Litauen (4,1) und Lettland (5,1). Auch hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: alle drei Länder liegen bei der gefühlten Unsicherheit deutlich unter dem EU-28 Durchschnitt. Zwischen der gefühlten Unsicherheit innerhalb eines Landes und der Tötungsrate kann also keine Verbindung beobachtet werden.

fen wurden, nur sehr geringes Vertrauen in das politische System haben. Zugleich ist – wie auch bei vielen anderen Indikatoren zur Lebensqualität – ein deutliches Nord-Südgefälle zu beobachten (Grafik 105): Die niedrigsten Mittelwerte auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht“ bis 10 „vertraue vollkommen“ wurden in Portugal (1,7 von 10), Slowenien (1,8 von 10), Spanien (1,9 von 10), Griechenland (2,0) und Italien (2,1 von 10) gemessen. Österreich lag mit einem Mittelwert von 4,4 von 10 möglichen Punkten über dem EU-Durchschnitt von 3,5. Die höchsten Vertrauenswerte genossen die politischen Systeme in den Ländern Niederlande (5,5), Schweden (5,5), Malta (5,7), Dänemark (5,9) und Finnland (6,0).

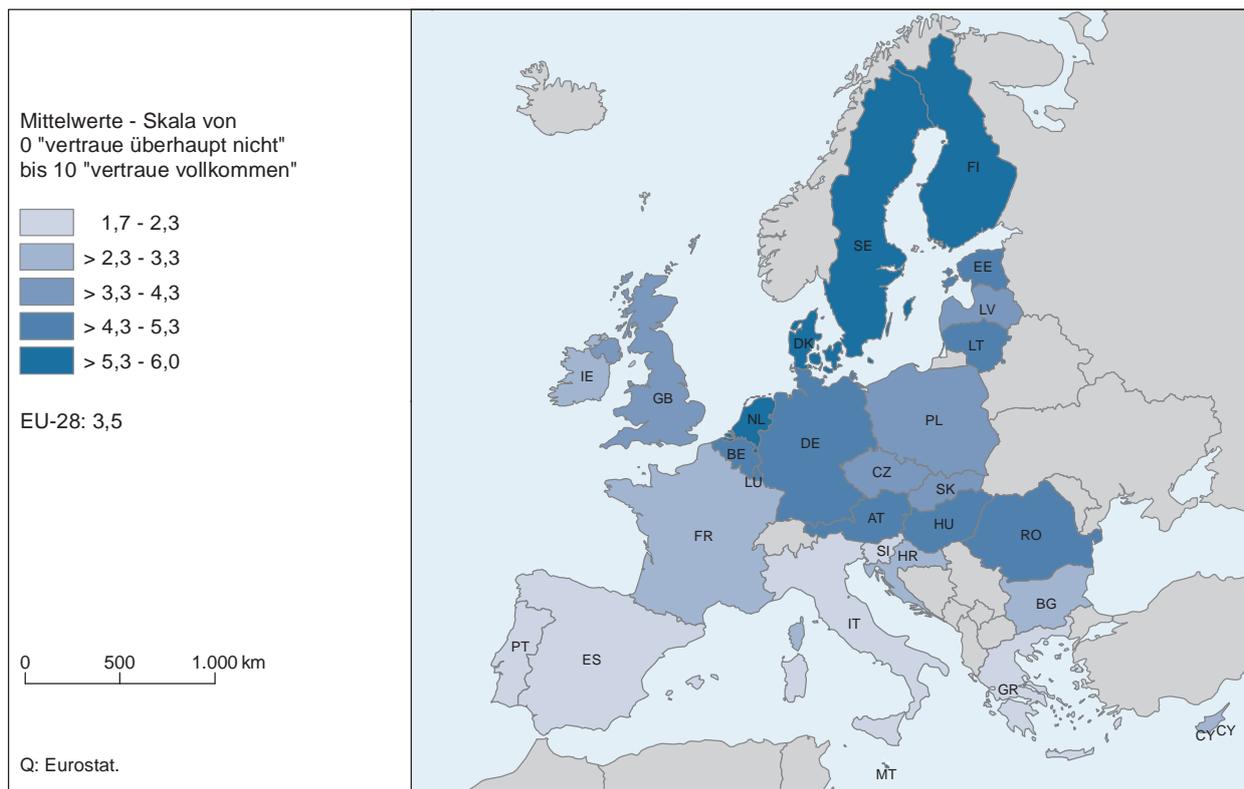
Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Wie sehr vertrauen die in der EU lebenden Personen dem politischen System? Erstmals wurde diese Frage 2013 im EU-SILC Sondermodul zum Wohlbefinden gestellt. Im internationalen Vergleich zeigt sich hier, dass jene Länder, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen

Analysen auf Basis der EU-Daten zeigten, dass Vertrauenswerte in das politische System nur wenig zwischen unterschiedlichen Alters- oder Einkommensgruppen variieren. Tendenziell haben sehr junge Menschen (16-24 Jahre) und Personen im höchsten Einkommensdrittel ein etwas höheres durchschnittliches Vertrauen als die restliche Bevölkerung. (Eurostat 2015b, S. 199ff).

Grafik 105

Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



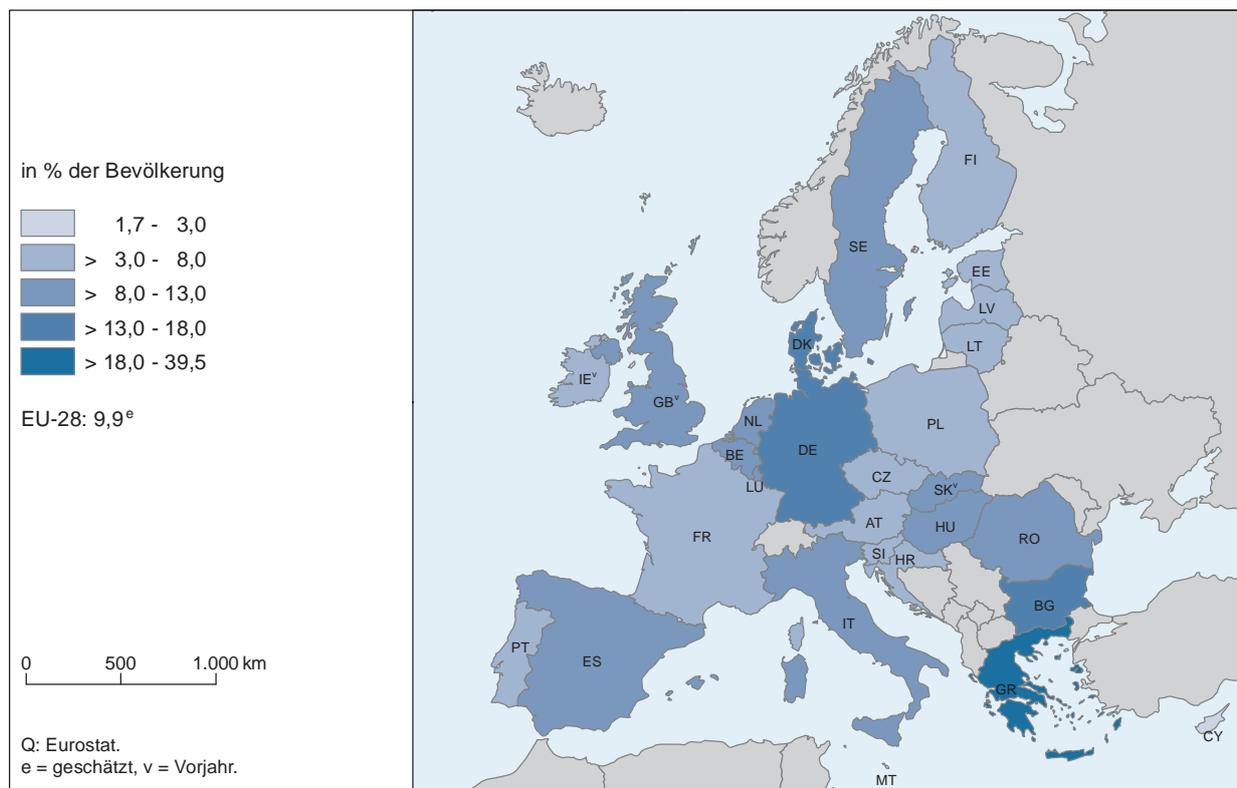
Wohnen

Für die Dimension „Wohnen“ wurde dieses Jahr ein neuer Schlüsselindikator verwendet. Der neue Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungs-

aufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

2018 waren im Durchschnitt in der EU-28 9,9% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen (Grafik 108). Der Anteil der Personen mit einer Wohnkostenüberbelastung betrug in Österreich hingegen nur 6,8%. Griechenland (39,5%) wies mit großem Abstand den höchsten Anteil an Personen mit Wohnkostenüberbelastung auf, gefolgt von Bulgarien (17,9%). Den geringsten Anteil hatte Malta mit 1,7%.

Grafik 106
Wohnkostenüberbelastung im EU-Vergleich (2018)



Subjektives Wohlbefinden

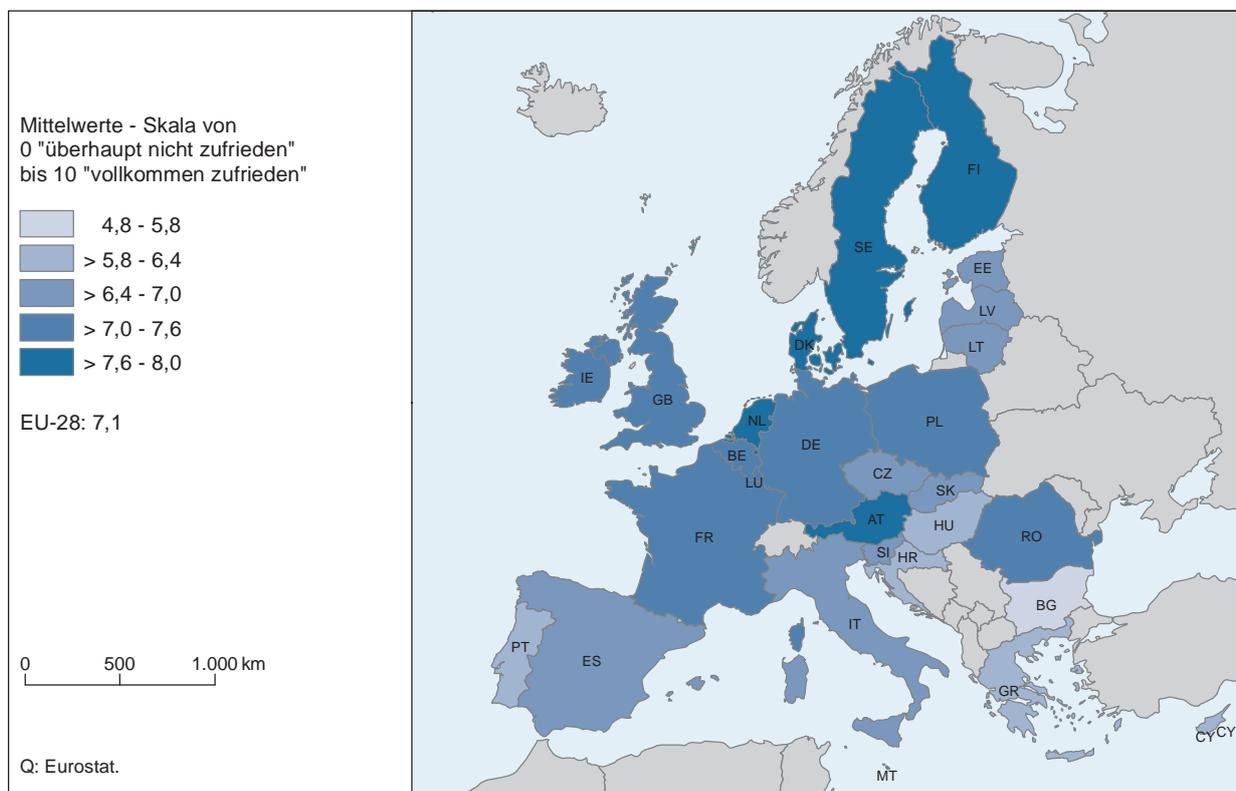
Bei der Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 nahm Österreich mit einem durchschnittlichen Wert von 7,8 auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden“ bis 10 „vollkommen zufrieden“ im EU-Vergleich 2013 einen Spitzenplatz ein (Grafik 107), der nur noch von den skandinavischen Ländern Schweden (7,9), Dänemark und Finnland (jeweils 8,0 von 10) übertroffen wurde. Am unteren Ende des Länder-Rankings fanden sich die Staaten Bulgarien (4,8 von 10), Ungarn (6,1), Griechenland, Zypern, und Portugal (alle 6,2 von 10). Der EU-28 Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit lag bei 7,1. 2018 wurde in EU-SILC wieder nach der gesamten Lebenszufriedenheit gefragt und für Österreich ein Durchschnittswert

von 8,0 erhoben. EU-Vergleichswerte werden erst später vorliegen.

Die Daten 2013 zeigten, dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit deutlich zwischen den EU-Staaten variiert. Noch deutlicher fielen diese Unterschiede aus, wenn man die Anteile der Personen mit geringer Lebenszufriedenheit (Werte von 0-5) vergleicht: Diese rangierten von 6% in den Niederlanden bis zu 64% in Bulgarien. In Österreich lag dieser Anteil 2013 bei 13% (2018: 10%). Die Anteile der Personen mit hoher Lebenszufriedenheit (Werte von 9-10) reichten auf der anderen Seite von 6% in Bulgarien gefolgt von Ungarn mit 11% bis hin zu 43% in Dänemark. In Österreich lag der Anteil der Personen mit sehr hoher Lebenszufriedenheit bei 38% (2018: 40%), im EU-28-Durchschnitt waren es dagegen nur 22%.

Grafik 107

Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



5.4 Umwelt im EU-Vergleich

Im aktuellen Kapitel wird die Entwicklung von Umweltindikatoren im europäischen Zusammenhang betrachtet. Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, ist der materielle Wohlstand in Österreich einer der höchsten in der EU. Ein starker Industriesektor und eine hohe Exportorientierung haben jedoch auch einen Einfluss auf Materialverbrauch, Emissionsausstoß oder Energieeinsatz eines Landes. Unter dem ökologischen Blickwinkel von Wohlstand und Fortschritt zeigt sich Österreichs Position in der EU durchwachsen. Material und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der fünft-höchste in der EU-28 ist.

Ob ein Land seinen Wohlstand und Fortschritt nachhaltig generiert oder nicht, wird beispielsweise von der Bevölkerungsdichte, dem Rohstoffvorkommen oder der Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren beeinflusst. Auch geografische und klimatische Gegebenheiten spielen eine Rolle, etwa beim Materialverbrauch für den

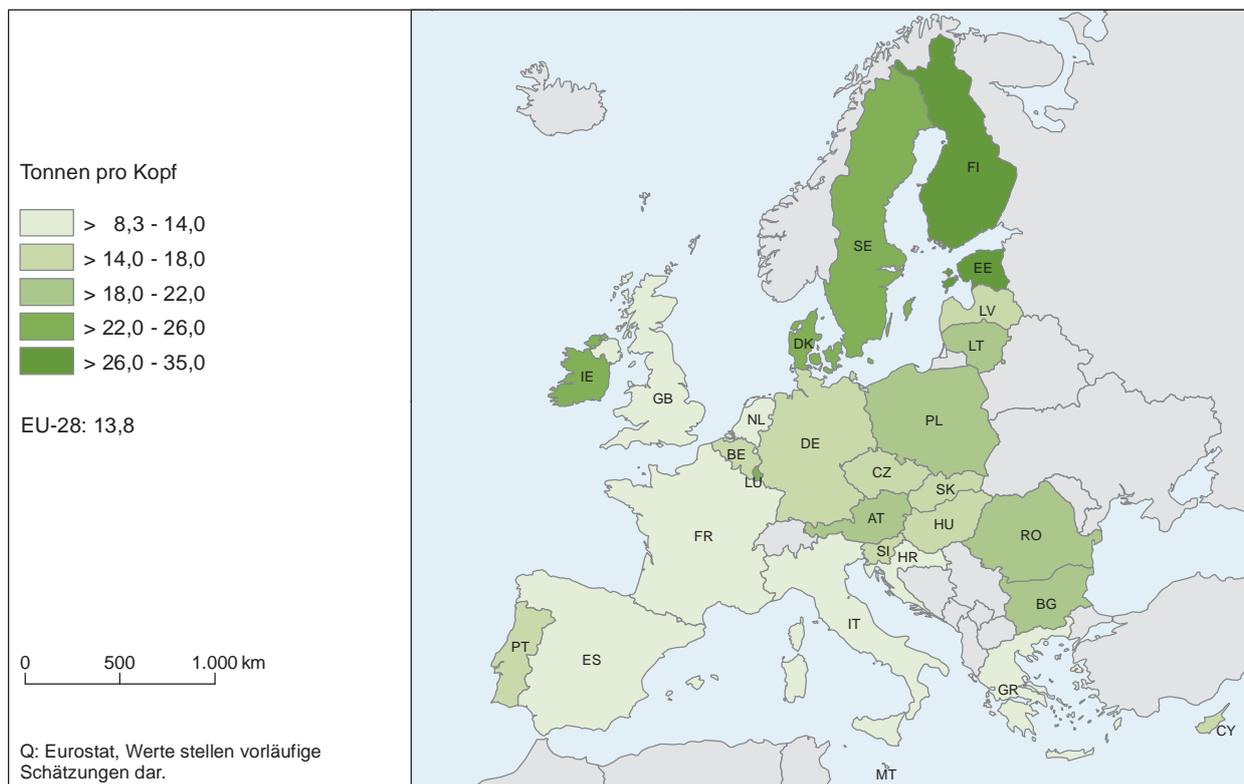
Hausbau oder dem Energieeinsatz für Heizen und zunehmend auch Kühlen.

Ressourcen

Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag laut vorläufiger Schätzung durch Eurostat 2018 bei rund 20 Tonnen und war damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-28 mit 13,8 t/Kopf. Die europäischen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Italien (8,3 Tonnen pro Person) und das Vereinigte Königreich (8,6 Tonnen pro Person) nur sehr geringe Verbräuche haben, benötigte Finnland 35 Tonnen je Einwohnerin bzw. Einwohner (Grafik 108).

Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige sowie die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen.

Grafik 108
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2018)



Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch, da diese vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe pro Kopf Verbrauch von Finnland lässt sich beispielsweise zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen, die hohe materielle Investitionen in den Wohnbau notwendig machen, erklären (Eisenmenger et al. 2015 S. 29ff, S.41).

Der österreichische DMC pro Kopf liegt vor allem bei den zwei Materialgruppen Biomasse und nichtmetallische Mineralien über dem EU-Mittelwert:

Die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft in Österreich erklärt zum Teil den überdurchschnittlichen Verbrauch an Biomasse. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den übrigen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfutter und anderen Futtermitteln. Darüber hinaus ist auch die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU.

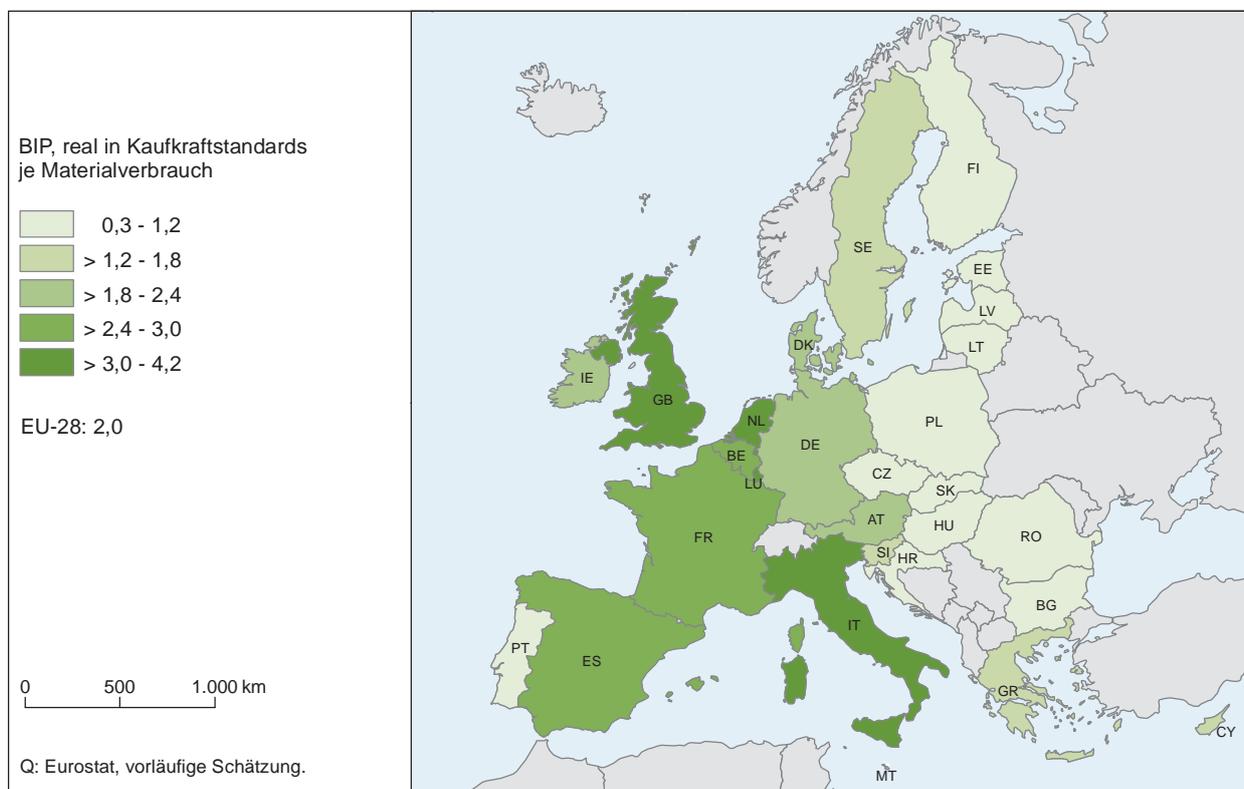
Eine materialaufwändige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z. B. Wärmedämmung) als auch bei Straßen und sonsti-

ger Verkehrsinfrastruktur (z. B. höhere Anforderungen aufgrund von Temperaturschwankungen) ist auf Klima und Geländestruktur der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Dies bedingt u. a. den erheblichen Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem an Baurohstoffen (siehe Eisenmenger et al. 2015 S. 29ff).

Eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa“ (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor.⁴⁸ In einigen Jahren gibt es zwar gegenläufige Entwicklungen des ökonomischen und ökologischen Indikators (z. B. Dänemark 2011, Österreich 2008, 2012, 2013). Die angestrebte absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP wurde jedoch bisher noch nicht umfassend erreicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Ressourcenproduktivität, also des Bruttoinlandsprodukts (BIP, real, KKS) je DMC (inländischer Materialverbrauch). Die Ressourcenproduktivität lag 2018 laut vorläufiger Berechnungen von Eurostat in Österreich mit 1,9 Euro BIP (real, kaufkraftbereinigt) je kg Materialverbrauch knapp unter der EU-28 (2,0).

Grafik 109
Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2018)



⁴⁸ Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

Das bedeutet, innerhalb der EU-28 werden Ressourcen effektiver eingesetzt, also je Einheit eingesetzten Materials mehr BIP erwirtschaftet als in Österreich. Dies resultiert aus dem gezeigten überdurchschnittlichen Materialverbrauch in Österreich, der trotz hohem nationalen BIP zu einer etwas niedrigen Ressourcenproduktivität führt (Grafik 109).

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt, ist ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und von Datenrevisionen ab. Datenqualität und Erfassungsgrad der österreichischen Materialflussanalyse sind dabei als sehr hoch anzusehen.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2017 (letzter verfügbares Jahr der internationalen Daten) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 23 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde nach den EU-Daten biologisch bewirtschaftet, der Durchschnitt in der EU-28 lag 2017 bei 7%. An zweiter Stelle folgen

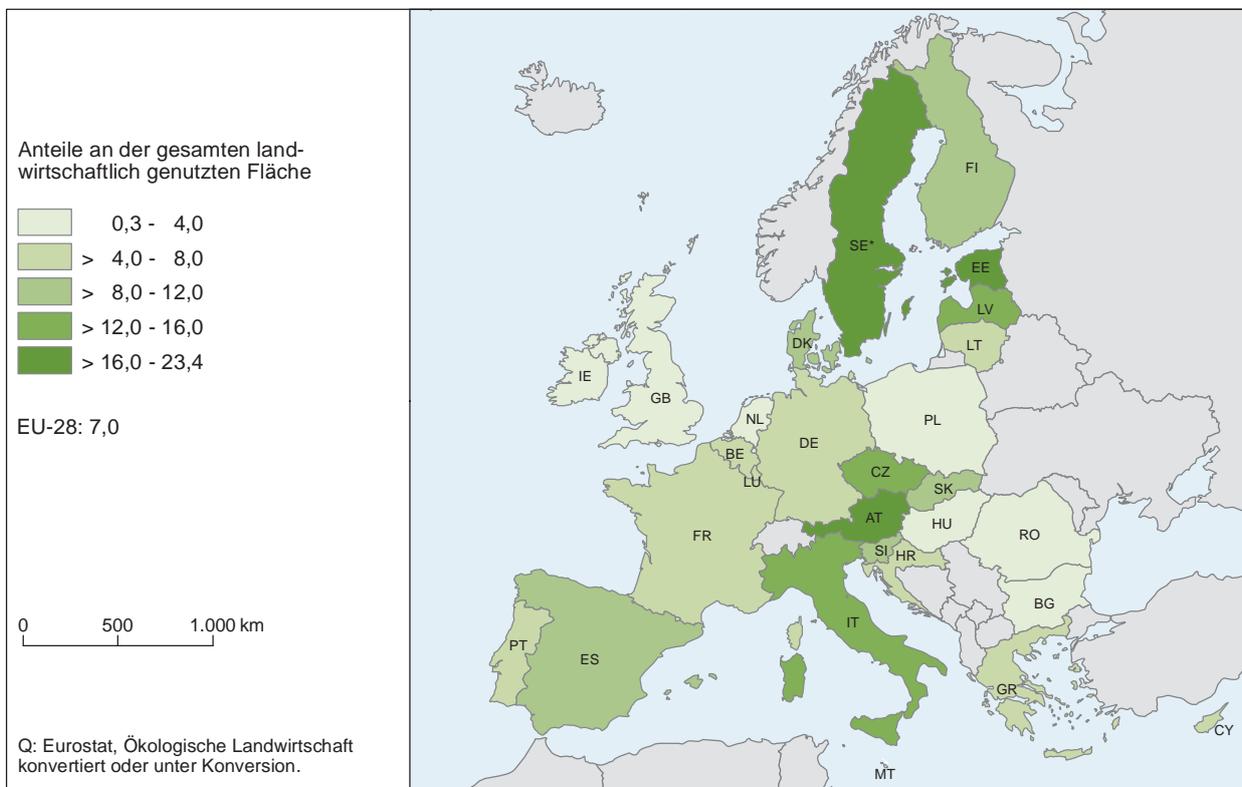
Estland mit 19,6 und Schweden mit 19,2% Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Den geringsten Anteil der Bio-Fläche wiesen Malta, Irland und Rumänien auf, die jeweils unter 2% blieben (Grafik 110).

Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion. Für den nationalen Datenteil wird nur der Anteil der bereits konvertierten Bio-Landwirtschaft betrachtet, die Werte liegen damit geringfügig unter jenen im EU-Vergleich.

Klimawandel, Emissionen

Die geografische Lage und die Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen nicht nur den Materialverbrauch sondern auch Emissionen wie die Treibhausgas-Emissionen oder die PM_{2,5}-Emissionen (Feinstaub). Hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände, so gehen diese beispielsweise mit höheren THG-Emissionen einher. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen.

Grafik 110
Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2017)



Die nationalen THG-Emissionen lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2017 mit 9,6 Tonnen CO₂-Äquiv. pro Kopf etwas über dem Durchschnitt der EU-28 mit 8,8 Tonnen (ohne Berücksichtigung von JI/CDM Programmen, Grafik 110). Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (20 Tonnen CO₂-Äquiv.). Hier kommt das – beim BIP-Vergleich in Kapitel 5.2 bereits erwähnte – Problem der Grenzgänger⁴⁹ wieder zum Tragen.

Knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten sind nicht in Luxemburg wohnhaft. Diese verbrauchen bei ihren Tätigkeiten in Luxemburg Ressourcen und verursachen Emissionen. Bei den Berechnungen der THG-Emissionen pro Kopf werden jedoch nur die in Luxemburg als wohnhaft gemeldeten Personen einbezogen⁵⁰.

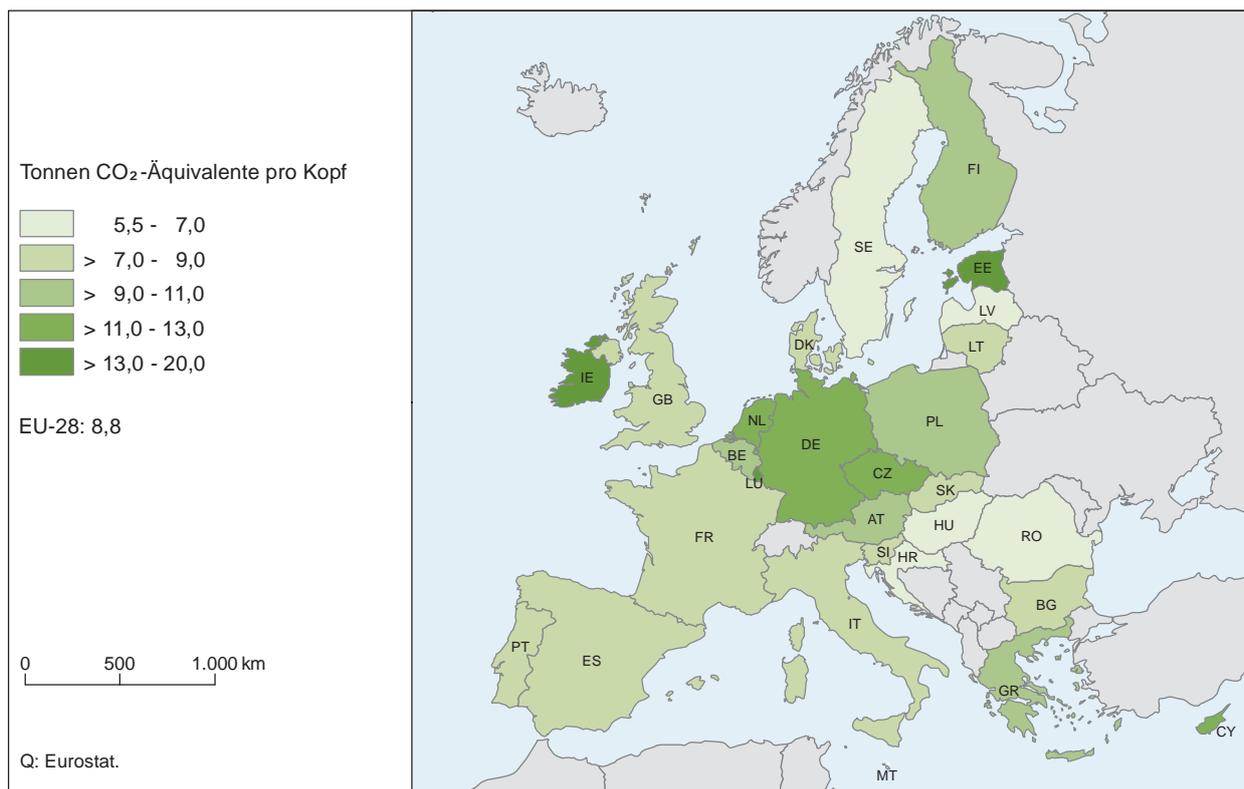
Mit etwas Abstand zu Luxemburg folgten Estland (16 Tonnen CO₂-Äquiv. pro Kopf) und Irland (13,3 Tonnen CO₂-Äquiv. pro Kopf). Am niedrigsten waren die Werte in

Malta und Schweden mit jeweils 5,5 Tonnen CO₂-Äquiv. pro Kopf.

Wie in Kapitel 4.3.1 gezeigt, reduzierten sich die THG-Emissionen in der EU-28 von 2000 bis 2017 um 15,2%, während in Österreich in diesem Zeitraum ein Anstieg von 2,9% erfolgte. Im Vereinigten Königreich (-31,9%) und Dänemark (-30,5%) gab es seit 2000 starke Rückgänge, wohingegen in Estland der Anstieg 20,9% ausmachte.

In Kapitel 4.3.2 wird die bevölkerungsgewichtete PM_{2,5}-Exposition ausgewiesen, die auf internationaler Ebene aber nur für die städtische Bevölkerung vorliegt. Deshalb wird hier auf die PM_{2,5}-Emissionen zurückgegriffen. Die nationalen PM_{2,5}-Emissionen (Feinstaub, angezeigt als Gesamtemissionen des jeweiligen nationalen Hoheitsgebiets) lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2017 mit 1,8 kg pro Kopf etwas unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 2,5 kg.

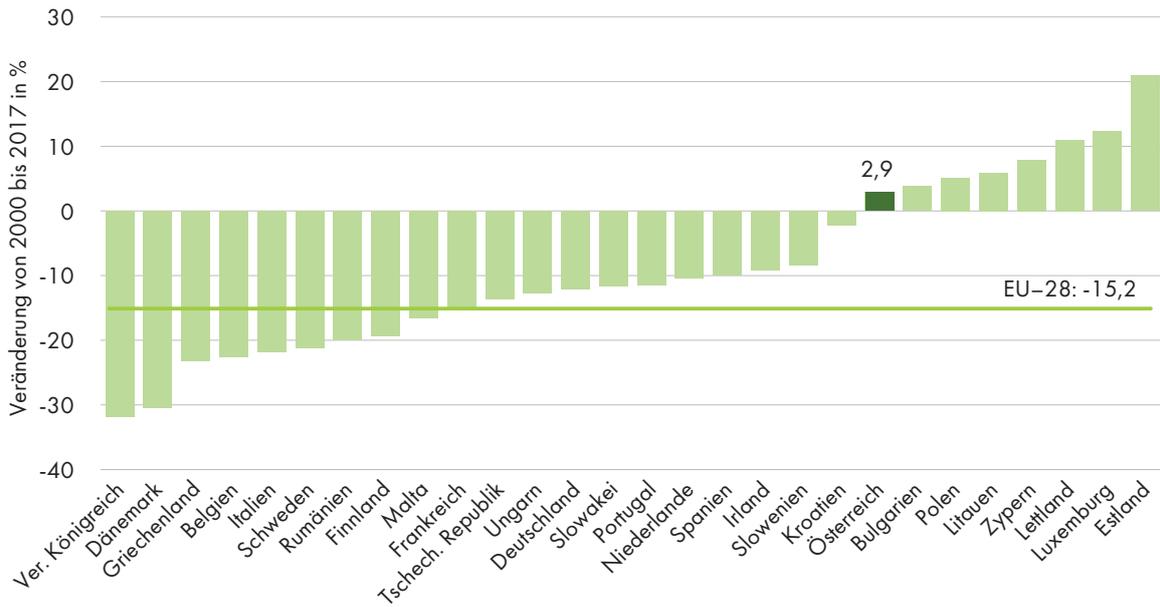
Grafik 111
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2017)



⁴⁹ „Grenzgänger“ sind Arbeitnehmer, die im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt (Beschäftigungsstaat) sind, und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnen.

⁵⁰ Dieses Phänomen ist für andere EU-Staaten weitgehend vernachlässigbar.

Grafik 112
Entwicklung der Treibhausgasemissionen (2000 bis 2017)

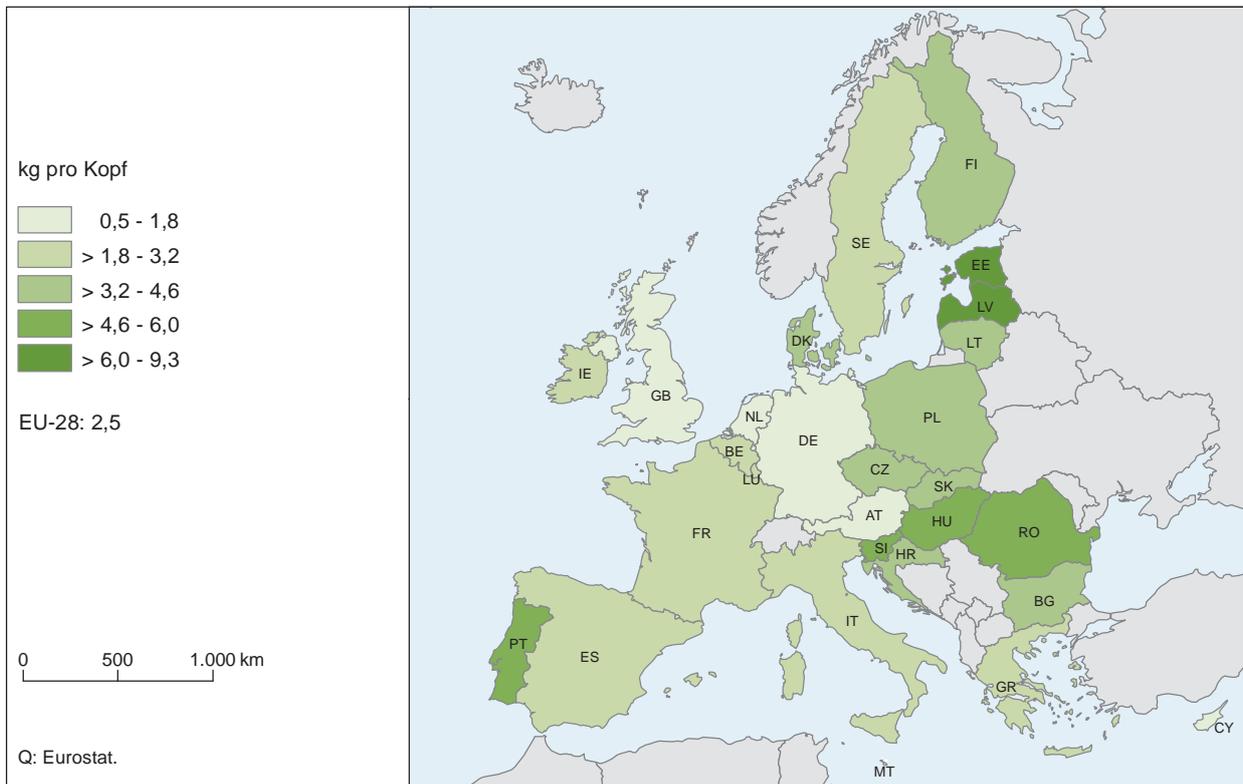


Q: Eurostat. - Inklusive indirektes CO₂, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

Am höchsten waren die Feinstaub-Emissionen in Lettland (9,3 kg pro Kopf). Auch Estland war mit 7 kg pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigs-

ten Werte wiesen Malta (0,6 kg pro Kopf) und die Niederlande (0,8 kg pro Kopf) auf (Grafik 113).

Grafik 113
Gesamte PM_{2,5}-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2017)



Energie

Das nach einer Spitze im Jahr 2005 erreichte Absinken der nationalen THG-Emissionen (beinahe auf das Niveau von 2000) wurde u. a. durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger bewirkt. Erfreulich zeigt sich dementsprechend der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger im EU-Vergleich. Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein wie Österreich (siehe Grafik 114). Dies begründet sich unter anderem in der günstigen topografischen Situation und dem Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-28 im Jahr 2017 lediglich 17,5% erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der Vergleichswert in Österreich bei 32,6%.

Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34% für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU-28 mit 20%. Nur drei Länder (Finnland, Lettland und Schweden) streben noch höhere Ziele als Österreich an. Allerdings ging, wie in Kapitel 4.4.1 gezeigt, der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich von 33,0% im Jahr 2016 auf 32,6% im (letzterfügbaren) Jahr 2017 zurück. Damit liegt die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils nur mehr knapp über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34% für 2020. Demgegenüber haben mehrere Länder

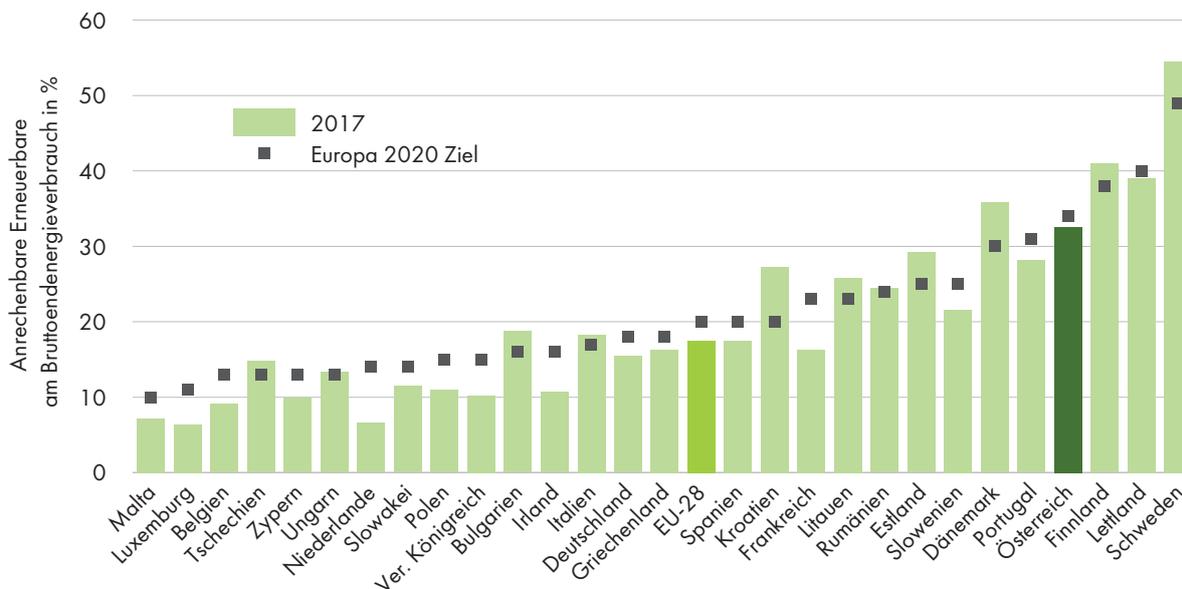
ihr Europa 2020 Ziel bereits erfüllt, darunter auch Finnland und Schweden, die jeweils höhere Zielvorgaben als Österreich ausweisen.

Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sollte nicht vernachlässigt werden, dass der energetische Endverbrauch (EEV) Österreichs noch immer zu einem großen Teil aus fossilen Energieträgern besteht und unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels auf zu hohem Niveau liegt. Der EEV wuchs in Österreich zwar von 2000 bis 2017 mit rund 20% etwas verhaltener als das reale BIP (+28,4%), in der gesamten EU-28 zeigte sich jedoch im gleichen Zeitraum ein Rückgang unter den Ausgangswert von 2000 (-0,6%). Betrachtet man den gesamten EEV je Einwohner, hat Österreich dieser Entwicklung folgend, einen im EU-Vergleich sehr hohen Energieeinsatz pro-Kopf. Gemeinsam mit Luxemburg (hier wieder ein Verweis auf das Grenzgängerproblem, analog der THG-Emissionen pro-Kopf), Finnland, Schweden und Belgien hat Österreich die höchsten Verbräuche an Endenergie. Am anderen Ende der Skala liegen Rumänien, Bulgarien und Malta (Grafik 115).

Neben den klimatischen Bedingungen, die einen Einsatz von Energie für Raumwärme beeinflussen, und dem Energieverbrauch der Industrie, ist auch der Energieverbrauch des Verkehrs, mit einem Anteil von rund einem Drittel am Gesamtaufkommen von Energie, ein wesentlicher Indikator für WgÖ? (siehe Kapitel 4.5.1).

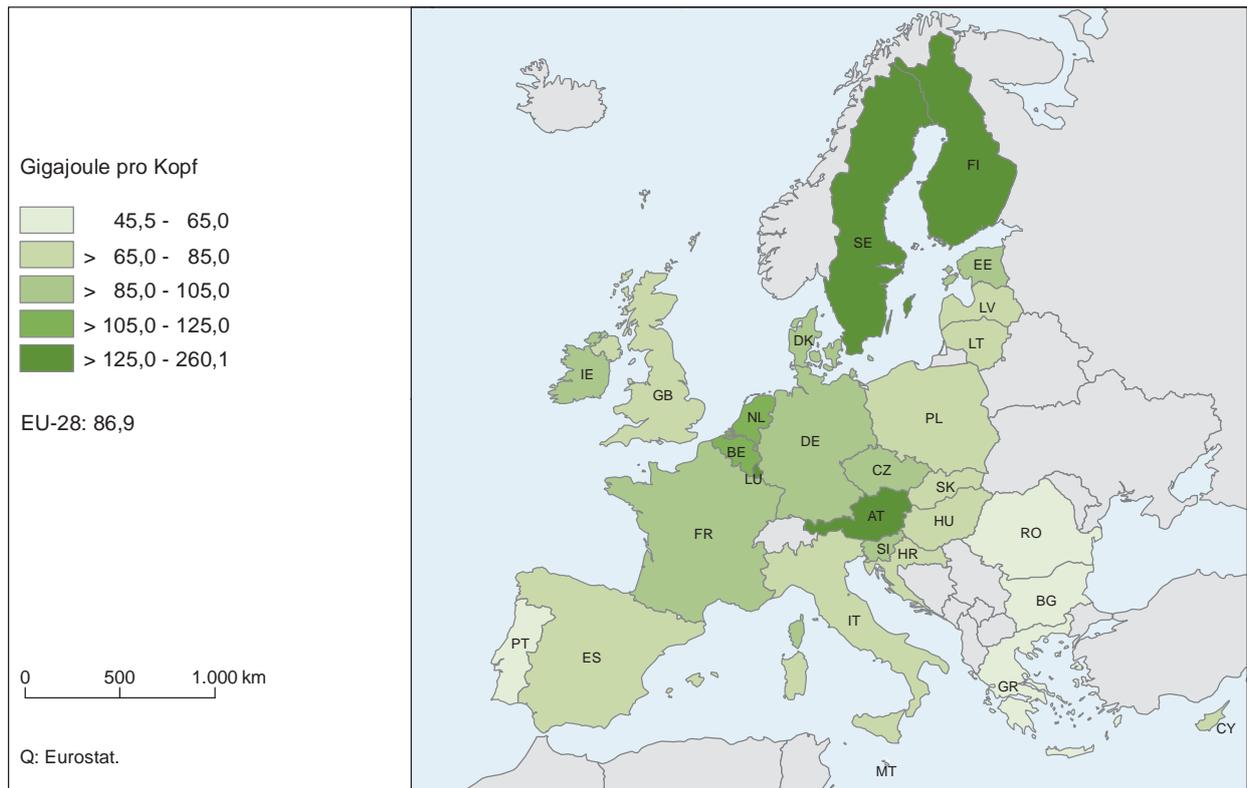
Grafik 114

Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2017) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Grafik 115
Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2017)

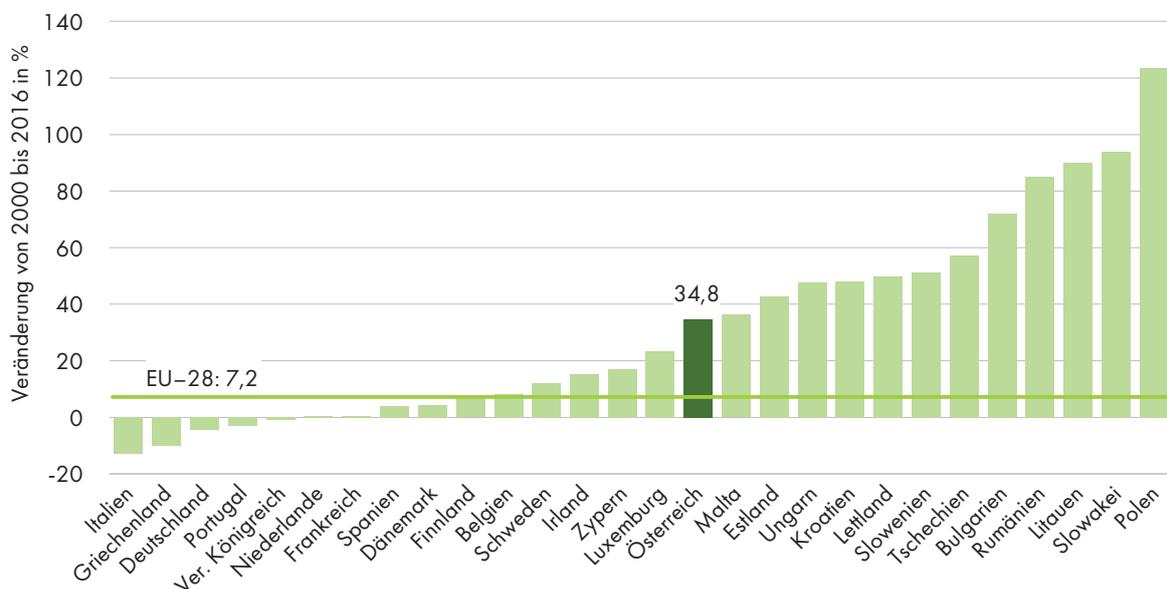


Verkehr, Mobilität

Die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich war mit knapp 35% (2000–2017) sehr hoch (Grafik 116). Im Durchschnitt der EU-28 Mitgliedssta-

ten betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum nur 7,2%. Deutlich unter diesem Durchschnittswert der Entwicklung lagen vor allem die vier bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich, Frankreich).

Grafik 116
Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

Der nationale pro Kopf Verbrauch war mit rund 41 GJ deutlich höher als jener der EU-28 mit 27 GJ je Einwohnerin und Einwohner.

Zum Teil lässt sich der starke Anstieg des nationalen EEVs des Verkehrs durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Es werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d.h. in Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst. Umgekehrt ist aber auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten.

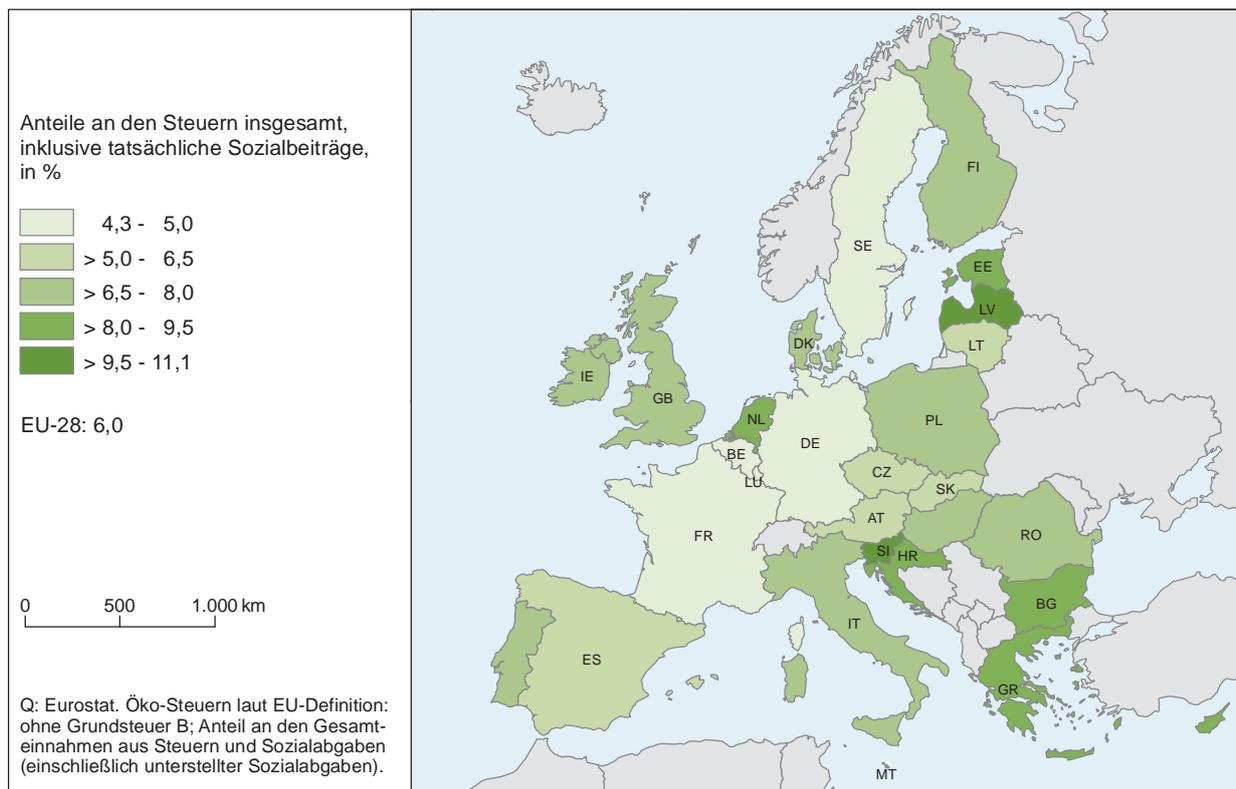
Dass der Ansatz „Tanktourismus“ nicht ausreicht, um den im Vergleich zu EU-28 starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs. Dieser stellt die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf österreichischen Straßen dar (Kapitel 4.5.2), vergleichbare Daten liegen aus der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik ab 2009 vor.

Monetäre Umweltaspekte

Als letzter Indikator wird der Anteil der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen im EU-Vergleich betrachtet. Im Länderdurchschnitt der EU-28 wurden 2017 6,0% der Steuereinnahmen durch Ökosteuern erbracht (siehe Grafik 117). Österreich lag nach EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,6% unter dem Durchschnitt der EU-28 von 6,0%. Dies lässt den Schluss zu, dass auf nationaler Ebene noch Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden wäre. Die höchsten Ökosteueranteile wiesen Lettland (11,1%), Slowenien (10,1%) und Griechenland (9,5%) aus. Die niedrigsten Anteile zeigten Luxemburg (4,3%) und Deutschland (4,5%).

Die Höhe des Anteils der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen wird einerseits durch das Aufkommen ökologisch relevanter Steuern und andererseits durch das gesamte Steueraufkommen bestimmt. Ein im internationalen Vergleich hohes gesamtes Steueraufkommen führt zu einem geringeren Anteil an Ökosteuern.

Grafik 117
Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition, 2017)

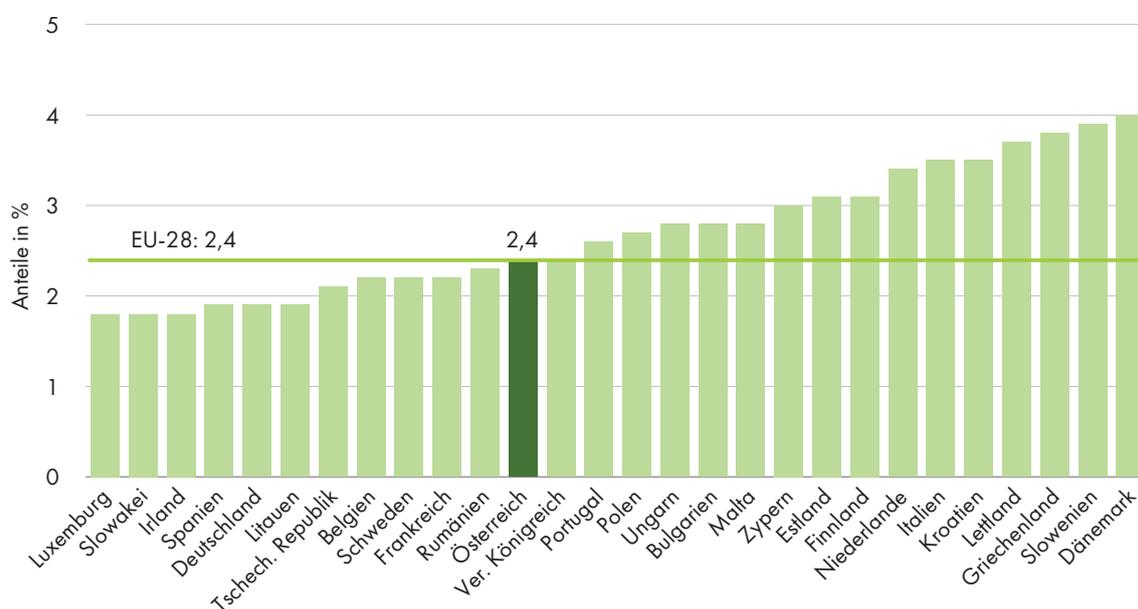


Eine weitere Betrachtungsweise stellt daher die (nominellen) Ökosteuern dem nominellen BIP gegenüber. Der Anteil der österreichischen Ökosteuern (nach EU-Definition) am nominellen BIP liegt für das Jahr 2017 mit 2,4% gleichauf mit dem Niveau der EU-28. Hohe Ökosteuerteile am BIP hat mit rund 4% Griechenland, Dänemark und Slowenien folgen mit 3,7%. Luxemburg, Slowakei und Irland liegen dagegen deutlich unter 2% (Grafik 118).

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung allerdings die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Mauten, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der

VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor (siehe auch Kapitel 4.6.2).

Grafik 118
Ökosteuerteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Öko-Steuern laut EU-Definitionen: ohne Grundsteuer B.



6

Ausblick

6.1

Rahmenbedingungen

Statistik Austria greift bei der Entwicklung von *WgÖ?* ausschließlich auf bereits vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück, im Rahmen des Projekts sind keine eigenen Datenentwicklungen vorgesehen. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Weitere Aspekte der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Fragen der Governance oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. Datenentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen die Weiterentwicklung des Indikatorensets und die mittel- und langfristige Schließung von Datenlücken. Jährliche Runde Tische sowie der Überarbeitungsprozess 2017 garantieren, dass neue Datenfelder entsprechend in *WgÖ?* Berücksichtigung finden.

Statistik Austria bildet im Rahmen von *WgÖ?* die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt mit verfügbaren Daten bestmöglich ab. Das darin abgebildete Set der Indikatoren untergliedert sich in Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension, welche auch der Bewertung unterliegen. Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt.

Die Schließung von Datenlücken ist dabei eine der wichtigen Herausforderungen in der

Weiterentwicklung des Indikatorensets.

Statistik Austria kann jedoch aus rechtlichen und finanziellen Gründen nicht von sich aus tätig werden, um neue Daten speziell für *WgÖ?* zu generieren, sondern ist auf eine Beauftragung für neue Statistiken oder Erhebungen von außen angewiesen.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. Europa 2020-Indikatoren) und nationale Projekte flossen ebenfalls in die Auswahl ein.

Die Indikatoren wurden seither jährlich im Rahmen eines „Runden Tisches“ einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern unterzogen. Dabei wurde das Indikatorenset laufend überarbeitet und angepasst, auch dabei wurde wieder auf bereits vorhandene Daten und neue Datenentwicklungen zurückgegriffen. Im Jahr 2017 wurde wie erwähnt eine grundlegende Revision des Indikatorensets unter Einbeziehung der Stakeholder und vor dem Hintergrund internationaler (etwa UN Agenda 2030) und nationaler Entwicklungen durchgeführt. Es erfolgte eine Evaluierung der verwendeten Indikatoren durch ein unabhängiges Expertengremium. Bei der Überarbeitung des Indikatorensets wurden die konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ?* berücksichtigt. Die Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftliche Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) war dabei wieder ein Grundpfeiler des Projekts.

6.2 Datenlücken und Weiterentwicklung

Im Folgenden werden, gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, Datenlücken und wesentliche Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

Materieller Wohlstand

Unbezahlte Produktion

In der Dimension Unbezahlte Produktion gibt der Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit Auskunft über jene Form der Produktion, die nicht über den Markt abgewickelt wird. Die Darstellung von Nichtmarktaktivitäten ist ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Stiglitz-Kommission. Der Schlüsselindikator der Dimension Unbezahlte Produktion beruht auf Daten der Zeitverwendungserhebung aus 2008/2009. Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist ab 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung eines Online-Erhebungstools (Smartphone-App) für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle ab 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab. Um nationale Zeitvergleiche und internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, ist eine österreichische Beteiligung an der nächsten Welle von großer inhaltlicher Bedeutung und jedenfalls anzustreben.

NPOs in der VGR

Derzeit werden Privathaushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Non-Profit Organisation, NPO) in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ?*-Set enthaltene verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher wurde von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine gemeinsame Erhebung über Non-Profit Organisationen durchgeführt. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen. Seit September 2017 liegen aus der VGR erstmalig getrennte

Werte dafür vor, da die Zeitreihe jedoch erst mit 2012 beginnt, wird die getrennte Darstellung im aktuellen Bericht nicht übernommen.

Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten

Um die Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen auf bestimmte Haushaltsgruppen zu bestimmen, ist eine Verbindung von Makrodaten, in diesem Fall der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), und Mikrodaten, d.h. detaillierte Erhebungen in Haushalten, notwendig. Diese Verknüpfung soll es schließlich erlauben, informative Verteilungsmaße für bestimmte Haushaltsgruppen konsistent mit den Gesamtergebnissen aus der VGR zu berechnen. Solche Bemühungen, sind verhältnismäßig jung, komplex und aufwendig, es handelt sich dabei bisher nicht um den üblichen Qualitätsstandards entsprechende, statistische Ergebnisse, sondern um experimentelle Daten aus Testrechnungen.

Erste Erfahrungen damit zeigen ein gemischtes Bild (siehe Statistik Austria, 2016, Sonderkapitel). Insbesondere gibt es etliche Bereiche, wo eine Disaggregation der makroökonomischen Ergebnisse aufgrund unzureichender oder bisher zu wenig genutzter empirischer Grundlagen sehr schwer möglich ist (z.B. Vermögen- und Vermögens Einkommen, Schattenwirtschaft ...).

Die Verknüpfung von Mikro- und Makrodaten ist damit sowohl auf nationaler als auch auf internationaler bzw. EU-Ebene noch in Entwicklung begriffen, es gibt jedoch deutliche Bestrebungen diese zu forcieren. Der detaillierte Abgleich zwischen Einkommensknoten der VGR und den Ergebnissen von Erhebungen erscheint jedoch bereits hilfreich für das Verständnis, die Plausibilisierung und die Interpretation beider Systeme. Am Ende des Prozesses sollte im Idealfall eine angereicherte VGR stehen, die auch erste Anhaltspunkte zu Verteilungen im Zeitablauf gibt und dennoch wesentliche Vorteile, aber auch Beschränkungen der VGR beibehält.

Lebensqualität

Aspekte der Lebensqualität

Durch die 2017 erfolgte Neustrukturierung des Bereichs Lebensqualität schlagen sich einige Datenmängel, wie z.B. die fehlende durchgängige Erhebung von Indikatoren zu sozialen Beziehung und Freizeitmöglichkeiten, nicht mehr bis auf Ebene der Schlüsselindikatoren durch. Trotzdem

wäre hier eine wiederholte Befragung durch zukünftige EU-SILC Sondermodule bzw. eine Aufnahme einzelner Indikatoren in die regelmäßige Befragung wünschenswert.

Governance und Grundrechte

Nach wie vor keinen bewertbaren Schlüsselindikator gibt es für die Dimension Vertrauen ins politische System. Nur im EU-SILC Sondermodul 2013 wurden vergleichbare Daten für alle EU-28 Länder zum Thema Vertrauen in die Institutionen Politik, Polizei und Medien erhoben. Ab dem Fragebogen 2019 wird im nationalen EU-SILC Fragenprogramm eine Frage zum Vertrauen ins politische System (und zusätzlich zum Vertrauen in andere Menschen) für die jährliche Befragung aufgenommen, um diese Datenlücke zumindest für die österreichische Berichterstattung zu schließen. Im österreichischen Fragebogen von 2013 waren darüber hinaus auch Fragen zum Vertrauen in das Rechtssystem und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden enthalten (in *WgÖ?* inkludiert). Aus den offiziellen Datenquellen stehen ansonsten aber wenige Informationen über soziale Rechte sowie über die Zufriedenheit mit den Institutionen oder der Regierungsarbeit zur Verfügung. Zudem wären bei dieser sensiblen Thematik Untersuchungen notwendig, die klären können, wie Fragen dieser Art bei den Respondentinnen und Respondenten verstanden werden. Was wird etwa mit dem politischen System assoziiert? Die Regierung, das Parlament oder das demokratische System insgesamt? Wird das Vertrauen in das Rechtssystem oder die Polizei auf Basis persönlicher Erfahrungen oder allgemeiner Kriterien bewertet etc.

Der Bericht der Sponsorship Group empfiehlt künftig u.a. die Einbeziehung von Verwaltungsdaten und Daten aus dem European Quality of Life Survey (EQLS)⁵¹, die nicht zur offiziellen Statistik zählen. Die Eurostat Expert Group on Quality of Life schlägt auf ihrer Webseite außerdem einige Indikatoren vor, für die derzeit noch kein Datenmaterial zur Verfügung steht. Darunter fallen die Indikatoren „active citizenship“, Mitsprachrecht und „erlebte Diskriminierung, Vorschläge zur Operationalisierung sind in Ausarbeitung. Außerdem wird hier auch der Gender Pay Gap genannt, den *WgÖ?* als Verteilungsindikator führt.

Sicherheit / Viktimierungsstudien

Daten zum sogenannte „Hellfeld“ des Kriminalitätsgeschehens eines Landes, also zu jenen Fällen, die offiziell bekannt und registriert wurden, liegen aus der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres vor. Es ist jedoch auch bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und nicht immer offiziell melden. Die Kriminalitätsstatistik kann daher auch nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bie-

ten. Der Anteil der Kriminalität, der nicht angezeigt bzw. registriert wird, wird als „Dunkelfeld“ bezeichnet. Daten dazu – sowie zu den persönlichen Folgen von Kriminalitätserfahrungen – erfordern repräsentative Erhebungen. Laufende statistische Erhebungen zu Gewalterfahrungen, wie in einigen europäischen Ländern üblich, werden in Österreich derzeit nicht vorgenommen. Statistik Austria führte 2019 im Auftrag der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) die Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“ durch. Das aktuelle Sonderkapitel 2019 „Wie geht’s Österreich beim Thema Sicherheit“ zeigt nach einem kurzen Überblick über die Datenlage erstmals Ergebnisse der Onlinebefragung. Eine laufende Erhebung dieser Daten wäre wünschenswert. Statistik Austria hat im September 2019 einen Antrag eingereicht, womit eine Teilnahme an einer europaweit harmonisierten Erhebung in den Jahren 2020/2021 in Aussicht steht. Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.

Freizeit

Seit 2017 gibt es in *WgÖ?* keine eigene Dimension zum Thema Freizeit mehr und der Indikator zu Freizeitaktivitäten aus der Zeitverwendungserhebung findet sich in der Dimension Subjektives Wohlbefinden. Wie erwähnt ist die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen für 2020 geplant. Da Freizeit als zentraler Komponenten der Lebensqualität verstanden werden muss, ist auch an dieser Stelle auf die dringende Notwendigkeit einer österreichischen Beteiligung an der nächsten Welle bzw. auf regelmäßige Zeitverwendungserhebungen hinzuweisen.

Umwelt

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Vom Umweltbundesamt (Bartel et al. 2015) wird ab dem Berichtsjahr 2007 der Indikator „High Nature Value Farmland“ (HNVF) erstellt. Dieser Indikator beschreibt die Ausdehnung von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert, die sich durch eine hohe Biodiversität bzw. durch das Auftreten von Arten mit hohem Schutzinteresse charakterisieren. Bei entsprechender statistischer Validität und ausreichender Etablierung könnte dieser Indikator mittelfristig als Indikator für die Biodiversität genutzt werden, die aktuellsten Daten liegen allerdings nunmehr für das Jahr 2013 vor.

Ein weiterer Indikator, der im Zusammenhang mit Biodiversität genannt wird, ist jener zu den geschützten Gebie-

⁵¹ EQLS wird von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions durchgeführt und ist keine offizielle Quelle des ESS.

ten für biologische Vielfalt. Dies sind Gebiete, die unter die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, fallen. Wesentliches Ziel der FFH-Richtlinie ist die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Dieses Ziel soll mit dem Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 erreicht werden. In Österreich wurden laut Umweltbundesamt 219 Natura-2000-Gebiete vorgeschlagen: 171 Gebiete wurden nach der FFH-Richtlinie ausgewiesen, 98 Gebiete nach der Vogelschutzrichtlinie, Doppelnennungen sind möglich. Bisher sind 196 Gebiete rechtlich verordnet (Stand 2015). Diese umfassen rund 14% der Bundesfläche.

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt liefert mit dem Bodeninformationssystem „BORIS“ österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schadstoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden analog den Luftemissionen gibt es derzeit in Österreich aus offiziellen Statistikquellen nicht.

Minderungskosten für den Klimawandel bzw. Klimawandelanpassungskosten

Die Entwicklung einer geeigneten harmonisierten Datenerhebung zur Abbildung der Minderungskosten für bzw. Anpassungskosten an den Klimawandel wird von Eurostat im Rahmen der Environmental Transfers Task Force diskutiert. Entsprechende Daten könnten zukünftig in das Indikatorenset aufgenommen werden. Ab welchem

Zeitpunkt diese vorhanden sein werden, kann aus heutiger Sicht aber noch nicht eingeschätzt werden (siehe beispielsweise Eurostat, 2011a).

Tanktourismus (Kraftstoffexport im Tank)

Vom Umweltbundesamt liegen Schätzungen für den Tanktourismus vor. Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch werden nach dem Inlandsprinzip erhoben, d.h. erfasst werden sämtliche Emissionen bzw. sämtlicher Treibstoffabsatz im Inland, egal ob von Inländern oder Ausländern verursacht bzw. genutzt. Eine ergänzende Darstellung des Kraftstoffexports im Tank für die Dimension Verkehr wurde daher von der Expertengruppe angeregt. Die Schätzungen zum Tanktourismus sollten laut Auskunft des Umweltbundesamts noch nicht für die Erstellung eines Indikators herangezogen werden.

Wasserentnahme und -verbrauch, Wasserqualität

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche beispielsweise den Wasserverbrauch nach Wirtschaftsaktivitäten abbilden soll. Für das Medium Wasser liegt zudem ein neu entwickelter Indikator zur Wasserqualität der Grund- und Oberflächengewässer für den Durchschnitt des Zeitraums 2013 bis 2015 vor. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality) der UN Agenda 2030. Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.



Sonderkapitel

Wie geht's Österreich beim Thema Sicherheit?

Beitrag verfasst von: Matthias Till, Sonja Hinsch, Alexandra Wegscheider-Pichler.

Die AutorInnen bedanken sich für wertvolle Hinweise von Sami Nevala und Joanna Goodey zu diesem Sonderkapitel. Die Aussagen und mögliche Irrtümer bleiben jedoch in der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

Inhalt

S.1		
Einleitung und Überblick		184
S.2		
Datenlage zur Kriminalität und Sicherheit in Österreich		186
Daten über Gewalt in Österreich		186
Ausblick		187
S.3		
Sicherheit und Gewalt in Österreich – Ergebnisse aus der Grundrechtebefragung 2019		188
Methodenhintergrund		188
Hinweis zur statistischen Schwankungsbreite der Ergebnisse		189
Einschränkungen von Lebensqualität durch Sicherheitsängste		189
Betroffenheit von Eigentumsdelikten		190
Betroffenheit von persönlichen Belästigungen		191
Belästigungen durch Textnachrichten oder über soziale Medien		192
War der letzte Vorfall sexueller Art?		193
Betroffenheit durch Gewalt		193
Wer ist laut Grundrechtebefragung von Gewalt betroffen?		197
Wer sind die Täter?		198
Resümee		199

Grafiken

Grafik S.1	Allgemeine Lebenszufriedenheit nach dem physischem Unsicherheitsempfinden (2018)	185
Grafik S.2	Konkrete Sicherheitsängste für die nächsten 12 Monate (sehr starke Besorgnis)	190
Grafik S.3	In den letzten 12 Monaten oft oder ständig Sicherheitsrisiken aus Angst vor körperlichen oder sexuellen Übergriffen und Belästigungen vermieden	190
Grafik S.4	Betroffenheit von Eigentumsdelikten in den letzten 5 Jahren	191
Grafik S.5	Betroffenheit von Eigentumsdelikten in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht	191
Grafik S.6	Betroffenheit von persönlicher Belästigung in den letzten 5 Jahren	191
Grafik S.7	Betroffenheit von persönlicher Belästigung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht	192
Grafik S.8	Betroffenheit von Belästigung durch Textnachrichten oder soziale Medien in den letzten 5 Jahren	192
Grafik S.9	Belästigung mittels Kommunikationstechnologien in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht	192
Grafik S.10	Betroffenheit von sexueller Belästigung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht	193
Grafik S.11	Bildschirmdarstellung der Fragen nach Gewalterfahrungen in den letzten fünf Jahren	194
Grafik S.12	Betroffenheit von Gewalt in den letzten 5 Jahren	195
Grafik S.13	Betroffenheit von Gewalt mit Verletzungsfolgen in den letzten 5 Jahren	195
Grafik S.14	Gründe, warum Körperverletzung nicht bei der Polizei gemeldet wurde	196
Grafik S.15	Psychische Folgen eines Gewalterlebnisses bei Männern und Frauen	196
Grafik S.16	Gewalterfahrungen in privaten Wohnräumen während der letzten 5 Jahre	197
Grafik S.17	Profil der insgesamt in den letzten 5 Jahren von Gewalterfahrungen Betroffenen	198
Grafik S.18	Geschlecht der Täter einer Gewalthandlung	199
Grafik S.19	Vermuteter Migrationshintergrund des Täters einer Gewalthandlung	199

S.1

Einleitung und Überblick

Die Themen persönliches Sicherheitsempfinden oder Gewalt hängen eng mit den verschiedenen Aspekten von Wohlstand und Fortschritt – wie im Projekt *WgÖ?* abgebildet – zusammen. Betrachtet man die drei Bereiche Materieller Wohlstand, Umwelt und Lebensqualität, so ist Sicherheit am engsten mit letzterem verbunden. Sicherheit bzw. ihr Gegenteil die „Physische Unsicherheit“ ist deshalb eine der Dimensionen des Bereichs Lebensqualität in *WgÖ?* (siehe Kapitel 3.5). Das aktuelle Sonderkapitel zeigt nach einem kurzen Überblick über die Datenlage erstmals Ergebnisse der Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“, die Statistik Austria im Jahr 2019 im Auftrag der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte durchgeführt hat.

Im Europäischen Statistischen System gilt Sicherheit als eine der zentralen Dimensionen von Lebensqualität (vgl. Kesy et al 2015). Gewaltprävention ist für eine stabile, sozial ausgewogene Gesellschaft unerlässlich und damit eine der Hauptaufgaben des Gesetzgebers.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bezieht sich mit dem Ziel 16 auf das Thema Sicherheit: „*Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen*“. Das Unterziel 16.1 zielt darauf ab, „*Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich zu verringern*“. Indikatoren dafür beziehen sich auf die Anzahl der Todesfälle durch Mord und Totschlag (16.1.1) oder die Zahl der Menschen, die physischen, psychischen oder sexuellen Gewalterfahrungen ausgesetzt sind (16.1.3). Ein weiterer Indikator betrifft die Möglichkeit, sich in der Wohnumgebung sicher zu fühlen (16.1.4).

Das Ziel 5 möchte „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“. Die ersten darin befindlichen Unterziele beziehen sich dabei auf den Genderaspekt von physischer Sicherheit bzw. auf die Verringerung und Beseitigung von Gewalt speziell gegen Frauen. Die Unterziele halten fest, dass

- alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beendet werden sollten (5.1)
- alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigt werden sollten (5.2) und

- alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigt werden sollten (5.3).

Physische Unsicherheit bezieht sich also auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physische Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Unsicherheit ist damit eine Quelle für Sorgen und Ängste, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken. Damit ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung.

Der Indikator Physisches Unsicherheitsempfinden ist deshalb ein Schlüsselindikator für die Dimension Sicherheit des Bereichs Lebensqualität. Er wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?“. 9,7% der Bevölkerung gaben 2018 an, davon betroffen zu sein, der Trend seit 2014 ist dabei eindeutig abnehmend.

Dass das physische Unsicherheitsempfinden und die (subjektive) Lebenszufriedenheit in Zusammenhang stehen, lässt sich aus Daten von EU-SILC empirisch zeigen. Die mittlere Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10 ist höher (8,0) bei Menschen, die keine Kriminalität, Vandalismus in der Wohnumgebung berichtet haben, als für die Menschen, die Probleme mit Sicherheit genannt haben (7,7).

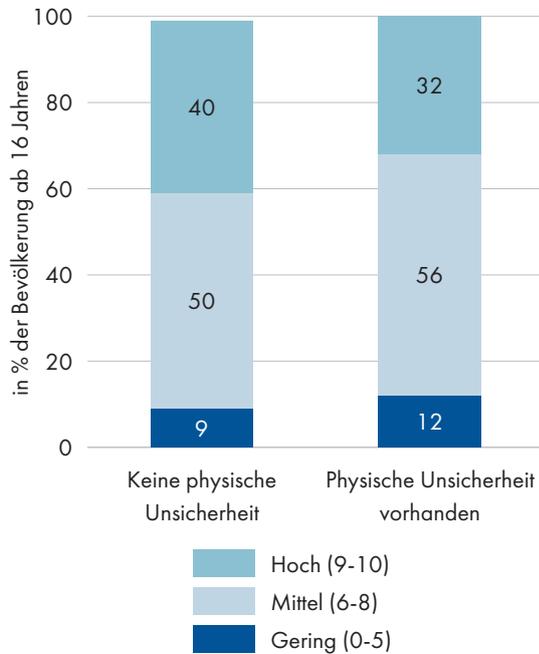
Von jenen 9,7% der Bevölkerung, die über Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung berichten, sind 32% hoch zufrieden mit ihrem Leben. In der Vergleichsgruppe der Bevölkerung, die nicht über entsprechende Erfahrungen berichtet, also in einer subjektiv „sicheren“ Wohngegend lebt, sind 40% hoch zufrieden mit ihrem Leben (Grafik S.1, siehe auch Kapitel 3.8, subjektives Wohlbefinden). Umgekehrt sind Personen etwas mehr unzufrieden (nämlich 12%), wenn sie sich physisch unsicher fühlen als jene, die sich sicher fühlen (9%).

Der Zusammenhang zwischen physischem Unsicherheitsempfinden und subjektiver Lebenszufriedenheit ist zwar deutlich, sagt jedoch nichts über die Kausalität aus. Beispielsweise können Personen, die sich in ihrer Wohnum-

gebung physisch unsicher fühlen, dadurch eine entsprechend niedrigere Lebenszufriedenheit haben. Genauso gut könnten aber Personen auch durch eine insgesamt positivere Lebenseinstellung in ihrer subjektiven Wahrnehmung von Kriminalität beeinflusst sein.

Grafik S.1

Allgemeine Lebenszufriedenheit nach dem physischem Unsicherheitsempfinden (2018)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2018. Einteilung nach einer Skala von 0 bis 10, geringe Lebenszufriedenheit: Skalenwert 0 bis 5, Mittlere Lebenszufriedenheit: Skalenwert 6 bis 8, hohe Lebenszufriedenheit: Skalenwert 9-10.

Die objektive Sicherheit wird in *WgÖ?* mit der Tötungsrate (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) aus der Todesursachenstatistik abgebildet. Dieser Indikator bezieht sich auf die schlimmste Form der physischen Unsicherheit, nämlich auf die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von

100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2018 auf 100.000 Personen 0,6 vorsätzlich Getötete (2014: 0,4). Weltweit werden pro 100.000 Personen etwa zehnmals so viele Morde verübt.

Die beiden hier erwähnten Indikatoren zeigen zwar jeweils einen sinkenden Trend, aber die Entwicklung von subjektivem Unsicherheitsgefühl und Kriminalitätsrate verläuft nicht zwangsläufig parallel.

Die beiden Schlüsselindikatoren von *WgÖ?* bilden einen wichtigen Ausschnitt der Sicherheitslage ab, trotzdem bleiben wesentliche Bereiche unberücksichtigt. Zur Ergänzung des breiten Spektrums an Sicherheitsthemen wären beispielsweise physische Gewalterfahrungen ohne Todesfolge, psychische oder sexuelle Gewalt, Eigentumsdelikte, Diskriminierungserfahrungen oder Stalking zu berücksichtigen.

Für einige dieser Bereiche kann auf Daten aus der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres zurückgegriffen werden, diese Daten zeigen damit das sogenannte „Hellfeld“ des gesamten Kriminalitätsgeschehens eines Landes, also jene Fälle, die offiziell bekannt und registriert wurden. Es ist jedoch auch bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und insbesondere häusliche Gewalterfahrungen nicht immer offiziell melden. Die Kriminalitätsstatistik kann daher auch nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bieten.

Der Anteil der Kriminalität, der nicht angezeigt bzw. registriert wird, wird als „Dunkelfeld“ bezeichnet. Daten dazu – sowie zu den persönlichen Folgen von Kriminalitätserfahrungen – erfordern repräsentative Erhebungen. Laufende statistische Erhebungen zu Gewalterfahrungen, wie in einigen europäischen Ländern üblich, werden in Österreich derzeit nicht vorgenommen. Wie eingangs erwähnt führte Statistik Austria 2019 im Auftrag der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) die Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“ durch. Die nachfolgenden Unterkapitel beruhen auf dieser Erhebung und behandeln Sicherheitsängste sowie konkret erlebte Erfahrungen mit Eigentumsdelikten, Belästigungen und Gewalt und berücksichtigen dabei den Genderaspekt oder betroffene Personengruppen.

S.2

Datenlage zur Kriminalität und Sicherheit in Österreich

In Österreich stehen verschiedene Administrativdaten, die Informationen über Kriminalität liefern, zur Verfügung. Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundesministeriums für Inneres erfasst alle bei der Polizei angezeigten und an das Gericht übermittelten Straftaten. Die justiziellen Kriminalitätsstatistiken umfassen die Vollzugsstatistik Strafsachen sowie die Gerichtliche Kriminalstatistik. Die Vollzugsstatistik Strafsachen wird vom Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz (BMVRDJ) geführt und enthält justizielle Enderledigungen: Einstellungen, Diversion sowie Verurteilungen und Freisprüche erster Instanz. Informationen über rechtskräftige Verurteilungen werden von Statistik Austria jährlich auf Basis des Strafregisters erstellt (Gerichtliche Kriminalstatistik). Daten über den Strafvollzug sind im BMVRDJ verfügbar. Für alle genannten Statistiken stellen das österreichische Strafgesetzbuch und die strafrechtlichen Nebengesetze die Grundlagen dar.

Bei der Interpretation der Daten muss beachtet werden, dass die einzelnen Stufen der Strafverfolgung auf Statistiken mit unterschiedlichen Erfassungskonzepten beruhen und zeitlich aufeinander folgen. Es gibt keine Statistik, die den Verlauf von der Anzeige bis zum Ausgang des Gerichtsverfahrens darstellt.

Daten über Gewalt in Österreich

Österreichweit, jährliche Daten über Gewalt liegen derzeit am ausführlichsten in der Anzeigenstatistik des Bundesministeriums für Inneres vor. Die Polizeiliche Kriminalstatistik bietet einen Überblick über die Anzeigen nach bestimmten Paragrafen.

Darstellbar sind verschiedene Merkmale der Tatverdächtigen und Opfer (Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit). Bei den justiziellen Kriminalitätsstatistiken sind zwar Informationen über Straftaten nach den Paragrafen sowie nach Informationen über Täter bzw. Täterinnen verfügbar, nicht jedoch oder nur eingeschränkt gibt es Informationen über Opfer. Die Kategorisierung der Täter-Opfer-Beziehung ist daher lediglich in der Polizeilichen Kriminalstatistik möglich. Diese entspricht allerdings nicht den international vorgeschlagenen Standards und ermöglicht keine tiefergehenden Analysen. Beispielsweise ist es

nicht möglich, Gewalt durch Partner/innen sowie durch Ex-Partner/innen abzubilden.

Die in Österreich verfügbaren Administrativdaten zum Thema Gewalt beleuchten das Hellfeld und damit nur einen Teil der Kriminalitätswirklichkeit. Nur zur Anzeige gebrachte Fälle von Gewalthandlungen scheinen in der Statistik auf. Eine Dunkelfeldstudie ermöglicht eine zuverlässigere Einschätzung der Gewalt in Österreich, da Gewalterfahrungen unabhängig davon erfasst werden, ob sie zur Anzeige gebracht wurden oder nicht.

Eine Befragung einer repräsentativen Stichprobe der Bevölkerung über Gewalterfahrungen bietet die Möglichkeit das Dunkelfeld aufzuhellen und valide Daten über Erfahrungen der österreichischen Bevölkerung mit bestimmten Formen von Gewalt zu gewinnen. Damit wird eine Datengrundlage geschaffen, die weit über die Möglichkeiten von Polizei- und Justizstatistiken hinausgeht. Das aus einer Dunkelfeldstudie gewonnene Wissen kann unter anderem zur Verbesserung der Statistiken aus Administrativdaten dienen. Der Mehrwert besteht in erster Linie aber im Wissensgewinn, einer verbesserten Datengrundlage und der Möglichkeit, Präventionsmaßnahmen in der Bekämpfung von Gewalt zielgerichteter einsetzen zu können.

Die erste österreichische empirische Repräsentativuntersuchung „Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld. Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern.“ wurde vom österreichischen Institut für Familienforschung durchgeführt und 2011 veröffentlicht (Kapella et al., 2011). Gefördert wurde das Projekt vom damaligen Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend. Laufende statistische Erhebungen zu Sicherheit und Gewalterfahrungen, wie in einigen europäischen Ländern üblich, werden in Österreich derzeit nicht vorgenommen. Die Studie aus dem Jahr 2011 ist die letzte nationale Studie, die zu diesem Thema veröffentlicht wurde. Die Befragung ist mittlerweile schon etwa zehn Jahre alt und international nicht vergleichbar.

Im Jahr 2011 wurde die Istanbulkonvention (Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt) verabschiedet. Sie ist seit 2014 in Kraft und brachte besondere Dringlichkeit für international vergleichbare Daten in Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen. Im Jahr

2012 hat die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte die erste Befragung dieser Art zu Gewalt gegen Frauen in allen 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) durchgeführt. Alleine in Österreich wurden dafür 1.505 Frauen befragt. Diese Befragung galt bisher als die aktuellste, international vergleichbare Datenquelle zur Gewalt gegen Frauen.

Ausblick

Die Bekämpfung von Gewalt ist weltweit eine große Herausforderung, die sich in den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung deutlich spiegelt und wurde auch von der Europäischen Kommission als eine Hauptpriorität eingestuft. Evidenzbasiertes Handeln und damit eine gute Datenbasis sind gefordert.

Gegenwärtig wird in Hinblick auf die Erfüllung der Istanbul-Konvention und aufgrund der wiederholten Aufforderung des Europäischen Parlaments und Rates eine EU-weit vergleichbare Erhebung über geschlechtsspezifische Gewalterfahrungen (Survey on gender-based violence) bei Eurostat entwickelt. Die Beteiligung möglichst vieler Mitgliedstaaten – und insbesondere der Staaten, die bisher noch keine (regelmäßige) Gewalterhebung durchführen – wird angestrebt.

Im Rahmen dieses Projekts führte Statistik Austria 2018/2019 eine Piloterhebung „Piloting Gender Based Violence Survey – Conducting a pilot survey on GBV at national level“ durch. Neben Österreich wurden auch in 13 weiteren Staaten der Europäischen Union Pretests und Pilotstudien durchgeführt.

Bei diesem Pilotprojekt wurden Privatpersonen in Österreich zu Gewalterfahrungen – psychische, körperliche und sexuelle Gewalt, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Stalking – befragt. Ziel der Piloterhebung war es, den von Eurostat in Zusammenarbeit mit ISTAT (Nationales Statistikamt Italien) und einer Task Force entwickelten Fragebogen, die Methodologie sowie den Erhebungsprozess zu testen. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen der Verbesserung des Instruments für die Haupterhebung dienen.

Eurostat plant die Durchführung der Haupterhebung in den Jahren 2020/2021. Für dieses Projekt wird es keine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates geben. Die Erhebung soll EU-weit im Rahmen eines Gentlemen's Agreement erfolgen. Finanzielle Mittel zur Förderung der Erhebung wurden von der Europäischen Kommission zugesichert. Statistik Austria hat im September 2019 einen Antrag eingereicht, womit eine Erhebung in den Jahren 2020/2021 in Aussicht steht.

Bereits einige aktuelle inhaltliche Ergebnisse zum Thema Gewalt und Sicherheit kann die im Jahr 2019 durchgeführte repräsentative Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte in Österreich“ bieten. Der Fragebogen der Grundrechtebefragung („Fundamental Rights Survey“) wurde in allen EU-Staaten verwendet. Es handelt sich um eine sehr breite Studie, die in ihrer Methodik nicht mit einer dezidierten Gewaltstudie vergleichbar ist. Dennoch lassen sich wesentliche Ergebnisse zum Thema Sicherheit ableiten. Die nachfolgenden Unterkapitel beruhen auf dieser Erhebung und behandeln Sicherheitsängste sowie konkret erlebte Erfahrungen mit Eigentumsdelikten, Belästigungen und Gewalt. Abschließend wird darauf eingegangen, welche Personengruppen besonders häufig betroffen sind und welches Profil die Täter und Täterinnen haben.

S.3

Sicherheit und Gewalt in Österreich – Ergebnisse aus der Grundrechtebefragung 2019

Wie viele Menschen sorgen sich um ihre Sicherheit? Gibt es Menschen, die besonders häufig von Kriminalität und Gewalt betroffen sind? Solche Fragen haben höchste Relevanz für die Lebensqualität. Trotzdem gibt es im Europäischen Statistischen System dazu nach wie vor viele Datenlücken. In der Regel werden Erhebungen der amtlichen Statistik auf Basis von speziell formulierten Rechtsgrundlagen durchgeführt. Der dafür erforderliche Prozess ist oft langwierig, insbesondere wenn es darum geht, dass sich alle EU-Staaten zu einer gemeinsamen Vorgehensweise verpflichten.

Mit der Onlinebefragung „Sicherheit und Grundrechte“ wurde in Österreich ein EU-weit neuartiger Weg beschritten. Die Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (FRA) hat Statistik Austria direkt mit der Durchführung dieser Erhebung beauftragt. Der Fragebogen der Grundrechtebefragung („Fundamental Rights Survey“) wurde in allen EU-Staaten verwendet. In einigen Mitgliedsstaaten haben Statistikämter Adressen für die Stichprobenziehung dieser Erhebung zur Verfügung gestellt. Österreich war allerdings das einzige Land, in dem die Erhebung von einem Statistikamt durchgeführt werden konnte. Die umfassende vergleichende Auswertung und Veröffentlichung erfolgt durch die EU-Grundrechteagentur nach Abschluss der Erhebungen in allen EU-Mitgliedsstaaten. Im Rahmen dieses Sonderkapitels kann Statistik Austria aber bereits vorab einige Hauptergebnisse zum Thema Sicherheit veröffentlichen. Das Thema Gewalt gegen Frauen hat dabei besondere Relevanz. Zur Ergänzung und Vertiefung sind deshalb auf jeden Fall auch die Ergebnisse der im Jahr 2012 von der EU-Grundrechteagentur durchgeführten Befragung [Violence Against Women \(FRA 2014\)](#) zu beachten, zu der es auch eine [deutsche Zusammenfassung](#) und ein interaktives [Datenvisualisierungstool](#) gibt.

Methodenhintergrund

Die Befragung „Sicherheit und Grundrechte“ wurde im April und Mai 2019 durchgeführt. Statistik Austria hat dafür eine kontrollierte Wahrscheinlichkeitsstichprobe von 3.500 Personen zwischen 16 und 74 Jahren aus dem zentralen Melderegister gezogen. Insgesamt wurden 1.233 verwertbare Fragebögen ausgefüllt.

Die Stichprobenziehung sowie die gute Beteiligung an dieser Erhebung und die Anwendung von etablierten Hochrechnungsverfahren auf Grundlage von Registerinformationen durch Statistik Austria sowie ein spezieller Datenschutz für die Befragten gewährleisten bestmögliche Datenqualität bei einer Onlinebefragung.

Im Mittelpunkt des mehr als 400 Einzelfragen umfassenden Fragebogens stehen

- Erfahrungen mit Kriminalität, Gewalt oder Belästigung;
- Diskriminierung und Korruption;
- Minderheitenrechte;
- Alltagserfahrungen (z.B. mit Behörden);
- Einstellungen zu Grundrechten;
- Datenschutz.

Für Disaggregationen der zentralen Erhebungsmerkmale wurden zahlreiche soziodemographische Merkmale erhoben einschließlich beispielsweise sexuelle Orientierung, Religionszugehörigkeit oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit.

Die thematische Breite macht diese Befragung zu einer einzigartigen Datenquelle, mit der wesentliche Lücken in der Erfassung von Lebensqualität in Österreich geschlossen werden.

Es ist bekannt, dass Menschen, die Opfer von Kriminalität werden (Viktimisierung), ihre Erlebnisse nicht immer mit anderen Menschen teilen und nicht immer offiziell melden. Je nachdem wie gut die Verbrechensaufklärung der Polizei oder Gerichte funktionieren kann auch die Kriminalitätsstatistik nur einen beschränkten Ausschnitt der Sicherheitslage bieten. Insbesondere sind internationale Vergleiche von Administrativdaten – Anzeigen, Anklagen, Verurteilungen und Inhaftierungen – nur eingeschränkt möglich. Ergänzende Befragungen zum Thema Sicherheit sind deshalb besonders wichtig, um auch die unmittelbaren persönlichen Erfahrungen erfassen zu können.

Bei Stichprobenerhebungen über Viktimisierungserfahrungen spielen unterschiedliche Kontexte und Formulierungen eine wesentliche Rolle bei der Beantwortung von Fragen zu Kriminalität.

Die wesentliche Einschränkung einer Befragung wird schon durch die Beantwortungsdauer (im Vergleich z.B. zur Dauer polizeilicher oder gerichtlicher Aufklärungsarbeit) deutlich. Rund die Hälfte der Befragten konnte den Fragebogen in weniger als einer halben Stunde vollständig beantworten. Bei der Interpretation von Befragungsergebnissen ist es daher ratsam, die Sichtweise von Kriminalitätsbetroffenen komplementär zu den Statistiken der Anzeigen und Verurteilungen zu verstehen. Im Idealfall wird damit die Erhebung vertiefender qualitativer Informationen angeregt.

Die nachstehend ausschnitthaft berichteten Ergebnisse der Grundrechtebefragung 2019 behandeln Sicherheitsängste sowie konkret erlebte Erfahrungen mit Eigentumsdelikten, Belästigungen und Gewalt. Die Grundrechtebefragung erhebt solche Kriminalitätserfahrungen in den letzten 12 Monaten, so wie auch international empfohlen wird, sowie über einen längeren Zeitraum.

Aufgrund der Stichprobengröße und weil die meisten Kriminalitätserfahrungen in Österreich verhältnismäßig selten auftreten, wird in diesem Sonderkapitel ausschließlich über Erfahrungen in den letzten fünf Jahren berichtet.

Die größere Zahl der Befragten, die darüber Auskunft geben können, ermöglicht eine etwas differenziertere Betrachtung von Bevölkerungsgruppen. Ein Nachteil eines längeren Zeitraums ist allerdings, dass sich Befragte möglicherweise nicht immer an solche Erfahrungen erinnern, die Zahl der Betroffenen in diesem Zeitraum also tendenziell unterschätzt wird. Abschließend wird in diesem Sonderkapitel darauf eingegangen, welche Personengruppen besonders häufig betroffen sind und welches Profil die Täter und Täterinnen haben sowie die Rückwirkung von Kriminalitätserfahrungen auf Sicherheitsängste und Alltagseinschränkungen.

Hinweis zur statistischen Schwankungsbreite der Ergebnisse

Die Stichprobe der Grundrechtebefragung ist deutlich kleiner als sonst bei Befragungen von Statistik Austria üblich.

Da die Anzahl an Beobachtungen vergleichsweise gering ist, sind Ergebnisse für Teilgruppen der Bevölkerung in diesem Bericht gerundet, bzw. nur grafisch wiedergegeben.

Messungenauigkeiten (z.B. durch die Definition, Erinnerungslücken oder Formulierung der Fragen) können bedeutsamer sein als die Stichprobengröße.

Beispielhaft ablesen lässt sich die Größenordnung der jeweiligen Fallzahlen der Stichprobe und der daraus bedingten Schwankungsbreite an den jeweiligen Schätzwerten für den Bevölkerungsanteil (16- bis 74-Jährige), der in den letzten 5 Jahren von ausgewählten Sicherheitsproblemen betroffen waren (95% Vertrauenswahrscheinlichkeit):

- Angezeigte Gewalterfahrungen mit körperlichen Verletzungen: 1,5% ± 0,7%-Punkte, (n = 18);
- Gewalterfahrungen mit körperlichen Verletzungen: 5,5% ± 1,3%-Punkte, (n = 75);
- Einbruchsdiebstahl: 10,4% ± 1,8%-Punkte, (n = 124);
- Gewalterfahrungen (insgesamt): 12,8% ± 2,0%-Punkte, (n = 169);
- Letzter Vorfall von Belästigung war sexueller Art (Frauen): 8,8% ± 2,3%-Punkte, (n = 64);
- Anstößige oder bedrohliche Äußerungen (insgesamt): 48,0% ± 3,1%-Punkte, (n = 598);
- Gewalterfahrungen (Männer unter 30 Jahren): 35,8% ± 8,0%-Punkte, (n = 63).

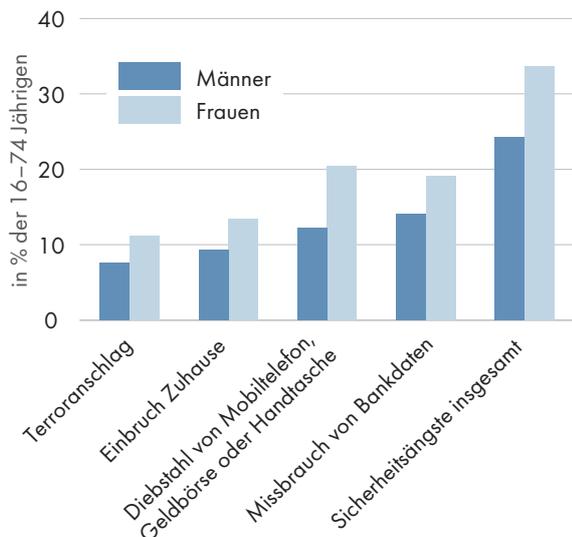
Einschränkungen von Lebensqualität durch Sicherheitsängste

Sicherheitsängste verringern die alltägliche Lebensqualität. In der Grundrechtebefragung 2019 wurden Sicherheitsängste durch mehrere Fragen gemessen. Bei allen hier berücksichtigten Themen sind die Sicherheitsängste von Frauen deutlich größer als jene der Männer.

Insgesamt ist ungefähr jeder vierte Mann bzw. jede dritte Frau unter den 16- bis 74-Jährigen sehr besorgt über zumindest eines von vier konkreten Sicherheitsrisiken. Am häufigsten ist die Angst vor Missbrauch von Bankdaten, also bei Onlinekonten, Banken oder Kreditkarten. Ähnlich häufig ist die Sorge vor Taschendiebstahl oder Einbruch. Immerhin rund 11% der Frauen bzw. 8% der Männer sind sehr besorgt, Opfer eines Terroranschlags zu werden (Grafik S.2).

Grafik S.2

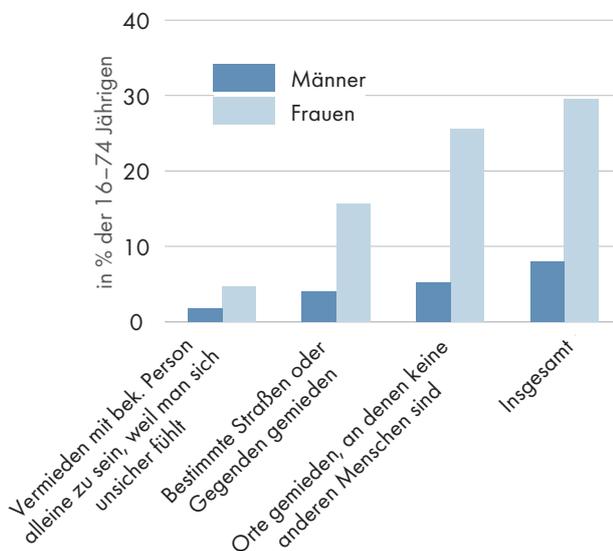
Konkrete Sicherheitsängste für die nächsten 12 Monate (sehr starke Besorgnis)



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Grafik S.3

In den letzten 12 Monaten oft oder ständig Sicherheitsrisiken aus Angst vor körperlichen oder sexuellen Übergriffen und Belästigungen vermieden



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Neben der Besorgnis über ausgewählte Sicherheitsrisiken wurde auch gefragt, wie häufig es in den letzten 12 Monaten vorkam, dass man bestimmte Orte oder Personen aus Angst vor körperlichen oder sexuellen Übergriffen oder Belästigungen gemieden hat. Aus den Antworten wird deutlich, wie sich konkrete Sicherheitsängste als Einschränkungen in der täglichen Lebensführung bemerkbar machen können. Gerade bei diesen Fragen zeigt sich die

besondere Bedeutung von Sicherheitsängsten für Frauen. Fast 30% der Frauen aber nur 8% der Männer vermeiden ständig oder zumindest oft Menschen oder Orte, wenn sie sich nicht sicher fühlen. Unter den drei hier aufgelisteten Sicherheitsängsten ist die vor verlassenem Orten am größten. Rund 25% der Frauen meiden regelmäßig Orte wie verlassene Parks oder Parkplätze. Mit rund 15% deutlich geringer ist der Anteil der Frauen, die ständig oder häufig bestimmte Straßen oder Gegenden meiden. Sicherheitsängste gegenüber bestimmten Personen werden immerhin von knapp 5% der Frauen genannt.

In diesem Zusammenhang ist allerdings zu beachten, dass Frauen objektiv besonders stark in privaten Wohnräumen bedroht werden und sich dort stattfindenden Gewalthandlungen oft nur schwer entziehen können (siehe z. B. Grafik S.16). Keine der angeführten Sicherheitsängste wurde hingegen von mehr als 5% der Männer genannt.

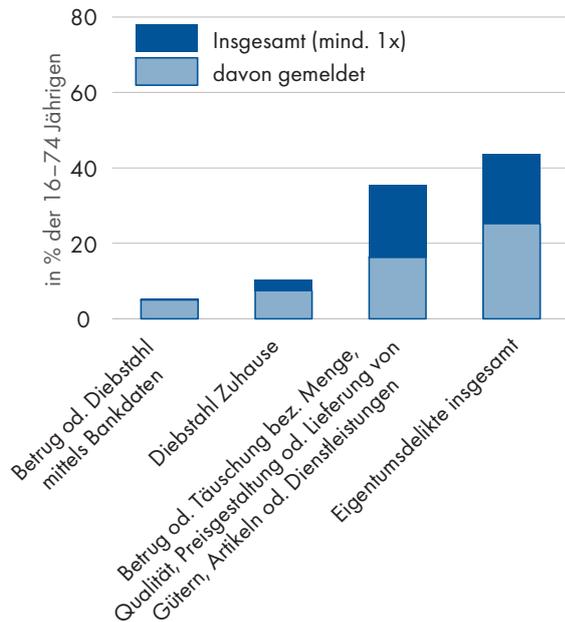
Betroffenheit von Eigentumsdelikten

Die Ergebnisse der Grundrechtebefragung belegen, dass nicht nur Ängste, sondern auch Erfahrungen mit Eigentumsdelikten deutlich weiter verbreitet sind als durch die Anzeigenstatistik anzunehmen wäre.

In den letzten fünf Jahren wurden 43,6% der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren zumindest einmal Opfer von Betrug oder Diebstahl. Hochgerechnet sind das immerhin rund 2,9 Millionen Menschen. Nachgefragt wurde ob – falls es mehrere Vorfälle gab – der jeweils letzte davon bei der Polizei gemeldet wurde. Demnach wäre beinahe die Hälfte aller Vorfälle gar nicht gemeldet worden. Es kann allerdings sein, dass ein früherer Vorfall gemeldet wurde. Insbesondere Delikte wie Betrug beim Kauf von Gütern oder Dienstleistungen dürften nur selten gemeldet werden. Die Zahl der Personen, die sich um ihr Recht betrogen gefühlt haben (2,3 Millionen Menschen bzw. 35,4%), liegt etwa doppelt so hoch wie die Zahl der Personen, die dies auch gemeldet bzw. zur Anzeige gebracht haben (1,1 Millionen Menschen bzw. 16,3%).

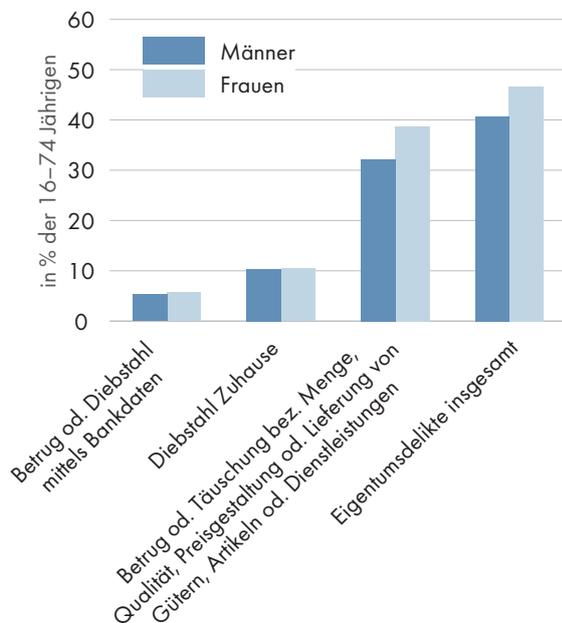
Selbst bei Einbruchdiebstahl ist von einer Dunkelziffer auszugehen. Laut der Grundrechtebefragung haben rund 680.000 Personen (10,4%) zumindest einmal in den letzten fünf Jahren einen Einbruchdiebstahl erlebt. Etwa drei von vier betroffenen Personen (500.000 Menschen) haben den jeweils letzten solchen Vorfall tatsächlich angezeigt bzw. gemeldet. Die Art des Diebstahls ist in dieser Frage nicht näher qualifiziert und kann daher den Fahrraddiebstahl aus dem Keller ebenso umfassen wie einen Raubüberfall in der eigenen Wohnung. Bei Betrugsfällen in Zusammenhang mit Bankdaten ist davon auszugehen, dass hier nahezu alle Fälle bekannt werden. Insgesamt waren rund 360.000 Menschen (5,4%) von Betrug oder Diebstahl mittels Bankdaten betroffen (Grafik S.4).

Grafik S.4
Betroffenheit von Eigentumsdelikten in den letzten 5 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich. Meldung bezieht sich auf das jeweils letzte Ereignis.

Grafik S.5
Betroffenheit von Eigentumsdelikten in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Der Anteil der Männer und Frauen, die in den letzten fünf Jahren Opfer eines konkreten Eigentumsdeliktes

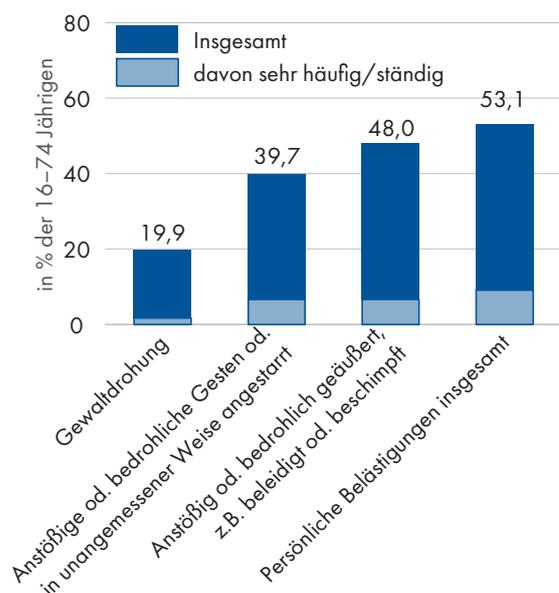
wurden, ist annähernd gleich. Auffallend ist, dass etwa Diebstahl bzw. Missbrauch von Bankdaten zwar große Besorgnis hervorruft, aber vergleichsweise selten tatsächlich erlebt wurde.

Betroffenheit von persönlichen Belästigungen

Neben Bedrohungen gegen Hab und Gut wird das Sicherheitsempfinden auch durch verschiedene Formen von persönlicher Belästigung beeinträchtigt. In Österreich ist jede(r) Zweite davon betroffen.

Die Grundrechtebefragung enthält drei Fragen zu Beleidigungen, Drohungen oder Gesten. In den letzten fünf Jahren haben 3,5 Millionen Menschen bzw. mehr als die Hälfte der Bevölkerung zwischen 16 und 74 Jahren (53,1%) zumindest einmal eine dieser drei Belästigungen erlebt. Darunter sind 603.000 Menschen (9,1%), die diese Belästigungen öfter als zehn Mal erlebt haben. Mit rund 3,2 Millionen Betroffenen (48,0%) sind verbale Beleidigungen bzw. Beschimpfungen die häufigste Form der Belästigung. Insgesamt wurden 2,6 Millionen Menschen (39,8%) durch Gesten oder Blicke belästigt. Den zuletzt genannten Belästigungsformen sind 437.000 Menschen (6,6%) sehr häufig bis andauernd ausgesetzt. Gewaltdrohungen sind mit 1,3 Millionen Betroffenen deutlich seltener: Etwa jede bzw. jeder Fünfte (19,9%) wurde in den letzten fünf Jahren bedroht. Darunter sind auch 111.000 Personen (1,7%), die Gewaltdrohungen öfter als zehn Mal erlebt haben.

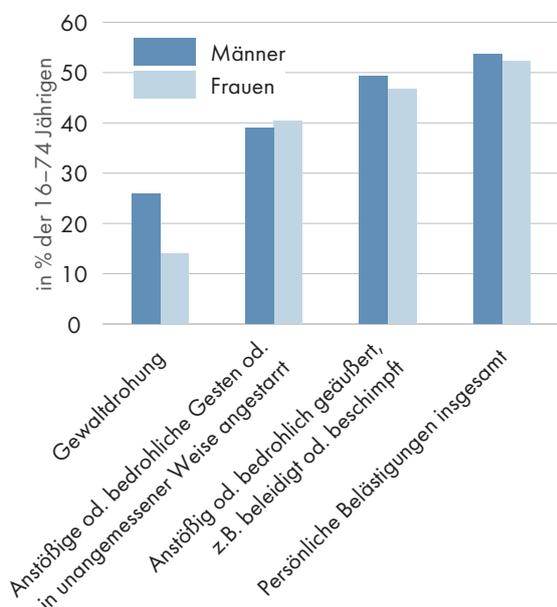
Grafik S.6
Betroffenheit von persönlicher Belästigung in den letzten 5 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Im Allgemeinen sind genauso viele Frauen wie Männer den hier angeführten Belästigungen ausgesetzt. Dieses Ergebnis gilt ungeachtet der Häufigkeit oder des Zeitraums, über den berichtet wird. Bei der Interpretation ist allerdings zu betonen, dass die Grundrechtebefragung nicht darauf ausgerichtet ist, die für Männer und Frauen jeweils spezifischen Formen der Belästigung detailliert zu erfassen. Beispielsweise zeigt sich, dass Gewaltdrohungen von Männern deutlich häufiger genannt werden, während Frauen besonders häufig von sexueller Belästigung betroffen sind (siehe auch Grafik S.10). Die drei hier verwendeten Fragen über Belästigungen erlauben jedenfalls keine umfassende Analyse geschlechtsspezifischer Belästigungen und Gewalterfahrungen.

Grafik S.7
Betroffenheit von persönlicher Belästigung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

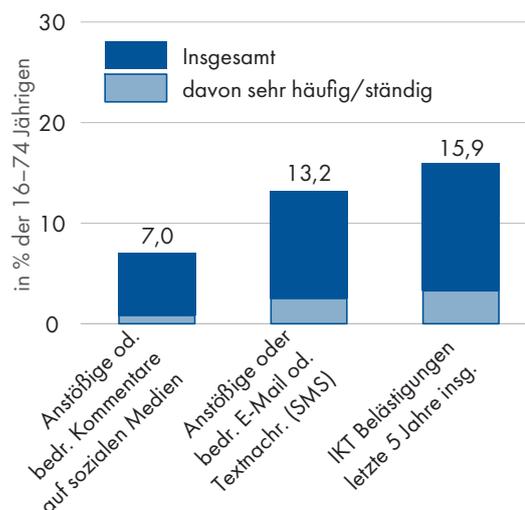
Belästigungen durch Textnachrichten oder über soziale Medien

In den letzten Jahren sind neue Formen der Belästigung über Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) entstanden. Auch dazu liefert die österreichische Grundrechtebefragung erstmals ein bevölkerungsrepräsentatives Bild. Demnach war etwa jede(r) Sechste in Österreich von Belästigungen per E-Mail bzw. Textnachrichten oder über soziale Medien betroffen.

Laut Grundrechtebefragung waren mehr als 1 Million Menschen (15,9%) in den letzten fünf Jahren einer dieser

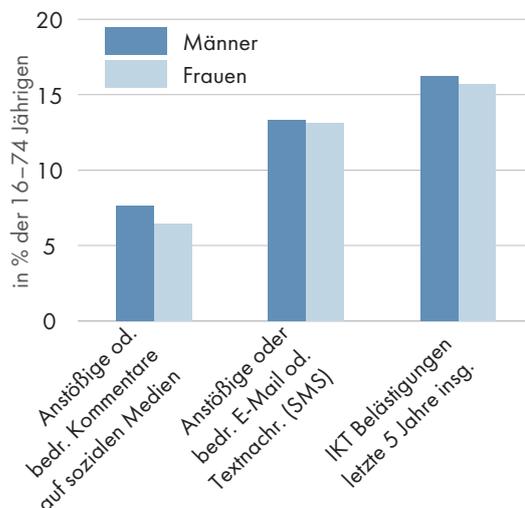
beiden Belästigungen ausgesetzt, wobei das bei immerhin 217.000 Menschen (3,3%) häufiger als zehnmals vorkam (Grafik S.8). Weiters haben 874.000 (13,2%) negative Erfahrungen mit persönlichen E-Mails oder Textnachrichten gemacht, darunter 167.000 Menschen (2,5%) sogar sehr häufig. Darüber hinaus waren 466.000 Menschen (7%) bereits einmal Opfer von anstößigen oder bedrohlichen Kommentaren im Internet, darunter 54.000 (0,8%) sogar sehr häufig. Männer und Frauen sind etwa gleich oft von den genannten Belästigungen betroffen (Grafik S.9).

Grafik S.8
Betroffenheit von Belästigung durch Textnachrichten oder soziale Medien in den letzten 5 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Grafik S.9
Belästigung mittels Kommunikationstechnologien in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

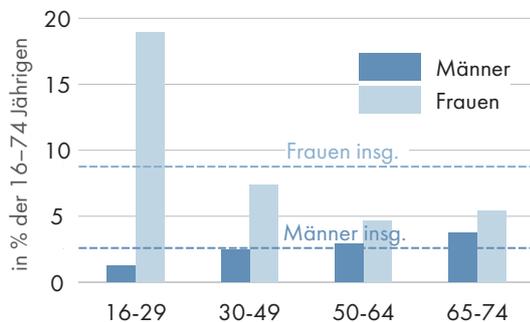
War der letzte Vorfall sexueller Art?

Sowohl die persönlichen Belästigungen als auch Belästigungen mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologien können in unterschiedlichen Kontexten wahrgenommen werden. Im Fragebogen wurde deshalb im Anschluss an diese Fragen nachfragt, ob es sich um eine Belästigung sexueller Art gehandelt hat. Betroffen sind davon fast ausschließlich Frauen.

Wesentlich für die korrekte Interpretation ist, dass durch den Bezug auf den jeweils zuletzt erlebten Vorfall nur ein Teil aller sexuellen Belästigungen gezählt wird. Somit wird die Gesamtbetroffenheit durch die Art der Fragestellung damit zwangsläufig unterschätzt.

Entsprechend dieser eingeschränkten Fragestellung wäre nahezu jede fünfte Frau in der Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren in den letzten fünf Jahren zumindest einmal von sexueller Belästigung betroffen. Bei Männern ist der Anteil hingegen kaum statistisch nachweisbar. Mit dem Alter werden sexuelle Belästigungen seltener (Grafik S.10). Insgesamt war der letzte Vorfall von Belästigung bei knapp 9% der Frauen bzw. etwa 3% der Männer zwischen 16 und 74 Jahren sexueller Art.

Grafik S.10
Betroffenheit von sexueller Belästigung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Vergleichsdaten zeigen, wie stark das Ausmaß von sexuellen Belästigungen durch die Art der Fragestellung der Grundrechtebefragung unterschätzt wird. Anstatt nur auf den letzten Vorfall von Belästigung, zielte die 2011 durchgeführte Prävalenzstudie des ÖIF darauf ab, die Zahl der insgesamt Betroffenen möglichst genau zu ermitteln. Im Unterschied zur Grundrechtebefragung wurden sexuelle Belästigungen direkt angesprochen – wie beispielsweise Berührungen, Küsse, ungewünschte körperliche Nähe, sexuell belästigendes Ansprechen, Nachpfeifen usw. Obwohl sich die Frage auf einen kürzeren Zeitraum (3 Jahre) bezog, wurde ein mehr als dreimal so hoher Anteil an Betroffenen gemessen wie in der Grundrechtebefragung (Kapella et al. 2011 S. 27).

In ähnlicher Weise nutzte die Violence Against Women Studie der Grundrechteagentur eine Liste von 11 explizi-

ten Beispielen für sexuelle Belästigung. Für einen Zeitraum von lediglich 12 Monaten lag die Zahl der Betroffenen beinahe doppelt so hoch wie in der Grundrechtebefragung. Insgesamt war demnach in Österreich jede Dritte Frau seit ihrem 15. Lebensjahr zumindest einmal von sexueller Belästigung betroffen. Die Sensitivität der Fragestellung zeigt sich daran, dass diese Quote zwischen 29% und 35% lag, je nachdem ob 6 oder 11 Einzelfragen zur sexuellen Belästigung berücksichtigt wurden (FRA 2014 S 99-100).

Betroffenheit durch Gewalt

Die Reduktion von Gewaltverbrechen ist eine zentrale Zielvorgabe (Unterziel 16.1 sowie in Bezug auf Gewalt gegen Frauen: Unterziele 5.2 und 5.3) der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Laut Grundrechtebefragung waren 846.000 Menschen in den letzten 5 Jahren zumindest einmal von einer Gewalthandlung betroffen.

In Österreich wurden insbesondere in Bezug auf die sogenannte häusliche Gewalt rechtliche Voraussetzungen für einen raschen und effizienten Schutz von Opfern geschaffen. Die Gesetze umfassen polizeilichen und zivilrechtlichen Schutz, strafrechtliche Maßnahmen sowie Opferrechte. Schutz vor Gewalt erhält jede Person, die sich in Österreich aufhält, unabhängig von Herkunft und Staatsbürgerschaft. Das Gewaltschutzgesetz (Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie, BGBl. Nr. 759/1996) gilt seit mehr als 20 Jahren. Es ermächtigt die Polizei zum Beispiel, einen Gefährder bzw. eine Gefährderin aus der Wohnung, in der die gefährdete Person lebt, wegzuweisen und mit einem Betretungsverbot zu belegen. Die gefährdete Person hat zudem die Möglichkeit, einen Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung bei Gericht zu stellen. Und schließlich gibt es in jedem Bundesland ein Gewaltschutzzentrum bzw. eine Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie zur umfassenden Unterstützung gefährdeter Personen.

Wiederholte Befragungen könnten Fortschritte durch diese und ähnliche Maßnahmen messbar machen. Aber auch einmalig durchgeführte Datenerhebungen wie die Grundrechtebefragung können zumindest dazu beitragen, Probleme in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und Schwerpunkte für entsprechende Präventivmaßnahmen zu entwickeln. Die hier gezeigten Befragungsergebnisse zeigen beispielsweise, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend in privaten Wohnräumen stattfindet (siehe Grafik S.16). Dadurch kann sichtbar werden, was sonst der öffentlichen Wahrnehmung nicht zugänglich wäre.

Die Grundrechtebefragung belegt zum Beispiel die sonst vielleicht unbemerkte oder verdrängte Tatsache, dass Gewalt im häuslichen Bereich quer durch alle sozialen Schichten verbreitet ist.

Zu beachten ist dabei immer auch die Art und der Kontext der Befragung. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich Personen daran erinnern, in der Vergangenheit von Gewalt betroffen gewesen zu sein, hängt zum Beispiel auch davon ab, ob und welche Beispiele an möglichen Gewalterfahrungen abgefragt werden. Entscheidend ist auch, ob die befragte Person Konsequenzen für sich selbst oder andere Personen befürchtet. Negative Konsequenzen durch die Befragung müssen unter allen Umständen vermieden werden. Insbesondere soll durch die Befragung kein Anlass für Gewalthandlungen durch Gewalttäter bzw. Gewalttäterinnen im selben Haushalt entstehen und auch keine psychische Retraumatisierung ausgelöst werden.

Bei der Grundrechtebefragung wurde in Österreich auf den Einsatz von Interviewern und Interviewerinnen verzichtet; die Erhebung wurde online durchgeführt. Einerseits können Befragte dadurch selbst bestimmen, wann und was sie unbeeinflusst von Dritten beantworten möchten. Gleichzeitig fehlt durch diese anonyme Durchführungsform jedoch die Möglichkeit zur Erläuterung der Fragen und wenn nötig Unterstützung für von Gewalt akut betroffene Personen.

Die Grundrechtebefragung ist keine explizite Gewaltstudie. Umfassendere und differenziertere Fragen zu diesem Thema bietet der [Violence Against Women Survey](#) der Europäischen Agentur für Grundrechte.

Die Beschreibung von Gewalterfahrungen beschränkt sich auf die Häufigkeit, den Ort und einige psychische und körperliche Folgen sowie auf Unterstützung durch Polizei oder andere Organisationen. Die Täterbeschreibung verzichtet auf eine explizite Frage, ob Gewalt vom

Partner bzw. der Partnerin ausgeht. Antworten können sich daher auf Gewalterfahrungen von vollkommen unterschiedlicher Art beziehen. Dazu zählen Gewalterfahrungen in der Familie, mit Nachbarn oder Berufskollegen ebenso wie Raufhandel auf offener Straße, eine Vergewaltigung oder andauernder Missbrauch bis hin zum Mordversuch. Die Grundrechtebefragung handelt somit unterschiedliche Intensitäten von Gewalt tendenziell gleichwertig ab.

Die folgenden Auswertungen beziehen sich immer auf Antworten, die auf vier Fragen zu Gewalthandlungen unterschiedlicher Art gegeben wurden (siehe Grafik S.11).

Diese Fragen bilden einen Ausschnitt möglicher Gewalterfahrungen ab. Wesentlich umfassendere Listen wurden beispielsweise im Violence Against Women Survey oder im Fragebogen der im Jahr 2011 durchgeführten Prävalenzstudie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) verwendet.

Laut Prävalenzstudie 2011, die insgesamt 19 Gewaltformen aufzählte, wäre nahezu jede sechste Person in den vergangenen drei Jahren von einer dieser 19 Gewaltformen betroffen. Die ÖIF Studie zeigte, dass die Gewalterfahrungen von Männern und Frauen sehr unterschiedlicher Art sind. Das gilt insbesondere für die wahrgenommene Intensität und Bedrohlichkeit sowie Regelmäßigkeit und den daraus entstehenden psychischen Folgen.

Die Größenordnung der spezifischen Gewalt gegen Frauen erhob der Violence Against Women Survey anhand von neun Fragen zu allgemeinen Gewalterfahrungen und vier spezifischen Fragen zu sexueller Gewalt. Nach der heute unter Fachleuten weithin anerkannten Einschätzung hat in Österreich zumindest jede fünfte Frau im Laufe ihres Lebens (ab 15 Jahren) zumindest einmal Gewalt oder sexuelle Gewalt erlebt (FRA 2014 S. 28).

Grafik S.11

Bildschirmdarstellung der Fragen nach Gewalterfahrungen in den letzten fünf Jahren

Denken Sie bei den nächsten Fragen bitte sowohl an Unbekannte als auch an **alle Personen**, die Sie kennen, einschließlich Bekannte, Kollegen und Kolleginnen, Familienmitglieder oder Verwandte.

In den letzten fünf Jahren, wie oft hat jemand die folgenden Dinge getan?

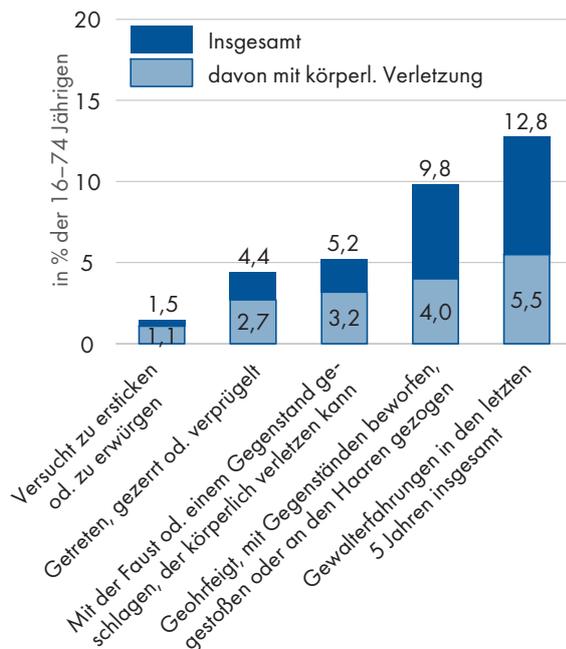
	Nie	Einmal	Zweimal	Drei- bis fünfmal	Sechs- bis zehnmal	Öfter als zehnmal	Ständig
Sie gehohlet, mit Gegenständen beworfen, Sie gestoßen oder an den Haaren gezogen	<input type="radio"/>						
Sie mit der Faust oder einem Gegenstand geschlagen, der Sie körperlich verletzen kann	<input type="radio"/>						
Sie getreten, an Ihnen gezerrt oder Sie verprügelt	<input type="radio"/>						
Versucht Sie zu ersticken oder zu erwürgen	<input type="radio"/>						

Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Die vier Fragen der aktuellen Grundrechtebefragung ergeben allerdings einen etwas geringeren Anteil an Gewaltbetroffenen. Demnach ist von rund 846.000 Menschen (12,8%) auszugehen, die in den letzten fünf Jahren zumindest einmal persönlich von einer der oben angeführten vier Gruppen von Gewalthandlungen betroffen waren.

Manche Gewaltformen werden häufiger genannt als andere. Zum Beispiel waren laut Grundrechtebefragung 649.000 Menschen (9,8%) betroffen von Ohrfeigen, Bewerfung mit Gegenständen, Stoßen oder Haareziehen. Etwa halb so groß ist die Zahl der Personen, die mit der Faust oder einem Gegenstand geschlagen wurden (344.000 Menschen bzw. 5,2%) bzw. getreten oder verprügelt wurden (291.000 Menschen bzw. 4,4%). Immerhin gaben 1,5% der Befragten (hochgerechnet wären das rund 97.000 Menschen) an, dass jemand versucht hat sie zu ersticken oder zu erwürgen (Grafik S.12).

Grafik S.12
Betroffenheit von Gewalt in den letzten 5 Jahren

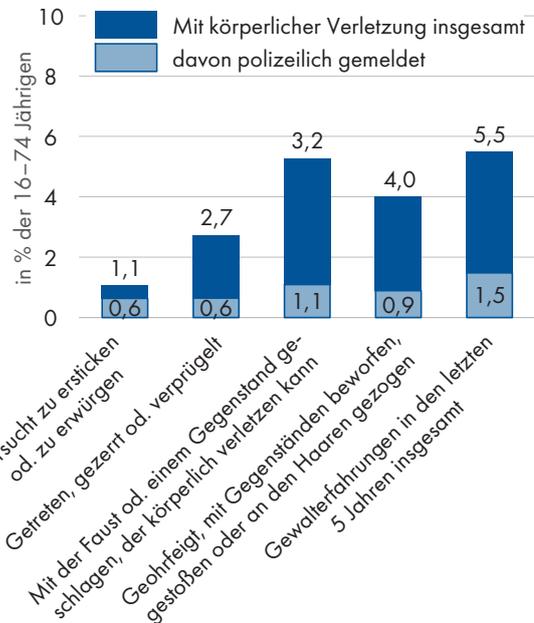


Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Die hier nur sehr grob eingegrenzten Gewalterfahrungen können nach unterschiedlichen Kriterien näher qualifiziert werden. Insbesondere konnten Befragte auch angeben, ob der letzte derartige Vorfall zu körperlichen Verletzungen geführt hat. Von jenen 12,8% der Bevölkerung, die in den letzten fünf Jahren Gewalt erlitten haben, hatte etwa die Hälfte (5,5% der Bevölkerung) beim letzten Vorfall auch eine körperliche Verletzung davongetragen. Es

gab mehrere Antwortmöglichkeiten, von denen hauptsächlich Prellungen und Kratzer genannt wurden. Schwere Verletzungen wie Brüche, Kopf- oder innere Verletzungen wurden extrem selten genannt (unter 1%).

Grafik S.13
Betroffenheit von Gewalt mit Verletzungsfolgen in den letzten 5 Jahren



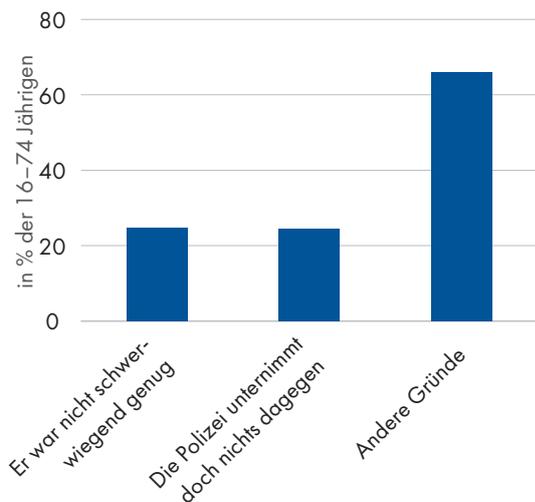
Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich. Die polizeiliche Meldung bezieht sich auf das jeweils letzte Ereignis.

Wie bereits bei Eigentumsdelikten zeigt sich eine Dunkelziffer gegenüber den polizeilich gemeldeten Vorfällen. Etwa 73% der Gewaltbetroffenen (266.000 Personen bzw. 4% der Bevölkerung) haben den jeweils letzten Vorfall, der zu einer Verletzung geführt hat, nicht bei der Polizei gemeldet. Sollte diese Gewalterfahrung mehrmals erlebt worden sein, ist es allerdings möglich, dass ein früherer Vorfall angezeigt worden ist. Der Anteil polizeilich nicht gemeldeter Gewalterfahrungen ist deshalb eventuell etwas überschätzt. Allerdings ist davon auszugehen, dass selbst bei besonders schweren Gewaltformen nicht alle Vorfälle bei der Polizei gemeldet werden.

Aufgrund der verhältnismäßig geringen Fallzahl sind Antworten darauf, warum dies nicht erfolgt ist, nur mit Vorsicht interpretierbar. Zu den wichtigsten Gründen zählt, dass der Vorfall nicht schwerwiegend genug war. Etwa ein Viertel der Betroffenen hat kein ausreichendes Vertrauen zur Polizei bzw. zweifelt daran, dass die Polizei etwas dagegen tun könnte. Etwa zwei Drittel der Betroffenen nannte verschiedene andere Gründe oder fand es zu umständlich oder zu aufwendig, Anzeige zu erstatten.

Grafik S.14

Gründe, warum Körperverletzung nicht bei der Polizei gemeldet wurde



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019. Mehrfachantworten möglich.

Neben Prellungen und Kratzern hinterlassen Gewalterlebnisse vor allem auch psychische Folgen. Von den 846.000 Personen mit Gewalterfahrungen in den letzten fünf Jahren litt rund die Hälfte in der Folge an zumindest einer nicht rein körperlichen Beeinträchtigung. Die häufigsten Formen solcher Beeinträchtigungen sind das Gefühl der Schutzlosigkeit (rund 25% aller Gewaltbetroffenen) und Verlust des Selbstvertrauens (rund 22%). Für den Fall, dass in den letzten fünf Jahren mehr als einmal Gewalt erlebt wurde, sind diese Angaben jeweils auf den letzten Vorfall bezogen. Es wird also hier nur ein Teil von sämtlichen psychischen Gewaltfolgen erfasst.

Während das Ausmaß körperlicher Verletzungen in Folge von Gewalt gegen Frauen annähernd vergleichbar mit den körperlichen Gewaltfolgen für Männer ist, treten die angeführten psychischen Folgen bei Frauen zwei bis drei Mal häufiger auf als bei Männern. Insgesamt waren 167.000 Männer aber 237.000 Frauen von teilweise lang anhaltenden seelischen Folgen betroffen. Beispielsweise werden Panikattacken von rund 4% der gewaltbetroffenen Männer (18.000 Personen) aber nahezu 14% der gewaltbetroffenen Frauen (51.000 Personen) erlebt. Knapp 9% der Männer (40.000 Personen) haben nach einer Gewalterfahrung Angstzustände, während dies auf nahezu 30% der Frauen (114.000) mit Gewalterfahrungen zutrifft.

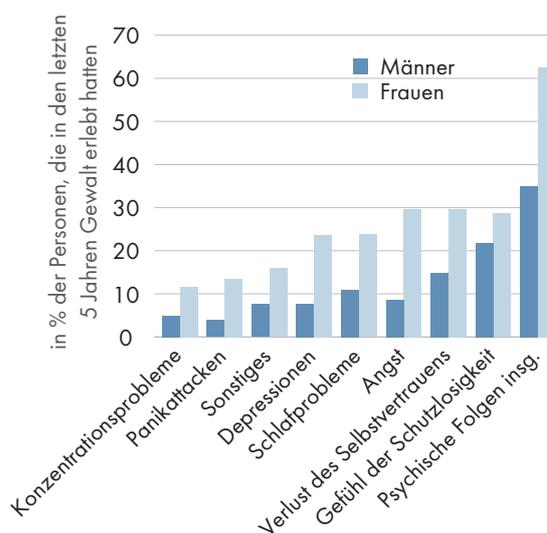
Dass Frauen nach einer Gewalterfahrung häufiger Angstzustände erleben, lässt darauf schließen, dass die spezifischen Gewalterfahrungen von Frauen oft noch bedrohlicher erlebt werden als jene von Männern. Das kann auch in Zusammenhang damit gesehen werden, dass Gewalt gegen Frauen überwiegend in privaten Räumen stattfindet (siehe Grafik S.16). Viele Frauen versuchen zumindest, Sicherheitsrisiken an öffentlichen Plätzen dadurch

zu reduzieren, dass sie jene Orte meiden, an denen keine anderen Menschen sind (siehe Grafik S.3). Im Gegensatz dazu haben Frauen im eigenen häuslichen Kontext nur wenig Chancen, sich selbst aktiv einer Gewaltsituation zu entziehen und sind stark auf präventiven Gewaltschutz von Außen angewiesen.

Laut der Selbsteinschätzung im Fragebogen der Grundrechtebefragung waren insgesamt 126.000 Menschen (darunter 90.000 Frauen) in Folge einer Gewalterfahrung in den letzten fünf Jahren von Depressionen betroffen (8% der gewaltbetroffenen Männer bzw. 24% der gewaltbetroffenen Frauen). Ein Vergleich mit Daten zur Häufigkeit psychischer Symptomatik in der Gesamtbevölkerung zeigt, dass psychische Folgen von Gewalterfahrungen eine relevante Größenordnung für die entsprechende Gesundheitsversorgung darstellen. Beispielsweise hatten laut der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2014 (ATHIS) insgesamt 1,2 Millionen Menschen zwischen 16 und 74 Jahren zumindest eine minimale depressive Symptomatik gemäß Patient Health Questionnaire (PHW-8) in den letzten 12 Monaten (Statistik Austria 2015). Bei etwa einem Viertel bzw. rund 300.000 Menschen war die Symptomatik zumindest als milde bis schwer einzustufen. Der Depressionsbericht des BMASGK (2019) geht auf Grundlage des ATHIS 2014 von rund 415.000 diagnostizierten Betroffenen aus und unterstreicht dabei die Rolle von Gewalterfahrungen für Entstehung und Verlauf dieser Erkrankung.

Grafik S.15

Psychische Folgen eines Gewalterlebnisses bei Männern und Frauen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mehrfachnennungen möglich.

Von den hier berichteten seelischen Folgen ist das Gefühl der Schutzlosigkeit jenes, bei dem der geringste Unterschied zwischen Männern (rund 22%) und Frauen (rund 29%) nach einer Gewalthandlung besteht.

Wer ist laut Grundrechtebefragung von Gewalt betroffen?

Spätestens seit Inkrafttreten der Istanbulkonvention im Jahr 2014 ist besonders die Gewalt gegen Frauen in den internationalen Fokus gerückt. Der vorige Abschnitt zeigte bereits, dass sich die spezifischen Folgen von Gewalt gegen Frauen deutlich abheben und die Lebensqualität besonders gravierend beeinträchtigen. Um diesem Thema gerecht zu werden ist es notwendig, speziell auf die für Frauen spezifischen Gewalterfahrungen einzugehen. Von den insgesamt rund 379.000 Frauen mit Gewalterfahrungen in den letzten fünf Jahren waren 242.000 – also etwa zwei Drittel – von Gewalt in den eigenen vier Wänden oder einer anderen Privatwohnung betroffen. Dazu gehört auch die sogenannte häusliche Gewalt zwischen Partnern und Partnerinnen. Weil Gewalterfahrungen in Privaträumen häufig der öffentlichen Wahrnehmung entzogen bleiben, ist Aufklärungs- und Präventionsarbeit in diesem Bereich besonders wichtig.

Laut Grundrechtebefragung waren in den letzten fünf Jahren rund 326.000 Menschen von Gewalt in Privaträumen betroffen. Davon waren 242.000 Frauen (74%). Frauen sind also die überwiegend Betroffenen bei dieser Form von Gewalt.

Die Analyse der Betroffenenquoten (siehe Grafik S.17) zeigt, dass rund 7% aller Frauen zwischen 16 und 74 Jahren in den letzten fünf Jahren Gewalt in privaten Wohnräumen erlebt haben. Die Quote war bei Männern nicht einmal halb so groß (rund 3%). Besonders stark betroffen sind Frauen in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen (rund

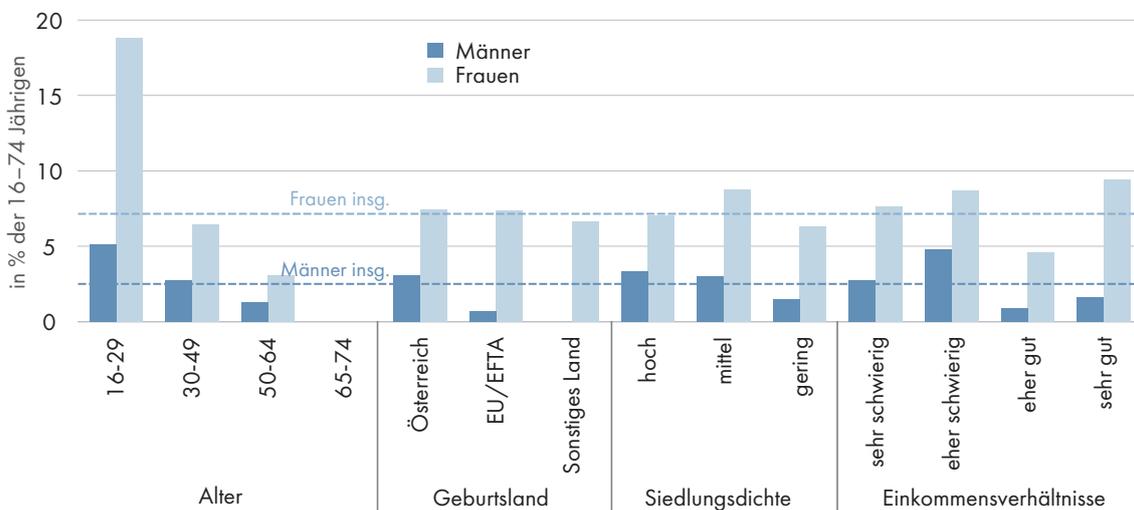
19%). Gewalterfahrungen nehmen bei Frauen und Männern mit dem Alter ab. Ansonsten sind Frauen in allen hier berücksichtigten Bevölkerungsgruppen annähernd gleich stark von Gewalt betroffen.

Die Grundrechtebefragung ist keine ausdrückliche Gewaltstudie und jedenfalls nicht spezifisch auf die Erfassung von Gewalt gegen Frauen ausgerichtet. Zu diesem Thema sind ergänzend jedenfalls auch die entsprechenden vertiefenden Analysen des Violence Against Women Survey zu beachten. Diese frühere Studie der Grundrechteagentur zeigte beispielsweise, dass Gewalt und sexuelle Belästigung EU-weit vor allem von Frauen in höheren Bildungsschichten (FRA 2014 S. 109) und beruflichen Positionen (FRA 2014 S. 111) erlebt wird. Übereinstimmend damit zeigt die Grundrechtebefragung, dass die Gewaltbetroffenheit von Frauen in besseren Einkommensverhältnissen besonders hoch ist. Im Unterschied dazu nimmt der Anteil der Männer mit Gewalterfahrungen eher ab, je höher das Einkommen ist. Frauen (rund 9%) in der höchsten Einkommensgruppe erleben häufiger Gewalt als Männer (knapp 2%) in dieser Einkommensschicht.

Gewalt in privaten Räumen ist die bei Frauen deutlich vorherrschende Form von Gewalt. Sicherheitsempfinden und Lebensqualität werden neben häuslicher Gewalt auch von Gewalterfahrungen im öffentlichen Raum geprägt. Von den insgesamt 846.000 Gewaltbetroffenen (12,8% der Bevölkerung) waren 473.000 Personen (7,1% der Bevölkerung) von Gewalt an öffentlich zugänglichen Orten, also zum Beispiel auf der Straße, am Arbeitsplatz oder in der Schule betroffen. Bei dieser Gewaltform ist das Geschlechterverhältnis umgekehrt. Nahezu drei Viertel der Personen, die in den letzten fünf Jahren von Gewalt an öffentlichen Orten betroffen waren, sind Männer (348.000 Personen). Weitere 47.000 Personen waren im Ausland von Gewalt betroffen. Die nähere Untersuchung dieser spezifischen Gewalterfahrungen würde den Rahmen dieses Kapitels jedoch sprengen.

Grafik S.16

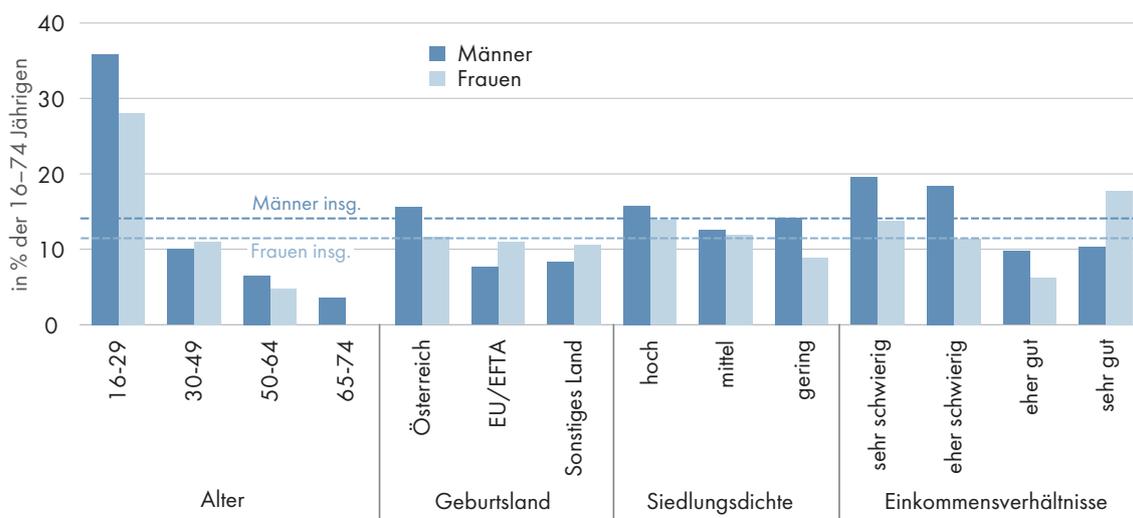
Gewalterfahrungen in privaten Wohnräumen während der letzten 5 Jahre



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Grafik S.17

Profil der insgesamt in den letzten 5 Jahren von Gewalterfahrungen Betroffenen



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Für die nachfolgende Gesamtbetrachtung (siehe Grafik S.17) werden die bereits gezeigten Gewalterfahrungen in privaten Wohnräumen gemeinsam mit den Erfahrungen an öffentlich zugänglichen Orten berücksichtigt. Demnach waren laut Grundrechtebefragung rund 14% der Männer und rund 11% der Frauen von Gewalt innerhalb der letzten fünf Jahre betroffen. Dies resultiert unmittelbar daraus, dass mehr Gewalt berichtet wird, die an öffentlichen Orten stattfindet und diese Form von Gewalt (einschließlich z. B. Raufhandel) vorwiegend von Männern erlebt wird. Übereinstimmend mit der Grundrechtebefragung zeigte auch die Prävalenzstudie des ÖIF zunächst, dass – im Gegensatz zu psychischer oder sexueller Gewalt – Männer etwas häufiger von physischer Gewalt betroffen sind als Frauen. Auch in dieser Studie wurde jedoch nachgewiesen, dass von besonders bedrohlich erlebten Gewaltformen – insbesondere der häuslichen Gewalt im engeren Sinn – überwiegend Frauen betroffen sind.

Tatsächlich sind es überwiegend Männer, die Gewalt ausüben und zwar sowohl gegen Frauen als auch gegen andere Männer (siehe Grafik S.18). Schon aus diesem Grund ist zu erwarten, dass Männer an den meisten Gewalthandlungen beteiligt sind. Nun wäre es grundsätzlich wichtig, danach zu unterscheiden, inwiefern eine Person sich durch eine Gewalthandlung auch bedroht gefühlt hat.

Auch bei einer umfassenderen Gesamtbetrachtung von Gewalterfahrungen fällt auf, dass die Betroffenheit bei den 16- bis 29-Jährigen im Vergleich zu den älteren Personen überdurchschnittlich hoch ist. Jeder dritte männliche Jugendliche war in den letzten fünf Jahren betroffen. Bereits ab einem Alter von etwa 30 Jahren liegt die Betroffenheit aber wieder deutlich unter dem Durchschnitt.

Personen, die im Ausland geboren wurden, haben in den letzten fünf Jahren weniger häufig Gewalt erlebt als Per-

sonen, die in Österreich geboren wurden. Frauen, die im Ausland geboren wurden, sind häufiger von Gewalt betroffen als Männer, die im Ausland geboren wurden. Allerdings ist bei Frauen, die im Ausland geboren sind, der Anteil der Betroffenen deutlich geringer als bei den in Österreich geborenen Frauen.

Etwas über dem Durchschnitt liegt die Gewaltprävalenz in Städten.

Mit der Höhe des Einkommens sinkt der Anteil der Betroffenen etwas. Bei Gewalterfahrungen von Frauen ist das Bild aber eher umgekehrt. Hier sind Frauen in sehr guten Einkommensverhältnissen sogar deutlich überdurchschnittlich von Gewalt betroffen.

Wer sind die Täter?

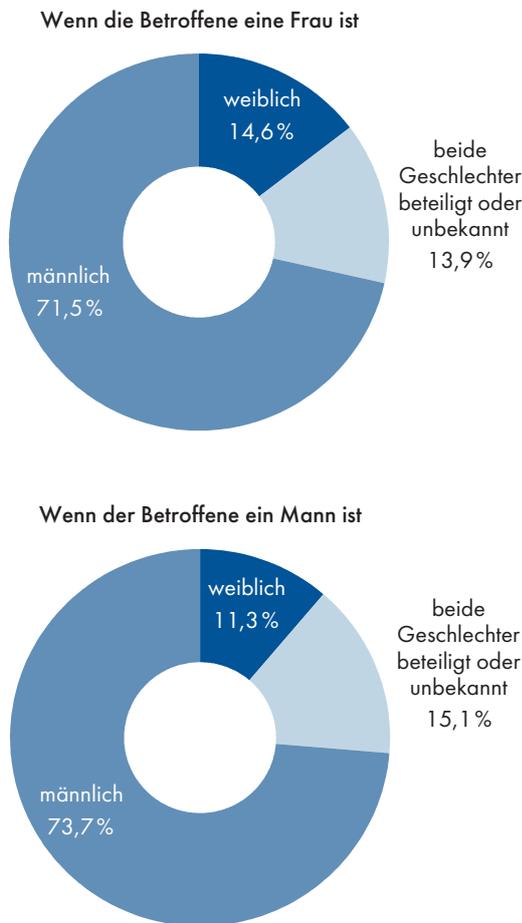
Es ist eindeutig nachweisbar, dass Gewalthandlungen häufiger von Männern ausgehen – egal ob der bzw. die Betroffene ein Mann oder eine Frau ist.

Nur rund 11% der männlichen Betroffenen und rund 15% der weiblichen geben an, dass ihnen von einer Frau (bzw. mehreren Frauen) Gewalt angetan wurde. Bei mehr als 70% der Betroffenen war der Täter ein Mann. Der Rest entfällt auf Gewalterfahrungen, bei denen sowohl männliche als auch weibliche Täter involviert waren oder das Geschlecht unklar war.

Die von Gewalt Betroffenen wurden auch dazu befragt, ob sie bei der Beschreibung der Täter bzw. Täterinnen von einem Migrationshintergrund ausgehen würden. Die Ergebnisse zeigen, dass bei weiblichen Betroffenen eher selten (9%) von einem Migrationshintergrund des Täters

bzw. der Täterin auszugehen ist, während immerhin 26% der männlichen Betroffenen einen solchen vermuten. Insgesamt liegt der Anteil der Täter bzw. Täterinnen mit vermutetem Migrationshintergrund bei etwa 18%. Diese Zahl liegt deutlich unter dem Anteil des im Rahmen des Mikrozensus erhobenen Anteils von Zuwanderern der ersten oder zweiten Generation (23,3%).

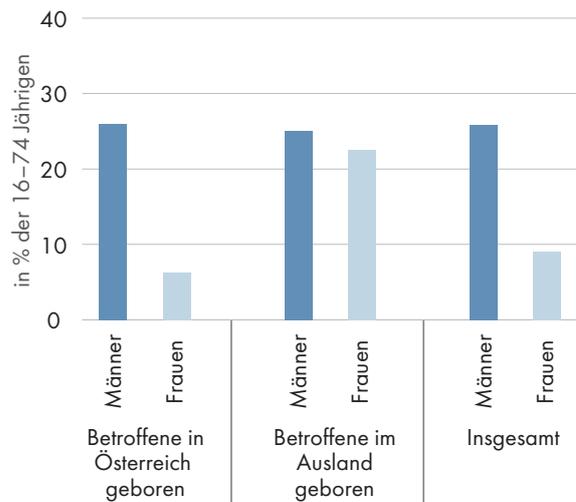
Grafik S.18
Geschlecht der Täter einer Gewalthandlung



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Wird nach dem Geburtsland der Betroffenen unterschieden, dann fällt auf, dass der Unterschied zwischen Männern und Frauen vor allem auf Frauen, die in Österreich geboren wurden, zurückzuführen ist. Sie werden nur selten von Tätern mit Migrationshintergrund angegriffen (rund 6%). Hingegen sind Frauen und Männer, die im Ausland geboren wurden, annähernd gleich häufig von Gewalt durch einen Täter bzw. eine Täterin mit Migrationshintergrund betroffen (Grafik S.19).

Grafik S.19
Vermuteter Migrationshintergrund des Täters einer Gewalthandlung



Q: STATISTIK AUSTRIA; FRA, Fundamental Rights Survey 2019.

Resümee

Objektive und subjektive Bedrohungen der Sicherheit lassen sich durch Befragungsdaten empirisch erfassen. Die erstmals von Statistik Austria durchgeführte Grundrechtebefragung weist deutliche Unterschiede der Sicherheitslage verschiedener Bevölkerungsgruppen nach.

Dadurch kann nicht nur Einblick in das durch polizeiliche und gerichtliche Kriminalstatistiken unbeleuchtete Dunkelfeld der Kriminalität gewonnen werden, sondern insbesondere auch die betroffenen Personengruppen und deren Bewältigungsstrategien näher untersucht werden. Dies kann dazu beitragen, die Effektivität der Sicherheits- und Beratungseinrichtungen konkret einzuschätzen und stärker auf Prävention und die Bedürfnisse der Betroffenen auszurichten.

Anders als in der Prävalenzstudie des ÖIF konnte in diesem Sonderkapitel keine Klassifizierung des Schweregrades von Gewalt oder Belästigung (Viktimisierungsgrad) vorgenommen werden. Dies würde eine eingehendere Analyse der Art sowie der Folgen, der Häufigkeit sowie der subjektiven Bedrohung erfordern. Das ist insofern bedeutsam, als Frauen im allgemeinen eher (schweren) Formen psychischer oder sexueller Gewalt oder Belästigung ausgesetzt sind als Männer, während diese eher von (schweren) körperlichen Gewalterfahrungen betroffen sind (Kapella et al., 2011, S. 121 ff). Die differenzierte Gegenüberstellung von Belästigungen und Gewalterfahrungen obliegt daher zukünftigen Studien zur geschlechtsspezifischen Gewalt.



Literaturverzeichnis

Altzinger, W., Lamei, N., Rimplmaier, B., Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. Statistische Nachrichten, 1/2013, 48-62.

Anand, S., Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. World Development, 28(12), 2029-2049.

AG CBA (2017): Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. Arbeitsgruppe „Consumption based GHG accounting“. Climate Change Center Austria (CCCA). Wien

Bartel, A., Schwarzl, B, Süßenbacher, E., (2015). „High Nature Value Farmland“ in Österreich, Auswertungen zum LE07-13 Indikator für die Jahre 2007 - 2013. Umweltbundesamt. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Baud, S., (2018). Umweltgesamtrechnungen, Modul Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) 2016. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Baud, S., Milota, E., (2017). Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015, Ergebnisse des Mikrozensus. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Bauer, A., Blauensteiner, S. & Einfalt, J. (2013). Census 2011. Gebäude- und Wohnungszählung Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung. Wien: Statistik Austria.

Biermayr, P. (2018). Erneuerbare Energie in Zahlen. Entwicklung in Österreich, Datenbasis 2017. Wien: BMNT, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2012). [Nationales Reformprogramm Österreich](#).

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2019). [Nationales Reformprogramm Österreich](#).

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2014). Sozialbericht 2013-2014 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.

BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). Sozio-demographische und sozio-ökonomische Determinanten von Gesundheit. Wien: BMGFJ.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012). [Ressourceneffizienz Aktionsplan \(REAP\)](#), Wegweiser zur Schonung natürlicher Ressourcen. Wien: BMLFUW.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015). Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien: BMLFUW.

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). [Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Aktualisierte Version Jänner 2017, Teil 1 – Kontext](#), Wien.

BMNT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2019). Grüner Bericht 2019. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien: BMNT.

BMNT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, [RESET2020 - Ressourceneffizienz-Initiative](#).

BMNT & BMVIT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2018), [Die österreichische Klima- und Energiestrategie – mission 2030](#), Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2018), Wien.

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). [Energie Strategie Österreich](#) – Maßnahmenvorschläge. Wien..

BMWFW, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). Wirtschaftsbericht Österreich 2014. Wien: BMWFW.

Bowling, A. (2005). Ageing well. Birkshire: McGraw-Hill.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 77/2010, Bundesgesetz, mit dem das Immissionsschutzgesetz-Luft und das Bundesluftreinhaltegesetz geändert werden und das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen aufgehoben wird (Immissionsschutzgesetz-Luft).

Bundesgesetz BGBl 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 128/2015, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.

Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).

Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. Social Forces, 37(4), 355-360.

Doyal, L., & Gough, I. (1991). A theory of human need. New York: Palgrave Macmillan.

Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2015). Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.).

Eurofound (2012). Fifth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission (2007): [„Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality“](#). Report.

Europäische Kommission (2009a). [EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU](#).

Europäische Kommission (2009b). „Effort-Sharing“-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG).

Europäische Kommission (2009c): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Das BIP und mehr. Brüssel, den 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig.

Europäische Kommission (2010). [Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum](#), KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011a). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011b). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ der Europäischen Kommission, KOM (2011) 144, Brüssel.

Europäische Kommission (2012). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013). Commission Staff Working Document, Progress on “GDP and beyond” actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Kommission (2014). Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, COM(2014) 130 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2015): [Standard Eurobarometer - Public Opinion](#).

Europäische Kommission (2016). [A European Strategy for Low-Emission Mobility](#),

Europäische Kommission (2017). Beschluss (EU) 2017/1471 vom 10. August 2017 (inklusive Anpassung) zur Änderung des Beschlusses 2013/162/EU zur Anpassung der jährlichen Emissionszuweisungen der Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2017 bis 2020.

Europäische Kommission (2019). [Reflection paper towards sustainable Europe 2030](#).

Europäische Union (1998). Doc. Eco-taxes/98/1, Arbeitspapier, Luxemburg.

European Commission (2012). [Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013](#), COM (2012) 750 final, Brüssel.

Eurostat Task Force "[Environmental sustainability](#)" of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). Report of the Task Force.

Eurostat (2008). Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat (2010). Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). [Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development](#) – Final Report adopted by the European Statistical System Committee.

Eurostat (2011a). Climate Change: Reflection about the work of Eurostat on statistics related to mitigation and adaptation, Luxemburg.

Eurostat (2014a). Getting messages across using indicators - A handbook based on experiences from assessing Sustainable Development Indicators, Manuals and Guidelines, Luxemburg: Publications Office of the European Union

Eurostat (2014b). [Lebensqualität - Kontext](#).

Eurostat (2015a). [MIP Indicators](#).

Eurostat (2015b). Quality of Life - Facts and Views. Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2015c): GDP and Beyond: Report and plan to 2020. Doc PG 2015/56/4.3. 56th Meeting of the Partnership Group Stockholm / Sweden 20 March 2015.

Eurostat (2018): [Sustainable development in the European Union](#) — Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context — 2019 edition, ISBN 978-92-76-00778-4, Luxemburg: Publication Office of the European Union,

Eurostat (2019): [Smarter, greener, more inclusive?](#) Indicators to support the Europe 2020 Strategy, Luxemburg: Publication Office of the European Union.

Eurostat/OECD (2015): Eurostat-OECD compilation guide on land estimation. Eurostat Manuals and Guidelines. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2015.

EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

EU-Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.

EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

EU-Verordnung Nr. 538/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M. (2017). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2017: Erste Ergebnisse für Österreich. Oesterreichische Nationalbank.

- Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. *Geldpolitik & Wirtschaft*, Q3, 26-67.
- FRA (2014). [Violence against women: An EU-wide survey: Main results](#). FRA, European Union Agency for Fundamental Rights.
- FRA (2014). [Gewalt gegen Frauen: eine EU-weite Erhebung](#). Ergebnisse auf einen Blick. FRA, European Union Agency for Fundamental Rights.
- FRA (2019). [Fundamental Rights Survey](#). FRA, European Union Agency for Fundamental Rights
- Gierlinger, S. (2019). Umweltgesamtrechnungen Modul Materialflussrechnung (Zeitreihe 2000 bis 2017). Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus. Wien: Statistik Austria.
- Geisberger, T. (2011). The gender pay gap: evidence from Austria. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.
- Geisberger, T. & Glaser, T. (2014). Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede - Analysen zum „Gender Pay Gap“ auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010, *Statistische Nachrichten*, 3/2014, 215-226.
- Huppert, F. A., & So, T. T. (2013). Flourishing across Europe: Application of a new conceptual framework for defining well-being. *Social Indicators Research*, 110(3), 837-861.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2013). Summary for Policymakers. In: *Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. -
- Jackson, T. (2011). *Prosperity without growth: Economics for a finite planet*. London: Routledge.
- Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Kletzan-Slamanig, D., Schratzenstaller, M., Hofmarcher-Holzhaecker, M. (2015). *Monitoring auf Austria's Efforts Within the Europe 2020 Strategy, Update 2014-15*. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).
- Kapella, O., Baierl, A., Rille-Pfeiffer, Ch., Geserick, Ch., Schmidt, E-M. (2011): [Gewalt in der Familie und im nahen sozialen Umfeld](#) . Österreichische Prävalenzstudie zur Gewalt an Frauen und Männern, Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien, Wien.
- Karner, T. & Scharl, S. (2012). Von einer nationalen zu einer europäischen Straßengüterverkehrsstatistik in Österreich, *Statistische Nachrichten* 12/2012, 1016-1025.
- Karner, T. & Scharl, S. (2014). Straßengüterverkehrsstatistik im Wandel der Zeit, *Statistische Nachrichten* 6/2014, 490-496.
- Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helming, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015): "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.
- Kettner, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2016). Aktuelle Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft. Sonderthema: das Klimaschutzabkommen von Paris. *WIFO-Monatsberichte*, 2016, 89(7), S. 511-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., Sommer, M. (2019). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 2019, 92(7), S. 529-545, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kesy, C., Eiffe, F., Minkeviciute, D., Mazonakis, D., Yiokari, N., Anastasiou, G., Chatzimakri, A., Gärtner, K., Ponocny, I., Helming, W., Mahieu, A., Scuvée, B. (2015): "Quality of life. Facts and views". Publications Office of the European Union. Luxemburg.

Keyes, C. L. (2002). The mental health continuum: From languishing to flourishing in life. *Journal of health and social behavior*, 43 (6), 207-222.

Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A. & Kratena, K. (2008). Ziele und Optionen der Steuerreform: Optionen für eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kratena, K., Meyer, I., Sommer, M.W. (2013). Energy Scenarios 2030, Model Projections of Energy Demand as a Basis to Quantify Austria's Greenhouse Gas Emissions, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). *Gender und Public Health*. Juventa: Weinheim.

Kyoto-Protokoll – Klimaschutzabkommen, am 11.12.1997 beim Weltklimagipfel in Kyoto (Japan) beschlossen,

Lamei, N., Psihoda, S., Skina-Tabue, M. (2019). Gesundheit und Einkommen. Analyse von Daten des EU-SILC-Moduls 2017 zu Gesundheit und Kindergesundheit. In: *Statistische Nachrichten* 03/2019, S. 185-197.

Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, *Statistische Nachrichten* 12/2011, 1205-1215.

Lanegger, J. & Fröhlich, G. (2014). Bodenlos? Flächeninanspruchnahme in Österreich: Ursachen-Folgen-Lösungsansätze. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich.

Leoni, T. (2015). Soziale Unterschiede in Gesundheit und Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung. WIFO.

Lewicki, R. J., & Tomlinson, E. C. (2003). Trust and trust building. *Beyond intractability*, 305-315.

Meyer, I. (2007): Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375-388, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT 2002) - „Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung“ (2002).

Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972), *Economic Research: Retrospect and Prospect* Vol. 5: Economic Growth (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013b). OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013c). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. Paris: OECD Publishing.

OECD (2017a). How is Life? 2017: Measuring Well-being, OECD Publishing, Paris,

OECD (2017b). Green Growth Indicators 2017, .

OECD (2019). Measuring Distance to the SDG Targets 2019: An Assessment of Where OECD Countries Stand, OECD Publishing, Paris.

ÖPUL Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft.

ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung - Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder (2011).

Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen. Wien: Statistik Austria.

Ponocny, I. et al. (2015). Are most people happy? Exploring the meaning of subjective well-being ratings, *Journal of happiness studies*.

- Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020“, Amtsblatt der Europäischen Union 2011/C 70/01
- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie).
- Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).
- Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.
- Richtlinie 2008/50/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie).
- Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).
- Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.
- Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.
- Seligman, M. (2011). Flourish: A new understanding of happiness, well-being-and how to achieve them. Boston: Nicholas Brealey.
- Sen, A. K. (2009). Ökonomische Ungleichheit. Marburg: Metropolis.
- Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. *Demography*, 49(3), 939-964.
- Song-Klein, Y. (2012). [Gesundheit und Umwelt](#).
- Spangl, W., Nagl, Ch. (2017). [PM₁₀- und PM_{2,5}- Exposition der Bevölkerung in Österreich](#). REP-0634, ISBN: 978-3-99004-451-3, , Wien: Umweltbundesamt.
- Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 - Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2013). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Oismüller, A., Plate, M.; Wie geht's Österreich? 2013 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2014). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Kettner, C. (WIFO), Kletzan-Slamanig, D. (WIFO). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2016). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettnner, C., Heuberger, R., Jurasszovich, T., Schwarz, K., Thomasberger, M., Aichholzer, J.; Fessler, P. (OeNB), Schürz, M. (OeNB). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2017). Wegscheider-Pichler, A., Gärtner, K., Prettnner, C., Leitner B.; Wie geht's Österreich? 2017 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria (2018). Wegscheider-Pichler, Hyll, W., Prettnner, C.; Wie geht's Österreich? 2018 - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.
- Statistik Austria und Bundesministerium für Gesundheit (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. [Energiegesamtrechnung \(Energy Accounts\)](#)

Statistik Austria. [Kraftfahrzeuge - Bestand.](#)

Statistik Austria. [Materialflussrechnung.](#)

Statistik Austria. [Öko-Steuern,](#)

Statistik Austria. [Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung](#)

Statistik Austria. [Österreichische Energiebilanzen](#)

Statistik Austria. [Standard-Dokumentation – Metainformationen zur Kfz-Statistik](#), Bearbeitungsstand: 21.03.2014

Statistik Austria. [Standard-Dokumentation - Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 \(bzw. ab 1988\)](#) Bearbeitungsstand: 27.07.2016

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittoussi, J. (2009). [Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress](#)

Till, M., Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht. Wien: Statistik Austria.

Till, M, Klotz, J., Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014 Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien: Statistik Austria.

Umweltbundesamt (2013). Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018a). Tietz, M. (PL), Anderl, M., Gangl, M., Haider, K., Poupa, St., Purzner, M., Schieder, W., Stranner, G., Zechmeister, A. Emissionstrends 1990-2016, Ein Überblick über die Verursacher von Luftschadstoffen in Österreich. (Datenstand 2018), REP-0658. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018b). Klimaschutzbericht 2018, Bd. REP-0660. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2019a). Austria's annual greenhouse gas inventory 1990–2017, Submission under Regulation (EU) No 525/2013, Bd. REP-0672, Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2019b). Austria's national Inventory Report 2019, Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protokoll. Bd. REP-0677, Wien, Umweltbundesamt.

UN [System of Environmental Economic Accounting – SEEA.](#)

UNECE (2010). Measuring Quality of Employment. Geneva: United Nations.

UNECE (2011). The Canberra Group Handbook on Household Income Statistics, Second Edition, ECE/CES/11, Geneva.

UNECE (2015): Handbook on Measuring Quality of Employment - A Statistical Framework, Expert Group on Measuring the Quality of Employment, ECE/CES/BUR/2014/OCT/22, CES Bureau, Geneva (Switzerland), 21. May 2015 - DRAFT.

UNECE (2017): Economic and Social Council, [Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals, First Edition, Prepared by the Steering Group on Statistics for SDGs.](#)

UN FCCC, [United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties](#), Paris December 2015.

United Nations (1987) United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future.

Ward, P., & Meyer, S. (2009). Trust, social quality and wellbeing: a sociological exegesis. *Development and Society*, 38(2), 339-363.

Zieglleder, D., Kudlacek, D., Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Zucha, V., Heuberger, R., Hofbauer, St., Vollman, K. (2019). Wohnen - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien: Statistik Austria.